Stand: 07.09.2026 11:58:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/8370

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/8370 vom 19.06.2007
2. Plenarprotokoll Nr. 97 vom 26.06.2007
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/9258 des WI vom 08.11.2007
4. Beschluss des Plenums 15/9320 vom 15.11.2007
5. Plenarprotokoll Nr. 109 vom 15.11.2007
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 30.11.2007

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**8370**
19.06.2007

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes

A) Problem

1. Das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz (BayBauVG) vom 28. Juni 2000 (GVBl S. 364) hat den Zweck, Wettbewerbsverzerrungen durch den verstärkten Einsatz ausländischer Billiglohnarbeiter im Baugewerbe zu Lasten der Bauunternehmen, die einheimische Arbeitnehmer beschäftigen, entgegenzutreten.
   Es verpflichtet die staatlichen Vergabestellen, alle öffentlichen Bauaufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe verpflichten, ihre Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser Leistungen nach den jeweils in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohntarifen zu entlohnen und dies auch bei ihren Nachunternehmern sicherzustellen. Den Kommunen und weiteren öffentlichen Auftraggebern wird nach Art. 3 Abs. 2 BayBauVG die Ermächtigung eingeräumt, bei Bauaufträgen im Bereich Hochbau ebenso zu verfahren.

   Die Einschränkung auf den Bereich Hochbau ergab sich aus folgenden Erwägungen:
   Im Jahr 1998 hat das Bundeskartellamt dem Land Berlin untersagt, eine mit der bayerischen Tariftreueerklärung übereinstimmende Tariftreueerklärung im Straßenbau zu verlangen. Der Bundesgerichtshof hat in seinem Auslegungs- und Vorlagebeschluss vom 18.01.2000 (KVR 23/98) zum Bundesverfassungsgericht die Auffassung vertreten, dass das Berliner Vergabegesetz mit der auf dieser Grundlage zu fordernden Tariftreueerklärung verfassungswidrig sei. Er hat die Verfassungswidrigkeit wesentlich mit der marktbeherrschenden Stellung Berlins im Straßenbau begründet.

2. Nunmehr hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 11.07.2006 (1 BvL 4/00) über die Vorlagefrage des Bundesgerichtshofs entschieden und festgestellt, dass das Berliner Vergabegesetz mit seiner darin enthaltenen Tariftreueverpflichtung nicht gegen das Grundgesetz und auch nicht gegen sonstiges höherrangiges Recht verstoße. Es geht dabei von folgenden Erwägungen aus:
   Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit aus Art. 9 Abs 3 GG sei nicht berührt.
   Die Einschränkung des Grundrechts der Berufsfreiheit aus Art. 12 Abs. 1 GG sei gerechtfertigt, weil die Tariftreueverpflichtung der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft entgegenwirken solle und die Arbeitnehmer durch die Zahlung von Tariflöhnen ein Einkommen hätten, das sie von staatlicher Unterstützung unabhängig mache. Dieser Umstand helfe, die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Die Tariftreueverpflichtung treffe den Auftragnehmer im Vergleich zu einer Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrages nach § 5 Tarifvertragsgesetz (TVG) nur punktuell im Fall der Zuschlagserteilung.

Auch ein Verstoß gegen § 20 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) liege nicht vor, da selbst bei der Annahme, dass öffentliche Auftraggeber als Nachfrager nach Bauleistungen eine marktbeherrschende Stellung einnehmen, wegen der sozialpolitisch bedeutsamen Aufgabe der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die unterschiedliche Behandlung von Unternehmen sachlich gerechtfertigt sei. Zudem erlaube § 97 Abs. 4 Halbsatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) den Bundesländern, Regelungen für Zuschlagskriterien aufzustellen, die über die allgemeinen Vergabegrundsätze hinausgehen.

2. Damit ist der Grund entfallen, im Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetz bei den Kommunen und sonstigen öffentlichen Auftraggebern der mittelbaren Staatsverwaltung die Ermächtigung zur Anforderung der Tariftreueerklärung bei Bauaufträgen auf den Bereich Hochbau zu beschränken.

B) Lösung

Das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz (BayBauVG) wird dahingehend geändert, dass die Kommunen und sonstigen öffentlichen Auftraggeber im Sinn von Art. 1 Satz 2 BayBauVG künftig ermächtigt werden, auch im Straßen- und Tiefbau Aufträge nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei Angebotsabgabe verpflichten, ihre Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser Leistungen nach den jeweils in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Tarifen zu entlohnen und dies auch bei ihren Nachunternehmern sicherzustellen.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

1. Staat

   Keine.
   Insbesondere entstehen durch die Option für die Kommunen, die Tariftreueerklärung bei Bauvergaben künftig auch im Straßen- und Tiefbaubereich verlangen zu dürfen, keine Ausgleichsforderungen im Rahmen des Konnexitätsprinzips nach Art. 83 Abs. 3 und Abs. 6 der Bayerischen Verfassung.

2. Kommunen

   Soweit die Kommunen und andere öffentliche Auftraggeber von der Ermächtigung zur Einholung der Tariftreueerklärung keinen Gebrauch machen, fällt kein höherer Verwaltungsaufwand an. Machen sie jedoch davon Gebrauch, ist der zusätzliche Verwaltungsaufwand vernachlässigbar gering.

Die Kosten für Baumaßnahmen können sich in den Fällen erhöhen, in denen ein nicht an die bayerischen Tariflöhne gebundener Bieter seine kalkulatorischen Lohnzuschläge – beispielsweise als Differenz zwischen Mindestlohn und dem in Bayern geltenden Tariflohn – an den kommunalen Auftraggeber weitergibt. Es ist nicht bekannt, wie viele und welche Kommunen des Freistaates Bayern bisher bei Hochbauaufträgen von der Ermächtigung zur Einholung der Tariftreueerklärung Gebrauch gemacht haben und ob dies zu einer Erhöhung der Kosten geführt hat.

3. Sonstige Träger der mittelbaren Staatsverwaltung

   Für sie treffen die gleichen Aussagen wie für die Kommunen zu.

4. Wirtschaft

   Für Unternehmen, die sich künftig als Bieter um öffentliche Straßen- und Tiefbauaufträge bei solchen Kommunen bewerben, die von der Ermächtigung nach Art. 3 Abs. 2 BayBauVG Gebrauch machen, gelangen die Informationspflichten aus Art. 4 BayBauVG zur Anwendung, die unverändert schon seit Erlass des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes vom 28. Juni 2000 bestehen und nicht Gegenstand der Gesetzesänderung sind. Ein nennenswerter zusätzlicher Bürokratieaufwand ist hierdurch aber nicht zu erwarten. Die betreffenden Unternehmen führen fast ausschließlich öffentliche Aufträge aus und müssen deshalb die durch Art. 4 BayBauVG geforderten Informationen schon bisher vorlegen, wenn sie sich um öffentliche Aufträge des Freistaats Bayern bewerben (vgl. Art. 3 Abs. 1 BayBauVG). Es ist deshalb davon auszugehen, dass die betreffenden Informationen ohnehin vorhanden sind und nicht neu beschafft werden müssen.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**8370**
19.06.2007

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes

§ 1

In Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern (Bayerisches Bauaufträge-Vergabegesetz – BayBauVG) vom 28. Juni 2000 (GVBl S. 364, BayRS 73-0-I) werden die Worte „für Hochbauten“ gestrichen.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am ……..……. 2007 in Kraft.

Begründung:

A. Allgemeines

Der zunehmende Einsatz von Billiglohnarbeitskräften führt zu Wettbewerbsverzerrungen auf Kosten mittelständischer Unternehmer, die eine erhöhte Arbeitsplatzgefährdung am Bau zur Folge hat. Der Freistaat Bayern hat mit dem Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetz ein Instrument geschaffen, das den Erhalt der gefährdeten Arbeitsplätze durch die Einführung einer vertraglichen Tariftreueerklärung bei öffentlichen Bauaufgaben unterstützen soll.

Art. 3 Abs. 1 des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes schreibt vor, öffentliche Bauaufträge des Freistaats Bayern nur an Unternehmer zu vergeben, die sich verpflichten, ihre Arbeitnehmer nicht unter den in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohntarifen zu entlohnen und dies bei Nachunternehmern sicherzustellen. Erfasst werden dabei sowohl Hoch- als auch Straßen- und Tiefbaumaßnahmen.

Art. 3 Abs. 2 des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes ermächtigt Kommunen und andere öffentliche Auftraggeber im Sinn von Art. 1 Satz 2 BayBauVG, bei Hochbaumaßnahmen ebenfalls die Tariftreueerklärung zu verlangen. Im Straßen- und Tiefbau wird diesen Auftraggebern die Ermächtigung zur Einholung der Tariftreueerklärung wegen der fehlenden Ausweichmöglichkeit der Unternehmer auf andere Nachfrager (marktbeherrschende Stellung) bisher nicht eingeräumt.

Der Bundesgerichtshof hat im Aussetzungs- und Vorlagebeschluss vom 18.01.2000 (KVR 23/98) zur Frage der Verfassungsmäßigkeit des Berliner Vergabegesetzes die Auffassung vertreten, dass es verfassungswidrig sei, wenn eine Kommune in einem solchen Fall von den Auftragnehmern eine Tariftreueerklärung verlange.

Diese Auffassung ist durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 11.07.2006 (1 BvL 4/00) überholt. Darin wird festgestellt, dass das Grundrecht der Koalitionsfreiheit aus Art. 9 Abs. 3 GG nicht berührt sei. Die Einschränkung des Grundrechts der Berufsfreiheit aus Art. 12 Abs. 1 GG sei gerechtfertigt, weil die Tariftreueverpflichtung der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft entgegenwirken soll und die Arbeitnehmer durch die Zahlung von Tariflöhnen ein Einkommen hätten, das sie von staatlicher Unterstützung unabhängig mache. Dieser Umstand helfe, die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren.

Die Tariftreueverpflichtung trifft den Auftragnehmer im Vergleich zu einer Allgemeinverbindlicherklärung eines Tarifvertrages nach § 5 Tarifvertragsgesetz (TVG) nur punktuell im Fall der Zuschlagserteilung.

Auch ein Verstoß gegen § 20 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) liege nicht vor, da selbst bei der Annahme, dass öffentliche Auftraggeber als Nachfrager nach Bauleistungen eine marktbeherrschende Stellung einnehmen, wegen der sozialpolitisch bedeutsamen Aufgabe der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die unterschiedliche Behandlung von Unternehmen sachlich gerechtfertigt sei. Zudem erlaube § 97 Abs. 4 Halbsatz 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) den Bundesländern, Regelungen für Zuschlagskriterien aufzustellen, die über die allgemeinen Vergabegrundsätze hinausgehen.

In diesem Beschluss hat das Bundesverfassungsgericht auch die mit der Tariftreueregelung verfolgten vergaberechtlichen Ziele

- der Einschränkung eines Verdrängungswettbewerbs über Lohnkosten
- der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit am Bau
- des Schutzes der Beschäftigung solcher Arbeitnehmer, die bei tarifgebundenen Arbeitgebern arbeiten und
- dadurch die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren

als mit dem Grundgesetz vereinbar erachtet.

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes – BayBauVG ermächtigt daher die Kommunen und die weiteren in Art. 1 Satz 2 BayBauVG genannten öffentlichen Auftraggeber, künftig auch im Straßen- und Tiefbau Bauaufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die sich bei Angebotsabgabe verpflichten, ihre Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser Leistungen nach den jeweils in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohntarifen zu entlohnen und dies auch bei ihren Nachunternehmern sicherzustellen.

Damit wird den Kommunen unter Beachtung ihres verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltungsrechts die Möglichkeit eingeräumt, über die Tariftreueregelung zusammen mit dem Freistaat Bayern das wirtschafts- und sozialpolitische Ziel der Stabilisierung der Arbeitsplätze zu verfolgen.

B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Die Ermächtigung der Kommunen, für den Bereich Hochbau die Tariftreueerklärung zu verlangen, ist bereits in der derzeit geltenden Fassung des § 3 Abs. 2 BayBauVG geregelt. Die Erweiterung dieser Ermächtigung auf die Bereiche des Straßen- und Tiefbaus ist daher ebenfalls gesetzlich zu regeln.

C. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1

In Art. 3 Abs. 2 BayBauVG sind die beiden Wörter „für Hochbauten“ zu streichen. Damit bietet Art. 3 Abs. 2 BayBauVG die Rechtsgrundlage für Kommunen, Zweckverbände, juristische Personen des öffentlichen Rechts und Beteiligungsgesellschaften Aufträge nicht nur für Hochbauten, sondern auch für Tief- und Straßenbauarbeiten nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei Angebotsabgabe verpflichten, ihre Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser Leistungen nach den jeweils in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohntarifen zu entlohnen und dies auch bei ihren Nachunternehmern sicherzustellen.

Zu § 2

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode Plenarprotokoll

15/97

26.06.2007

97. Sitzung

**am Dienstag, dem 26. Juni 2007, 15.00 Uhr,
in München**

Geschäftliches 7303

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten **Thomas Mütze** 7303

Ministerbefragung auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
„Besserer öffentlicher Nahverkehr für alle statt Prestigeprojekt Transrapid!“

Dr. Martin Runge (GRÜNE) 7303, 7305
Staatsminister Erwin Huber 7303, 7306, 7307, 7308, 7310, 7311
Eberhard Rotter (CSU) 7306
Reinhold Bocklet (CSU) 7307
Ludwig Wörner (SPD) 7308
Rainer Volkmann (SPD) 7309
Dr. Christian Magerl (GRÜNE) 7310
Persönliche Erklärung gem. § 112 GeschO
Dr. Martin Runge (GRÜNE) 7311

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Antrag der SPD-Fraktion
„Kräfte bündeln für die Europäische Metropolregion München (EMM)“

Franz Maget (SPD) 7312
Franz Josef Pschierer (CSU) 7313
Margarete Bause (GRÜNE) 7314
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD) 7316
Dr. Ludwig Spaenle (CSU) 7317
Staatsminister Erwin Huber 7317
Wilhelm Leichtle (SPD) 7319
Markus Sackmann (CSU) 7319
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) 7320
Reinhold Bocklet (CSU) 7322

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse **überwiesen** werden sollen (s. a. Anlage 1)

Beschluss 7323

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Aufhebung des Bayerischen Sammlungsgesetzes** (Drs. 15/8371)
– Erste Lesung –

Staatsminister Dr. Günther Beckstein . . 7323, 7327
Karin Radermacher (SPD) 7324
Jakob Schwimmer (CSU) 7325
Christine Stahl (GRÜNE) 7326
Persönliche Erklärung gem. § 112 GeschO
Dr. Thomas Beyer (SPD) 7327

Verweisung in den Verfassungsausschuss 7328

Eingabe betreffend **Verkauf eines Grundstücks** (Az.: EB.2371.15)

Maria Scharfenberg (GRÜNE) 7328
Herbert Fischer (CSU) 7329
Dr. Martin Runge (GRÜNE) 7330
Reinhold Strobl (SPD) 7331
Staatssekretär Georg Schmid 7331

Beschluss 7332

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO **nicht einzeln beraten** werden (s. a. Anlage 2)

Beschluss 7332

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für weitere Branchen (Drs. 15/7226)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/8373)

und

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Schaffung von Rechtsgrundlagen für soziale und umweltbezogene Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Drs. 15/7227)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/8374)

und

Antrag der Abg. Franz Josef Pschierer, Dr. Jakob Kreidl u. a (CSU)
VOB weiter flexibilisieren (Drs. 15/7528)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/8375)

Dr. Martin Runge (GRÜNE) 7332, 7335
Roland Richter (CSU) 7333
Dr. Thomas Beyer (SPD) 7333

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 15/7226 7336

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 15/7227 7336

Beschluss zum CSU-Antrag 15/7528 7336

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Passivhausstandard beim Neubau von Schulen und Kindertagesstätten (Drs. 15/7685)

Beschlussempfehlung des Kommunalausschusses (Drs. 15/8283)

Christine Kamm (GRÜNE) 7336, 7337
Thomas Obermeier (CSU) 7337
Rainer Volkmann (SPD) 7337

Beschluss 7338

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
„Sicherheitssensibilisierung" durch Verfassungsschutz an bayerischen Hochschulen (Drs. 15/7761)

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 15/8286)

Ulrike Gote (GRÜNE) 7338
Martin Neumeyer (CSU) 7339
Adelheid Rupp (SPD) 7339, 7341
Staatsminister Dr. Thomas Goppel 7340, 7341
Herbert Ettengruber (CSU) 7341

Beschluss 7341

Antrag der Abg. Herbert Müller, Ludwig Wörner, Susann Biedefeld u. a. (SPD)
Mehr Transparenz für den Verbraucher: Neben Mindesthaltbarkeitsdatum auch Schlacht- und Einfrierdatum (Drs. 15/7748)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/8389)

Herbert Müller (SPD) 7342
Christian Meißner (CSU) 7342
Adi Sprinkart (GRÜNE) 7343
Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard 7343

Beschluss 7343

Schluss der Sitzung 7343

(Beginn: 15.02 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 97. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Herrn Kollegen Thomas Mütze gratulieren; er hat heute Geburtstag. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Ministerbefragung

Die vorschlagsberechtigte Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat hierfür das Thema **„Besserer öffentlicher Nahverkehr für alle statt Prestigeprojekt Transrapid!“** benannt.

Die Fragen wird Herr Staatsminister Huber beantworten. Fragesteller ist Herr Kollege Dr. Runge. Er hat das Wort.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Minister, wir beglücken Sie jetzt jede Woche mit dem Thema „Transrapid“, weil wir zum einen Sie vor einem schweren Fehler bewahren wollen und weil wir vor allem uns und die Bürgerinnen und Bürger Bayerns vor den gravierenden Folgen dieses Fehlers bewahren wollen.

(Staatsminister Erwin Huber: Dürr, aufwachen!)

– Nett, Ihr angedeutetes Gähnen, ich weiß das zu schätzen.

Die Kosten für Ihren Schwebetraum drohen zu steigen, und Sie wollen immer mehr öffentliche Gelder darin investieren. Gleichzeitig leidet der öffentliche Personennahverkehr in ganz Bayern Not. Es gibt Defizite bei der Infrastruktur, Eingleisbetriebe, Mischverkehre, Fahrstraßenkreuzungen, es gibt Defizite bei der Bestellung und bei der Bedienung. Die schwarz-rote Bundesregierung hat die Regionalisierungsmittel um 67 Millionen Euro gekürzt; nächstes Jahr sind es dann 82 Millionen Euro an Kürzungen. Sie kündigen als Folge dieser Kürzungen an, dass die Busförderung ausgesetzt wird. Bayern hat vor wenigen Jahren auch die ÖPNV-Zuweisung spürbar gekürzt.

Frage 1: Wann legen Sie uns endlich eine belastbare Kostenaufstellung für das Transrapidprojekt vor?

Frage 2: Nachdem Sie uns letztes Mal nicht sagen wollten, wie viele Ausgaben Sie aus bayerischen Töpfen zu bestreiten bereit sind, weil das laut Ihrer Aussage Ihren Verhandlungspoker behindern würde, modifizieren wir die Frage. Wie viele Gelder aus öffentlichen Kassen insgesamt sind Ihrer Meinung nach vertretbar, bis zu welcher Kostenhöhe wollen Sie gehen? Wann sagen Sie, jetzt ist Schluss, jetzt geht es nicht mehr weiter?

Frage 3: Wann werden Sie die Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln für den öffentlichen Personennahverkehr aus Steuermehreinnahmen für Bayern komplett ausgleichen, wie Sie das schon seit Langem versprochen haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Einfallslosigkeit der Opposition von Rot-Grün ist in der Tat nicht zu überbieten: jede Woche die gleiche Leier.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN – Dr. Martin Runge (GRÜNE): Wenn Sie nur einmal antworten würden!)

Sie sollten sich gelegentlich etwas Neues einfallen lassen. Der Respekt vor dem Hohen Hause gebietet es selbstverständlich, dass ich die Fragen beantworte,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Reine Polemik!)

auch wenn ich Ihnen schon 25-mal diese Informationen gegeben habe.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erstens. Herr Kollege Runge, ich möchte die Behauptung,

(Alexander König (CSU): Die Wahrheit ist schmerzhaft!)

dass in Bayern der öffentliche Personennahverkehr eingeschränkt wird, zurückweisen. Das ist nachweislich falsch. Ich möchte den Beleg dafür liefern. In den letzten zwölf Jahren

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Dank Rot-Grün!)

– hören Sie erst einmal zu! – ist das Angebot beim Schienennahverkehr um 26 % gestiegen, einschließlich des „Bayern-Takts“, den wir dazu als attraktives Angebot haben. Die Nachfrage der Fahrgäste hat um 50 % zugenommen. Wir haben heute im Verhältnis zur Situation von vor zwölf Jahren 50 % mehr Fahrgäste im Regionalverkehr. Das ist eine beachtliche Leistung. Zu einem Großteil ist es das Verdienst meines Vorgängers Otto Wiesheu, der hier Exzellentes geleistet hat.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Das Zweite: Für den ÖPNV, der in der Verantwortung der kommunalen Gebietskörperschaften steht, gibt der Freistaat Bayern pro Jahr circa 250 Millionen Euro. Das ist die unmittelbare Zuweisung, das ist die Schülerbeförderung, das ist der Ausgleich für verbilligte Schülerkarten. 250 Millionen Euro sind eine beachtliche Zahl.

Das Dritte: Wir bringen gerade große Projekte beim S-Bahnnetz in Nürnberg auf den Weg. Wir haben den Rahmenvertrag mit der DB AG geschlossen. Bis zum Jahr 2010 sollen in Nürnberg 300 Millionen Euro in den Ausbau der vier S-Bahnäste investiert werden. Wir werden im Bereich Augsburg rund 270 Millionen Euro investieren, um mit der Mobilitätsdrehscheibe und mit dem Regio-Takt voranzukommen. Wir bauen systematisch an der S-Bahn in München weiter.

Wir haben ebenso aus Mitteln des Freistaates Bayern den Erdinger Ringschluss und die Walpertskirchner Spange in die Planung genommen. Das sind sehr große, landesweit bedeutsame Nahverkehrsprojekte.

Das heißt, die Behauptung, wir würden beim Nahverkehr einschränken, ist nachweislich falsch.

Jetzt kommen wir zum Transrapid. Ich stelle dazu fest: Der Transrapid ist ein gemeinsames Projekt von Bund und Land. Wir stehen in Verhandlungen mit dem Bund. Ich rechne damit, dass es auf der Bundesebene nur in einem Spitzengespräch mit der Bundeskanzlerin möglich sein wird, eine Klärung herbeizuführen. In der Koalitionsvereinbarung, die, meine Damen und Herren von der SPD, im November 2005 auch Ihr Parteivorsitzender unterschrieben hat, ist der Transrapid als Leuchtturmprojekt verankert. Wir haben derzeit nach den Gesprächen mit dem Bundesverkehrsministerium für rund 80 % der Kosten die Finanzierung gesichert. Es fehlen nicht einmal 20 %. Das ist aus meiner Sicht für Bund und Land in den Jahren 2008 bis 2012 kein finanzielles Problem; es ist allenfalls ein politisches Problem. Die Frage ist, ob man den Transrapid will oder nicht. Der Freistaat Bayern kann dieses Projekt nicht alleine schultern. Wir sind aber bereit, unseren Anteil zu erbringen.

Es ist logisch, dass man während Verhandlungen nicht jeden Tag neue Wasserstandsmeldungen herausgeben kann. Ich bitte das Hohe Haus dafür um Verständnis. Wir werden das Ergebnis der Verhandlungen vorlegen. Wir werden dann um die Zustimmung des Hohen Hauses bitten. Es widerspricht aber allen verhandlungsstrategischen und taktischen Gesichtspunkten, das jeden Tag zu machen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Uns reicht schon einmal!)

Sie werden das Ergebnis bekommen. Dann werden Sie – wie ich die GRÜNEN einschätze – Nein sagen. Ich setze dann auf die Vernunft im Hohen Haus, jedenfalls bei der Mehrheit. Dann wäre der Freistaat Bayern in der Lage, dieses Projekt voranzubringen.

Lassen Sie mich dazu aber noch weitere Informationen geben. Kollege Sinner hat das vor einer Woche ausführlich gemacht, ich nenne Ihnen nur einige Fakten:

Erstens. Der Transrapid wird nach Einschätzung unabhängiger Experten im Jahr 2020 rund acht Millionen Fahrgäste befördern. Acht Millionen! Diese Zahl wird über 2020 hinaus weiter steigen. Dies als Prestigeprojekt abzuqualifizieren, geht völlig an den Fakten vorbei.

Zweitens. Die Kosten-Nutzen-Rechnung, die für jedes Verkehrsprojekt gemacht wird, liegt heute nach den übereinstimmenden Einschätzungen – das ist eine wissenschaftliche Grundlage von Bund und Land – im Verkehrsbereich bei 1,5. Für den industriepolitischen Nutzen gehen die Schätzungen von 1,0 bis 2,6. Wenn ich das zusammenfasse, ergibt sich heute gesichert für den Transrapid ein Kosten-Nutzen-Faktor zwischen 2,5 und 4,1. Diese abstrakten Zahlen haben aber nur dann eine Bedeutung, wenn man sie im Kontext mit anderen sieht.

Die zweite Stammstrecke, die Sie, meine Damen und Herren von der SPD, hier in München mit Inbrunst wollen, hat derzeit einen Kosten-Nutzen-Faktor von 1,0; ein bisschen darunter, ein bisschen darüber. Beim Transrapid liegt der Faktor zwischen 2,5 und 4,1.

Frau Kollegin Dr. Kronawitter, der Erdinger Ringschluss hat einen Kosten-Nutzen-Faktor von etwas über 1. Wir wollen ihn ja, aber ich will herausstellen, dass der Transrapid im Vergleich zu anderen Nahverkehrsprojekten, zum Beispiel zur S-Bahn Nürnberg, die in der Regel im Schnitt einen Kosten-Nutzen-Faktor von 1,35 haben, einen Faktor zwischen 2,5 und 4,1 hat.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wolfratshausen!)

– Dort liegt der Faktor auch über 1, Herr Kollege.

Das heißt, der eingesetzte Euro erbringt hier einen Nutzen zwischen 1 und 2 Euro. Beim Transrapid wird der eingesetzte Euro einen Nutzen zwischen 2,5 und 4 Euro erbringen. Das heißt, wir haben hier ein Projekt, das in der volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung außerordentlich hoch liegt, und das widerlegt Ihre Abqualifizierung als Prestigeprojekt.

Ich möchte als drittes und letztes Argument noch Folgendes sagen, und da wäre ich dankbar, wenn dies die Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN nach zahllosen Diskussionen vielleicht doch einmal in ihre Argumentationsreihe aufnehmen würden: Die Einstellung: Transrapid weg, dann haben wir 1,3 Milliarden eingespart, ist natürlich nur die eine Seite der Medaille. Das lässt nämlich im Münchner Raum ein riesiges Verkehrsproblem offen, und das kann nicht ungelöst bleiben. Das heißt, die Alternative lautet: entweder Transrapid oder Express-S-Bahn. Wer das eine ausblendet, stürzt den Raum München in ein Verkehrschaos; es ist nicht lösbar. Der Flughafen München wird in wenigen Jahren 50 Millionen Passagiere haben; heute sind es 30 Millionen. Die Autobahnen rund um den Flughafen München sind heute in der Regel voll, der Stau ist extrem.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Sind Sie denn Abgeordneter der Landeshauptstadt München? Sagen Sie denen eigentlich: Das alles geht mich nichts an, München soll im Verkehr ertrinken? – Ich halte das für eine kurzsichtige, blinde Einstellung. Das

heißt, wir müssen ein Verkehrsproblem lösen. Deshalb ist letztlich die Frage: Bauen wir den Transrapid oder die sogenannte Express-S-Bahn? Wenn ich das vergleiche, stelle ich fest: Mit dem Bau des Transrapid könnte im Jahr 2008 begonnen werden, er wäre dann 2012/2013 fertig. Bei der Express-S-Bahn gibt es heute nichts außer ein paar Blatt Papier. Diese Maßnahme ist mit Blick auf den Kosten-Zeit-Faktor innerhalb von 15, 20 Jahren auch deshalb nicht machbar, weil die Landeshauptstadt München die zweite Stammstrecke will, die auch 1,8 Milliarden Euro kostet; sie hat übrigens einen Kosten-Nutzen-Faktor von 1,0. Sie werden doch nicht glauben, dass Bund und Land – beide zusammen – zur gleichen Zeit in München zwei S-Bahn-Projekte mit einem Kostenfaktor von 3 Milliarden finanzieren können. Das ist abwegig, das ist unrealistisch.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Deshalb ist gerade der Transrapid die Chance, eine Flughafenanbindung von München schneller zu verwirklichen, und das ist für den Freistaat Bayern auch günstiger.

Ich darf noch folgende zwei Zahlen nennen: Die Gesamtinvestition für den Transrapid beträgt 1,8 Milliarden Euro; der Bund zahlt 50 %. Wir bekommen auch Gelder der Europäischen Union, des Flughafens München und der Bahn. Dann bleibt ein Defizit, das wir zu decken haben, das nach meiner Einschätzung irgendwo bei plus/minus 25 % sein wird. Bei der Express-S-Bahn investieren wir von Haus aus 40 % und zahlen wir – das ist der entscheidende Unterschied – im Jahr Bestellerentgelte durch den Freistaat Bayern in Höhe von rund 20 Millionen mit steigender Tendenz. Erkundigen Sie sich bei der Bahn! Man kann doch heute nicht nur die Investitionskosten berechnen, sondern muss auch die Betriebskosten für einen Zeitraum von 25 Jahren berechnen. Das zusammengenommen, haben Sie für die Express-S-Bahn Investitionen von rund 400 Millionen, und dann zahlen wir in 25 Jahren etwa 500 bis 600 Millionen Euro Defizite. Und alle diese Beträge – 1 Milliarde Euro! – gehen von den Geldern des ÖPNV in Bayern weg; eine Milliarde Euro! Der Transrapid kostet uns deutlich weniger als 500 Millionen. Einen großen Teil werden wir aus Privatisierungserlösen bestreiten.

Meine Damen und Herren, die Conclusio ist: Wer für die Express-S-Bahn ist, der fordert vom Freistaat Bayern mindestens die doppelte Summe an Geld, und das ist wiederum nur aus GVFG- und Regionalisierungsmitteln zu finanzieren. Dieses Geld geht aber von anderen Projekten in Bayern weg. Wer für den ländlichen Raum ist, der muss für die Finanzierung des Transrapids sein, nicht der Express-S-Bahn. Der Landeshauptstadt München ist es ziemlich wurscht, aber ich glaube, dass es für den Bayerischen Landtag entscheidungserheblich ist. Das war die erschöpfende Antwort.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Zusatzfrage: Herr Kollege Dr. Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Sie sind auf keine der Fragen auch nur ansatzweise eingegangen, Herr Minister. Das kennen wir aber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben auch nicht „eingeschränkt“ formuliert, sondern ich habe „leidet Not“ gesagt, und wenn Sie von mehr Fahrgästen sprechen, wäre gerade das mehr Investitionen wert. Im Übrigen war es die rot-grüne Bundesregierung, die den öffentlichen Schienen-Personen-Nahverkehr in Bayern mit 112 Millionen Euro mehr ausgestattet hat. Die jetzige Bundesregierung hat dagegen um 80 Millionen Euro gekürzt.

Zu Ihrer Milchbubenrechnung mit den Betriebskosten: Die S-Bahn München ist ein Goldesel, vor allem die S-Bahn zum Flughafen. Dann legen Sie noch Dukaten drauf, nämlich 5 Euro je Zugkilometer. Das ist Ihre Verantwortung, Ihre Schuld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt noch einmal zwei konkrete Fragen: Die Ansätze für Investitionskosten für die beiden Großprojekte, für den Transrapid zum Flughafen und für die zweite S-Bahn-Röhre in München, sind mittlerweile viele Jahre alt. Sie haben sie fortgeschrieben mit Preiseskalationsraten von 1,4 bzw. 1,5 % pro Jahr. Jetzt sind aber die Arbeiten für beide Maßnahmen sehr personal- und energieintensiv; beide Tunnels verlangen nach Stahl und nach Beton. Die spezifischen Preise sind explodiert: Diesel 60 %, Stahl mehrere 100 %. Allein im letzten Jahr sind die Stahlbetonarbeiten, die Erdbauarbeiten um gute 10 % angestiegen.

Herr Präsident, Herr Minister Huber, ich habe zwei Fragen:

Erstens, wollen Sie ernsthaft bestreiten, dass sich die oben genannten Preisexplosionen auf die Kosten für die beiden Tunnelbaumaßnahmen massiv auswirken?

Zweitens, wann endlich kehren Sie von der von Ihnen präferierten Variante „zweite Stammstrecke der S-Bahn München“ ab, die nicht finanzierbar ist – Sie haben es in der letzten Sitzung gesagt – und deswegen auch nicht realisierbar ist, deren Realisierung sogar für Einbußen in der Bedienungs- und in der Betriebsqualität sorgen würde? Wann manchen Sie mit Ihrer Abkehr endlich Platz für sinnvolle Alternativen? Ich bitte jetzt wirklich um eine Antwort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Ich will die Diskussion nicht schwieriger machen, ich war nicht streng. Aber die Zusatzfrage begrenzt sich auf eine Minute. Sie aber haben jetzt fast eine Dreiviertelminute mit der Feststellung gebraucht. Ich will das nur deutlich machen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich habe das nicht hineingeschrieben. Das Wort hat jetzt Herr Staatsminister.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen darauf hinweisen, dass die Bewertung, ich hätte die Fragen nicht beantwortet, Aufgabe des Hohen Hauses ist. Ich glaube aber auch, Herr Kollege Runge, Sie können es am wenigsten sagen; denn Sie haben während der meisten Zeit meiner Antwort mit Ihrem Nachbarn und Kollegen Dürr geschwätzt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Eigentlich wäre es auch ein Gebot des Respekts gegenüber der Staatsregierung und vielleicht auch einem Kollegen gegenüber, dass man zumindest hinhört, wenn eine Antwort auf eine Frage gegeben wird.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

– Das bringt auch zum Ausdruck, dass Sie hier im Grunde keine sachliche Auskunft wollen, sondern eine Kampagne gegen den Transrapid betreiben. Das ist doch Ihr wahres Motiv.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie hören nichts und Sie sehen nichts!)

Die Kostenschätzung ist aus dem Jahr 2004; das war zu Beginn des Planfeststellungsverfahrens. Es ist selbstverständlich, dass mit dem Abschluss des Planfeststellungsverfahrens eine erneute Kostenschätzung gemacht wird. Dann kommt das Genehmigungsverfahren, und selbstverständlich ist es so, dass im Genehmigungsverfahren Auflagen kommen können. Man wird dann auch überlegen müssen: Gibt es weitere Einsparmöglichkeiten? Aber auch da hat es keinen Sinn, jeden Monat eine neue Schätzung zu machen. Wir führen das Planfeststellungsverfahren durch, das wird vom Eisenbahn-Bundesamt gemacht. Dann haben wir den Bescheid, und aufgrund des Bescheides wird man rechnen: Was kostet es? Dann müssen entsprechende Anpassungen im Finanzierungsplan vorgenommen werden. Alles, was jetzt behauptet wird, über mehrere 100 Millionen mehr, ist Teil Ihrer Kampagne, aber nicht begründet durch irgendwelche Rechnungen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Das war eine Frage!)

Auch gegen die zweite Stammstrecke betreiben Sie seit einiger Zeit eine Kampagne. Das Münchner S-Bahn-System ist außerordentlich erfolgreich. Wir haben pro Tag 900 000 bis 1 Million Fahrgäste. Es ist gelungen, die Pünktlichkeit der S-Bahn in München deutlich zu verbessern. Aber technisch ist dieses System an seinen Kapazitätsgrenzen angelangt.

Das heißt, wenn man eine Weiterführung über neue Arme – was auch von den Kollegen der SPD befürwortet wird – ins Land hinaus will, dann wird man auch in der Innenstadt zu baulichen Verbesserungen kommen müssen. Darüber ist auch wieder ewig gestritten worden. Jetzt ist die zweite Stammstrecke die Lösung, die sich derzeit im Planfeststellungsverfahren befindet. Das Planfeststellungsverfahren wird weitergeführt. Auch da wird eine Kostenschätzung gemacht, und es wird versucht, zu einer Finanzierung zu kommen.

Aber ich möchte durchaus sagen: Über viele Jahre haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Straßenbau im Grunde total ablehnen. Daran haben wir uns gewöhnt. Wenn wir für Straßenbaumaßnahmen sind, verweisen Sie immer darauf, man sollte die sehr viel umweltfreundlichere Schiene einsetzen. Aber eines wundert mich sehr. Jetzt geht es um Schienenstrecken – ich sage Transrapid, ich sage zweite Stammstrecke München –, und auch dagegen sind die GRÜNEN. Ich habe eigentlich noch nie erlebt, dass Sie für eine Infrastrukturmaßnahme sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich schließe daraus – und diese Überlegung ist zutreffend –, dass Sie sich auf eine permanente Oppositionsrolle hier im Landtag einstellen. Das ist auch der richtige Platz für Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN.

(Beifall bei der CSU – Christine Stahl (GRÜNE): Unglaublich substanziiert!)

Präsident Alois Glück: Nächster Fragesteller: Herr Kollege Rotter.

Eberhard Rotter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Staatsminister! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und große Teile der SPD lassen keine Gelegenheit aus, das Feindbild Transrapid zu pflegen, wöchentlich in diesem Hohen Hause im Plenarsaal. Mal müssen Bildungsinvestitionen herhalten, um Dinge darzustellen, die zwar wünschenswert, aber nicht ohne Weiteres finanzierbar sind – das haben wir vergangene Woche erlebt –;

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Alles, was schiefläuft, alles!)

heute geht es darum, dass der Transrapid in Konkurrenz zum ÖPNV stehen soll. Aber auch so, wie es heute propagiert wird, taugt der Transrapid nicht zum Schreckgespenst.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Fragen Sie doch die Leute!)

Ich erinnere daran, dass Bayern die Zugbestellungen ausweitet hat, obwohl die Regionalisierungsmittel gekürzt wurden.

(Ludwig Wörner (SPD): Fragen!)

Wir sind gerade in anderen Ländern vom politischen Gegner dort dafür gelobt und als Beispiel hingestellt worden.

Es ist richtig, dass die Busförderung ausgesetzt worden ist.

(Ludwig Wörner (SPD): Aha! Trifft den ländlichen Raum!)

Darüber war ich auch nicht glücklich, und ich hoffe, dass die Förderung nur ausgesetzt ist und wir wieder einsteigen können. Aber das alles ist passiert ohne Transrapid, ohne dass bis dato irgendetwas für den Transrapid bezahlt worden ist.

Von daher ist all das, was Sie propagieren und schlechtreden, schlichtweg nicht zutreffend und schon gar nicht auf den Transrapid zu münzen.

Ein Verzicht auf den Transrapid würde Bayern überhaupt nicht weiterhelfen. Sowohl die EU-Mittel als auch die Bundesmittel wären dann verloren.

(Ludwig Wörner (SPD): Welche EU-Mittel?)

Ich erinnere nochmals daran, dass die Transrapid-Mittel eben gerade nicht aus dem bayerischen Nahverkehrsbudget kommen, sondern im Gegenteil: Jede andere Flughafenanbindung – und wir brauchen eine schnelle schienengebundene Flughafenanbindung – würde das Nahverkehrsbudget schwächen, weil gerade diese Alternativangebote in Konkurrenz zu den ÖPNV-Mitteln stehen und deswegen hieraus finanziert werden müssen.

Von daher, Herr Staatsminister, frage ich Sie nochmals: Transrapid oder Express-S-Bahn, welches ist die bessere Alternative für ganz Bayern, und welche Auswirkungen hat dies insbesondere auf die Regionen in Bayern, auf den ÖPNV im flachen Land?

(Ludwig Wörner (SPD): Da hat er nicht zugehört! Herr Huber, das tät ich mir nicht gefallen lassen!)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Erstens: Herr Kollege Rotter, ich möchte bestätigen, dass der Freistaat Bayern das Angebot im Schienenpersonennahverkehr deutlich ausgeweitet hat. Wir sind heute weltweit der größte Kunde der Deutschen Bahn AG.

(Heiterkeit des Abgeordneten Rainer Volkmann (SPD))

– Natürlich. Ich freue mich darüber, dass die Bahn so eine großartige Renaissance erlebt hat. Lange Zeit war es so, dass eine Strecke nach der anderen stillgelegt worden ist. Heute haben wir eine deutliche Ausweitung des Angebots. Ich möchte dem Hohen Haus auch mitteilen, dass wir durch den Wettbewerb heute sehr gute Angebote haben. An den letzten Ausschreibungen – Würzburg, Regensburg, Passau, Augsburg – lässt sich feststellen, dass wir jeweils Angebote für unsere Bestellungen bekommen haben, die preisgünstig waren und es uns ermöglicht haben, mit weniger Geld ein größeres Angebot zu schaffen und den Takt weiter auszubauen. Das macht der Wettbewerb, meine Damen und Herren, der auf diese Art und Weise qualitativ und quantitativ zu besseren Ergebnissen führt.

(Ludwig Wörner (SPD): Auf dem Rücken der Arbeitnehmer und zulasten der Arbeitsplätze! – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Fahren Sie einmal damit! – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Rotter, ich möchte die Zahlen noch einmal kurz zusammenfassen. Nach meiner Einschätzung kostet eine Express-S-Bahn einschließlich der Betriebskosten für 25 Jahre den Freistaat Bayern rund 1 Milliarde Euro. Diese Milliarde wäre aufzubringen aus Regionalisierungsmitteln, aus GVFG- und aus FAG-Mitteln, das heißt, stünden voll in Konkurrenz zu anderen Infrastrukturmaßnahmen in Bayern. Die Landeshauptstadt München, die die Express-S-Bahn befürwortet, ist absolut rücksichtslos gegenüber anderen Projekten in ganz Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der Transrapid wird uns keine Defizite bescheren. Die Deutsche Bahn ist in der Lage, eigenwirtschaftlich und ohne Defizitfinanzierung den Transrapid zu betreiben. Das steht fest in den Verhandlungen mit der Bahn. Die Investitionskosten des Freistaats Bayern – das habe ich gesagt – werden nach Lage der Dinge 27 % nicht übersteigen. Ich freue mich auch über die Bestätigung durch die CSU-Landtagsfraktion, dass die Mittel überwiegend aus Privatisierungserlösen aufgebracht werden, sodass ich sage: Regionalisierungsmittel, GVFG- und FAG-Mittel werden durch den Transrapid so gut wie nicht belastet. Damit geht der Transrapid nicht zulasten anderer Projekte im Lande. Das ist der große Vorteil, und deswegen ist die Staatsregierung auch für den Transrapid.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächster Fragesteller: Herr Kollege Bocklet.

Reinhold Bocklet (CSU): Herr Präsident! Herr Minister, Sie haben die verkehrspolitische Bedeutung des Transrapid in Bezug auf die Anbindung des Flughafens an die Stadt München deutlich unterstrichen. Ich denke, das ist das wichtigste Argument für unsere Bürger hier.

Das zweite Argument ist die industriepolitische Bedeutung. Wir haben etwas auf den Weg gebracht, das seinesgleichen in der Welt sucht und was auch schon eine Reihe von Interessenten gefunden hat. Wie lange können wir das Spiel eigentlich noch weitertreiben, ohne Gefahr zu laufen, dass am Ende keinerlei industriepolitischer Erfolg damit verbunden ist, weil entweder andere aufgrund des Gezerres abspringen oder, was die Chinesen zu tun scheinen, längst die Patente erwerben oder selbst anfertigen, die sie dann in die Lage versetzen, eigenständig und ohne unser Know-how diese Technologie in der Welt zu vertreiben?

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Ich möchte ausdrücklich bestätigen: Der Transrapid ist ein Verkehrsprojekt, er ist aber auch ein Technologieprojekt. Beides ist bedeutsam. Der technologische und der wirtschaftliche Ansatz werden in den Kosten-Nutzen-Rechnungen jeweils zwischen und 1 und 2,6 gesehen. Er ist also außerordentlich ertragreich. Das wäre eine Chance, eine Technologie, die in Deutschland entwickelt wurde, weltweit zu vermarkten. Im Moment gibt es – wie Sie wissen – eine Strecke in Shanghai. Es finden tagtäglich aus der ganzen Welt Pilgerfahrten statt, um den Transrapid in Shanghai zu besichtigen. Dort überlegt man, diese Strecke zu verlängern.

Ich bestätige ausdrücklich: Das Münchner Projekt ist aus meiner Sicht die letzte Chance, in Deutschland die Magnetschwebebahn zu realisieren. Andere – zum Beispiel Nordrhein-Westfalen – sind gescheitert. Diese Strecke ist nahezu ideal für die Verwirklichung des Transrapid, um in zehn Minuten zwei Verkehrsknoten zu verbinden, die außerordentlich frequentiert sind, um damit eine Technologie weltweit vermarkten zu können. Es kauft doch niemand – das ist das wirtschaftliche Einmaleins – von uns eine Technik, wenn wir sie im eigenen Land nicht einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Der letzte Gedanke: Auch jede Bundesregierung – auch während der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN – hat erhebliche Forschungsmittel für diese Magnetschwebebahn ausgegeben. In der Zeit, in der Ihre Partei an der Regierung beteiligt war, Herr Kollege Runge, sind die Forschungsgelder für die Magnetschwebebahn nicht gestrichen worden. Wenn wir nicht bauen, dann wird volkswirtschaftlich Geld vernichtet, weil eine Forschungsfinanzierung über Jahrzehnte gemacht worden ist und auf einen Schlag zum Wert null gebracht würde.

Natürlich werden die beteiligten Unternehmen, die im Besitz dieser Patente sind – China ist wohl nicht in der Lage, innerhalb der nächsten zehn Jahre eine eigene Entwicklung hinzubekommen –, das Know-how verkaufen. Das heißt, wenn wir den Transrapid in München nicht realisieren, dann bleibt ein Verkehrsproblem ungelöst, und es schwimmt eine technologische Chance weg. Die Folge ist, dass die Technologie ins Ausland verkauft wird, und dann passiert das Gleiche wie in anderen Bereichen: Andere werden die Technologie weltweit mit Erfolg vermarkten, und wir schauen mit dem Ofenrohr ins Gebirge. Das möchte ich nicht.

Präsident Alois Glück: Nächster Fragesteller: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Herr Minister Huber! Zunächst einmal eine Vorbemerkung: Wenn wir uns darüber verständigen können, dass Steuergelder nur einmal ausgegeben werden können, dann kommen wir sehr schnell zu dem Ergebnis, dass es den Steuerzahler letztlich nicht so trifft, ob das Geld nun in den Transrapid oder in einen vernünftigen Ausbau der Strecke zum Flugplatz fließt. Wenn Sie jetzt aber sagen, die bayerische Bevölkerung – die oben auf der Tribüne sitzt; sie haben ja sehr intensiv in diese Richtung geredet – leide darunter, wenn man das Projekt nicht realisiert, dann sage ich Ihnen: Sie haben durch das Projekt Transrapid dem öffentlichen Nahverkehr, dem ÖPNV, Mittel entzogen, und zwar bereits jetzt in Höhe von rund 60 Millionen Euro. Es ist unstrittig; das hat uns das Haus Wiesheu auf meine Anfrage mitgeteilt. Ich habe Sie schon das letzte Mal gefragt: Geben Sie diese Mittel zurück? Darauf hätte ich gerne eine Antwort, weil diese Mittel dem flachen Land fehlen, den Bussen. Sie haben bei den Busbestellungen gekürzt, weil die Mittel gekürzt worden sind, und so haben Sie die Mittel aus dem ÖPNV-Topf heute schon für den Transrapid zweckentfremdet. Meine Frage: Geben Sie diese Mittel zurück? Ja oder Nein?

Wenn diese hochgelobte Technik Transrapid – nach Ihrer Meinung – die richtige zwischen München/Hauptbahnhof und Erding ist, dann frage ich Sie, warum Sie keinen Investmentfonds gefunden haben, der dieses Projekt bezuschusst bzw. vorfinanziert oder bezahlt. Offensichtlich ist das den Herrschaften zu unsicher. Da hätte ich gerne die Auskunft von Ihnen: Haben Sie sich um so etwas bemüht, und wenn nicht, warum nicht?

Schließlich würde ich Sie gerne fragen, nachdem Sie immer beklagen, dass das Fehlen eines richtigen Anschlusses des Flughafens ein Geburtsfehler ist, der in Ihre – nicht in Ihre persönliche, aber in die der CSU – Regierungszeit fällt: Sind Sie bereit, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass es ein generelles Manko ist, das auch jetzt nicht durch den Transrapid gelöst werden kann? Die meisten Menschen kommen im Modelsplitt aus dem Raum Süd, Salzburg, aus dem Raum Nürnberg, Ingolstadt zum Flugplatz. Da wäre es viel besser, den ICE-Anschluss auf der Rennstrecke München-Ingolstadt zum Flughafen herzustellen und Erding anzuhängen. Dann hätten wir etwas Vernünftiges, das allen Menschen in Bayern dient und nicht nur einer bestimmten Region, die Sie im Übrigen ausdünnen wollen, weil Sie die S-Bahn dann zurückfahren müssten.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, wir sind über der Zeit.

Ludwig Wörner (SPD): Damit wollen Sie sicherstellen, dass der Transrapid gefüllt wird.

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Wenn ich mit dem Letzten beginnen darf: Ich halte es für ein Manko des Flughafens München, dass er nicht an den Schienenfernverkehr angebunden ist.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Wer hat ihn denn geplant?)

– Herr Kollege Magerl, Sie waren 20 oder 30 Jahre auf der Seite derer, die das bekämpft haben. Sie haben die viel geringeren Prognosezahlen immer bekämpft und sind durch die Realität widerlegt worden.

Das heißt, es besteht ein Mangel. Dann muss ich versuchen, diesen Mangel zu beheben, auch weil die Dynamik

des Flughafens München weit über alle Erwartungen und weit über die Prognosen der Optimisten hinausgegangen ist. Wir haben die Möglichkeit, mit dem Transrapid Abhilfe zu schaffen. Das aber lehnen Sie ab. Ich respektiere bzw. akzeptiere Ihre Position. Erstaunlich ist aber – das kommt vermutlich daher, dass Sie seit Jahrzehnten in der Opposition sind –: Sie sind nicht in der Lage, zu einem konkreten, realisierbaren Objekt Ja zu sagen, sondern Sie weichen auf eine Fata Morgana aus. Es wird gesagt: Wenn Ingolstadt, oder das oder jenes. Das alles steht innerhalb der nächsten 20 Jahre überhaupt nicht zur Entscheidung an. Die Frage ist jetzt: Sind wird kraftvoll und mutig genug, das, was jetzt möglich ist, zu realisieren, oder nehmen wir für die nächsten 20 Jahre den Mangel weiter inkauf? Das ist die Entscheidung.

(Beifall bei der CSU)

Ich stelle fest – Sie vertreten ja die Position der Landeshauptstadt München –: Man kann nicht bestreiten, dass der Wirtschaftsraum München ungeheuer vom Flughafen profitiert. Jeder Flughafen braucht eine gute Anbindung an die Metropole. Wir haben gegenwärtig zwei S-Bahn-Linien, die auch nicht stillgelegt werden. Wir merken, dass das nicht reicht. Jetzt sind wir dabei, eine weitere Verbindung zu schaffen. Diese ist – ich habe es schon lange erklärt – mit dem Transrapid möglich, und auch da weichen Sie wieder aus.

Herr Kollege Maget, ich sage Ihnen auch hier: Wer sich immer nur scheut, Probleme zu lösen und vor jedem Hindernis zurückweicht, der ist nicht regierungsfähig. Das ist die Conclusio.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt gehe ich, Herr Wörner, auf Ihre weiteren Fragen ein: Sie tun so, als ob ich die 60 Millionen irgendwo gestohlen hätte und als ob man die nun wieder zurückgeben müsse. Zu den 60 Millionen: Ich bestätige, dass der Freistaat Bayern, auch aus Regionalisierungsmitteln, für die Magnetbahn-GmbH 60 Millionen für Planung und Planfeststellung zur Verfügung gestellt hat. Das ist eine Vorleistung des Freistaats Bayern, die auf die endgültige Finanzierung angerechnet wird.

(Zuruf von der SPD)

– Was heißt: Geben Sie das zurück? Soll ich es Ihnen geben?

Das ist Geld des Freistaates Bayern, das eingesetzt wird, um ein Verkehrssystem zu finanzieren. Es ist korrekt und rechtmäßig für die Planung des Transrapid eingesetzt worden. Es gibt überhaupt nichts daran zu deuten, dass dies ein korrekter, legitimer und legaler Einsatz dieser Gelder ist.

Das, was Sie – Herr Wörner, ich bemühe mich gerade, Ihre Fragen zu beantworten – hinsichtlich des Vergleichs machen, ist durch die Kosten-Nutzen-Analyse – wenn Sie das einmal nachverfolgen – beantwortet. Wir könnten uns jetzt darauf verständigen, dass für den Steuerzahler einschließlich der Betriebskosten die Ausgaben für den Transrapid und für die Express-S-Bahn mit rund einer Milliarde oder 1,2 Milliarden in etwa gleich hoch seien. –

Wenn wir dieses Modell einmal unterstellen, kommen wir zu gleichen Ausgaben für den Verkehr. Man muss dann aber auch beachten, was Herr Kollege Bocklet gesagt hat: Der Transrapid hat einen technologischen und wirtschaftlichen Effekt, den die Express-S-Bahn nicht hat. Wir haben damit einen höheren Nutzen. Das ist der erste Vorteil. Der zweite Vorteil: Ich darf doch auch aufrechnen, was für den Freistaat Bayern von Nutzen ist. Für den Freistaat Bayern besteht der besondere Nutzen darin, dass wir vom Transrapid profitieren, weil das ein Technologie-Projekt ist, bei dem sich der Bund erheblich höher an den Kosten beteiligt als bei einer traditionellen Rad-Schiene-Anlage. Das bedeutet, wir bekommen vom Bund mehr Geld und haben die Möglichkeit, im ganzen Land mehr Projekte zu finanzieren. Für die Bürger des Freistaates Bayern ist also die Kombination mit dem Transrapid von deutlich höherem Nutzen.

(Beifall bei der CSU)

Eigentlich müsste Ihnen das alles langsam dämmern, wenn der dynamische Begabungsbegriff jemals einen Sinn gehabt hat.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Was ist mit der dritten Frage nach dem Investor?)

– Zur Frage nach dem Investor: Ich halte das durchaus für überlegenswert. Es gibt auch Angebote. Das ist gar keine Frage. Teilweise kommen Leute unaufgefordert zu mir und sagen, sie seien bereit, dieses Projekt im Wege einer Public-Private-Partnership zu finanzieren. Allerdings muss ich sagen: Wir sind momentan in einem Stadium, bei dem der Umstieg auf ein solches Modell eine völlige Veränderung der Ausgangsposition bedeuten würde. Im Übrigen: Wissen sie, was in diesem Fall von Ihnen käme? – Sie würden sagen: Jetzt greift der Huber auf die Heuschrecken zurück, um das Ganze zu finanzieren. Warum verlangen Sie eigentlich immer ein Sonderrecht für den Transrapid? – Die Autobahnen und die Schienenwege in Deutschland werden alle aus Mitteln für die öffentliche Infrastruktur finanziert. Das Gleiche gilt auch für den Transrapid.

(Ludwig Wörner (SPD): Dann müssten aber auch dieselben standardisierten Wertungen gelten! Genau das ist nicht der Fall!)

Der Nutzeffekt liegt beim Transrapid zwischen 2,5 und 4,1 und damit deutlich höher als bei vielen vergleichbaren Projekten. Ich bitte Sie, das von Ihnen bzw. von der SPD geführte Bundesverkehrsministerium dazu zu befragen.

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Volkmann.

Rainer Volkmann (SPD): Herr Staatsminister, zur letzten Prognose möchte ich sagen, dass ein kluger Mensch

einmal angemerkt hat, man solle keine Prognosen abgeben, insbesondere nicht für die Zukunft.

(Alexander König (CSU): Für die Vergangenheit brauchen wir keine Prognosen abzugeben!)

Der Kosten-Nutzen-Faktor von 2,6 bis 4,0, den Sie genannt haben, ist sehr kühn. Ich möchte Sie vor einem Irrtum bewahren, weil ich untröstlich wäre, wenn Sie einen schlichten rechnerischen Fehler begehen würden: Wir sind uns, denke ich, darin einig, dass der Transrapid Platz für 435 Fahrgäste bietet. Der Transrapid fährt alle zehn Minuten. Er kann rein technisch nicht öfter als alle zehn Minuten fahren. Eine S-Bahn befördert bis zu 1600 Fahrgäste, also mindestens dreimal, knapp viermal so viel wie der Transrapid. Eine S-Bahn könnte auch alle fünf Minuten fahren. Das heißt, die Kapazität einer S-Bahn ist bei der Personenbeförderung sechs- bis achtmal größer als beim Transrapid.

(Franz Maget (SPD): Der ist aber auch teurer!)

Ich gebe zu, der Transrapid ist schneller. Das ist gar keine Frage. Sie stellen jedoch auf die Menge der Fahrgäste ab, weil Sie sagen, dass es an diesem Flughafen sehr viele Fahrgäste gibt. Ich bitte Sie deshalb, noch einmal nachzurechnen, ob die Kapazität bei der S-Bahn vielleicht doch größer als beim Transrapid wäre.

(Franz Maget (SPD): Beim Transrapid brauchst du nicht so viele Plätze, weil er zu teuer ist!)

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Ich möchte diese zwei Fragen noch in aller Kürze beantworten. Herr Kollege, die von mir zitierte Kosten-Nutzen-Analyse mit den Zahlen von 2,6 bis 4,1 beruht natürlich auf Prognosen; sie beruht aber auch auf einer Rechnung, die bei allen Schienenwegen und bei allen Straßen aufgestellt wird. Deshalb habe ich den Vergleich angestellt. Sie befürworten zum Beispiel die zweite Stammstrecke. Hier liegt der Wert bei 1,0. Beim Transrapid liegt er bei mindestens 2,6. Der Transrapid ist also vom Nutzen her um das Zweieinhalbfache besser zu beurteilen. Das muss man sehen.

Meine Damen und Herren, wir haben bereits zwei S-Bahnen, die zum Flughafen fahren. Was wäre der verkehrspolitische Mehrwert, wenn wir noch eine dritte bauen würden? Diese S-Bahnen brauchen 40 Minuten. Sogar die sogenannte Express-S-Bahn braucht 30 Minuten. Einen Gewinn an Attraktivität für den möglichen Fahrgast sehe ich darin nicht. Er hat einen weiteren Weg.

In der Regel haben die großen Flughäfen der Welt alle eine Rapidbahn. Häufig fährt diese Bahn auf der Schiene, es könnte aber auch ein Transrapid sein. Deshalb sage ich: Wir haben die Möglichkeit der Straße. Die Leute können mit dem Bus, mit dem Taxi oder mit zwei S-Bahnen fahren. Ganz ohne Zweifel wäre es aber ein deutlicher Gewinn, wenn sie den Weg zum Hauptbahnhof in 10 Minuten zurücklegen könnten. Damit wäre auch ein Angebot für die vielen Menschen geschaffen, die mit dem Zug nach München fahren. Wer heute mit dem Zug nach München fährt, muss einen sehr umständlichen Weg zum Flughafen zurücklegen. Wenn der Fahrgast weiß, dass er nach dem Aussteigen am Hauptbahnhof in 10 Minuten zum Flughafen kommt, werden sehr viel mehr Leute mit dem Zug fahren. Das wäre eine große Verbesserung.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass ich in den Verhandlungen mit dem Bund im Juli das endgültige Finanzierungskonzept vorlegen kann. Ich sage abschließend: Der Freistaat Bayern ist bereit, dieses Projekt zu realisieren und mitzufinanzieren. Hier handelt es sich aber um ein gemeinsames Projekt zwischen dem Bund und dem Freistaat Bayern. Wenn der Bund aussteigt, dann wird es scheitern. Das wäre die Alternative.

(Rainer Volkmann (SPD): Meine Frage ist nicht beantwortet! Ich habe gesagt, dass die Kapazität der S-Bahn dreimal bis sechsmal so groß ist wie die des Transrapid!)

– Es ist richtig, dass bei der S-Bahn mit einem einzelnen Zug mehr Leute befördert werden können. In der Zwischenzeit fährt jedoch der Transrapid dreimal zwischen dem Flughafen und dem Hauptbahnhof hin und her.

Ein zusätzliches Aufkommen an Fahrgästen ist zu erwarten. Nach der Prognose werden mindestens drei Millionen Menschen, die heute mit dem Auto zum Flughafen fahren, vermutlich auf den Zug und anschließend auf den Transrapid umsteigen. Auch unter dem Gesichtspunkt der Klimadiskussion – die Sie sonst immer betreiben – wäre es vorteilhafter, den Transrapid statt einer Rumpel-S-Bahn zu bauen oder mit dem Auto zum Flughafen zu fahren. Ich bedanke mich bei der Opposition für die Möglichkeit, dieses Thema wieder einmal ausführlich darzustellen.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister, wir sind noch nicht am Ende. Nach einer neuen Regelung gibt es die Möglichkeit einer zweiten Nachfrage der antragstellenden Fraktion. Das Wort dazu hat Herr Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident! Herr Staatsminister, Sie entkommen uns hier nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Nehmen Sie zuerst zur Kenntnis, dass Ihre Behauptung, wir seien gegen jegliche Schienenprojekte, nicht stimmt. Wir sind für eine Neufahrner Kurve. Wir sind für einen Ringschluss. Wir sind für die Walpertskirchener Spange. Wir sind für den Ausbau der Strecke München – Mühldorf – Freilassing – Salzburg. Wir sind für eine Donau-Moldau-Bahn. Ich könnte diese Liste verlängern. Das sind alles Projekte, bei denen Sie nicht übermäßig schnell vorankommen. Hier kommt der Nahverkehr in Bayern nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe noch zwei Nachfragen: Sie haben heute den Nahverkehr in den rosigsten Farben geschildert. Warum

sind Sie nicht in der Lage, den einstimmigen Landtagsbeschluss nach Abschaffung des Stolper-Taktes bei der Münchner S-Bahn zu vollziehen, wo wir nach wie vor sehr häufig einen 20- bis 40-Minuten-Takt haben und weit entfernt von einem 20-Minuten- oder gar 10-Minuten-Takt sind? Dafür bringen Sie die Geldmittel nicht her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine zweite Nachfrage: Können Sie dem Hohen Haus erklären, worin der industriepolitische Nutzen des Transrapid liegt? Das letzte Patent zu diesem Projekt stammt aus dem Jahre 1934. Es hat sich in 73 Jahren nur ein einziges Mal mit gigantischen Subventionen durch den deutschen Steuerzahler verkaufen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Herr Staatsminister.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Ich freue mich, dass Sie gerade ein paar Strecken genannt haben, bei denen auch die GRÜNEN Schienenprojekte in Bayern befürworten. Ihre Worte sind zwar wohlfeil. In der Zeit Ihrer Regierungsbeteiligung in Berlin sind die Gelder für den Ausbau der Schienenstrecken in Deutschland aber massiv gekürzt worden.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN – Ulrike Gote (GRÜNE): Man sollte nicht lügen!)

Präsident Alois Glück: Einen Augenblick bitte. Das Wort hat Herr Staatsminister Huber. Es gab genügend Möglichkeiten, Fragen zu stellen. Das Wort hat der Herr Staatsminister.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): In der Zeit der Regierungsbeteiligung der GRÜNEN sind in Berlin die Ausgaben für die Schienenstrecken in Deutschland massiv gekürzt worden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Stimmt doch gar nicht! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Stimmt nicht!)

– Weil Sie nicht rechnen können, behaupten Sie, es stimmt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es bestand sogar die Gefahr, dass der viergleisige Ausbau zwischen Augsburg und München wegen dieser massiven Kürzungen eingestellt wird. Otto Wiesheu und die Staatsregierung haben massiv dafür gekämpft, dass dieser viergleisige Ausbau durchgeführt wird. Daran sieht man wieder einmal, wie weit bei Ihnen Wort und Tat auseinanderliegen. In den Worten sind Sie groß, in den Taten sind Sie mickrig.

(Widerspruch und Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Ich möchte wirklich darum bitten, dass auch einmal zugehört wird.

(Karin Radermacher (SPD): Dann soll er die Fragen beantworten!)

– Das liegt in der Souveränität des Redners oder der Rednerin. Es gehört auch dazu, dass man ihm zuhört. Anders kann eine Sitzung nicht geordnet ablaufen.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, ich räume ein, dass manche meiner Antworten reizvoll sind.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Im wahrsten Sinn des Wortes!)

Ich gebe ohne Weiteres zu, dass dies auch Absicht ist. Ich bin aber auch der Überzeugung, dass ich für die, die guten Willens sind, die Fragen erschöpfend beantwortet habe.

(Zuruf von der CSU: Absolut!)

Leider gibt es nicht so große Nürnberger Trichter, um bei den GRÜNEN auch nur eine sinnvolle Information unterzubringen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung hat Herr Kollege Dr. Runge das Wort.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Hände aus der Tasche!)

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Keine Anweisung von Pschierers Franz!

Herr Staatsminister Erwin Huber, ich möchte mit aller Entschiedenheit Ihre Behauptung zurückweisen, ich hätte nicht zugehört. Ich habe Punkt für Punkt Ihren falschen Aussagen, Ihren Fehlern und Ablenkungsmanövern gelauscht. Um dies zu dokumentieren, möchte ich Sie daran erinnern, dass ich in einem zweiten Durchgang ganz konkret auf Ihre Aussagen eingegangen bin.

Zum Ersten: Die Regionalisierungsmittel sind unter Rotgrün massiv erhöht worden. Unter der jetzigen Regierung sind sie massiv heruntergefahren worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Zweiten: Bei Ihrer Milchbubenrechnung zum Betriebskostendefizit beim Transrapid und bei Ihren Ausführungen zur Standardisierten Bewertung – Sie sehen, dass wir genau gelauscht haben –, sollten Sie sich ein bisschen sachkundiger machen. Sie haben immer von Kosten/Nutzen geredet. Wenn Sie es mit dem Faktor verknüpfen, müssen Sie es schon umdrehen. Wenn Sie 1,2,

2, oder 2,5 sagen und zuerst die Kosten und dann den Nutzen nennen, geht es gewaltig in die Hose.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, ich möchte Ihnen nur illustrieren, wie aufmerksam ich Ihnen lausche und wie genau ich jedes Wort abwäge.

Im Übrigen ein letzter Satz: Selbstverständlich haben wir immer wieder Nahverkehrsprojekte vorgeschlagen. Wir wollen nur nicht Ihre üblichen Milliardengräber.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, Sie bewegen sich im Grenzbereich des § 112 der Geschäftsordnung.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das weiß ich! – Beifall bei den GRÜNEN)

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion der SPD vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema **„Kräfte bündeln für die Europäische Metropolregion München (EMM)“** beantragt.

Die Modalitäten sind im Haus bekannt. Ich will sie aber für die Besucher deutlich machen. In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält eines ihrer Mitglieder zehn Minuten Redezeit. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag für eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. – Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Maget.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit einigen Jahren gibt es in der Regionalpolitik das Instrument von Metropolregionen. Seit 2005 erleben wir, wie dieses Projekt in Nürnberg mit äußerstem Erfolg praktiziert wird. Es wird nicht nur mit Erfolg für die Städte Nürnberg, Fürth und Erlangen praktiziert, sondern es strahlt auch auf die ganze Region bis nach Bamberg oder bis nach Neumarkt in der Oberpfalz aus. Ich erinnere mich noch daran, wie schwierig es in diesem Hause war, den Sinn für Metropolregionen zu schärfen und die Metropolregion Nürnberg durchzusetzen. Ich erinnere mich noch daran, wie hartnäckig die Mehrheit in diesem Hause uns damals jahrelang widersprochen hat. Deshalb möchte ich sagen: Gott sei Dank ist die Metropolregion Nürnberg mit einem großen Erfolg für ganz Nordbayern auf den Weg gebracht worden.

Wir möchten jetzt verhindern, dass bei dem neuen Anlauf, in Südbayern eine Metropolregion München unter Einbeziehung von Augsburg und Schwaben und unter Einbeziehung der großen Region München einschließlich Ingolstadt und Rosenheim zu schaffen, ähnlicher Widerstand gegen die Fortentwicklung dieses Gedankens zustande kommt. Wir möchten erreichen, dass dieses Projekt einer europäischen Metropolregion in Südbayern erfolgreich wird, dass es kein parteipolitisches Projekt, sondern ein gemeinsames Projekt der bayerischen Regionalpolitik wird. Das wäre wichtig für die Menschen, die hier leben.

Wie in Nürnberg stehen auch hier sozialdemokratische Kommunalpolitiker an der Spitze der Bewegung, nämlich in diesem Fall die Oberbürgermeister von München und Augsburg, die erfreulicherweise gemeinsam für die gesamte Region Oberbayern und Schwaben Positives erreichen wollen. Sie wollen der Motor des Wachstums und des Wohlstandes sein. Sie wollen damit auch etwas für die ländlichen Regionen tun. Ich halte überhaupt nichts davon, einen Dualismus zwischen ländlichem Raum und städtischen Ballungszentren aufzubauen. Im Gegenteil, wir müssen die Lokomotiven unter Dampf setzen. Gleichzeitig müssen wir aber verhindern, dass strukturschwächere Regionen von der allgemeinen Wohlstands- und Wachstumsentwicklung abgehängt werden.

Deswegen müssen Sie auch mehr tun für die Entwicklung der ländlichen Regionen. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass Sie die Ausstattung des Landes mit Breitbandnetzen auf die Ballungszentren konzentrieren, während auf dem flachen Land nichts stattfindet. Es kann nicht sein, dass Sie die Möglichkeiten, mithilfe der europäischen Regionalförderung für die ländlichen Räume etwas zu tun, auslassen und versäumen. Sie müssen auch die ländlichen Regionen stärken. Das ist gerade in einem solchen Konzept der europäischen Metropolregionen möglich.

Ich möchte Sie also ausdrücklich dazu auffordern, die Bestrebungen der Städte München und Augsburg und der kommunalen Körperschaften, die sich ihnen bereits angeschlossen haben, zu begleiten und zu unterstützen. Ich möchte Sie darum bitten, deutliche Signale der Unterstützung bei der Verkehrsinfrastruktur zu setzen, und zwar nicht bei überteuerten und nicht finanzierbaren Projekten, wie wir sie eben diskutiert haben, sondern bei den Massenverkehrsmitteln, die diese Regionen tatsächlich brauchen. Das sind die Verkehrsmittel, auf denen Hunderttausende von Menschen täglich zum Arbeitsplatz fahren. 600 000 Menschen nutzen täglich die Münchner S-Bahn. Auch in Augsburg würden mehr Menschen die öffentlichen Verkehrsmittel benützen, wenn Sie dort endlich ein S-bahnähnliches System fördern und unterstützen würden.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dieses Thema auch auf die Tagesordnungen der Ausschüsse setzen. Ich bitte Sie also, Konzepte mitzuentwickeln, zu begleiten und zu fördern, die dem südbayerischen Raum insgesamt helfen und die europäische Metropolregion München zu dem werden lassen, was sie werden kann, nämlich die wirtschaftlich erfolgreichste Region in Europa. Davon haben der ganze Freistaat Bayern und die Bürgerinnen und Bürger, die hier leben, etwas. Ich hoffe nicht, etwas Ähnliches wie bei der Metropolregion Nürnberg erleben zu müssen. Dort haben wir Jahre gebraucht, um Sie für einen vernünftigen Gedanken gewinnen zu können.

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Kollege Pschierer.

Franz Josef Pschierer (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Kollege Maget, Sie machen es uns wahrlich nicht einfach. Was soll man auf das sagen, was Sie jetzt ausgeführt haben, auf dieses Sammelsurium von Allgemeinplätzen, und das zu Beginn einer Aktuellen Stunde? – Sie haben mit dem Thema „Kräfte bündeln für die Europäische Metropolregion München" begonnen, und dann erklären Sie uns lang und breit, was wir für den ländlichen Raum tun müssen. Das tun wir ohnehin. Die CSU-Fraktion hat immer beides getan: Wir haben die Metropolregionen in München und Nürnberg unterstützt, und wir wollen auch einen starken ländlichen Raum. Da haben wir keinen Nachholbedarf und brauchen von Ihnen im Rahmen einer Aktuellen Stunde keine Belehrung. Wenn Sie uns schon belehren wollten, dann müssten Sie es anders formulieren; dann hätten Sie heute eine Aktuelle Stunde zum Thema „Ländlicher Raum" beantragen müssen.

Ein Zweites möchte ich vorweg bemerken: Ich habe während Ihrer Rede das Gefühl gehabt, dass Sie zu spät gekommen sind. Ihre Rede vermittelte mir der Eindruck: Die Nürnberger sind etwas vorgeprescht, und jetzt muss der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München in einer Presseerklärung verlauten lassen, dass er für seine Metropolregion München auch etwas tun will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir, die Mehrheitsfraktion dieses Hohen Hauses, und auch die Staatsregierung haben in den letzten Jahren für die Metropolregion München, auch für die Metropolregion Nürnberg sehr viel getan. Ich darf daran erinnern, dass es unter Otto Wiesheu mit der Initiative MAI – München – Augsburg – Ingolstadt – ein erstes, wirklich wegweisendes Konzept gab, um zur Zusammenarbeit in größeren Einheiten zu kommen. Ich darf daran erinnern, dass diese Staatsregierung gemeinsam mit der CSU-Fraktion dafür gesorgt hat, dass bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms das Thema „Metropolregionen" angemessen berücksichtigt worden ist. Ich darf daran erinnern, dass die Kollegen aus dem Augsburger und schwäbischen Bereich mit eigenen Anträgen und Initiativen zur Anbindung des Großraums Augsburg an München erfolgreich gearbeitet haben.

Lassen Sie mich jetzt einige Punkte zum eigentlichen Thema nennen, das, so war mein Gefühl, bei Herrn Maget nicht stattgefunden hat. Herr Kollege Maget, Metropolregionen haben für unsere Fraktion eine ganz große und wichtige Bedeutung im internationalen Konzert. München misst sich mit London, Paris und vielen anderen großen Metropolregionen. Die Metropolregionen im Freistaat Bayern haben auch Strahlkraft und Wirkung auf die ländlichen Räume. Man muss aber das eine tun, ohne das andere zu lassen. Das ist immer die große Kunst der CSU in diesem Land gewesen, beides zu tun, die Großräume zu stärken, ohne die ländlichen Räume zu vernachlässigen.

Sie beantragen heute eine Aktuelle Stunde zum Thema „Europäische Metropolregion München". Mir fallen dutzendweise Anträge von Ihnen ein, in denen Sie uns vorgehalten haben, wir täten zu viel für die Metropolregionen und vernachlässigten die Oberpfalz, Oberfranken und andere Räume massiv. Die Landesentwicklungspolitik dieser Staatsregierung hat aber immer beides in ihrem Fokus gehabt: die Metropolregionen mit internationaler Strahlkraft und einen lebendigen und liebenswerten ländlichen Raum. Wir sehen in diesen Metropolregionen auch wichtige Impulsgeber. Der Freistaat Bayern hat im internationalen Ranking auch immer positive Zahlen gehabt, weil wir in diese Metropolregionen, in eine leistungsfähige Infrastruktur, in eine moderne Forschungs- und Universitätslandschaft und in die Kultur bewusst investiert haben.

Die dritte Säule haben Sie nämlich ganz vergessen: Bayern und seine Metropolregionen sind auch starke kulturelle Zentren. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist für die Metropolregion München viel passiert. Nehmen Sie die Tatsache, dass wir in München zwei Eliteuniversitäten – die Ludwig-Maximilians-Universität und die Technische Universität – haben. Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass wir das einzige Bundesland sind, das in der Lage war, in einer Metropolregion einen Forschungsreaktor hinzustellen. Dieser Reaktor war für die Ansiedlung ausländischer Firmen ganz, ganz wichtig. Er hat da Hervorragendes geleistet. Denken Sie im kulturellen Bereich an die Pinakothek der Moderne. Wir haben gesagt: Selbstverständlich sind Bayern und die Metropolregion München nicht nur ein Hightech-Standort, nicht nur ein Wirtschaftsstandort, sondern in hohem Maße auch ein kultureller Standort.

Mit der Zusammenarbeit zwischen München, Augsburg und Ingolstadt haben wir ein erstes wichtiges Signal gesetzt. Der Wirtschaftsraum Südbayern, die Greater Munich Area, hat sich erweitert. Ich persönlich bin froh – da unterstütze ich Sie –, wenn Rosenheim, wenn Ingolstadt, wenn der Augsburger Bereich nicht scharf vom Münchner Raum getrennt sind. Aber in diesem Punkt waren die Nürnberger auch schneller als Ihr Münchner Oberbürgermeister Ude. Sie müssen eben einmal sehen, dass Oberbürgermeister Maly im Vergleich zur Landeshauptstadt München schneller reagiert hat, was die nicht gebietsscharfe Abgrenzung seiner Metropolregion Nürnberg betrifft.

Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion haben in den Ausbau der Metropolregion bewusst viel investiert, viel Geld, viel Zeit und viel Kraft. Wir haben auch das Recht, von Ihnen zu erwarten, dass Sie dazu einen Beitrag leisten, dass die Münchner Stadtpolitik diese Chancen auch nutzt. Da muss ich sagen: Die Chancen hat man hier sehr spät erkannt. Im Vergleich zu anderen sind Ude und Ihre Genossen im Münchner Stadtrat sehr, sehr spät aufgewacht und initiativ geworden. Ich hätte es begrüßt, wenn Sie uns bei vielen Projekten begleitet hätten, beispielsweise bei großen Infrastrukturprojekten.

(Franz Maget (SPD): Zum Beispiel?)

– Dazu gehört der Transrapid.

(Franz Maget (SPD): Welche noch?)

– Der Flughafen, die dritte Startbahn, die zweite Stammstrecke und viele andere Dinge.

(Franz Maget (SPD): Das machen wir doch alles!)

– In einigen Bereichen sind Sie dabei, aber in vielen anderen Bereichen sind Sie eben nicht dabei.

(Franz Maget (SPD): Welche denn? Beispiele!)

Ich kann in der Landeshauptstadt München bei Ihrem Oberbürgermeister auch nicht den geringsten Ansatz eines geschlossenen Konzeptes entdecken, wie er die Metropolregion München vorantreiben will. Nur auf das Geld der Staatsregierung und der CSU zu warten und dann mit dem Finger auf uns zu zeigen, ist zu wenig, Herr Maget.

(Franz Maget (SPD): Beispiele?)

Das ist zu wenig, tut mir leid.

Ich komme zum Abschluss, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen uns nichts vorwerfen zu lassen. Wir haben in die Landeshauptstadt München, in die Metropolregion München, bewusst investiert, weil wir wissen, dass dieser Großraum München eine große Anziehungskraft hat, dass er auch für den ländlichen Raum Impulse gibt. Wenn Sie die Ansiedlungserfolge der letzten Jahre und Jahrzehnte anschauen, müssen Sie zugeben: Sie werden in Europa keine andere Metropolregion finden, die so große Ansiedlungserfolge vorzuweisen hat wie München. Denken Sie an General Electric oder viele andere internationale Konzerne, die heute ihren Sitz in München haben oder ihren Sitz nach München verlegt haben. Das ist deswegen geschehen, weil hier Infrastruktureinrichtungen geschaffen worden sind, die nicht Sie und Ihre Freunde in München geschaffen haben, sondern die die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion geschaffen haben.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Hätten Sie nur ein einziges Beispiel genannt, ein einziges Beispiel wäre schön gewesen, wo wir nicht dabei sind! – Karin Radermacher (SPD): Das war immer Steuergeld, nicht das Geld der CSU, das investiert wurde!)

Präsident Alois Glück: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Maget, ich muss sagen: Auch ich habe mich gestern, als ich das Thema der Aktuellen Stunde gelesen habe, gefragt, welcher tiefere Sinn sich dahinter verbirgt. Ich glaube nicht, dass die Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag das geeignete Mittel ist, um hier wirklich konstruktiv und vorwärts gewandt über das wichtige Thema „Metropolregion München“ zu diskutieren. Wir haben es gerade wieder gehört. Sie haben selber gesagt: Es geht darum, parteitaktische Spielchen zu überwinden und zu vermeiden. Jetzt gerade haben wir von Herrn Pschierer wieder ein Beispiel dafür geliefert bekommen, dass es natürlich um Parteitaktik geht. Es geht offensichtlich nicht darum, wie wir die Region voranbringen, sondern sich in diesem üblichen Spielchen abzuarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist das Letzte, was eine erfolgreiche Metropolenpolitik wirklich brauchen kann.

Herr Kollege Pschierer, der Glanz Ihrer Metropolenpolitik mag sich vielleicht Ihnen erschließen, aber jedem neutralen Beobachter blieb er bisher verborgen. Die bisherigen Initiativen der Staatsregierung, von MAI – München – Augsburg – Ingolstadt – über „Greater Munich Area“ und wie die phantasievollen Namen insgesamt auch lauteten, waren doch samt und sonders nicht erfolgreich. Sie waren im Kern falsch angelegt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

oder sie waren zu einseitig, oder sie waren zu halbherzig. Das Grundproblem ist, dass Sie Ihre Metropolenpolitik immer einseitig auf Wirtschaftlichkeit, auf Wirtschaftsförderung, auf Standortmarketing ausrichten. Das machen aber alle Metropolen, das ist nichts Besonderes. Dabei geht es doch darum, die Stärken einer Region hervorzuheben und zu unterstützen und sie dadurch im globalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir hier Standortmarketing betreiben und überall Standortmarketing gemacht wird, ist das nichts Besonderes, insbesondere keine kreative Metropolenpolitik.

Natürlich brauchen wir eine stärkere Kooperation, wir brauchen die Vernetzung und wir müssen das engstirnige und provinzielle Konkurrenzdenken, das in der Kommunalpolitik immer noch vorherrscht, überwinden, damit wir Kräfte bündeln können und nicht an den kommunalen Grenzen unüberwindbare bürokratische Hürden für die Zusammenarbeit stehen. Dazu, wie so etwas organisiert werden könnte, haben Sie von der CSU überhaupt noch kein Konzept vorgelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine moderne Metropolenpolitik ist mehr als eine fantasielose Clusterpolitik, wie Sie sie jedes Mal wieder hier vertreten. Es ist auch keine inhaltliche Strategie, lediglich einzelne Projekte zu addieren. Eine platte Industrieansiedlungspolitik, wie Sie sie betreiben, ist noch keine tragfähige Zukunftspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ebenso wenig sind es die überholten Konzepte der Industriegesellschaft nach dem Motto: immer größer, immer schneller, immer mehr. An dieser Vorstellung des letzten Jahrhunderts halten insbesondere Sie von der CSU immer noch fest. – Herr Kollege Pschierer, es wäre

nett, wenn Sie vielleicht zuhören und den Computer des Kollegen erst nachher betrachten würden.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Wir reden über Ihre Ausführungen!)

– Nach dem Motto „immer größer, immer schneller, immer mehr" mag jetzt vielleicht Herr Pschierer nicht funktionieren, aber Ihre Politik ist nach wie vor diesem Motto verhaftet. Ich muss sagen Leider ist dies auch in manchen Punkten die Politik der SPD. Ich brauche nur an die Diskussion über die dritte Startbahn am Flughafen in München zu denken. Ich meine, da wird auch keine intelligente Politik gemacht in der Frage, wie wir die Mobilität im 21. Jahrhundert organisieren. Es kann doch nicht darum gehen, den Flugverkehr noch mehr als bisher zu fördern und die Flächenzerstörung noch stärker auszuweiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir das Thema schon in der Aktuellen Stunde haben, möchte ich die Zeit dazu nutzen, zu sagen: Was sind denn heute eigentlich die großen Fragen und Herausforderungen, um eine Region, einen Zusammenschluss von Kommunen, einen Ballungsraum zukunftsfähig zu machen? Was brauchen wir? Was müssen wir fördern, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können? – Dazu gibt es in der aktuellen Debatte spannende Konzepte, die leider offenbar den Eingang in den Bayerischen Landtag noch nicht gefunden haben.

Eines der spannendsten Konzepte ist das Konzept der drei großen „T". Die drei großen „T" sind „Talent, Toleranz und Technologie". Das ist ein spannendes Konzept, das anzuwenden man in jeder Metropolregion versuchen sollte. Da kommt plötzlich Dynamik auf, da kommen neue Ideen auf, und da kommt bei vielen Menschen die Bereitschaft auf, mitzuwirken. Eine Metropolregion kann nämlich nur dann erfolgreich sein, wenn wir die Menschen in dieser Region zur Mitwirkung und zur Teilhabe einbinden und sie nicht außen vor lassen, wie das im Moment der Fall ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zu den drei großen „T". Zunächst zum Talent: Das heißt natürlich Bildung, Bildung, Bildung. Wir müssen in den Regionen alles tun, um die Potenziale der Menschen zu fördern. Das gilt für den ländlichen Raum genauso wie für die städtischen Regionen. Das heißt, wir müssen alles dafür tun, damit die Schule im Dorf bleibt, wir müssen aber auch alles dafür tun, dass der türkische Migrant vom Hasenbergl optimale Bildungschancen hat; denn auch seine Talente braucht diese Gesellschaft, um zukunftsfähig zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dagegen stehen die kleinlichen Regelungen, wie wir sie bis heute haben: Gastkinderregelung, Sprengeleinteilung, unterschiedliche Zuständigkeiten auf kommunaler und auf Landesebene, die Jugendhilfe ist kommunal, die Schule ist Ländersache, die Nachmittagsbetreuung soll die Kommune bezahlen, den Vormittagsunterricht soll das Land bezahlen – das sind doch völlig absurde, überholte Vorstellungen. Hier würde ich mir von Ihnen ein zukunftsfähiges Konzept für eine regional übergreifende Bildungspolitik wünschen, die die Kinder und die Eltern in den Mittelpunkt stellt und nicht die bürokratischen Strukturen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zweite große „T" steht für Toleranz. Das ist in vielen Bereichen ein Fremdwort für Sie von der CSU. Da müssten Sie nämlich wirklich umdenken und wegkommen von der sonst hier gern gezeigten Provinzialität. Herr Huber ist ein Paradebeispiel dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen wegkommen von Ihrem Kirchturmdenken, von Ihrer Fremdenfeindlichkeit und Ihrer Politik gegen Minderheiten; denn es zeichnet erfolgreiche Metropolen aus, dass sie die Potenziale der Unterschiedlichkeit, also auch der Minderheiten in einem Ballungsraum, nutzen, dass sie die Potenziale von Migranten als Stärken anerkennen und nicht als Defizite bekämpfen. Nur dann ist eine Metropolregion zukunftsfähig, nur dann wird sie die Herausforderungen bewältigen können. Nur wenn wir die Fähigkeiten, die Migranten in unserer Gesellschaft haben, fördern, können wir wirklich den Austausch mit anderen Metropolregionen pflegen und werden nicht in Provinzialität versinken, wie Sie das gern tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das letzte „T" betrifft die Technologie. Natürlich brauchen wir neue, intelligente Technologien, um die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Natürlich braucht man dazu eine kritische Masse, man braucht Hochschulen und Fachhochschulen, die Möglichkeit, Dinge zu erproben, und ein kreatives Potenzial. Die größte Herausforderung im 21. Jahrhundert – das werden sogar Sie von der CSU nicht bestreiten – ist das Problem des Klimawandels. Die größte Herausforderung sind moderne Technologien für den Klimaschutz. Hierzu, lieber Franz Maget, hätte ich mir auch von Ihnen ein paar Takte erhofft, dass man sagt, wohin sich die Metropolregion München entwickeln soll. Es wäre zum Beispiel ein ehrgeiziges Ziel, wenn wir gemeinsam sagen würden, die Metropolregion München soll eine Modellregion für erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz mit konkreten Projekten von der Forschung über die Anwendung bis hin zu Ausbildungsinitiativen und Bürgerbeteiligungsprojekten werden.

In diesem Zusammenhang geht es auch um eine intelligente und klimafreundliche Mobilität, von der Förderung des Radverkehrs bis zur Ausweitung des Verkehrsverbundes und des Tarifverbundes. Auch da haben wir noch viel zu tun.

Aber – ich habe es vorhin schon angesprochen – zentrale Aufgabe, wenn Konzepte für Metropolregionen erfolgreich sein sollen, ist die Beseitigung des eklatanten Demokratiedefizits in diesen Konzepten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Heute treffen sich doch irgendwelche Verwaltungsbeamte in irgendwelchen undurchsichtigen Gremien und fassen angeblich zukunftsweisende Beschlüsse. Die Menschen, um die es dabei geht, sind nicht einbezogen, sie wissen viel zu wenig, und für sie ist das nur ein bürokratisches Kauderwelsch. Wenn wir bei der Entwicklung von Regional-Konzepten erfolgreich sein wollen, ist das Erste und das Wichtigste, dass wir die Menschen begeistern, einbeziehen und ihnen die Möglichkeit der Mitwirkung und Teilhabe eröffnen. Nur auf dieser Grundlage werden neue Ideen eingebracht und bildet sich eine Identifikation mit der eigenen Region. Wenn das nur in irgendwelchen undurchsichtigen Gremien passiert, dann können die schönsten Ideen sehr schnell am Ende sein, und das wäre wirklich schade; denn dann hätten wir eine gute Chance vertan, und das sollten wir uns nicht leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächster Redner: Herr Prof. Dr. Peter Paul Gantzer.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich die ersten beiden Beiträge in der Debatte gehört habe, habe ich den Eindruck, hier gäbe es eine schwarze Metropolregion und eine grüne Metropolregion, und wir würden jetzt eine rote Metropolregion vorschlagen.

(Reinhold Bocklet (CSU): Ein rotes Loch!)

– Es gibt nur das schwarze Loch. Das ist Ihnen doch bekannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht zunächst einmal um den Grundgedanken einer Metropolregion. Zu diesem Grundgedanken spreche ich hier als Abgeordneter des Landkreises München, der einer der wichtigsten Partner der Metropolregion München ist. Ich sage das, weil es den meisten unbekannt ist. Der Landkreis München hat 300 000 Einwohner. Wir sind die drittgrößte bayerische Kommune nach München und Nürnberg. Das ist nicht Augsburg oder Ingolstadt, wie manche denken.

Im Ranking von 2006 stehen wir als Landkreis München im Vergleich der Wirtschaftskraft deutscher Landkreise und Städte auf Platz 10, München steht auf Platz 24 und Augsburg auf Platz 145. In der Prognos-Zukunftsstudie wird der Landkreis München, was die Zukunftsfähigkeit betrifft, auf Platz 1 gesetzt. Wenn ich daran denke, was Herr Pschierer gesagt hat bezüglich Universitäten, Entwicklung, Wissenschaft und Erneuerung, dann kann ich nur sagen: Der Landkreis München ist der wichtigste Partner. Das drückt sich auch in harten Zahlen aus, zum Beispiel beim Bruttoinlandsprodukt. Der Landkreis München hat ein Bruttoinlandsprodukt von 85 000 Euro pro Einwohner. Das ist der höchste Wert in ganz Deutschland. München hat 53 000 Euro und Augsburg 40 000 Euro. Wenn also meine Augsburger Kollegen – gleich welcher Couleur – behaupten, dass sich Augsburg in die Metropolregion München als zweitstärkste Kraft einbringen will, dann stimmt das nicht.

Die zweitstärkste Kraft ist der Landkreis München. Die Augsburger sind aber herzlich willkommen, bei uns mitzumachen.

Wir sollten über die wesentlichen Dinge, um die es bei der Metropolregion geht, diskutieren. Es geht um Wirtschaft. Es geht um Wissenschaft. Es geht um Gesundheit, und es geht um Mobilität. Zu den ersten Themen wurde schon viel gesagt. Dazu hat jeder seine eigene Meinung. Ihnen, Frau Bause, muss ich widersprechen; denn es geht auch um Mobilität und darum, dass eine Metropolregion erreichbar ist. Ich fange mit dem Zug an. Die Franzosen haben die TGV-Strecke von Paris nach Straßburg ausgebaut. Das ist ein sagenhaft schneller Zug. Ab Straßburg nach München, Wien und Bratislava müssen wir auf die Postkutsche – um es bildlich auszudrücken – zurückgreifen. Hier fehlt die Mobilität, wie wir sie in Europa bräuchten.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wenn wir eine Eisenbahn hätten, die den Anforderungen gerecht würde, könnten wir den gesamten Mittelstrecken-Flugverkehr in Europa einstellen. Die Forderung nach Mobilität gilt auch für den Flughafen München. Es kann nicht sein, dass wir die dritte Start- und Landebahn nicht bauen. Wenn Sie eine Metropolregion haben wollen, können Sie sich nicht mit einem „Popelflughafen“ begnügen.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Wir müssen international angebunden sein. Dazu gehört der Ausbau des Flughafens. Wir müssen auch überlegen, ob zum Beispiel der Südring um München vielleicht doch geschlossen werden kann, wenn umweltgerecht ein unterirdischer Tunnel gebaut wird. Wir sollten das zumindest untersuchen und nicht wie Sie schon jetzt die Bremspfosten einschlagen und fordern, dass das nicht untersucht werden dürfe. Das ist falsch. Wenn wir eine Metropolregion werden wollen, müssen wir verkehrsmäßig gut erschlossen sein.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. „Metropolregion“ heißt, dass wir den Arbeitsmarkt und die Infrastruktur stärken wollen. Diese Chance haben wir im Rahmen der Globalisierung nur mit den Metropolregionen. Die Metropolregionen können Wissenschaft, Ausbildung und Bildung ansammeln. Sie sind wichtig für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Sie sind für den Arbeitsmarkt in Deutschland wichtig.

Die momentan ablaufende Globalisierung können wir nicht verhindern, im Gegenteil: Jede Bundesregierung, schon beginnend mit Bundeskanzler Adenauer, hat die Globalisierung gewollt. „Globalisierung“ ist kein Schimpfwort. Wir wollten immer offene Grenzen. Wir wollten „Made in Germany“ stets ins Ausland tragen. Das kann aber keine Einbahnstraße sein. Das muss umgekehrt auch gelten, die Grenzen müssen offen sein. Globalisierung heißt, dass wir uns dem Wettbewerb stellen müssen. Deutschland hat nur eine Chance, wenn wir wieder das Land der

Denker und Erfinder werden. Da wir mit den Quantitätsarbeitsplätzen anderer Länder nicht konkurrieren können, brauchen wir Qualitätsarbeitsplätze, die wir am besten in Metropolregionen finden können. In diesem Sinne sollten wir ein schwarz-rot-grünes Band stricken, es um die Metropolregionen ziehen und auf diese Weise Wirtschaftspolitik betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Spaenle.

Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mich erinnert diese Debatte an die Frage von Robert Lembke in der Fernsehsendung „Heiteres Beruferaten“: „Welches Schweinderl hätten Sie denn gern?“ Die Metropolregion ist für den einen TTT – was das auch immer sein soll: toller theoretischer Blödsinn.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ein anderer sagt, es sei schön, dass Christian Ude an die Spitze tritt. Das ist die Gebetsmühle der SPD in München.

Die zentrale Aufgabe der Metropolregion für München und Südbayern muss zum Ersten die Vernetzung sein. Die Initiative „MAI“ von Anfang der Neunzigerjahre ist ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte. Man hat die Kollegen aus München, Augsburg und Ingolstadt eingeladen. Herausgekommen ist dabei außer einem dünnen Lüftchen gar nichts.

Wir brauchen die Vernetzung der Verkehrspolitik. Das bedeutet, dass die großen Achsen gestärkt werden müssen, wie das Prof. Dr. Gantzer soeben angesprochen hat. Notwendig ist die Entwicklung eines hochleistungsfähigen ÖPNV-Systems, an dessen Spitze der Transrapid als der zentrale Carrier zum Anschluss an den Flughafen, damit als Entlastung für das hoch belastete Autobahnsystem in diesem Bereich wirklich sinnvoll ist.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Die Metropolregion ist zum Zweiten die Wissensregion. Sie bedeutet Vernetzung von Forschung, Technologie und Hochschule. Von denen, die bisher gesprochen haben, war davon wenig zu hören. Die Zusammenarbeit der beiden Exzellenz-Universitäten in München und der anderen Hochschulen im Raum München, der Fachhochschulen in Landshut, Rosenheim, Ingolstadt, Augsburg und der Universität Augsburg und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen ist das, was man einen Cluster nennt. Nicht ohne guten Grund haben sich die Hochschulen in diesem Raum bis hin zur Fachhochschule Landshut darauf verständigt, sich Greater Munich Area zu nennen. Das ist der Weg, auf dem wir Vernetzung und Clusterbildung im Sinne einer abgestimmten Wissenschafts- und Forschungspolitik in diesem Raum erleben. Die Anbindung Ingolstadt auf der neuen ICE-Strecke an den Großraum München ist ein wesentliches Moment der Verknüpfung in diesem Bereich. Die Dynamik, die wir in Forschung und Technologie entfalten können, steht erst am Anfang. Das Konzept sieht die Vernetzung des Wissenschaftsstandorts München in vielfältigen Kooperationen etwa zwischen der Universität Augsburg und den beiden Münchner Hochschulen vor. Entscheidend ist die Fortentwicklung der Zusammenarbeit zwischen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, insbesondere den Max-Planck- und Fraunhofer-Instituten mit den großen Universitäten am Standort München, die intensive Vernetzung der katholischen Universität Eichstätt und der Fachhochschule Ingolstadt, der Fachhochschule Landshut und der Fachhochschule Rosenheim gemeinsam mit der Fachhochschule Augsburg und der Fachhochschule München zu einem umgreifenden Wissens- und Bildungstransfernetz. Das ist einer der Leistungskerne der Metropolregion München.

Ich möchte mich bewusst auf diesen Aspekt beschränken. Wir haben hier eine der größten wissenschaftsdynamischen Regionen in Europa. Sie leistet bereits das, was Kollege Dr. Gantzer anmahnt, nämlich eine entsprechende Arbeitsmarktdynamik im oberen Hochleistungssegment auf Dauer sicherzustellen. Ein ganz zentrales Moment ist dabei der Forschungsreaktor München II. Die Ansiedlung von General Electric sei nur stichwortartig erwähnt. Bei diesem Zusammenwirken hat der Ausbau des Flughafens München II strategische Bedeutung, wenn man die Metropolregion München ernsthaft betreiben will. Das betrifft auch die Schnellbahnachsen von Stuttgart kommend nach München und weiter nach Osten, nach Wien.

Die Vernetzung auf gleicher Augenhöhe ist das Stichwort. Nicht gefragt ist die Gutsherrenart eines Bürgermeisters, der sich ab und zu mit den Kollegen aus der Region trifft.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Staatsminister Huber, bitte schön.

Staatsminister Erwin Huber (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur kurz aus der Sicht der Staatsregierung Stellung nehmen. Die Idee der Metropolregion ist so neu und aktuell nicht, wie das auf den ersten Blick scheint. Sie wird seit Beginn der Neunzigerjahre in der Raumordnungsministerkonferenz in Deutschland diskutiert. Mitte der Neunzigerjahre wurden die ersten Metropolregionen in Deutschland anerkannt, darunter auch die Metropolregion München.

Vor wenigen Jahren wurde im Nürnberger Raum diese Idee aufgegriffen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Von der SPD!)

Die Metropolregion Nürnberg wurde im Jahr 2004 oder 2005 von der Raumordnungsministerkonferenz anerkannt. In Bayern sind diese Projekte im Landesentwicklungspro-

gramm niedergelegt. Insgesamt kann man sagen, dass das eine interessante Idee ist, die wir selbstverständlich fördern und unterstützen.

Vergleicht man München und Nürnberg, so stellt man fest, dass die Metropolregion in Nürnberg zu einem ungeheuren Aufbruch geführt hat. Ich möchte das ausdrücklich anerkennen. Das ist nicht nur Sache des Nürnberger Oberbürgermeisters, sondern des gesamten fränkischen Raums. Man hat zusammengefunden. Eine kommunale Gebietskörperschaft endet zwar an den Verwaltungsgrenzen, aber das Leben ist anders. Das kulturelle, wirtschaftliche, politische und soziale Leben nimmt auf die Verwaltungsgrenzen keine Rücksicht. Die Chance der Metropolregion ist es, die Stärken zu stärken, die Schwächen gemeinsam zu reduzieren und in der Vernetzung Synergieeffekte zu erreichen. Für einen weiten ländlichen Umgriff kann das Geben und Nehmen deutlich gemacht werden. Nicht nur die Städte geben und der ländliche Raum nimmt, sondern ein weiter ländlicher Umgriff ist für die Städte von Vorteil. Ein Ausgleich der Wirtschaftskraft ist ein sozialer und kultureller Impuls. Diese Vernetzung noch stärker zu machen, eventuell zu bündeln und zur Blüte zu bringen, ist Sinn und Inhalt der Metropolregionen. Ich kann das nur begrüßen.

Was München angeht, wundert mich, Herr Kollege Maget, dass Sie den Mut haben, das hier zu präsentieren.

(Franz Maget (SPD): Ja freilich!)

Eigentlich hat München diese Entwicklung zehn Jahre lang verschlafen und ist erst aufgewacht, nachdem Nürnberg glanzvoll aufgekommen ist. Dann hat man in München gesagt: Wir wurden Mitte der Neunzigerjahre anerkannt, aber getan hat sich eigentlich wenig. Dann hat man MAI gemacht, dann hat man Greater Munich Area gemacht. Es ist eher ein Herumstochern ohne Koordination, ohne Bündelung, ohne Organisation, eigentlich auch ohne Ziel gewesen.

Als besonderer Freund Frankens, der ich bin und immer bleiben werde, kann ich sagen:

(Zurufe: Oh! – Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

In diesem Fall hat Nürnberg ein glänzendes Vorbild für ganz Bayern abgegeben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Der Nürnberger Erfolg hat die Münchner wachgerüttelt. Jetzt sagt man in München: Da gibt es doch etwas, daraus könnten wir etwas machen. – Ich wünsche auch dem Münchner Projekt ein gutes Gelingen.

(Franz Maget (SPD): Dazu können Sie etwas tun!)

Aber die Forderung – wohl an die Staatsregierung, denn wenn Sie „Sie“ sagen, dann nehme ich an, dass Sie die Staatsregierung meinen –,

(Franz Maget (SPD): So ist es!)

wir sollten Konzepte vorlegen, belegt ein Missverstehen dieses Projektes.

(Reinhold Bocklet (CSU): Sehr richtig!)

Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich mit den eingeführten Begriffen arbeiten, die leider keine bayrischen sind: Das ist kein „Top-down-“ sondern ein „Bottom-up-Konzept“. Das heißt, es muss von unten wachsen, oder es hat keinen Sinn.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ein Radieschen-Projekt!)

Wir sollten vermeiden, von oben herab Vorgaben zu machen. Das Leben muss von unten her wachsen. Wenn es nicht wächst, dann gibt es das nicht.

(Franz Maget (SPD): Ein Verkehrskonzept wäre nicht schlecht!)

– Im Einzelnen schon. Aber Sie haben mit der Beantragung des Themas für diese Aktuelle Stunde, lieber Herr Kollege Maget, einen Riesenbock geschossen, weil Sie die Blöße der Landeshauptstadt München offengelegt haben.

(Beifall bei der CSU)

Es hat natürlich einen motivierenden Effekt. Was das Land bei Verkehr, Hochschule und dergleichen tun kann, werden wir selbstverständlich einbringen; aber die Vernetzung über kommunale Grenzen hinaus, dieses Miteinander, dieses Koordinieren, dieses gemeinsame Anpacken kann nur stattfinden, wenn es von unten wächst.

Ich kann nur hoffen, dass sich der Raum München vielleicht ein Beispiel an Nürnberg nimmt und vorankommt.

Zwei Dinge stelle ich noch klar: Wir schaffen keine neue Förderkulisse für die Metropolregionen. Es hat keinen Sinn, bei der Förderung eine neue Ebene einzuziehen. Wir werden auch keine neue Verwaltungsebene schaffen. Wir sind mit Verwaltungsebenen gut ausgestattet und organisiert. Das ist eine Managementfrage. Die Metropolregionen finden sicherlich weltweite Aufmerksamkeit und verbessern die kommunale Zusammenarbeit. Dazu wünsche ich sowohl Nürnberg als auch München einschließlich Augsburg viel Erfolg.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Minister. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Leichtle, Augsburg.

Wilhelm Leichtle (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Gantzer, ich möchte aus der Sicht der zweitgrößten Stadt in dieser Metropolregion

(Reinhold Bocklet (CSU): Herr Präsident!)

einige Gesichtspunkte einbringen, ohne natürlich die Größe des Landkreises München zu schmälern. Ich verstehe gar nicht, dass sich dieses Thema für parteipolitische Auseinandersetzungen eignet und Kollege Maget dafür kritisiert wird, dass er dieses Thema eingebracht hat. Dieses Thema ist es wert, hier diskutiert zu werden. Kollege Pschierer hat darstellt, dass auch die CSU die Metropolregion München bezuschusst. Das war natürlich ein Versprecher, das ist mir klar. Aber man sieht daran: Nach 50 Jahren an der Regierung ist es schwer, Partei und Staat noch auseinanderzuhalten. Die CSU bezuschusst mit Sicherheit nicht die Region München. Das war ein Versprecher.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Steuergelder!)

– „Steuergelder" hat er gesagt.

Obwohl ich als Augsburger keine Veranlassung dazu sehe, muss ich München in Schutz nehmen; denn der Unterschied zwischen München und Nürnberg ist der: München war schon immer eine Metropole, Nürnberg wollte eine solche werden. Deshalb ist es ganz natürlich, dass in Nürnberg Aktivitäten entwickelt worden sind, die in München in dieser Art und Weise nicht entwickelt worden sind, weil es dieser Aktivitäten gar nicht bedurft hatte. Trotzdem ist es erfreulich, dass jetzt ein Zusammenschluss zu einer Metropolregion in Südbayern stattfindet.

Es war aus Sicht der Stadt Augsburg, einer sehr geschichtsträchtigen Stadt, gar nicht so selbstverständlich, ihren Namen aufzugeben; denn wir wissen alle, vor 300, 400 oder 500 Jahren wäre das umgekehrt gewesen: Damals hat man von Südamerika bis Indien den Namen Augsburg gekannt, kein Mensch hat den Namen München gekannt. Heute ist das umgekehrt. Es ist durchaus sinnvoll, diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Deshalb hat es Sinn, dass sich auch eine geschichtsbewusste Stadt an eine Stadt hängt, die weltweit einen positiv besetzten Namen hat. Es zweifelt niemand daran – man braucht nur in die Welt hinauszugehen –, dass der Name „München" positiv besetzt ist. Es ist sinnvoll, dass man sich an einen so positiv besetzten Namen anhängt. Das kann nur zum Vorteil der gesamten Region sein. Davon konnte man letztlich auch die geschichtsbewussten Augsburger überzeugen.

Wenn man von der Stadt Augsburg spricht, muss man auch sehen, dass die Eingemeindungen in Augsburg etwas hinterlassen haben, was in dieser Form nicht alltäglich ist, nämlich einen Kranz von sechs Kleinstädten um Augsburg herum, alle mit 20 000 bis 30 000 Einwohnern, die insgesamt 130 000 Einwohner haben. Bei den 270 000 Einwohnern von Augsburg muss man von einem baulichen Verdichtungsraum mit rund einer halben Million Einwohnern ausgehen. Für diese halbe Million Einwohner muss auch die Infrastruktur bereitgehalten werden. Insofern sagt die Einwohnerzahl einer Stadt relativ wenig über den gesamten Raum aus.

Die Metropolregion München – wir haben das kürzlich bei einer Veranstaltung der SPD-Fraktion mit „Kraftzentren München/Augsburg" untertitelt – hat eine wesentliche Aufgabe – das ist schon angesprochen worden –, nämlich die Mobilität sicherzustellen und die Verkehrsinfrastruktur, und zwar sowohl die regionalen als auch die überregionalen Verkehrsverbindungen. Es ist durchaus sinnvoll, in einer großen Region regional für solche überregionalen Verkehrsverbindungen zu kämpfen.

Es ist kein Geheimnis, dass Augsburg in den letzten Jahren einen geschichtlichen Schock erleiden musste, weil die Schnellbahnstrecke an Augsburg und Schwaben vorbei gelegt worden ist. 150 Jahre lang war es obligatorisch, dass der Weg von München nach Norddeutschland über Augsburg und Nürnberg führte. Diese Weisheit hat der damalige bayerische König vor 150 Jahren besessen, als er das bayerische Eisenbahnnetz gegründet hat. Leider ist diese Weisheit den später Regierenden abhanden gekommen; sie haben wegen eines Zeitgewinns von neun Minuten – darum geht es nämlich letztlich nur, wenn man in Augsburg den gleichen Ausbauzustand wie in Nürnberg zugrunde legt – –

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Lieber Herr Kollege, schauen Sie bitte auf die Uhr. Vor Ihnen ist eine Metropoluhr.

Wilhelm Leichtle (SPD): Augsburg muss sich von diesem Schock erst erholen. Die Metropolregion München kann dazu vielleicht beitragen, insbesondere, was den Kampf für die Ost-West-Magistrale anbelangt. Heute kann man in dreieinhalb Stunden von Paris nach Stuttgart fahren. Dann schleicht man mit einem Tempo von 60 km/h über die Geislinger Steige weiter nach Augsburg und nach München.

Es gibt sicherlich viele Aufgaben, die diese Metropolregion in Angriff nehmen könnte.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Sackmann.

Markus Sackmann (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Vizepräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die vor mir stehende „Metropoluhr" läuft. Ich kann Ihnen nur sagen, dass die Uhren im ländlichen Raum anders gehen, aber bei uns laufen sie richtig und sind in Ordnung. Ich glaube, Sie sind auf dem richtigen Weg, um das kurz aufzugreifen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Wollen Sie sich um die Metropolregion München bewerben?

Markus Sackmann (CSU): Nein, ich fühle mich da, wo ich bin, ganz wohl; das ist ganz erfolgreich.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten in den letzten Tagen eine Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden. Dabei war unter anderem Klaus von Dohnanyi Gesprächspartner, der früher bei Ihnen in der SPD eine führende Position hatte. Es war für mich schon erstaunlich, dass er sich gestern unter anderem auch bei der Diskussion über die Föderalismusreform eingeklinkt und erklärt hat, dass gerade eine Studie der Universität Princeton ergeben habe, der Freistaat Bayern habe nach 1945 alles richtig gemacht. Er hat sinngemäß gesagt, der Freistaat habe praktisch in allen Bereichen der Förderpolitik die richtigen Ansätze gefunden. Das zeigt, dass wir ein gutes Miteinander und eine Gleichberechtigung zwischen Stadt und Land sowie eine gleichberechtigte Partnerschaft geschaffen haben.

Ich verweise deshalb darauf, weil es in den Siebzigerjahren – manch einer kann sich daran noch erinnern – ähnliche Diskussionen gegeben hat. Hans-Jochen Vogel oder Sicco Mansholt haben beispielsweise damals darüber diskutiert, die Städte in den Vordergrund zu stellen und rundherum Trabantenstädte zu schaffen. Auch Sicco Mansholt hatte diese Idee. Hans-Jochen Vogel wollte sie mit umsetzen. Der ländliche Raum war damals eigentlich nur noch für die Lebensmittelproduktion, für Urlaub, Erholung, für die Produktion von Wasser und für andere Dinge gedacht. Es gab also ganz andere Ansätze, als wir sie dann auf dem bayerischen Weg gefunden haben. Dieser bayerische Weg ist erfolgreich. Wer hätte gedacht, dass im Jahr 2007 die peripheren ländlichen Regionen in Bayern nach München in der Arbeitsplatzstatistik und bei den Zunahmen der Arbeitsplatzzahlen an zweiter Stelle stehen oder dass wir zum Beispiel in peripheren Regionen Arbeitslosenquoten von rund 4 % oder Dinge verzeichnen, die man vor 20, 25 Jahren noch nicht erwartet hätte?

Ich bin zum Beispiel über die Aussage von Oberbürgermeister Ude etwas verwundert, „irgendwann gehört man nur noch zur Metropolregion München oder Nürnberg“. Es gehört schon eine gewisse Arroganz dazu, vor allem gegenüber den Regionen, die hier Peripherie sind. Daran denkt man gar nicht. Ich habe mir heute die Diskussion angehört. Dabei habe ich mir manchmal gedacht, dass hier drinnen die Diskussionen geführt werden, die Sie eigentlich zu Hause führen sollten, nämlich darüber, wie es zwischen München und Augsburg oder zwischen München und Nürnberg hin und her geht. Das sind eigentlich Diskussionen, die Sie erst einmal selber führen sollten. Ferner war in einer Überschrift zu lesen: „München will ganz Oberbayern in den Griff bekommen.“ Auch das sind Aussagen, von denen wir im ländlichen Raum wenig begeistert sind. Das zeugt von der Arroganz eines Herrn Ude und einer Arroganz auch gegenüber dem ländlichen Raum. Unter einer gleichberechtigten Partnerschaft verstehen wir eigentlich etwas anderes.

Wir unterstützen selbstverständlich Leuchtturmprojekte, die Vernetzung mit den Universitäten, etwa mit Garching – Herr Kollege Spaenle hat es angesprochen –, und andere Dinge; diese werden natürlich mit gefördert. Aber gerade die Möglichkeiten, die sich durch die Gründung der Fachhochschulen und andere Bereiche eröffnet haben, haben dem ländlichen Raum in den letzten Jahren unheimlich geholfen.

Erlauben Sie mir aber, zwei Punkte anzusprechen, für die ich überhaupt kein Verständnis habe: Erstens. Herr Kollege Maget, ich möchte Sie herzlich bitten, gerade in der Stadt München dafür zu sorgen, dass der Beschluss über die Zweitwohnungssteuer zurückgenommen wird. Die Stadt München hat als eine der ersten Städte in Bayern die Zweitwohnungssteuer eingeführt. Damit werden Bürger und Bürgerinnen bestraft, zum Beispiel Studentinnen und Studenten, Polizistinnen und Polizisten und Lehrerinnen und Lehrer, die nach München zwangsversetzt werden, weil dort Arbeitskräfte fehlen. Diese Bürger sehen dort keine Chance, werden aber, nur weil sie dort hinversetzt werden, mit der Zweitwohnungssteuer bestraft. Das ist der falsche Weg.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD) und Franz Maget (SPD))

Ich bitte Sie ganz herzlich, diesen Beschluss baldmöglichst zurückzunehmen.

(Beifall bei der CSU)

Ein Zweites zum kommunalen Finanzausgleich: Im ländlichen Raum hat kein Mensch mehr dafür Verständnis, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der Städte beim kommunalen Finanzausgleich höher als die Bewohnerinnen und Bewohner im ländlichen Raum bewertet werden; Stichwort Einwohnerveredelung.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Sehr richtig!)

Das war vielleicht vor 20, 25, 30 Jahren unter bestimmten Bedingungen notwendig. Aber das ist heute nicht mehr sinnvoll. Ich bitte auch hier, sich an einen Tisch zu setzen und miteinander neue Wege zu gehen; denn es ist heute Fakt, dass 25 kreisfreie Städte in Bayern 50 % der Mehreinnahmen beim Gewerbesteueraufkommen, das steigt, für sich verbuchen. Das heißt, diese Städte leben besser. Deswegen könnte man gerade jetzt darangehen, auch diese Regelung zu verändern.

Außerdem bitte ich Sie ganz herzlich, auch die Kappungsgrenze bei der Gewerbesteuer zu verändern; denn es kann nicht sein, dass gerade diese Städte, die so viel zusätzliches Geld bekommen, durch die Einführung der Kappungsgrenze Geld am kommunalen Finanzausgleich vorbei lancieren. Hier schrittweise eine Änderung herbeizuführen, wäre ein Signal der Partnerschaft für den ländlichen Raum. Darum bitte ich Sie gerade in dieser Diskussion.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedauere es

außerordentlich, dass der Versuch, hier in diesem Hause über die Entwicklung einer Metropolregion vernünftig zu diskutieren, an der CSU gescheitert ist.

(Zurufe von der CSU)

Denn eines können wir schon feststellen: Die einzigen zentralen Aussagen, die Sie hier abgegeben haben, waren die untauglichen Versuche, den Münchner Oberbürgermeister zu kritisieren. Ich kann Ihnen sagen: Sie wären froh, wenn Sie in Bayern einen solch erfolgreichen Oberbürgermeister in Ihren Reihen hätten.

(Widerspruch bei der CSU – Zuruf von der SPD: Die Hälfte würde schon reichen!)

Ich erkenne an der Anwesenheit der Staatsregierung – ein Einsamer sitzt da –, wie groß deren Interesse an der parlamentarischen Auseinandersetzung mit einem Zukunftsthema ist. Das ist eine Schande! Es ist nur ein einsamer Kämpfer da. Auch das zum Thema, wie wichtig Ihnen diese Debatte ist.

(Zurufe von der CSU)

Herr Sackmann, Ihnen spreche ich jedes Recht ab, die Landeshauptstadt wegen Entscheidungen zu kritisieren. Wer der Stadt München seit Jahren Kosten für Lehrpersonal in Höhe von 200 Millionen Euro stiehlt oder vorenthält, hat hier nicht das große Wort zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt auch für andere Themen. Herr Pschierer, der auch nicht da ist, hat vorhin getönt, die Staatsregierung tue für den ländlichen Raum sehr viel. Was tun Sie denn? – Sie schließen die Hauptschulen und Teilhauptschulen. Damit schwächen Sie die ländlichen Regionen, Sie stärken sie nicht. Das ist Ihre Politik.

(Zuruf von der CSU)

Ich möchte zur Metropolregion noch Folgendes sagen: Lieber Herr Spaenle, Sie haben natürlich recht. Wo ist er denn überhaupt? - Er ist auch nicht da. Alle Debattenredner der CSU zu diesem Thema sind nicht mehr da. Auch das ist ein Beispiel von besonderem Interesse an dieser Diskussion.

(Zuruf von der CSU: Doch, Herr Sackmann ist noch da!)

Lieber Herr Sackmann, wir reden bei der Metropolregion zu Recht von der Stärkung der Regionen. Wir reden viel von Exzellenzuniversitäten.

(Zurufe von der CSU)

Auch ich finde das gut. Wir reden von der Stärkung des Verkehrs; auch das ist in Ordnung. Das gehört in eine politische Debatte. Ich bitte aber, bei dieser Auseinandersetzung in Zukunft eines nicht zu vergessen: Es gibt in diesem Land und in den Regionen nicht nur Menschen, die auf Exzellenzuniversitäten gehen. Die Entwicklung von Metropolregionen hat sehr viel mit der Landespolitik zu tun. Wer nämlich hier im Hause politisch entscheidet, dass man Schulstandorte schließt, der schwächt die Entwicklung von Metropolregionen. Das ist überhaupt keine Frage; denn ein Schulstandort in einer ländlichen Region, lieber Herr Sackmann, ist Grundvoraussetzung dafür, dass sich Menschen da ansiedeln.

Liebe Frau Kollegin Bause, insofern hat die Diskussion um Metropolregionen natürlich damit zu tun, welche Politik hier im Hause gemacht wird. Selbstverständlich gehört diese Debatte hierher; denn wer sich nicht darum kümmert, dass die Rahmenbedingungen für die ländlichen Regionen in der Landespolitik gestärkt werden, braucht hinterher über Metropolregionen nicht mehr zu reden.

Sie schwächen die ländlichen Räume. Sie schwächen auch die Metropolregionen. Insofern sollten wir zu einer vernünftigen Diskussion über Metropolregionen zurückkommen, weil das eine Frage der Zukunft ist. Dann müssen wir auch über Integrationsfragen reden. Das ist völlig richtig gesagt worden. Wir können nicht nur über die Stärkung der Standorte, über Wirtschaftskraft und Exzellenzuniversitäten reden, sondern wir müssen auch darüber reden, was mit den Menschen passiert, die nicht das Glück oder das Können haben, an solchen Universitäten zu studieren.

Was passiert mit den Menschen mit niedrigerem Einkommen in diesen Regionen? Die Stärkung eines Standortes bedeutet auch sozialen Frieden am Standort. Und sozialen Frieden schaffen – das haben wir leider auch feststellen müssen – nicht nur die Großkonzerne und die Dax-notierten Unternehmen in einer Region, so gerne wir sie da haben, auch sozialer Frieden und eine gerechte Verteilung des Wohlstands sind wichtig.

In dieser Debatte müssen wir auch fragen: Kommt denn der Erfolg einer Metropolregion auch denjenigen Menschen zugute, die keinen so dicken Geldbeutel haben? Das muss auf die Tagesordnung. Bisher ist nur über die Frage geredet worden: Wie kriege ich die größten Unternehmen? Wie kriege ich Eliteuniversitäten? Wie kriege ich die besten Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Betriebe? Das ist alles schön, aber es ist nur die eine Seite. Eine Metropolregion lebt auch von der Akzeptanz der Menschen, die dort wohnen und leben. Das ist auch eine Frage der Mieten. Metropolregion bedeutet nämlich auch Steigerung der Mieten. Das sehen wir doch in München. Also muss die Landespolitik auch dafür sorgen, dass es nicht Nachteile für die Bewohnerinnen und Bewohner in dieser Region gibt, das heißt für eine vernünftige Mietpolitik. Das wird hier im Hause mitentschieden.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Pfaffmann, bitte.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich bin gleich fertig. – Insofern bitte ich bei der Frage Metropolregion um eine überparteiliche Debatte und darum, den permanenten Versuch zu unterlassen, auf den Oberbürgermeister und sonstige politische Gegner einzuschlagen. Das Thema ist zu wichtig, um sich in parteipolitischen Auseinanderset-

zungen zu ergehen. In Zukunft würde ich mir wünschen, dass die Staatsregierung anwesend ist, wenn wir solche Themen erörtern.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich muss berichtigen, dass Herr Staatsminister Huber zwar in der letzten Reihe sitzt, was bei ihm die Ausnahme ist, aber er ist im Plenum.

(Franz Maget (SPD): In Wahlkampfzeiten zählt jede Stimme!)

Die letzte Wortmeldung, die ich habe, ist der Herr Kollege Bocklet.

Reinhold Bocklet (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach Ihren Einlassungen, Herr Maget, habe ich mich wirklich gefragt, was diese Debatte eigentlich soll.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Sind Sie auch für Erwin Huber?)

Sie haben keinen einzigen vernünftigen Grund für dieses Thema gebracht.

(Karin Radermacher (SPD): Weil Sie es nicht verstehen!)

Dann habe ich mich in der Vergangenheit umgesehen – und das können Sie auch – und habe gefunden: Die Metropolregion München ist von der europäischen Raumordnungsministerkonferenz im Jahr 1995 festgelegt worden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das wissen wir doch! – Karin Radermacher (SPD): Das ist nichts Neues!)

Jetzt kommen Sie daher und feiern die Entdeckung und Organisation der Metropolregion München als Großtat.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ein Schmarrn!)

Ich sage Ihnen, warum Sie das tun: weil nämlich Ihr Oberbürgermeister und Sie selber aus München immer der Meinung waren: Wir sind sowieso schon die Größten, da muss man nichts weiter tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich zitiere Ihren Oberbürgermeister und seine Mentalität in diesem Zusammenhang mit freundlicher Genehmigung des Herrn Präsidenten.

(Karin Radermacher (SPD): Die braucht man nicht!)

Ude wörtlich:

> München ist in der glücklichen Lage, schon seit Jahren europäische Metropolregion zu sein, und fährt seit dieser Zeit die Ernte ein.

Das ist die Mentalität, die dahinterstand.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ja und?)

Jetzt haben Sie gemerkt, dass Sie durch die neu entstehende Dynamik in Nürnberg, wo der fränkische Raum entdeckt hat, welche Chancen in der Metropolregion stecken, plötzlich ins Hintertreffen geraten,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ein Quatsch!)

und haben jetzt schnell etwas organisiert und sich schnell vorne hingesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was ist jetzt das für ein Krampf?)

Ich zitiere die „Staatszeitung“:

> Neu ist, die Initiative besser zu koordinieren und zu organisieren.

Das ist neu, aber nicht die Tatsache der Metropolregion.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hat niemand behauptet!)

Ich vermute, das, was Herr Maget angezettelt hat, war ein vorbeugender Entlastungsangriff für den Herrn Oberbürgermeister, damit sich auch München jetzt in der Metropolregion sonnen und etwas vorweisen kann.

Ein zweiter Punkt: Es ist Charakteristikum von Metropolregionen, dass es entsprechende nationale und internationale Verkehrsanbindungen gibt. Alle in diesem Haus sind sich einig, dass der Flughafen München nur sehr schlecht an die Stadt und die übrigen Verkehrswege angebunden ist.

(Ludwig Wörner (SPD): Durch Ihr Versagen!)

Wenn Sie also für die Metropolregion eintreten, dann müssten Sie auch für eine verbesserte Anbindung des Flughafens an die Stadt und an den Hauptbahnhof eintreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Drittens: Ihr Gesäusle zum ländlichen Raum ist nichts anderes als blanke Scheinheiligkeit.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe sogar einen guten Zeugen und ein schönes Zitat dafür. Derselbe Oberbürgermeister, der sich jetzt als

Großmufti der Metropolregion München aufspielt, hat bei der Präsentation der Metropolregion München nicht nur das gesagt, was Franz Sackmann schon zu Recht zitiert hat:

> Irgendwann gehört man nur noch zur Metropolregion München oder Nürnberg.
>
> (Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Der heißt Markus!)

– Markus Sackmann. Sein Vater ist mir noch immer in bester Erinnerung, aber er ist ein würdiger Sohn.

> (Beifall bei der CSU – Heiterkeit bei der SPD – Franz Maget (SPD): Das ist das Langzeitgedächtnis!)

– Jetzt lassen Sie mich das zitieren, dann werden Sie nicht mehr so lachen.

Es zitiert jetzt die „Staatszeitung“ den Herrn Ude:

Wenn man außerhalb dieser Gebiete – nämlich der Metropolregionen München und Nürnberg - wohne und Glück habe, könne man von der Landwirtschaft oder im Hotel- und Gaststättengewerbe von schöner Landschaft profitieren.

Und weiter Christian Ude wörtlich:

> Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung gibt es nun einmal Gewinner- und Verliererstandorte. München gehört neben Hamburg, Frankfurt (Main) und Stuttgart sicherlich zu den Gewinnern.

Das ist der Hochmut des Großmuftis der Metropolregion München.

> (Beifall bei der CSU)

Ihre Aktion heute hat nur dazu gedient, diesen Hochmut zu verschleiern und uns weiszumachen, Ihnen ginge es um den ländlichen Raum. Ihnen geht es schlicht und einfach nur darum, unter dem Deckmantel der Metropolregion München weitere Vorteile für München herauszuholen, ohne dass der ländliche Raum irgendeinen Nutzen davon hätte.

> (Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Mein Gott!)

Das ist verwerflich, und deswegen war es notwendig, Ihnen gegenüber das heute zu sagen.

> (Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 a auf:

Erste Lesungen zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen

In der Anlage 1 zur Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe aufgeführt.

Die Liste enthält auch zu jedem Gesetzentwurf einen Zuweisungsvorschlag hinsichtlich des als federführend angesehenen Ausschusses. Gibt es dazu Änderungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisung.

Wer mit der Überweisung der in der Anlage enthaltenen Gesetzentwürfe an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

> (Liste siehe Anlage 1)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Aufhebung des Bayerischen Sammlungsgesetzes (Drs. 15/8371) – Erste Lesung –

Der Gesetzentwurf wird seitens der Staatsregierung begründet. Es wurde mir signalisiert, Herr Staatsminister Beckstein wolle das tun. Ich kann ihn aber leider nicht aufrufen, weil er nicht im Plenarsaal ist und sicher wieder in Verhandlungen steckt.

> (Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ich habe ihn gerade gesehen! – Staatsminister Dr. Günther Beckstein betritt den Plenarsaal und eilt zum Rednerpult)

Ich hoffe, das passiert Ihnen nicht, wenn wir den neuen Ministerpräsidenten wählen.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke sehr herzlich für die großzügige Nachsicht, dass ich, obwohl ich rechtzeitig hier war, noch mit einem Kollegen ein paar Sätze gesprochen habe.

Ich möchte gerne zu der Frage des Sammlungsgesetzes Stellung nehmen, nachdem das ein Thema ist, das uns schon seit Längerem beschäftigt. Ich habe selber – Herr Kollege Beyer war in anderer Funktion dabei – ein Gespräch in größerer Runde und Dutzende von Gesprächen in kleinerer Runde geführt. Das geltende Sammlungsgesetz sieht eine Erlaubnispflicht für Straßen- und Haussammlungen vor. Auch die Werbung von Fördermitgliedern fällt in Bayern unter die Erlaubnispflicht. Damit soll der Bürger vor psychischen Zwangslagen geschützt werden. Außerdem soll erreicht werden, dass die Ge-

befreudigkeit nicht zu unlauteren Zwecken missbraucht wird.

Die Kehrseite ist, dass durch ein Erlaubnis- und Überwachungsverfahren andere Pflichten verursacht werden. Diese Lasten sind zu hinterfragen. Vor allem ist zu hinterfragen, ob das, was die Bürger erwarten, erreicht wird, nämlich eine umfassende Kontrolle über die Einrichtungen, die die Sammlungserlaubnis bekommen. Natürlich war in besonderer Weise strittig: Wie hoch dürfen die Zahlungen an die gewerblichen Unternehmen sein, die die Sammlung durchführen? Wie hoch dürfen die Entgelte sein, die an gewerbliche Unternehmen bezahlt werden, die beispielsweise für Fördermitglieder werben oder die Spenden einwerben?

Darüber ist mit mehreren gemeinnützigen Organisationen eine heftige Auseinandersetzung geführt worden. Wir meinen, dass mehr als ein Jahresbeitrag bei den Fördermitgliedern schwerlich den Erwartungen der Bürger gerecht wird. Die Beträge, die da und dort an die gewerblichen Sammler bezahlt werden, stimmen mit dem Eindruck, es handle sich um eine Sammlung, bei der alles Geld für den guten Zweck verwendet wird, nicht mehr überein. Deswegen hatten wir darüber zu befinden, wie diese Grenzen festzusetzen sind.

Daraus ist dann die Idee meines Hauses entstanden – ich sage das sehr klar –, das gesamte Sammlungsgesetz abzuschaffen. Der Spendenmarkt hat sich in den letzten Jahren völlig verändert. Es gibt neben den Straßen- und Haussammlungen Fundraising im Bereich Fernsehwerbung, Öffentlichkeitsarbeit durch spektakuläre Aktionen, Telefonmarketing und Internetwerbung. Die gesamten Einnahmen über Privatspenden werden in Deutschland auf jährlich 2,6 Milliarden Euro geschätzt. Davon entfallen auf Bayern 26 Millionen an Erträgen, also etwa 1 %, die bei genehmigten Haus- und Straßensammlungen erzielt werden konnten.

Deswegen stellt sich die Frage: Rechtfertigt ein so minimaler Teilbereich dieses Verfahren? Von daher haben wir uns entschieden, wir wollen eine Aufhebung, zumal ein entsprechender Eindruck erweckt wird. Alle Teilnehmer der sammelnden Organisationen, die bei dem Gespräch anwesend waren, haben nicht erklärt, es gehe um die Frage der Terminabstimmung; vielmehr gehe es darum, dass der Eindruck erweckt werde, es sei eine seriöse Organisation. Dieser Eindruck kann nach den bisherigen Verfahren nicht bestätigt werden, da wir keine Verwendungskontrollen durchführen können. Ich sage ganz bewusst: Selbst bei einer sehr frommen Organisation haben wir in diesem Zusammenhang Schwierigkeiten gehabt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir zugeben müssen, dass wir eine echte Verwendungskontrolle nicht durchführen können, weil eine solche weder gewünscht noch möglich ist.

Deswegen sage ich: Das Sammlungsgesetz erweckt einen falschen Eindruck. Es erweckt den Eindruck, die einzelnen Organisationen seien überprüft, aber das ist nicht der Fall. Wir müssen selbst einer Organisation wie Scientology, wenn dies gewünscht wird, eine Sammlungserlaubnis erteilen. Eine nicht verbotene Organisation kann eine Sammlung durchführen und beruft sich, genauso wie zum Beispiel die Caritas, auf die Genehmigung. Ich meine daher, es wäre sinnvoller, diesen Eindruck nicht zu erwecken.

In vielen anderen Ländern ist das Sammlungsgesetz bereits aufgehoben worden. Ich habe die Innenminister aller anderen Bundesländer angesprochen und gefragt, ob sich diese Aufhebung bewährt hat. Es hat keinen einzigen Innenminister gegeben, der von Schwierigkeiten berichtet hätte. Überaschenderweise ist auch in den anderen Ländern die Aufhebung durch die Organisationen verlangt worden. Deshalb besteht die Problematik darin – ich bitte um Verständnis, dass ich ein oder zwei Minuten überziehe; ich weiß, dass das die Redezeit verlängert, aber das ist das Thema wert –, dass wir auf diese Weise dafür sorgen – in den Gesprächen haben alle mit Ausnahme des Kollegen Beyer dem Verfahren zugestimmt –, die Abschaffung jederzeit widerrufbar zu machen, nach zwei Jahren eine eigene Überprüfung durchzuführen und den Organisationen, die es wollen, eine Art Empfehlungsschreiben der jeweiligen Ministerien zu geben.

Beim Roten Kreuz ist das ohnehin klar. Das Bayerische Innenministerium bestätigt als aufsichtsführende Einrichtung diese Organisation. Bei anderen Organisationen kann das über das Sozialministerium oder eine andere Einrichtung gemacht werden. Eine Organisation hat gesagt, sie würde das lieber über ihren Bischof oder den Landesbischof durchführen lassen. Darin ist dann sozusagen ein anderes Gütesiegel enthalten.

Deshalb bitte ich darum, über diesen Gesetzentwurf sorgfältig und wohlwollend zu beraten. Der Vorschlag zielt auf eine ersatzlose Aufhebung des Sammlungsgesetzes, das sich überlebt hat. Wir folgen damit den Ländern Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bremen, Hamburg, Brandenburg und Niedersachsen. In diesen Ländern hat es von keiner Seite Beschwerden gegeben, wie die Kolleginnen und Kollegen in diesen Ländern auf Nachfrage ausdrücklich bestätigt haben. Ich bitte um wohlwollende Beratung dieses aufhebenden Gesetzentwurfes.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Radermacher.

Karin Radermacher (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, nur eine Anmerkung vorab: Sie sollten sich den derzeitigen Ministerpräsidenten nicht zum Vorbild nehmen, was die Abwesenheit in diesem Hause anbelangt.

Herr Minister, Sie haben bei Ihrer jetzigen Begründung all das angeführt, was nicht in der Begründung zum Gesetzentwurf steht. Dort steht, Sie wollten das Sammlungsgesetz in erster Linie im Interesse der Verwaltungsvereinfachung und der Deregulierung abschaffen. Betroffen und getroffen werden die Verbände, und zwar nicht nur die Wohlfahrtsverbände, sondern auch eine ganze Reihe anderer Organisation. Getroffen werden aber auch kleinere Einheiten, zum Beispiel Ortsvereine, die aufgrund per-

sönlichen Kontakts sehr viel Geld sammeln; ich komme darauf noch zu sprechen.

Erstens. Sie begründen, dass die Belastung für den Staat nicht unerheblich sei. Deswegen müsse das Gesetz endlich abgeschafft werden. Übrigens: Seit 40 Jahren war es keine „nicht unerhebliche“ Belastung. Hinsichtlich der entstehenden Kosten führen Sie aus, dass keine entstünden, eine Abschaffung für die Verbände daher keine große Belastung darstelle und es kein großer Aufwand sei, dies alles selber zu organisieren. Entweder ist es eine große Belastung, dann ist es für die Verbände eine noch viel größere, wenn sie das alles in eigener Regie machen müssen, oder es ist keine.

Zweitens. Sie führen in der Begründung aus, die Menschen können eigenverantwortlich entscheiden, wem sie etwas spenden wollen. Das haben sie auch in den letzten 30 oder 40 Jahren gemacht; das ist also auch kein Argument. In erster Linie geht es darum, zum Beispiel durch die Erstellung des Sammlungskalenders die Sammlung in geordnete und vernünftige Bahnen zu lenken. Von allen über 30 beteiligten Organisationen haben Vertreter das Verfahren akzeptiert, und es gab in der Praxis keine Konkurrenz und keine Probleme, weil jeder durch den Turnus wusste, wann er dran war. Jeder wusste, dass es sich um eine vernünftige Sache handelt.

Drittens. Sie sagen, das Spendenaufkommen habe sich verändert; Sammlungen fielen nicht mehr ins Gewicht. Ich muss sagen: Wenn Sie 13 Millionen Euro, die der Caritas-Verband angibt, oder 2,4 Millionen Euro, die die Diakonie angibt, als nicht erheblich betrachten, weiß ich in der Tat nicht, wo Sie leben.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne Ihnen eine ganz kleine Organisation, in der ich bis vor Kurzem Vorsitzende war, den Kreisverband Kitzingen der Arbeiterwohlfahrt. Dieser Kreisverband hat durch die Sammlung jedes Jahr immerhin 10 000 Euro eingenommen, und zwar nur durch diese Fünf- und Zehn-Euro-Scheine, die die Sammler ehrenamtlich einsammeln. Die Sammler bekommen dafür nichts. Das ist eine Menge Geld, und hierfür wird sehr viel soziale Arbeit vor Ort geleistet.

Sie sagen: Die Verbände und Organisationen könnten diese Arbeit gern weiter tun. Ich sage Ihnen voraus: Natürlich werden sie es weiter tun, was sollen sie auch sonst machen? Es wird aber zum Hauen und Stechen kommen, weil Sie nicht alle Verbände unter einen Hut kriegen werden und nicht jeder in dieser Selbstorganisation akzeptiert werden wird. Sie haben selbst gesagt, dass damit ein nicht unerheblicher Aufwand für die Wohlfahrtsorganisationen und die Verbände verbunden sein wird. Diese werden letztlich, wenn keine anderen Einnahmen vorhanden sind, das Personal, das für diese Koordination eingestellt wird, von eben diesen Spendengeldern finanzieren müssen.

In diesem Land ist seit über 40 Jahren anerkannt, dass es die Straßensammlung und die Haussammlung gibt. Man konnte sich und kann sich nach wie vor darauf verlassen, dass dabei nur anerkannte Organisationen sammeln. Sie haben erklärt, Sie wollten die Lasten für den Staat beseitigen. Für mich ist das wieder ein deutliches Zeichen dafür, wie in Sonntagsreden das Ehrenamt hochgehalten wird und dort, wo der Staat einen winzig kleinen Beitrag leisten könnte, gestrichen wird. Dieser Beitrag spielt in dem großen Etat des Freistaates Bayern überhaupt keine Rolle. Das ist für mich eine Missachtung der vielen ehrenamtlich tätigen Sammler und Sammlerinnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass es sich die Kolleginnen und Kollegen noch einmal überlegen werden, wenn dieses Gesetz in die Beratung geht. Im Übrigen scheinen Gespräche stattgefunden zu haben, allerdings die dabei geäußerten Argumente nicht berücksichtigt worden zu sein.

Die Kollegen und Kolleginnen, die über dieses Gesetz beraten, sollten auch die Stellungnahmen der Verbände erhalten. Herr Minister, es war von Ihrem Haus nicht anständig, auf meine Anfrage, wie denn die Stellungnahmen der Verbände aussähen, zu sagen: Wenn Sie wollen, besorgen Sie sie sich doch. Ich denke, dieses Haus hat ein Recht darauf, diese Stellungnahmen in der Beratung zu erhalten. Ich kann Sie nur auffordern: Fragen Sie danach, was die einzelnen Verbände – vom Bund Naturschutz bis zum Caritas-Verband – dazu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schwimmer.

Jakob Schwimmer (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Ziel des Gesetzes ist eine weitere Deregulierung, die weitere Abschaffung unnötiger Vorschriften. Gleichzeitig sollen, wie das Herr Staatsminister mit Recht sagte, falsche Eindrücke vermieden werden. Frau Kollegin Radermacher, ich glaube nicht, dass die kleineren oder die größeren Organisationen darunter leiden werden, wenn sie ohne Gesetz sammeln. Das zeigt auch die Praxis in den Gemeinden. Ich bin der festen Überzeugung, dass Organisationen, die traditionell sammeln, zum Beispiel der Tierschutz, der Naturschutz, die AWO, der VdK, die Caritas oder die Diakonie, nach wie vor zu den eingespielten Zeiträumen ihre Haussammlungen durchführen können, ohne dass es eines Gesetzes wie in der vorliegenden Form dazu bedürfte.

Es ist erstaunlich, wenn man feststellt, dass vom gesamten Spendenaufkommen 99 % durch ganz andere Methoden des Sammelns generiert werden. Ich habe diese Zahl nicht geglaubt, als ich die Vorlage gelesen habe. Verglichen mit dem Spendenaufkommen in der Bundesrepublik beläuft sich das Spendenaufkommen aus Haussammlungen nur auf 1 %. In der Zwischenzeit ist für alle übrigen Sammlungen das DZI-Spendensiegel eingeführt worden. Ich teile nicht die Meinung, dass die Ehrenamtlichkeit darunter leidet, wenn sie nicht vom Gesetz abgesegnet ist. Das ist ein falscher Eindruck, der hier entsteht. Die Urfassung des Gesetzes stammt aus dem Jahr 1862 und hatte das hochlöbliche Ziel, die Ge-

befreudigkeit der Bürger zu schützen und vor unlauteren Zwecken zu bewahren.

Die Zeiten haben sich geändert. Als Konsequenz der Aufhebung ist Folgendes festzustellen: Nach wie vor wird die Verwendung der Mittel durch die Abgabenverordnung und die Steuergesetze geprüft. Jede Organisation ist zur Gewissenhaftigkeit verpflichtet. Es ist doch nicht notwendig, in der Kreisverwaltungsbehörde, wo die Sammlung beantragt wurde, noch einmal einen Verwendungsnachweis zu führen.

Betrügereien hat es in der Vergangenheit gegeben und wird es auch in Zukunft geben, trotz Gesetz. Diese Fälle müssen auf der Grundlage der Gesetze repressiv geahndet werden. Für die von Ihnen angesprochenen langfristigen Verträge – sprich die Fördermitglieder – gelten die Vorschriften des Verbraucherschutzes. Nach dem BGB kann ein Haustürgeschäft widerrufen werden. Die anderen Länder haben gute Erfahrungen gemacht. Was Sie prophezeit haben, wird nicht eintreten.

Ich bitte deshalb, den vorliegenden Gesetzentwurf den zuständigen Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen und ihn dort sorgfältig zu beraten. Das Ergebnis sollte sein, dass ein überflüssiges, überholtes Gesetz schnellstmöglich aufgehoben wird.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Stahl.

Christine Stahl (GRÜNE): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Wir GRÜNE sehen die Abschaffung des Bayerischen Sammlungsgesetzes äußerst kritisch. Die Erlaubnis, die sich Sammlungsträger und -trägerinnen bisher einholen mussten, war sehr wohl eine Art von Gütesiegel. Ich muss gestehen, dass ich etwas erstaunt bin, dass Sie, Herr Innenminister, ausgeführt haben, das sei eigentlich gar kein ernst zu nehmendes Gütesiegel gewesen, weil dabei überhaupt nicht kontrolliert worden sei. 40 Jahre lang wurde nicht kontrolliert. Ich habe mich als Bürgerin immer sehr gerne auf diese Ausweise verlassen, die die Leute haben mussten.

Natürlich bereiten Erlaubniserteilungen und Kontrollen der Verwaltung Arbeit; das ist ganz klar. Die Staatsregierung meint jetzt, dies wäre wegen 26 Millionen Euro überhaupt nicht erforderlich. Ich bin aber der Auffassung, dass 26 Millionen Euro – wenn man sie nicht nur in Prozentzahlen betrachtet – keine Peanuts sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das sind keine Peanuts. Dem Wunsch nach Deregulierung stehen gleichwertig der Verbraucherschutz und die Finanzierung der Verbände und deren Arbeit gegenüber. Alten Menschen wurde von der Kriminalpolizei immer eingeschärft, sie sollten sich den Sammlerausweis zeigen lassen. Jetzt sagen Sie: Na ja, das ist gar nicht so wichtig. Sie verweisen auf Justiz und Polizei, um zum Beispiel betrügerisches Handeln oder Schadenersatzansprüche anzuzeigen. Ich frage mich aber, wer sich, wenn er oder sie nur 2 bis 5 Euro oder manchmal auch 10 Euro in eine Sammelbüchse wirft, den Mühen eines solchen Rechtsweges unterziehen wird. Ich sage Ihnen: Das wird niemand tun. Deswegen gab es bisher eine übergeordnete Prüfstelle. Die Sammlungen sollten geordnet, koordiniert – das ist auch ein sehr wichtiger Aspekt – und mit zuverlässigen Sammlern und Sammlerinnen über die Bühne gehen.

Zwar wird nach Abschaffung des Sammlungsgesetzes nach der Abgabenordnung weiter geprüft, wie hoch die Verwaltungskosten sind. Das ist richtig, Herr Kollege. Sie dürfen nämlich 10 % des Mittelaufkommens nicht überschreiten. Es wird aber nicht mehr geprüft, ob die Abrechnung stimmt und wie die Mittel verwendet werden. Im Umkehrschluss das Sammlungsgesetz gleich ganz abzuschaffen, weil die Mittelabrechnung ohnehin nicht mehr geprüft wird, halte ich für äußerst problematisch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Argument, nach Abschaffung des Sammlungsgesetzes könnten die Bürgerinnen und Bürger endlich eigenverantwortlich entscheiden, ob und wem sie spenden, sticht nicht. Frau Kollegin, Sie haben es richtig dargestellt. Dieses Beispiel hinkt heftig; denn schon bisher haben die Bürger darüber entscheiden können.

Eine Zertifizierung, wie Sie von Ihnen als Kontrollmöglichkeit vorgeschlagen wurde, wäre durchaus eine Alternative. Ich könnte mir so etwas vorstellen. Auch hier muss ich „aber“ sagen. Bei der jetzt bestehenden Zertifizierung wird sehr stark auf freiwillige Selbstverpflichtung und Selbstkontrolle abgestellt. Ich behaupte, Verbraucherschutz sieht anders aus.

Meine Herren und Damen, im letzten Jahr liefen die Wohlfahrtsverbände Sturm. Es gab auch eine Reihe von Schreiben an die Staatsregierung. Ich habe bereits in der letzten Woche gefordert, dass man uns diese Schreiben und die Stellungnahmen der Bayerischen Landeszentrale für Verbraucherschutz dazu zukommen lassen sollte; denn ich möchte über dieses Thema sehr intensiv und auch sehr zielgerichtet diskutieren. Ich habe bisher nichts bekommen.

Richtig ist, dass mittlerweile sechs Länder, zum Teil auch mit den Stimmen der GRÜNEN, ihre Sammlungsgesetze abgeschafft haben. Inwieweit sich die Abschaffung jedoch insgesamt bewährt hat, geht aus der Begründung Ihres Gesetzentwurfes nicht hervor. Sie stellen insbesondere auf Nordrhein-Westfalen ab. Dass die Landesbehörden, die Sie befragt haben, die Abschaffung des Sammlungsgesetzes als toll empfinden, wundert mich nicht; denn sie werden von Arbeit entlastet. Was bedeutet die Abschaffung aber für die Wohlfahrtsverbände? Haben Sie in den betreffenden Ländern gefragt? Ist dort zum Beispiel das Spendenaufkommen zurückgegangen? Was bedeutete die Abschaffung für die Kirchen, für die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und für die Bürgerinnen und Bürger? Haben Sie recherchiert, ob sich mehr ominöse Sammlerorganisationen an den Sammlungen beteiligen, die sich unter Umständen in einer Grauzone befinden? Haben Sie das alles nachgefragt? – Ich möchte jeden-

falls gerne auch vom Roten Kreuz, von Herrn Sackmann, etwas dazu hören, der sich aber vermutlich nicht dazu äußern wird.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Der ist aus guten Gründen hinausgegangen!)

Ich möchte von ihm hören, wie das Rote Kreuz zu diesem Gesetzentwurf steht. Ich glaube, dass wir erst dann und nach der Debatte in den Ausschüssen in der Zweiten Lesung eine ordentliche Entscheidung treffen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es hat sich noch einmal Herr Staatsminister Beckstein zu Wort gemeldet.

Staatsminister Dr. Günther Beckstein (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Frage der zeitlichen Koordinierung sind in den Gesprächen, die ich selber geführt habe, von keiner Organisation ernsthafte Einwände erhoben worden. Alle Organisationen haben gesagt, dass die Terminkoordinierung unter den wesentlichen Sammlungsträgern problemlos möglich sei. Ich glaube, dass das kein ernsthafter Einwand ist.

Zweitens halte ich es für völlig ausgeschlossen, dass die ehrenamtlichen Sammler beeinträchtigt werden. Die ehrenamtlichen Sammler werden selbstverständlich auch zukünftig einen Ausweis ihrer Organisation bekommen, der bestätigt, dass sie im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt, der Inneren Mission oder der Caritas sammeln. Dieser interne Ausweis wird selbstverständlich weiterhin ausgestellt. Es wird auch empfohlen, künftig nach diesem Ausweis zu fragen.

Von Bedeutung ist die Frage der Abrechnung. In den letzten 40 Jahren ist nur in wenigen Einzelfällen die Verwendung der Spendengelder überprüft worden, jedoch musste ein Verwendungsnachweis eingereicht werden. Ob die Mittel gemäß diesem Nachweis ausgegeben wurden, ist nicht überprüft worden. Alle Organisationen, mit denen ich geredet habe, haben es auch nicht für opportun gehalten, dass wir die Verwendung der Spendengelder überprüfen. Beispielsweise wollen auch die großen Träger so flexibel sein, dass sie zwar für ein Objekt sammeln, dass sie die Mittel aber auch für andere Projekte verwenden können. Die Überprüfung ist nicht unproblematisch, denn wir erwecken damit den Eindruck, wir würden eine Qualitätskontrolle durchführen, die wir aber gar nicht durchführen können.

Ich bin Kollegen Schwimmer sehr dankbar dafür, dass er es angesprochen hat. In der Frage der Gemeinnützigkeit hat das Finanzamt eine sorgfältige Prüfung vorzunehmen. Das ist dort auch der Fall. Die innere Verwaltung muss aber den Stempel für die Sammlung unabhängig davon geben, wie die Mittel verwendet werden und ob der Sammlungszweck wünschenswert ist.

Bei den Gesprächen haben wir folgendes Ergebnis erzielt: An mich ist keine Bitte herangetragen worden, dass ich die Ergebnisse der Anhörung herausgebe. Wenn Sie unzufrieden sind, können Sie den Minister nicht schimpfen, wenn Sie den Minister oder den Staatssekretär zuvor nicht gefragt haben.

(Karin Radermacher (SPD): Doch, das ist doch vorgelesen worden!)

Selbstverständlich werden bei den Gesetzesberatungen auch die Ergebnisse der Anhörung dargelegt. Nach der ersten Beratung im Kabinett sind bei der mündlichen Anhörung die Stellungnahmen noch einmal deutlich verändert worden. Mit Ausnahme von Herrn Beyer, der bei den Gesprächen anwesend war, habe ich von allen Beteiligten Zustimmung dazu bekommen,

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ich habe mich schon zu Wort gemeldet!)

dass das Sammlungsgesetz auf Probe abgeschafft wird und dass wir selber nach zwei Jahren eine Evaluierung vornehmen. Sollten seitens der betroffenen Verbände aber massive Bedenken erhoben werden, weil etwa das Sammlungsergebnis drastisch in den Keller geht, wären wir bereit, das Gesetz auch schon vorher wieder zu ändern. Dann muss man aber auch massivere Kontrollen durchführen.

Eine letzte Bemerkung: Es gibt einzelne Sammlungen, die bisher gewohnheitsrechtlich ohne Sammlungserlaubnis durchgeführt werden. Beispielsweise ist das die Sammlung der Heiligen Drei Könige, die von Haus zu Haus ziehen. Diese Sammlungen werden nie behördlich überprüft. Bisher hat noch niemand gesagt, ohne Stempel sei diese Sammlung nur die Hälfte wert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde Sie darum bitten, mit etwas mehr Mut die Abschaffung auszuprobieren. Mein Wort gilt. Wenn sich Nachteile einstellen sollten, werden wir die Sammlungserlaubnis wieder einführen. Wenn sich keine Nachteile ergeben, wie es in den anderen Ländern auch der Fall ist, können wir froh darüber sein, dass wir ein Stück Bürokratie abgebaut haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beratung ist jetzt abgeschlossen. Ich erteile Herrn Dr. Beyer das Wort zu einer persönlichen Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben mich jetzt zweimal angesprochen. Erlauben Sie mir bitte folgende persönliche Erklärung:

Das Gespräch, von dem Sie zweimal berichtet haben, hat mit einer Abordnung der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege stattgefunden, deren Sprecher ich in diesem Jahr bin. In dieser Funktion haben wir darüber gesprochen. Bei diesem Gespräch waren die Wohlfahrtsverbände höchstrangig

vertreten, und alle haben erklärt, dass sie sich gegen die Abschaffung des Sammlungsgesetzes aussprechen. Sie erinnern sich, dass Prinzessin von Thurn und Taxis dort die vorher ambivalente Haltung des Roten Kreuzes expressis verbis korrigiert und gesagt hat, auch das Bayerische Rote Kreuz spreche sich gegen die Abschaffung aus.

(Christine Stahl (GRÜNE): Weiß das der Herr Sackmann?)

– Ich weiß es nicht. Herr Sackmann ist nicht da, aber vielleicht spricht er mit seiner Präsidentin.

Im weiteren Verlauf, nachdem wir unsere Meinungen ausgetauscht hatten und nachdem klar geworden war, dass das vielgepriesene Spendensiegel nicht einmal allen Mitgliedern der Staatsregierung bekannt ist, aber allen anderen im Land bekannt sein müsste, haben Sie gesagt, dass Sie an der Abschaffung festhalten. Sie haben weiter gesagt, Sie würden aber eine Evaluierungsklausel vorsehen; und nachdem wir weiter opponiert haben, haben Sie auch gesagt, Sie würden eine einseitig veranlasste Rücknahme der Abschaffung zulassen. Sie haben es uns allerdings so dargestellt – so haben es auch die Kollegen in Erinnerung –, dass Sie es ins Gesetz hineinschreiben. Ich bin Ihnen aber dafür dankbar, dass Sie es heute zu Protokoll erklärt haben, weil es sich im Gesetzentwurf nicht findet.

Vor dem Hintergrund, dass die Staatsregierung die Abschaffung des Sammlungsgesetzes in den Landtag einbringt, Sie aber diese Angebote gemacht haben, haben die Kolleginnen und Kollegen logischerweise zu verstehen gegeben, dass ihnen diese Lösung besser gefällt und dass sie damit eher einverstanden seien als mit einer Abschaffung ohne diese Klausel. Mir ist es sehr wichtig zu betonen, dass ich nicht als Thomas Beyer und auch nicht für die Arbeiterwohlfahrt, sondern als Sprecher der neben mir sitzenden Präsidentinnen und Präsidenten und Vorsitzenden ausdrücklich erklärt habe, dass sich die Wohlfahrtspflege im Verfahren nicht dafür in Anspruch nehmen lasse, dass sie der Abschaffung zugestimmt habe. Die Wohlfahrtspflege würde sich nur nicht der zweitbesten Lösung einer Evaluierung widersetzen.

Das war korrekt die Situation, dem wurde auch von den anderen nicht widersprochen. So sind wir auseinandergegangen, und so können wir es jetzt auch stehen lassen. Der Hinweis, nur Beyer habe widersprochen, entspricht nicht dem Gesprächsverlauf. Ich glaube, dass ich es jetzt klargestellt habe.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kolleginnen, vielleicht kann man das noch in den Gesetzesberatungen abklären. Jedenfalls ist jetzt die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 11 auf:

Eingabe
betreffend Verkauf eines Grundstücks
(Az.: EB.2371.15)

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sich mit der Eingabe in seiner Sitzung am 9. Mai 2007 befasst. Er hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Ich eröffne hierzu die Aussprache. Die erste Wortmeldung: Frau Kollegin Scharfenberg.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser Petition des Herrn Madeisky aus Neumarkt geht es um den Verkauf eines Grundstücks von 8300 Quadratmetern Fläche in einer sehr lukrativen Lage in der Nähe des Bahnhofs in der Stadt Neumarkt in der Oberpfalz. Das Filetstück soll jetzt verkauft werden. Von hier aus ist die Innenstadt in sieben Minuten fußläufig erreichbar. Das Grundstück hat eine absolute Superlage mit einer sehr hohen Renditeerwartung. Nun, wem wurde es, ohne Ausschreibung wohlgemerkt, angeboten? – Einem solventen Käufer, der auch ein Museum auf dem Grundstück bauen will. Die Stadt Neumarkt ist von dieser Idee angetan und gibt diesem Käufer gleich die ganzen 8300 Quadratmeter zum Preis von – jetzt hören Sie mal zu! – 42,50 Euro pro Quadratmeter. Die kommunalen Stadtwerke hingegen mussten für ein kleines Grundstück, das direkt angrenzt, 200 Euro pro Quadratmeter bezahlen. Das, meine Damen und Herren, ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Petition auf die Tagesordnung des Plenums setzen lassen. Das stinkt wirklich zum Himmel.

Einzusehen ist – das sage ich ganz klar –, dass ein öffentliches Interesse an diesem Museum besteht. Dafür werden aber nur 50 % des Grundstücks, nämlich 4150 der insgesamt 8300 Quadratmeter, gebraucht. Wenn öffentliches Interesse daran besteht, kann man dieses Geld wohl einsetzen. Aber man braucht nicht die ganzen 8300 Quadratmeter diesem solventen Herrn zu geben; die 4150 Quadratmeter hätten genügt. Die restlichen 4150 Quadratmeter werden vom Käufer privat genutzt. Das heißt: Bei einem Quadratmeterpreis von 42,50 Euro können Investitionen getätigt werden, die eine sehr hohe Rendite bringen. Gleich gegenüber, auf der anderen Straßenseite, wurden die Grundstücke vor drei Jahren zu 250 Euro für den Quadratmeter verkauft. Heute wäre der Preis sicher noch höher.

Jetzt können wir, meine Damen und Herren, daran denken, dass es die kommunale Planungshoheit gibt, in die der Landtag sich nicht einmischen darf. Jawohl. Aber ich möchte an die Petition anknüpfen und daran erinnern, dass unser Landtagskollege Herr Fischer aus

Neumarkt eine große Betriebsamkeit an den Tag gelegt hat. Warum? – Der Petitionsausschuss hatte einen Ortstermin beschlossen. Das ist natürlich eine Revolution für die Neumarkter. Herrn Fischers größte Sorge galt nun diesem Ortstermin. Er verfolgte folgende Strategie: Erst mal wollte er seiner CSU-Kollegin, der Mitberichterstatterin, Frau Kollegin Stierstorfer, die Regie entreißen, selbst die Mitberichterstattung übernehmen und dann einen Mehrheitsbeschluss in der CSU herbeiführen, keinen Ortstermin zu machen. Wir hatten ihn aber vorher schon beschlossen. – Gesagt, getan, Ortstermin abgesetzt. Mit der Zweidrittelmehrheit der CSU ist ja alles ganz einfach. Vor Ort verkündet MdL Fischer in Neumarkt im „Tagblatt": Die Baukräne können kommen – was dann auch geschah.

(Beifall bei der CSU – Allgemeine Heiterkeit)

– Es ist eine Posse, meine Damen und Herren.

Herr Fischer, Sie sollten beherzigen: Es ist nicht okay, dass Sie sich hier einmischen, ohne Mitglied des Ausschusses zu sein, weil Sie als Stadtrat in diese Sache involviert sind. Noch dazu sind Sie Mitglied im Werksenat und haben dem Grundstücksverkauf zugestimmt. Ich kann dem Petenten nur recht geben, meine Damen und Herren: Der Verkauf des Grundstücks durch die Stadt Neumarkt ist eine unzulässige Veräußerung unter Wert sowie eine EU-widrige, versteckte Subventionierung eines geplanten Gewerbebetriebes. Deshalb werden wir dafür stimmen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung der Staatsregierung zur Würdigung zu überweisen, und den Beschluss des Ausschusses, der mit CSU-Mehrheit gefasst wurde, die Eingabe aufgrund der Erklärung der Staatsregierung für erledigt zu erklären, nicht mittragen.

Jetzt bin ich mal gespannt, wer dieser Petition, die streng nach Spezlwirtschaft riecht, zustimmen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Herbert Rubenbauer (CSU): Skandal!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Herr Fischer, Neumarkt, hat das Wort.

Herbert Fischer (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es war unerträglich,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das finde ich auch!)

wie Sie, Frau Scharfenberg, den Sachverhalt verdrehen. Zunächst einmal darf ich sagen: Es ist klar, ich übernehme auch hier die Berichterstattung für meine Kollegin Stierstorfer. Sie hat mich ausdrücklich darum gebeten.

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Ich erkläre das schon; die Frau Kollegin hat Ihnen das nicht richtig erklärt. Ich habe schon am 09.05. die Berichterstattung übernommen,

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Warum?)

weil ich mit dem Sachverhalt bestens vertraut bin. Sie werden mir doch wohl zubilligen, dass ich als Abgeordneter auch die Interessen der Stadt Neumarkt vertreten kann. Ich verlange von jedem Abgeordneten, dass er die Interessen seiner Region vertritt.

(Beifall bei der CSU)

Nachdem der Stadtrat Fischer mit der Sache befasst war, hat sich der Abgeordnete Fischer gerne vom Stadtrat Fischer informieren lassen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Lassen Sie das doch die Frau Stierstorfer machen!)

Zwei Wochen vor dem 09.05. wurde von Ihnen, Frau Kollegin Scharfenberg, ein Ortstermin beantragt. Ich habe mit einem Ortstermin grundsätzlich kein Problem. Die Petition wurde im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden noch einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Sie waren nämlich nicht bereit, den Ortstermin bald wahrzunehmen, im Gegensatz zur Frau Kollegin Stierstorfer. Ich hatte Sie um einen frühen Ortstermin gebeten, weil die Stadt um eilige Behandlung der Petition gebeten hatte. Es ging um eine anstehende Baugenehmigung.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Die Stadt hat unmissverständlich erklärt, dass der Genehmigungsbescheid erst erteilt werden könne, wenn die Petition im Ausschuss erledigt ist. Sie wollten diesen Ortstermin aber erst nach vier Wochen wahrnehmen. Nach vier Wochen!

(Alexander König (CSU): Wahnsinn!)

Sie haben wohl keine Ahnung, welcher Schaden bei den Kommunen durch eine solche Verzögerung entstehen kann, wenn sie auf eine Entscheidung warten müssen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die warten doch gar nicht auf den Petitionsausschuss; die Entscheidungen haben doch keine aufschiebende Wirkung!)

Der Petition liegt ein rechtlich nicht zu beanstandender Sachverhalt zugrunde. Deshalb gibt es auch keinen plausiblen Grund, die Petition ins Plenum hochzuziehen.

Sie haben den Sachverhalt ein bisschen gestreift. Tatsächlich geht es hier um ein Grundstücksgeschäft der Stadt, das mit ganz, ganz großer Mehrheit im Stadtrat beschlossen wurde.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Nach Neumarkter Landrecht!)

– Herr Vizepräsident, ich werde Ihnen die Angelegenheit nachher noch ausführlich erläutern.

Die Stadt hat den Gebäudekomplex eines ehemaligen Betriebs und das Gelände zu diesem Nettopreis verkauft, den Sie genannt haben. Das war der Nettopreis. Selbstverständlich müssen auch die Stellplatzabgabe und vieles andere berücksichtigt werden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die ist doch erlassen worden!)

Dieser Preis wird auch von Ihnen kritisiert. Man verweist auf einen anderen Grundstücksverkauf aus dem gleichen Betriebsgelände. Dort wurde Grund zu einem höheren Preis verkauft. Sie verwechseln Äpfel mit Birnen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Hauptsache, Sie wissen immer Bescheid!)

Beide Verträge können nicht miteinander verglichen werden; denn bei diesem Grundstücksgeschäft, gegen das sich die Petition wendet, gibt es eine Besonderheit. Deswegen konnte man es auch nicht ausschreiben. Für die Stadt war von besonderem Interesse, dass die Käufer, ein Ehepaar, sich verpflichteten, auf dem Grundstück als Hauptnutzung ein Museumsgebäude zu errichten und 25 Jahre zu betreiben. Vorgesehen ist ein Maybach-Museum mit 30 Maybachs. Für Exponate der früheren Expresswerke mussten Räume zur Verfügung gestellt werden.

(Der Präsident gibt ein Signal, dass die Redezeit abgelaufen ist)

– Nein, das geht in fünf Minuten nicht.

Bei der Preisfindung ist das kulturelle Interesse der Stadt Neumarkt an der Ansiedlung des Maybach-Museums berücksichtigt.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Aber die Hälfte hätte gereicht!)

Wie das Innenministerium in seiner Stellungnahme feststellt, ist zivilrechtliches Handeln einer Kommune grundsätzlich nicht Gegenstand rechtsaufsichtlicher Maßnahmen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Doch!)

Die Rechtsaufsicht hat nur die Einhaltung öffentlich-rechtlicher Vorschriften zu überwachen. Nur dies allein konnte Gegenstand der Petition sein, aber nicht die Frage, ob man das Grundstück anderweitig hätte verkaufen oder verwerten können. Das geht Sie nichts an. Mit der Städteplanung in der Stadt Neumarkt haben Sie nichts zu tun. Für das Innenministerium ist ein Verstoß gegen öffentliches Recht nicht ersichtlich, weil keine unzulässige Veräußerung unter Wert vorliegt.

Denn der Verkaufspreis entspricht dem Verkehrswert. Für die Wertermittlung war ein Gutachterausschuss tätig. Weil kommunale Gutachterausschüsse als unabhängige Sachverständige anerkannt sind, liegt auch kein Verstoß gegen das Beihilferecht der EU vor.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Herbert Fischer (CSU): Ja, Frau Präsidentin.

Der Petent ist leider Stadtrat von Neumarkt. Ich charakterisiere ihn hier nicht. Es hätte aber keine Petition gegeben, wenn die Käufer statt eines Maybach-Museums ein Maikäfer-Museum errichten würden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ich komme zum letzten Satz, Frau Präsidentin. – Bei einem Maybach-Museum wird natürlich von bestimmten Leuten – auch von Ihnen, Frau Scharfenberg, – sofort eine Neiddiskussion geführt. Das Maybach-Museum wird aber eine weit überregionale Bedeutung bekommen. Den Käufern kann man für ihren Entschluss nur danken. Ich bitte Sie, dem Votum des Petitionsausschusses zu folgen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Fischer, Sie dürfen hier stehen bleiben, nachdem Herr Kollege Dr. Runge eine Zwischenintervention machen möchte. Herr Dr. Runge, Sie haben zwei Minuten, und Sie, Herr Kollege Fischer, haben dann die Möglichkeit, in zwei Minuten darauf zu antworten. Bitte schön.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Kollege Fischer, Sie werden sicher begeistert sein, dass ich Ihre Redezeit verlängere. Wir freuen uns alle, dass in Neumarkt in der Oberpfalz ein Maybach-Museum errichtet werden soll; wir hätten auch nichts gegen ein Maikäfer- oder ein Maibaum-Museum. Ich möchte Sie aber im Rahmen meiner Zwischenintervention etwas fragen. Sie haben sich gerühmt, deshalb als Berichterstatter tätig geworden zu sein, um die Interessen der Region zu vertreten. Ich frage Sie nun: Wie halten Sie es denn für vereinbar mit der Interessenvertretung der Region, wenn Sie eine Abgabe des Grundstücks zu einem doch sehr niedrigen Preis – ich mag es nicht anders benennen – goutieren, und wie sehen Sie die Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit seitens der abgebenden Kommune erfüllt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herbert Fischer (CSU): Herr Kollege Dr. Runge, wie bei der Überprüfung festgestellt wurde, ist hier nicht unter dem Verkehrswert verkauft worden. Also können Sie nicht von einem niedrigen Preis sprechen. Man könnte ein solches Grundstück natürlich auch an Aldi oder einen anderen großen Discounter verkaufen, dann würde man mehr verdienen. Wir wollten aber, dass der Besitzer dieser vielen Maybachs seine Automobile der Stadt Neumarkt zur Verfügung stellt. Ich glaube, ich habe schon unmissverständlich erklärt – ich bin auch dankbar, dass Sie sagen, Sie begrüßen ein Maybach-Museum –, dass das

Museum eine weit überregionale Bedeutung haben wird. Darum werden uns viele beneiden.

Der Käufer war schon nahe dran, dieses Museum woanders zu errichten – unvorstellbar. Dass er 50 % des Anwesens anders nutzen will, ist doch klar; denn er muss das Ganze finanzieren, was er hier kostenlos zur Verfügung stellt. Sie müssen sich mit dem Sachverhalt näher befassen, Frau Kollegin Scharfenberg, dann würden Sie nicht einen solchen Unsinn daherreden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Als nächstem Redner darf ich Herrn Kollegen Strobl das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Reinhold Strobl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz so euphorisch wie Herr Kollege Fischer sehe ich die Geschichte nicht, aber es ist Tatsache, dass die Stadt Neumarkt und die Mehrheit des Neumarkter Stadtrates ein Interesse daran haben, dass das Museum für Oldtimer der Marke Maybach hier in Neumarkt errichtet wird. Die Frage ist natürlich, ob das ein angemessener Preis ist, aber es ist Tatsache, dass in der Angelegenheit eine Dienstaufsichtsbeschwerde vom Landratsamt abgewiesen worden ist, dass die Einschätzung auch der Gutachterausschuss geteilt hat und dass der Verkaufspreis dem aktuellen Verkehrswert entspricht. So ist es gesagt worden. Ob das wirklich so ist, muss die Bevölkerung von Neumarkt entscheiden.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Die wird nicht gefragt!)

– Ich kann mir vorstellen, dass es in Neumarkt auch eine politische Diskussion gibt.

Das Innenministerium hat festgestellt, dass es keine Anhaltspunkte für rechtsaufsichtliches Einschreiten gibt und dass ein Verkauf auch unter Wert möglich ist, wenn es der Kommune dienlich ist. Tatsache ist, dass die Stadt Neumarkt ein kulturelles Interesse an der Sache hat. Auch in unserer Fraktion in Neumarkt hat es eine Diskussion gegeben. Die Auffassungen waren sehr unterschiedlich, aber mehrheitlich war man der Meinung, dass die Errichtung des Museums in Neumarkt gefördert werden soll.

Erwähnen möchte ich noch, dass der Käufer doch erhebliche Zugeständnisse gemacht hat. Es ist eine Vertragsstrafe vereinbart worden. Es ist vereinbart worden, dass das Museum mindestens 25 Jahre lang betrieben werden muss und dass Räume der Stadt mietzinslos zur Nutzung überlassen werden müssen.

Aufgrund dieser Gegebenheiten sehen wir die Eingabe als erledigt an. Ob das Museum das für Neumarkt bringen wird, was Herr Kollege Fischer so euphorisch dargestellt hat, wird die Zukunft zeigen. Für uns gibt es aber keinen Anlass, uns hier anders zu verhalten. Für uns ist die Eingabe erledigt.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Herbert Fischer (CSU))

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung darf ich Herrn Staatssekretär Schmid das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Schmid (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist hochemotional diskutiert worden, und ich darf nur noch zwei oder drei Bemerkungen aus rechtlicher Sicht machen.

Zunächst stellt sich die Frage, ob eine Veräußerung unter Wert vorliegt oder ob es sich um eine versteckte EU-rechtswidrige Subvention handelt. Um diese Fragen geht es ausschließlich. Ich darf gleich an dieser Stelle feststellen: Das Landratsamt hat sich völlig korrekt verhalten. Es hat zunächst eine Stellungnahme der Kommune eingeholt. Es hat auch eine Stellungnahme des Gutachterausschusses eingeholt. Der Gutachterausschuss ist ein für die Bewerber entscheidendes Gremium. Er wird in Tausenden von Fällen beigezogen. Der Kaufpreissammlung werden Vergleichswerte entnommen, um einen Vergleich anzustellen. Parallel kann man aber zusätzliche Elemente einer Wertung unterziehen. In diesem Fall gab es die Besonderheit, dass sich der Käufer dazu verpflichtet hat, 25 Jahre lang das Museum und das Restaurant zu betreiben. Das musste in die gesamte Entscheidungsfindung miteinbezogen werden.

Der Gutachterausschuss – das ist bisher nicht bestritten worden – hat festgestellt, dass der Verkehrswert in der genannten Größenordnung liegt und dass deswegen die Veräußerung in Ordnung ist, dass es also keine unzulässige Veräußerung unter Wert ist. Das ist die Feststellung des Gutacherausschusses. Ich denke, damit hat sich das Landratsamt korrekt verhalten. Das Innenministerium hat das in einer Stellungnahme noch einmal bestätigt. Wenn diese Argumentation zutrifft, ist das auch keine EU-rechtswidrige Förderung des Projekts.

Deswegen darf ich an dieser Stelle noch einmal bestätigen, was heute wiederholt gesagt wurde: Dieser Rechtsvorgang ist korrekt abgewickelt worden, weil der Gutachterausschuss seine Feststellung nach sachlicher Überprüfung getroffen hat und der Verkehrswert in dieser Größenordnung liegt. Deswegen bitte ich heute darum, dass die Petition aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt erklärt wird.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nachdem mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Gemäß § 126 Absatz 7 der Geschäftsordnung ist bei Eingaben, über die die Vollversammlung zu beschließen hat, der Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen.

Wer dem Votum des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dem Votum des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden entsprochen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung über Anträge etc., die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe Übereinstimmung aller Fraktionen. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe zur gemeinsamen Behandlung die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7 auf:

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für weitere Branchen (Drs. 15/7226)

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schaffung von Rechtsgrundlagen für soziale und umweltbezogene Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Drs. 15/7227)

Antrag der Abg. Franz Josef Pschierer, Dr. Jakob Kreidl u. a. (CSU)
VOB weiter flexibilisieren (Drs. 15/7528)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Redezeit beträgt zehn Minuten pro Fraktion. Ich darf Herrn Kollegen Dr. Runge um das Wort bitten. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die beiden Anträge der GRÜNEN sind Teil eines Initiativenpaketes zum Thema Vergaberecht und öffentliche Aufträge. Der Rest des Pakets wurde auf Bitten der CSU-Fraktion und der Staatsregierung zurückgestellt, bis die Staatsregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegt, was mittlerweile geschehen ist.

Anlass für unser Antragspaket sind zum einen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Berliner Tariftreueregelung und zum anderen die beiden neuen EU-Vergaberichtlinien und deren Umsetzung bzw. eben Nicht-Umsetzung.

Ich möchte den Hintergrund kurz skizzieren: Das europäische Vergaberecht gibt, konkretisiert und klargestellt mit den beiden EU-Vergaberichtlinien – einmal der Richtlinie für Bau – Liefer- und Dienstleistungsaufträge und zum anderen der Richtlinie für Sektorenauftraggeber – der öffentlichen Hand durchaus die Möglichkeit, sozial- und umweltbezogene Kriterien bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen. Das gilt sowohl als Ausschreibungsbestandteil als auch als Zuschlagskriterium und als Ausführungsbedingung. Allerdings sind hierfür die entsprechenden nationalen Grundlagen zu schaffen.

Das Bundesverfassungsgericht stellte im letzten Jahr im Fall der Berliner Regelung zur Tariftreue im Bau klar, dass eine solche Rechtsgrundlage auch im Landesrecht verankert werden darf, sofern der Bundesgesetzgeber nicht abschließend von den einschlägigen Gesetzgebungsregelungen Gebrauch gemacht hat. Für das Vergaberecht trifft das zu.

Ich will das Urteil in zwei Sätzen zusammenfassen: Der erste wesentliche Satz war, dass Tariftreueregelungen keinen unzulässigen Eingriff in die negative Koalitionsfreiheit darstellen. Der zweite Satz besagt, dass die Länder entsprechende Rechtsgrundlagen schaffen dürfen.

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN sagen klar, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, wie im öffentlichen Beschaffungswesen generell, soziale und umweltbezogene Aspekte verstärkt eine Rolle spielen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unseres Erachtens sollte es sich von selbst verstehen, dass die öffentliche Hand ihrer Vorbildfunktion gerecht wird und sie eine Vorreiterrolle übernimmt, wenn es um ihre eigenen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Zielsetzungen geht. Für den Umwelt- und den Klimaschutz sollte selbstverständlich Gleiches gelten.

Aus der wirtschaftspolitischen Perspektive betrachtet, kommt hinzu, meine Damen und Herren, dass fairer Wettbewerb um öffentliche Aufträge nicht herrscht, wenn zum Beispiel ein Unternehmen ausbildet und das andere nicht, wenn ein Unternehmen Tariflohn zahlt und das andere nicht, wenn das eine Unternehmen besonders hohe Umweltstandards erfüllt und das andere nicht. Hier gilt es, für mehr Wettbewerbsgleichheit zu sorgen.

Mit dem Antrag „Schaffung von Rechtsgrundlagen für soziale und umweltbezogene Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“ wollen wir dafür Sorge tragen, dass der Bund seine Hausaufgaben macht und entsprechende Rechtsgrundlagen für die Berücksichtigung sozialer und umweltbezogener Kriterien schafft. Ich darf Sie daran erinnern, meine Damen und Herren, dass sich exakt die gleiche Forderung in unserem interfraktionellen Antrag

betreffend den Ausschluss ausbeuterischer Kinderarbeit findet.

Kollege Franz Pschierer, der momentan nicht anwesend ist, hat im federführenden Ausschuss in seiner Begründung zur Ablehnung unseres Antrags ausgeführt, dass es für die CSU bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nur um die Eignung und den Wert gehe. Mit „Wert“ hat er wohl den Preis gemeint. Das sei jedoch dahingestellt. In derselben Sitzung hat nämlich derselbe Franz Pschierer wenig später zu einem Antrag aus Kreisen der CSU betreffend „VOB weiter flexibilisieren“ von den Prozentsätzen gesprochen. Was meint er mit den Prozentsätzen? – Er meint nichts anderes als die Zuschlagskriterien, die Wertungskriterien. Ich möchte ein ganz konkretes Beispiel darlegen: Eine gute Wartung darf noch einmal mit drei zusätzlichen Prozentpunkten bewertet werden, also darf die Arbeit 103 Prozentpunkte des jeweils günstigsten Bieters kosten. Das ist geltendes Recht. Das ist also nix Eignung und nix Preis, sondern das ist etwas anderes. Wie kann man denn bei einem Antrag sagen, es zählten nur die Eignungskriterien und der Preis, und beim nächsten Antrag von den Prozentsätzen und damit von den Zuschlagskriterien reden?

Ich möchte noch einmal verdeutlichen, worum es bei öffentlichen Ausschreibungen geht: Es geht um den Ausschreibungsgegenstand. Es geht um die Eignungskriterien, also Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit. Es geht um die Zuschlags- und Wertungskriterien, und es geht viertens um die Ausführungsbestimmungen. Soziale und umweltbezogene Aspekte dürfen definitiv stattfinden, wenn zum einen keine Diskriminierung stattfindet, zum anderen die Aspekte vorher bekannt und benannt sind und wenn drittens die entsprechenden nationalen oder staatlichen Rechtsgrundlagen geschaffen sind. Um Letzteres geht es. Die GRÜNEN und im Übrigen auch die CSU wollen dafür sorgen, dass eine Klarstellung und Verdeutlichung erfolgt.

Zum Antrag betreffend „Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für weitere Branchen“ könnte man die Frage aufwerfen, ob Mindestlohnregelungen denn nicht reichen, wie sie beispielsweise seit einigen Monaten bei den Gebäudereinigern gelten und wie sie für andere Branchen gefordert und wahrscheinlich auch durchgesetzt werden. Die GRÜNEN sagen Nein, weil sich das Instrument „Tariftreue“ wegen seiner wesentlich stärkeren Durchsetzungskraft auszeichnet gegenüber der Mindestlohnregelung und weil es für mehr Transparenz und mehr Kontrollmöglichkeiten sorgt. Wir bitten dazu um Ihre Zustimmung.

Ich komme zum Antrag aus Kreisen der CSU, die Verdingungsordnung für Bauleistungen – VOB – zu flexibilisieren. Für das Vergaberecht insgesamt gilt: Die VOL oder die VOF wurden nicht aus Jux und Tollerei geschaffen. Vielmehr geht es darum, die öffentliche Hand als öffentlichen Auftraggeber zu schützen, die Bieter und vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen zu schützen, was vor allem über die Vergabe im Wettbewerb und über größtmögliche Transparenz passieren soll.

Der Antrag aus Kreisen der CSU ist sehr verschwommen formuliert. Es wird nicht gesagt, was gemeint ist. Den Hintergrund kann man sich eventuell aus den Diskussionsbeiträgen erschließen. Es heißt, über die Wertgrenzen müsse diskutiert werden, und es werden die Prozentpunkte angesprochen. Die GRÜNEN sagen klar: Wir wollen keine Erhöhung der Wertgrenzen für die freihändige Vergabe oder für die Vergabe im Verhandlungsverfahren – je nachdem, ob man es mit einer EU-weiten Ausschreibung zu tun hat. Wir wollen keine Erhöhung der Wertgrenzen für Vergaben nach beschränkter Ausschreibung, weil wir soviel wie möglich im fairen Wettbewerb, das heißt im offenen Verfahren stattfinden lassen wollen.

Deswegen können wir dem Antrag nicht zustimmen. Außerdem wird nicht klar, was gemeint ist. Es handelt sich nicht um einen reinen Berichtsantrag. Die Diktion wird aber in der Diskussion angedeutet. Die GRÜNEN bitten, den Antrag abzulehnen und den beiden Anträgen der GRÜNEN zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Richter. Bitte schön, Herr Kollege.

Roland Richter (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Runge hat seine Anträge relativ ausführlich dargelegt, sodass ich mich kurz fassen kann.

Beim Thema „Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für weitere Branchen“ sehe ich keinen Handlungsbedarf. Die CSU wird deshalb diesen Antrag ablehnen.

Herr Runge, was Ihren zweiten Antrag zur „Schaffung von Rechtsgrundlagen für soziale und umweltbezogene Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“ betrifft, möchte ich nur kurz sagen, dass Ihrem Begehren bereits entsprochen wurde; denn der Ausschreibende kann die Kriterien im Rahmen der Ausschreibung bereits festlegen. Der Ausschreibende muss lediglich einen gewissen Kriterienkatalog aufstellen. Also sage ich „Nein danke“ zu einer zusätzlichen Bürokratie. Wir werden deshalb auch diesen Antrag ablehnen.

Zum dritten Antrag, zum Antrag der CSU, die VOB weiter zu flexibilisieren, kann ich feststellen: Wir sind für eine Entbürokratisierung und für eine Verschlankung. Dies ist auch der Grund, warum wir die VOB weiter flexibilisieren wollen, und dafür bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich noch Herrn Dr. Beyer das Wort erteilen, bitte.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird nicht sehr lange dauern, die Stimme ist ohnehin schon trocken.

Es kommt selten vor, dass ich dem Kollegen Dr. Runge nahezu ausschließlich zustimmen kann. Aber heute kann ich es jedenfalls tun, was die Anträge der GRÜNEN angeht. Wir freuen uns – wir haben das auch schon im

Ausschuss gesagt, das ist wortwörtlich zu nehmen –, dass in dieser Legislaturperiode die GRÜNEN das aufnehmen, was wir als SPD in diesem Haus schon lange versuchen, nämlich eine ordentliche Tariftreue.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

– Wenn Herr Schieder da ist, wird er Ihnen gleich erzählen, wie das mit dem Gesetzentwurf war, Herr Runge. Vorsicht, sonst sind wir wieder nicht beieinander. Sie nehmen das auf, was wir in diesem Haus schon lange versuchen, nämlich die Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in Bayern zur Standardpflicht zu machen.

Sie fordern mit dem ersten Antrag die Ausdehnung der Tariftreue-Regelung auf weitere Branchen. Im Moment haben wir eine Anwendung auf den Hochbau erreicht. Ich bin sehr überrascht, dass Sie bei der CSU sagen, es gebe für weitere Branchen keinen Bedarf. Andererseits haben Sie heute vor einer Stunde die Hand dafür gehoben, dass der Gesetzentwurf der Staatsregierung in den Ausschuss verwiesen wird, in dem die Ausdehnung auf den Tiefbau geregelt wird. Auch die CSU-Fraktion sollte da in sich logisch bleiben. Wir wollen allerdings nicht die Variante, die Minister Dr. Beckstein vorschlägt, der bei der Ausdehnung auf den Tiefbau ein bloßes Wahlrecht anstrebt. Ich sage hier in aller Deutlichkeit: Wenn es in Bayern wirklich gerecht zugehen soll, muss es einen gerechten Lohn für gute Arbeit geben, und zwar in allen Branchen.

Die CSU-Fraktion fordert in dem heute in der Ersten Lesung überwiesenen Gesetzentwurf, bei Tiefbauten ein Wahlrecht einzuräumen. Da kann ich nur sagen: Das ist der falsche Weg. Es gibt kein Wahlrecht, Menschen in diesem Land zu Armutslöhnen zu beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür gibt es kein Wahlrecht. Keiner hat das Recht, andere ausbeuterisch zu beschäftigen. Keiner hat dieses Recht, weder aus moralischen Gründen noch aus wirtschaftspolitischen Gründen, weil gute Arbeit ordentlich bezahlt werden muss, damit hinterher eine Binnennachfrage entstehen kann. Wem all das Vernünftige nicht reicht, der soll in die Bayerische Verfassung schauen, da findet er die einschlägigen Bestimmungen.

Eine gerechte Entlohnung für gute Arbeit – das ist unser Weg. Kolleginnen und Kollegen der CSU, wir fordern Sie auf: Stellen Sie sich dem nicht länger in den Weg.

(Beifall bei der SPD)

Wir können also dem Antrag der GRÜNEN auf Drucksache 15/7226 zustimmen. Der Bausektor ist in der Tat erst der Anfang. Er kann nicht das Ende der Verpflichtung zur Tariftreueerklärung sein.

Noch interessanter ist die Diskussion über den zweiten Antrag. Darin fordern die GRÜNEN – sie machen sich dabei das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu eigen –, dass bei Ausschreibungen künftig nicht nur das wirtschaftlichste Angebot gilt, sondern dass auch andere, insbesondere soziale und umweltbezogene Kriterien einbezogen werden können. Manche in der CSU lehnen dieses Begehren ab: Herr Kollege Richter hat es abgelehnt, Herr Kollege Pschierer hat es mit einer sehr bemerkenswerten, kalten und zynischen Begründung getan; Herr Kollege Runge hat es bereits zitiert. Es war dann Herrn Pschierer selbst peinlich, und er hat im Nachhinein versucht, das verbal ein bisschen zu kaschieren.

Auch die erste Inkonsequenz hat Herr Kollege Runge schon benannt. Sie haben – das hat Gott sei Dank geklappt – nicht nur einen eigenen Antrag eingebracht, sondern auch bei der fraktionsübergreifenden Initiative mitgemacht, dass in Bayern öffentliche Auftraggeber keine Produkte aus Kinderarbeit mehr beziehen sollen. Das hielten Sie für richtig, und das ist auch richtig. Aber das darf nicht nur dazu dienen, dass man als Gutmensch dasteht, sondern das muss man dann in allen Bereichen auch wirklich durchsetzen wollen. Deshalb gibt es für diese Initiative der GRÜNEN sehr wohl einen Grund. Wie nötig sie ist, Herr Weidenbusch, haben wir auch im Ausschuss gesehen. Herr Kollege Spitzner hört jetzt sicher sehr interessiert zu, weil das ein Strauß ist, den wir schon miteinander gebunden haben – und nicht nur einmal.

Wie Sie wissen, rühmt sich der Freistaat Bayern seines Bayerntaktes im Schienenpersonennahverkehr. Das soll er ruhig tun. Aber wir sagen: Erstens kann man den noch verbessern, zweitens geht es um Geld des Bundes; Bayern gibt hier Regionalisierungsmittel des Bundes in Milliardenhöhe aus.

Herr Kollege Schuster hat vor geraumer Zeit eine Initiative ergriffen und die Staatsregierung aufgefordert, bei der Vergabe von Schienenpersonennahverkehrsleistungen in Zukunft auch die Ausbildungstätigkeit – jetzt sind wir nicht mehr beim Maybach, sondern bei anderen Dingen –, also Ausbildungsleistungen der Verkehrsunternehmen zu berücksichtigen, weil wir alle wissen, dass die Deutsche Bahn AG zum Beispiel in Franken noch im dreistelligen Bereich ausbildet, aber andere Betriebe nicht ausbilden, dass aber die Ausbildungsleistung, wenn Sie nur auf den Kilometerpreis schauen, keine Rolle spielt.

Herr Kollege Schuster hat das damals zu Recht angemahnt. Herr Staatssekretär, Sie haben geantwortet: Ich würde es ja gerne, aber ich darf es nicht berücksichtigen. Ich habe dann – ich glaube, es war in einer der letzten Sitzungen im alten Plenarsaal – die Frage an Sie gestellt, warum Sie das nicht machen; ob Sie gedenken, das in Zukunft zu tun. Sie haben damals eine große Betroffenheit signalisiert, haben gesagt, dass Sie das gerne tun würden, dass es Ihnen aber aus rechtlichen Gründen verwehrt sei. Herr Richter, Sie erinnern sich, ich habe das schon im Ausschuss gesagt. Die Staatsregierung erklärte, das sei nicht rechtens. Wie wir jetzt wissen, war dies schon damals eine falsche Rechtsauffassung, denn mittlerweile hat das Bundesverfassungsgericht genau das für verfassungs- und EU-rechtlich zulässig erklärt, Herr Spitzner, genau das, sowohl die Kriterien allgemein als auch für die Ausbildungsleistungen.

(Zuruf von der CSU: Kriterien ja, aber den konkreten Fall: nein!)

– Nein, aber die Kriterien. Ich habe gesagt, die Rechtsauffassung war schon damals falsch. Sie hat sich aber jetzt als falsch erwiesen. Jetzt stehen wir vor einer Divergenz: Kollege Richter sagt, der richtigen Rechtsauffassung folgend, das darf ich jetzt schon machen, das Bundesverfassungsgericht bestätigt das. Die Staatsregierung hat dagegen auf mündliche Anfragen hin zu dem konkreten Beispielsfall „Ausbildungsleistungen beim Schienenpersonennahverkehr – SPNV –“ mehrfach erklärt, wir dürften das nicht. Wir haben also festzuhalten, dass die Staatsregierung sagt, wir dürften es nicht, obwohl es das Bundesverfassungsgericht mittlerweile gestattet. Allein diese Divergenz zwingt uns natürlich als das Organ, das die Staatsregierung zu kritisieren und zu kontrollieren hat, dazu, dass wir das beschließen müssen, wenn es die Staatsregierung von sich aus nicht tun will. Deshalb werden wir auch diesem zweiten Antrag zustimmen.

Was den dritten Antrag, den man seitens der CSU in dieses Paket eingebunden hat, damit man auch etwas sagen kann, betrifft, bleibt es dabei: Herr Kollege Runge hat insofern zumindest die richtige Einstiegsbewertung gefunden. Wir wissen nicht, was die Formulierung bedeutet: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, beim Bund weiter auf die Verschlankung und Vereinfachung des Vergaberechts hinzuwirken.“ Soll das die Kaskadentechnik abschaffen? – Aber das müsste man in Brüssel klären. Sind da Schwellenwerte gemeint? – Darüber kann man gut und gerne reden. Wir wissen es wirklich nicht. Herr Pschierer hat ein bisschen etwas erklärt. Wenn das so ist, könnte man das vielleicht nachvollziehen, aber es hätte auch drinstehen können, was gemeint ist. Das ist ein Musterbeispiel für einen schlampigen Antrag, der zudem nicht begründet ist. Deshalb kann man nicht wissen, worum es geht. Das passiert normalerweise nicht, wenn die Anträge der CSU aus den Ministerien kommen. Dieser Antrag ist offensichtlich im Arbeitskreis selber und unter Zeitdruck entstanden, weil er unklar ist. Aber weil wir Christenmenschen sind und Ihnen das Beste unterstellen, bleibt es bei unserer Haltung: Es hilft nichts, schadet aber auch nichts. Wir enthalten uns deshalb.

Wenn Sie uns erklären, was Sie mit dem Antrag genau wollen, können wir irgendwann in einer weiteren Runde eine dezidierte Stellungnahme dazu abgeben. Also: zweimal Zustimmung, bei diesem Antrag Enthaltung.

Kolleginnen und Kollegen der CSU, das Ganze ist keine Sternstunde.

Wir müssen das Thema Tariftreue ernst nehmen. Die Staatsregierung beginnt jetzt mit der Ausdehnung auf den Tiefbau, einen halbherzigen Schritt zu gehen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Aber immerhin!)

Wir werden das diskutieren.

Ich sage es noch mal: Es gibt kein Recht, und es gibt kein Wahlrecht, Menschen nicht zu gerechten Löhnen zu beschäftigen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Deshalb ist Ihre heutige Ablehnung auf Sand gebaut.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Um im Baujargon zu bleiben!)

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Dr. Runge noch einmal ums Wort gebeten.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Frau Präsidentin, herzlichen Dank! Noch zwei, drei Sätze zu dem Antrag betreffend Rechtsgrundlagen für andere Kriterien. Herr Pschierer, seines Zeichens Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, CSU-Mitglied, sagt: Das wollen wir nicht, weil wir bloß den Preis und die Eignungskriterien wollen. Hier hören wir seitens der CSU: Das brauchen wir nicht, weil das längst geht.

Die dritte Position der CSU, nämlich die im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, dem ich vorsitzen darf – der Ausschuss hat in der Abstimmung diesen Antrag angenommen, auch das bitte ich zu berücksichtigen, Herr Kollege Richter, wir haben anders abgestimmt als der federführende Ausschuss –, lautete: Das ist richtig und wichtig. Aber nach dem, was wir in dem anderen Antrag drin haben – ich bitte Sie, den Punkt 5 im gemeinsamen Antrag anzuschauen –, brauchen wir es nicht in einem weiteren Antrag, wobei dieser weitere Antrag etwas anderes sagt, grundsätzlicher ist und auch früher kam.

Was zählt denn jetzt? Entweder: Wir wollen es nicht. Oder: Wir brauchen es nicht, oder – die dritte Meinung Ihrer Fraktion –: Wir brauchen es zwar schon, aber wir wollen es über einen anderen Antrag einführen, das zur Klarstellung.

Damit bin ich wieder bei dem Verfassungsgerichtsurteil. Vorher gab es ja Urteile des Berliner Kammergerichts und des BGH. Das Verfassungsgericht hat, widersprechend den vorherigen Urteilen, vor allem vom BGH, gesagt: Erstens: Eine solche Regelung ist materiell-rechtlich zulässig. Sie haben sich auf die Grundlage bezogen, nicht auf die Ausführung. Zweitens: Eine solche Regelung darf auch durch das Land Berlin geschaffen werden, weil der Bund das nicht hinreichend gemacht hat. Drittens – das ist die Conclusio daraus –: Es gibt weder auf Bundes- noch auf Landesebene – damit meine ich jetzt den Freistaat Bayern – bisher eine hinreichende Rechtsgrundlage. Wir wollen genauso wie Sie mit dem gemeinsamen Antrag, dass diese Rechtsgrundlage geschaffen wird.

Deshalb bitte ich Sie noch einmal, sich unserem Begehren anzuschließen, welches dann auch das Votum des Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der jeweils federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt, die Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN abzulehnen und dem Antrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion zuzustimmen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, besteht damit Einverständnis, dass wir über die drei Anträge eine Gesamtabstimmung durchführen?

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Nein!)

– Was heißt jetzt „nein"? Ihre Fraktionsgeschäftsführerin hat uns etwas anderes signalisiert. Da müssen Sie sich schon einig werden.

Frau Kollegin Scharfenberg, könnten Sie uns jetzt bitte mitteilen, ob Ihr Wort gilt? Oder wie ist das? Jetzt bin ich es wieder, die Durcheinander reinbringt. Das ist immer so bei Ihnen.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Oh, oh! – Zuruf: Ganz langsam!)

– Was heißt hier „ganz langsam"?

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Herr Runge möchte eine Einzelabstimmung!)

– Ja, gut. Aber das bitte ich in Zukunft vorher abzuklären. Sie hatten es uns anders signalisiert.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das hat sich in der Diskussion ergeben!)

Ich lasse also einzeln abstimmen, zunächst über den Antrag auf Drucksache 15/7226, Tagesordnungspunkt 5. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Antrag auf Drucksache 15/7227, das ist der Tagesordnungspunkt 6. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Nun lasse ich noch abstimmen über den Antrag auf Drucksache 15/7528; das ist der Tagesordnungspunkt 7. Wer, wie vom federführenden Ausschuss vorgeschlagen, dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dem Antrag zugestimmt worden, und damit sind die Tagesordnungspunkte 5 bis 7 erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
Passivhausstandard beim Neubau von Schulen und Kindertagesstätten
(Drs. 15/7685)

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurden fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Als Erster darf ich Frau Kollegin Kamm das Wort erteilen.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Drittel der Gesamtenergie, die wir verbrauchen, wird zur Heizung der Gebäude verbraucht. Umweltminister Schnappauf wird auch nicht müde zu sagen, dass es unbedingt erforderlich sei, den Temperaturanstieg, den wir zu befürchten haben, auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Ich sage, selbst eine Erhöhung der Temperatur um 2 Grad Celsius wäre eine sehr schlimme Situation, und ich sage weiter: Selbst eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 Grad Celsius erfordert enorme Anstrengungen.

Bis 2050 müsste hierzu der CO_2-Ausstoß um 80 % reduziert werden, und bis 2020 müssten wesentliche Reduzierungen erfolgen, 40 % gegenüber dem Jahr 1990. Wir wissen, wir in Bayern verbrauchen derzeit ungefähr genauso viel Energie und stoßen ungefähr genauso viel CO_2 aus wie 1990.

Es ist dringend erforderlich, umgehend mit all den Schritten anzufangen, die man jetzt schon tun kann, und nicht länger so zu tun, als könnte man dieses Problem aussitzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass wir jetzt so viel Energie in Gebäuden verbrauchen, liegt hauptsächlich am Altbaubestand, der nicht so schnell saniert wird, wie es möglich und wünschenswert wäre. Umso unverständlicher ist es, dass reihenweise immer noch Neubauvorhaben mit unzureichenden Wärmestandards errichtet werden. Noch unverständlicher ist es, dass diese Bauten, wenn sie die Kommunen errichten, auch noch vom Freistaat bezuschusst werden.

Wir haben sehr häufig in den Gemeinderäten, den Kreis- und Stadträten Auseinandersetzungen darüber, ob Bauvorhaben in Passivhausbauweise errichtet werden sollen oder nicht. Es gibt eine ganze Reihe von Kommunen, die schon vorbildlich Schulen, Kindertagesstätten oder andere Bauten in Passivhausbauweise errichtet haben.

Leider ist es aber manchmal noch so, dass die energetisch sinnvollere Ausführung zwei oder drei oder vier Prozent teurer ist und deshalb immer noch zum Teil die falschen Entscheidungen getroffen werden. Wir fordern Sie daher auf: Ändern Sie Ihr Zuschusswesen. Bezuschussen

Sie kommunale Bauvorhaben, gleich welcher Art, nur, wenn sie einen vernünftigen Energiestandard aufweisen, wenn sie keinen nennenswerten Restenergiebedarf mehr haben. Erhöhen Sie im Gegenzug für die vorbildlichen Bauten die Fördersumme um ein paar Prozent. Das ist eine sehr einfache, aber wirkungsvolle Maßnahme zur Beförderung vorbildlicher Energiestandards, weil kommunale Bauvorhaben immer auch Vorzeigeprojekte in den entsprechenden Kommunen sind.

Schulen, Kindertagesstätten, Verwaltungsgebäude und sozialer Wohnungsbau: Es sollten vor Ort die richtigen Standards begründet werden und auf die Verantwortlichen in der Region eingewirkt werden, damit in Zukunft in einem ersten Schritt die Neubauvorhaben energetisch sinnvoll realisiert werden. Gleichzeitig muss man sich mit großer Energie der Sanierung des Altbestandes widmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tun Sie nicht so, als könnte man durch Nichtstun die Probleme lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Obermeier.

Thomas Obermeier (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es mit einem typischen Antrag der Opposition in diesem Haus zu tun. Es handelt sich um ein Thema, über das momentan in der Öffentlichkeit breit diskutiert wird und das dann von der Opposition aufgegriffen wird. Man fordert im Zusammenhang mit diesem Thema, über das diskutiert wird, irgendwelche Gelder, ohne zu sagen, wo sie herkommen sollen. Man schafft weiter Bürokratie, obwohl man ansonsten für einen Abbau der Bürokratie plädiert.

Würde man Ihrem Antrag zustimmen – ich habe Ihnen das schon im zuständigen Ausschuss gesagt –, dann würde das zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand auch bei unseren Kommunen führen, weil die Mittelverwendung für die energetischen Maßnahmen, so wie Sie sie fordern, separat überprüft werden müsste. Ich möchte nicht wissen, was Sie hier veranstalten würden, würde sich herausstellen, dass die Kommunen diese Mehrgelder für andere Dinge verwenden, nur nicht für energetische Maßnahmen.

Wie sieht denn die derzeitige Förderpraxis aus? – Sie richtet sich nach dem sogenannten Kostenrichtwert, und in diesem Kostenrichtwert sind natürlich auch energetische Maßnahmen enthalten. Das sollten Sie vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen, Frau Kollegin Kamm. Die Kommunen erhalten einen festen Betrag für die Sanierung bzw. Neuerstellung von Gebäuden. Sie können dann eigenverantwortlich entscheiden, wie sie im Rahmen der Zweckbindung diesen Betrag verwenden. Es entsteht nahezu keine Bürokratie. Ich denke, das wollen wir alle.

Würde man Ihrem Antrag zustimmen, müsste man die zweckgerichtete Verwendung für energetische Maßnahmen separat überprüfen. Es müssten Nachweise vorgelegt werden, was zweifelsohne zu einem Mehr an Bürokratie und Verwaltungsaufwand führen müsste. Das widerspräche auch den entsprechenden Zielsetzungen des Kostenrichtwertes.

Wer mit offenen Augen durch unsere Kommunen geht, wird sehen, dass bei allen bzw. bei den meisten kommunalen Sanierungen auch energetische Maßnahmen durchgeführt werden. Ich glaube nicht, dass unsere Kommunen es nötig haben, von Ihnen darauf hingewiesen zu werden, energetische Maßnahmen durchzuführen, wenn sie sanieren oder bauen. Die Verantwortungsträger in den Kommunen sind sich ihrer Verantwortung auf diesem Feld sicher bewusst. Wir brauchen keine zusätzliche Bürokratie, wir brauchen keine Aufforderung zu irgendeinem energetischen Handeln. Deshalb brauchen wir diesen Antrag nicht und werden ihn ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Volkmann.

Rainer Volkmann (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zwei Aussagen: Erstens: Inhaltlich hat die Frau Kollegin mit Ihrem Antrag recht. Zweitens. Die Geschichte mit dem Verwaltungsaufwand halte ich für vorgeschoben. Wenn Energieeinsparung sinnvoll ist, dann sollte man sie auch durchführen.

Abschließend sage ich dazu: Frau Kamm, es kann Ihnen so gehen, wie es uns mit der CSU öfter geht: Der Antrag wird erst einmal abgelehnt, aber seien Sie zuversichtlich, in einigen Monaten wird es durchaus möglich sein, dass die CSU etwas Ähnliches beantragt und dem dann zustimmt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

So haben wir es schon bei der biologischen Landwirtschaft oder bei der Ganztagsschule erlebt. Auch da tut die CSU so, als hätte sie sie erfunden, obwohl sie nur Ganztagsklassen schafft. Aber immerhin sind wir auch dafür dankbar.

Ich möchte darauf hinweisen: Ich habe lediglich eine Minute geredet. Ich schenke Ihnen vier Minuten meiner Redezeit und erwarte dafür Ihren dankbaren Applaus.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, auch für das Schenken der Redezeit. Wir werden vielleicht heute mit unserer Tagesordnung fertig. Frau Kollegin Kamm, Sie haben noch einmal um das Wort gebeten.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Obermeier, das ist eine typische und höchst bedauerliche sowie enttäuschende Ablehnung einer sinnvollen Initiative durch die CSU-Fraktion. Wenn es so kommt, wie Herr Volkmann es angekündigt hat, soll es mir recht sein. Ich hoffe nur, es kommt bald so.

Ihr Argument bezüglich der Bürokratie ist wirklich vorgeschoben. Jeden errechneten Kostenrichtwert kann man durch sehr einfache Rechenschritte um sieben Prozent erhöhen. Um die Kontrolle eines energetischen Zustands eines Gebäudes werden Sie in Zukunft nicht mehr herumkommen. Das ist überlebensnotwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltung? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Antrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
„Sicherheitssensibilisierung" durch Verfassungsschutz an bayerischen Hochschulen (Drs. 15/7761)

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Als Erster darf ich Ihnen, Frau Kollegin Gote, das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss kurz begründen, warum wir über diesen Antrag, der nichts weiter als ein Berichtsantrag ist, hier noch einmal reden müssen. Im März dieses Jahres haben uns Meldungen in der Presse aufgeschreckt, die, wie ich meine, verharmlosend von einer „Sicherheitssensibilisierung" an bayerischen Hochschulen sprachen. Wir haben leider nicht vieles an Details erfahren können, weshalb ich im Hochschulausschuss einen Berichtsantrag gestellt habe, der folgende Fragen klären sollte: Der Bericht sollte klären, wie die Staatsregierung die Sicherheitslage an den Hochschulen einschätzt und bewertet, welche Maßnahmen diese etwas nebulös formulierte „Sicherheitssensibilisierung" beinhaltet, welche Maßnahmen ergriffen wurden und welche Hochschulen wie in diese Maßnahmen miteinbezogen wurden, wie die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz an den Hochschulen organisiert ist und was gegebenenfalls noch weiter geplant ist. Das sind also einige, wie ich meine, durchaus sachliche und begründete Fragen, die man leicht hätte in einem Bericht klären können.

Leider wurde entgegen dem guten Brauch, der in diesem Hause herrscht, dieser Berichtsantrag abgelehnt. In einer Mitteilung des Verfassungsschutzes war zu lesen, dass es bei der Sicherheitssensibilisierung um eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen bayerischen Universitäten und dem Verfassungsschutz gehen sollte. Das klingt für mich erst einmal merkwürdig: eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen bayerischen Universitäten und dem Verfassungsschutz. Universitäten sollen mit allen möglichen Institutionen und gesellschaftlichen Gruppen und vor allen Dingen mit aller Welt zusammenarbeiten, aber doch um Gottes willen nicht unbedingt mit dem Verfassungsschutz.

Weiter war zu lesen, dass es um die Benennung von Ansprechpartnern an den Hochschulen geht. Es sollten – so muss ich das wohl verstehen – an jeder bayerischen Hochschule Verbindungsleute für den Verfassungsschutz installiert werden, und es sollte auf besondere Verhaltensweisen von Studierenden geachtet werden, zum Beispiel Bruch im Lebenswandel, Gewaltbereitschaft, radikal-verbale Reaktionen auf politische Ereignisse und die Beschäftigung mit Dschihad-Literatur. Ich kann Ihnen sagen: Das eine oder andere Merkmal, auf das hier geachtet werden sollte, hat vielleicht jeder von uns einmal in seinem studentischen Leben erfüllt. Ich kann mir vorstellen, dass auch bei einigen von Ihnen in Ihrer Studentenzeit Brüche im Lebenswandel oder den Lebensverhältnissen stattgefunden haben. Wäre dies so, hätte man Sie gleich dem Verfassungsschutz melden müssen.

Es gab dann in der Ludwigs-Maximilians-Universität ein Rundschreiben, das nicht anders zu verstehen war als ein Aufruf zur Denunziation.

Wenn man den Text liest, kann man das wirklich nicht anders verstehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt bewusst auf eine Übertreibung oder eine durchaus berechtigte wertende Darstellung verzichtet. Wer bei diesen Schilderungen nicht wenigstens ein mulmiges Gefühl bekommt, der muss ein merkwürdiges Verhältnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Hochschulen – gerade die Hochschulen –, der Wissenschaftsraum und der Forschungsraum leben von der Internationalität, und deshalb müssen gerade die Hochschulen von Freiheit und Liberalität geprägte weltoffene Räume sein. Ich bin sehr froh, dass sich die Hochschulen von diesem Ansinnen, so mit dem Verfassungsschutz zusammenzuarbeiten, distanziert haben und dass diese E-Mail zurückgenommen und zurechtgerückt wurde. Ich habe allerdings vergeblich darauf gewartet, dass sich der Wissenschaftsminister in die Bresche wirft und die Hand über seine Hochschulen hält.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Er hätte dafür sorgen müssen, dass die Freiheit der Wissenschaft, die Freiheit des gemeinsamen Forschens, Lernens und Lehrens verteidigt wird.

Wenn unsere Befürchtungen, die wir mit dieser sogenannten Sicherheitssensibilisierung verbinden, nicht zutreffen würden, hätten Sie dies leicht mit einem Bericht an den Landtag klarstellen können. Dass Sie diesen einfachen Bericht verweigern, muss uns misstrauisch machen, und es macht uns misstrauisch. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie haben jetzt die letzte Chance,

diesen Eindruck zu widerlegen und ein bisschen Licht in diese unangenehme Geschichte zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Martin Neumeyer.

Martin Neumeyer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt Politik, und es gibt Schlagwortpolitik. Sie machen mit diesem Antrag Schlagwortpolitik und wundern sich, wenn die Menschen politikverdrossen werden.

(Beifall bei der CSU)

Wir sagen – wie die Innenministerkonferenz anlässlich ihrer Tagung in Nürnberg im Herbst – ganz klar: Sensibilisierung ist an den Hochschulen, den Studienkollegien und an Institutionen im Umfeld der Hochschulen notwendig. Sensibilisierung bedeutet aufpassen, genau hinhören und genau hinschauen. Das gilt für jede Bedrohung, von links, von rechts sowie für die Bedrohung durch den Islamismus. Sie sprechen in Ihren Berichten vom „Generalverdacht". Wir sprechen von einer „generellen Vorsorge", von einer Vorsorge im Sinne sicherheitsorientierter Maßnahmen.

Grundlage für Ihren Antrag war ein Artikel vom Mai 2007 über ein Gespräch der Verfassungsschützer mit einer Kanzlerin an einer Universität. Anlass hierfür war der versuchte Terroranschlag auf Regionalzüge in Deutschland. Gott sei Dank ist nichts passiert. Sie reden vom „Überwachungsstaat" und vom „Klima der Bespitzelung". Wir sagen jedoch Ja zu einer verstärkten Aufmerksamkeit zum Schutze unserer Bürgerinnen und Bürger.

Sie sprechen vom „Misstrauen gegenüber muslimischen und ausländischen Studentinnen und Studenten". Wir setzen Vertrauen in alle ausländischen Studentinnen und Studenten, denen es um Wissen und um Bildung geht. Das sind die Unterschiede.

Fakt ist, dass die sogenannten Kofferbombenbauer im studentischen Umfeld bereits durch Gewalttätigkeit aufgefallen sind. Fakt ist aber auch, dass ein Attentäter am 11. September 2001 ein Mitglied der Hamburger Terror-Zelle war.

Manche Mitstudenten werden wissen, was passieren soll oder diskutiert wird, halten es aber nicht für notwendig, dies zu melden, oft aus Gleichgültigkeit, falsch verstandener Solidarität oder sogar Sympathie. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Verhalten kann auch tödlich sein.

Wir müssen wissen, wer sich sicherheitsrelevante Kenntnisse und Fähigkeiten aneignet. Sensibilisierung bedeutet nicht Generalverdacht, kein Misstrauen, keine Überwachung, keine Bespitzelung und keinen Angriff auf die Wissensfreiheit, sondern stellt auf die Verantwortung der Hochschulen bei der Prävention zum Schutz vor Terror ab.

Was ist falsch an der Aufforderung zu erhöhter Sensibilität? – Lesen Sie nicht die Zeitung? – Hören Sie nicht, was los ist? – Wenn Sie einmal einen Vortrag von Frau Prof. Dr. Ursula Spuler-Stegemann lesen, den sie vor Verfassungsschützern in Thüringen zum Thema „Kirche und Universität" gehalten hat, dann würden Sie es verstehen. Ich darf dazu ein Zitat bringen: Es gibt zwei Gründe, warum Hochschulen für Islamisten interessant sind; zum einen als Ausbildungsstätte für ihren Führungskader, zum anderen zur Einflussnahme auf die Studierenden, insbesondere auf die muslimischen Studenten und gegebenenfalls zur Anwerbung. Das sind die Fakten.

Fakt ist auch, dass es an Universitäten in Deutschland islamistisch geprägte Gruppen gibt. Das reicht von der türkischen Nurcus über die Milli-Görös-Anhänger und die Muslimbrüder, die ein Anhängsel, nämlich den sogenannten islamischen Bund Palästina haben, bis zur Hizb ut Tahrir, die Befreiungspartei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mitglieder dieser Gruppen schließen sich zu Studentenvereinigungen zusammen. Mittlerweile gibt es auch die erste islamische Zeitung, die „Dunja". Das war früher eine unabhängige Zeitung, mittlerweile ist sie jedoch in den Händen von Milli-Görös. Eine Sensibilisierung ist in allen Bereichen notwendig, nicht nur an den Hochschulen. Sie ist notwendig für die Sicherheit unserer Bürger.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Rupp.

Adelheid Rupp (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Neumeyer, was Sie gerade ausgeführt haben, ist keine Begründung dafür, diesem Berichtsantrag nicht zuzustimmen. Sie haben kein Argument geliefert, das gegen einen Berichtsantrag spricht, sondern Sie haben nur auf eine Sensibilisierung hingewiesen, die notwendig sei. Ich finde es äußerst irritierend, dass Sie diesem Berichtsantrag nicht zugestimmt haben. Offensichtlich haben Sie etwas zu verbergen; denn der Berichtsantrag würde mehr Klarheit in diese Angelegenheit bringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Neumeyer, Sie haben ausgeführt, weshalb Studierende und Beschäftigte an den Universitäten sensibilisiert werden sollten. Darüber können wir uns einigen. Allerdings gilt dies nicht für die Inhalte, die hier dargelegt wurden. Ein Kriterium war nämlich zum Beispiel „Bruch im Lebenswandel". Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele von uns haben auch Brüche in ihrem Lebenswandel gehabt. Ich stelle es infrage, dass dies der richtige Anhaltspunkt für eine Sensibilisierung ist. Ganz spannend finde ich das Kriterium „Beschäftigung mit einschlägiger Literatur". Diese einschlägige Literatur haben wir offensichtlich an unseren Hochschulbibliotheken. Entschuldigung, sollen die Bücher dort stehen, damit man sich nicht damit beschäftigt, oder warum werden sie angeschafft?

(Beifall bei der SPD)

Das sind sehr seltsame Kriterien. Ich halte es für notwendig, hier Licht ins Dunkel zu bringen und zu klären, welche Zusammenarbeit stattfinden soll, was abgesprochen wurde und welche Aufträge gegeben wurden. Wir müssen klären, was tatsächlich an den Hochschulen passieren soll.

Ich dachte, dass die Staatsregierung in dieser Frage nichts zu verbergen hätte. Anscheinend hat sie aber einiges zu verbergen. Ich lehne es ab, muslimische Studierende unter Generalverdacht zu stellen, wie das hier anklingt. Das können sich unsere Hochschulen überhaupt nicht leisten. Ich bin der Meinung von Frau Kollegin Gote: Unsere Hochschulen müssen für Liberalität und Weltoffenheit stehen. Unsere Hochschulen müssen auch mit Menschen anderen Glaubens zusammenarbeiten. Diese Menschen müssen die Möglichkeit haben, bei uns zu studieren und bei uns einiges kennenzulernen, was im Verhältnis zu anderen sinnvoll und wünschenswert ist.

Man sollte nicht mit derartigen Kriterien versuchen, an unseren Hochschulen ein Klima der Bespitzelung zu schaffen. Ich bitte Sie, darüber noch einmal nachzudenken. Dass Berichtsanträge, die sehr neutral gefasst sind, abgelehnt werden, ist nicht die Gepflogenheit dieses Hauses.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Goppel ums Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich freue mich über die Gelegenheit, die Missverständnisse auszuräumen, die aus der Diskussion über einen sicherlich einfachen, aber deswegen nicht mit großem Hintergrund versehenen Antrag entstanden sind. Der Verfassungsschutz ist – entgegen der Annahme mancher hier mitredenden Damen und Herren – ein Organ dieses Rechtsstaates. Er ist ein Organ dieses Rechtsstaats, das nicht generell unter Verdacht steht, sondern das wir damit beauftragen, darauf zu achten, dass in unserem Land kein Unrecht geschieht.

Solange Sie nur wissen, dass ein Brief geschrieben worden ist, in dem ein paar Dinge aufgezählt sind, auf die geachtet werden soll, gibt es keinen Grund, den Verfassungsschutz so zu hinterfragen, wie Sie das tun. Sie tun gerade so, als ob der Verfassungsschutz eine radikale Organisation in diesem Lande wäre. Ich habe keine Angst vor der Berührung mit dem Verfassungsschutz. Er gehört zur Sicherung unseres Staates.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben gefragt, wie wir die Sicherheitslage an Bayerns Hochschulen bewerten. Ich sage Ihnen ganz ausdrücklich: Ich bewerte sie positiv; denn bis jetzt haben wir dank der Politik, die wir machen, auch noch keinen der Studierenden bei uns entdecken und verzeichnen müssen, die in anderen Ländern sehr wohl genau bei diesen Nachfragen hätten Aufschluss geben können, wenn rechtzeitig gefragt worden wäre. Es ist so, in Kiel und in Hamburg hat es ein paar eingeschriebene Studierende gegeben, bei denen es notwendig war, zu hinterfragen. Das hat der Verfassungsschutz einmal mehr eingefordert.

Zur Frage, wann welche Maßnahmen von wem ergriffen wurden: Der Verfassungsschutz, für sich genommen eine rechtsstaatliche Organisation, ist tätig geworden und hat als solche einen Brief an die Hochschulen geschrieben und gebeten, zu sagen, wo man in der Zukunft nachfragen kann. Was daran verwerflich ist, möchte ich gerne wissen. Ich möchte gerne wissen, was daran verwerflich ist, wenn ein Rechtsorgan des Staates fragt, wen es an der Hochschule fragen kann, wenn es eine Frage hat. Das möchte ich gerne wissen, das haben Sie nicht begründet, deshalb kann ich es Ihnen auch nicht beantworten. Ich kann nur feststellen, dass nichts veranlasst ist.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wir wollen doch bloß einen Bericht!)

– Ich sage es Ihnen doch jetzt.

Weiter haben Sie gefragt, welche Hochschulen in die Maßnahmen einbezogen worden sind. Der Verfassungsschutz schreibt, wie es auch zu seinem Metier gehört, dass an den Hochschulen Maßnahmen ergriffen worden sind, die er für richtig hält. Der Innenminister kann Ihnen dazu Auskunft geben, wenn Sie es im Einzelnen wissen wollen. Ich bin nicht für den Verfassungsschutz verantwortlich. Es hat sich herausgestellt, dass es keinerlei Folgen aus diesem Schriftverkehr gegeben hat. Insoweit brauche ich und kann ich nicht berichten.

Eine weitere Frage war, wie die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Hochschulen organisiert ist. Dazu gibt es keine Organisation, sonst hätte der Verfassungsschutz nicht schreiben und fragen müssen, ob es jemanden gibt, mit dem er korrespondieren kann. Wenn es eine Organisation gäbe, bräuchte er nicht zu fragen. Diese Frage beantwortet sich also von selbst.

Welche weiteren Maßnahmen geplant sind, hängt davon ab, welche Anforderungen dazu gestellt werden. Bis jetzt sind keine gestellt. Wenn welche gestellt sein sollten, wird Sie der Verfassungsschutz ebenso wenig unterrichten wie bisher. Wenn dabei Fehler passieren, werden wir gemeinsam hinterher sein, dass sie sich in der Zukunft auf jeden Fall nicht wiederholen. Ich gehe allerdings bei der Sorgsamkeit des Verfassungsschutzes davon aus, dass sich diese Fehler, die Sie vermuten, nicht ergeben.

Ihre Vermutungen sind gegenüber unserem eigenen staatlichen Gebilde nicht sehr freundlich. Sie unterstellen jedem, der insgesamt in seiner eigenen Einstellung Rechtsbrüche nachvollzogen und dabei Probleme bekommen hat und den wir dabei vielleicht entdecken, dass er ein sehr viel größeres Recht auf Freiheit hat als jeder der Bürger, die nicht beeinträchtigt werden sollen. Genau dies wird bei uns in Bayern nicht Gegenstand der Diskussion sein. Es wird nicht der Einzelne verdächtigt. Es wird nicht dem Einzelnen unterstellt, dass er dem Anderen etwas Übles tut, wenn er wissen will, wo Rechtsbrüche stattfinden. Bei uns wird auch nichts über Vorgänge, die

nicht stattgefunden haben, berichtet, nur weil Sie gerne möchten, dass daraus etwas konstruiert wird.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Rupp hat noch einmal um das Wort gebeten.

Adelheid Rupp (SPD): Herr Minister Goppel, ich finde es erstens sehr anmaßend, wenn Sie hier sagen, dass Ihre Politik dafür sorgt, dass die Sicherheitslage so gut ist, und wenn Sie im gleichen Atemzug sagen, die Universitäten in Kiel und in Hamburg achten nicht darauf, sondern nehmen es billigend in Kauf, dass derartige Studierende an ihren Hochschulen sind. So haben Sie sich geäußert. Ich betrachte dies als eine Zumutung gegenüber dem Land Schleswig-Holstein und gegenüber der Hansestadt Hamburg. Das ist mit der dortigen Hochschulpolitik mit Sicherheit nicht intendiert. Ich bin davon überzeugt, dass auch in diesen Ländern genau darauf geachtet wird, dass dort keine künftigen Terroristen ausgebildet werden.

Zweitens macht es mich wirklich misstrauisch, dass Sie auf einen Berichtsantrag, der dem Verfassungsschutz erst einmal gar nichts unterstellt, sagen, dass nichts organisiert sei und der Verfassungsschutz nach freiem Gutdünken entscheide, mit wem er wie kooperiere. Das empfinde ich schon als problematisch; denn das Wissenschaftsministerium müsste zumindest wissen, wer an den Hochschulen tatsächlich zur Kooperation angeregt wird bzw. wer diese Kooperation leisten soll.

(Abgeordneter Herbert Ettengruber (CSU) meldet sich zu Wort)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte, Herr Ettengruber.

Herbert Ettengruber (CSU): Der Verfassungsschutz handelt nicht nach eigenem Ermessen, sondern nach gültigen Rechtsgrundlagen. Halten Sie den Kampf gegen den Extremismus und gegen den Terrorismus für keine wichtige Angelegenheit? Nehmen Sie billigend in Kauf, dass potenzielle Täter unschuldige Opfer durch Bomben zerreißen? Das ist es, was man sehen muss!

Adelheid Rupp (SPD): Diese Frage von Ihnen finde ich unmöglich. Mitnichten nehme ich es billigend in Kauf, aber ich möchte einfach wissen, was an unseren Hochschulen passiert. Ich habe es vorhin bereits gesagt. Eine Atmosphäre der Bespitzelung an den bayerischen Hochschulen will ich nicht. Das kann kein Demokrat in diesem Land wollen. Es ist ein Unding, wenn man sagt, so etwas sei möglich und erlaubt. Natürlich muss man für eine Sensibilisierung sorgen, aber ich will auch wissen, welche Maßnahmen dazu ergriffen werden und was an den einzelnen Hochschulen geschieht.

Ich sage es noch einmal: Das ist ein Berichtsantrag. Dass man aber einen Berichtsantrag, in dem ganz nüchterne sachliche Fragen gestellt werden, ablehnt, ist für mich nicht nachvollziehbar. Das lässt für mich nur einen Schluss zu: Es gibt tatsächlich etwas zu verbergen.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister Dr. Goppel bittet noch einmal ums Wort.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Frau Kollegin Rupp, Ihren Vorwurf, ich würde anderen Ländern unterstellen, sie würden sich um das Thema nicht kümmern, weise ich mit allem Nachdruck zurück. Ich habe ausdrücklich festgehalten, dass in anderen Ländern etwas vorgefallen ist, was dazu geführt hat, dass bei uns der Verfassungsschutz reagiert hat. Punkt! Aus! Alles andere ist Sache der anderen Länder.

Zweitens habe ich ausdrücklich festgehalten, dass ich dem Verfassungsschutz zugestehe, dass er ein verfassungsrechtliches Organ ist und dass er insoweit zunächst einmal der Vermutung der rechtsstaatlichen Ordnungsmäßigkeit unterliegt und nicht dem Misstrauen, das Sie ihm die ganze Zeit entgegenbringen.

(Herbert Ettengruber (CSU): Und der parlamentarischen Kontrolle!)

– Außerdem unterliegt er der parlamentarischen Kontrolle Danke, Herr Kollege Ettengruber.

Drittens möchte ich auch ganz ausdrücklich festhalten, dass für mich nur die Frage zählt, wie wir insgesamt mit dem Thema umgehen. Es hat keine Defizite gegeben. Es gibt nichts, was wir festgestellt haben, das jetzt erörtert werden muss.

Eine letzte Bemerkung: Die Ausgangsposition, vor der wir standen, war, dass die Verfassungsschützer die Kanzler davon informiert haben, dass sie an den zuständigen Stellen nachfragen wollen. Das ist ihnen erlaubt worden. Sonst gibt es nichts anderes zu berichten. Damit ist deutlich, dass der rechtsstaatliche Weg eingehalten wird.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen.

(Unruhe)

– Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie schon um Ruhe bitten, wenn wir in der Abstimmung sind. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Antrag der Abg. Herbert Müller, Ludwig Wörner, Susann Biedefeld u. a. (SPD)
Mehr Transparenz für den Verbraucher: Neben Mindesthaltbarkeitsdatum auch Schlacht- und Einfrierdatum (Drs. 15/7748)

Wenn wir uns beeilen, schaffen wir ihn auch noch. Herr Kollege Müller hat das Wort.

Herbert Müller (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, hätte ich gewusst, dass der Titel so lang ist und dass wir so wenig Zeit haben, hätte ich den Titel wahrscheinlich etwas kürzer formuliert.

Nun aber zum Antrag selber. Ich habe in der letzten Zeit beim Einkaufen ein Experiment gemacht. Ich habe die Verkäuferinnen an den Fleischtheken gefragt, was das Mindesthaltbarkeitsdatum bedeutet. Ich habe auch in meinem Freundeskreis danach gefragt – Freundinnenkreis kann man schlecht sagen, aber auch weibliche Personen sind in diesem Freundeskreis dabei. Ich habe bei einer Veranstaltung der Bäuerinnen über dieses Thema gesprochen. Ich habe sie dabei gefragt, was das Mindesthaltbarkeitsdatum bedeutet. Meiner Frau habe ich dann gesagt, was es ist, und sie war entsetzt darüber, was man alles unter dem Mindesthaltbarkeitsdatum versteht, von dem die meisten Menschen eine gute Meinung haben. Die meisten Menschen meinen nämlich, dass ein Produkt, das eingefroren wird, von dem Tag an, an dem es eingefroren wird, eine bestimmte Zeit bekommt und dass es dann verzehrt werden muss. Ich habe meiner Frau erzählt, dass das überhaupt nicht stimmt. Diese Kenntnisse habe ich aus dem Untersuchungsausschuss „Gammelfleisch I“. Ich nenne ihn einmal so, weil ein zweiter kommt. Darüber war meine Frau entsetzt.

Es ist in der Tat unglaublich, was unter dem Begriff „Mindesthaltbarkeitsdatum“ alles rechtlich zulässig ist. Ich rede gar nicht von kriminellen Dingen, sondern von denen, die rechtlich zulässig sind. Beispielsweise ist es rechtlich zulässig, ein Stück Fleisch mit einem Mindesthaltbarkeitsdatum von einem halben Jahr nach einem Jahr aufzutauen und es wieder einzupacken, nachdem man festgestellt hat, dass es noch gar nicht riecht. Man gibt es mit einem neuen Mindesthaltbarkeitsdatum wieder in die Theke, und so geht das weiter. Ein solches Mindesthaltbarkeitsdatum nützt überhaupt nichts. Wir brauchen ein Mindesthaltbarkeitsdatum, das deutlich macht, wann das Tier geschlachtet worden und wann das Fleisch eingefroren worden ist. Das ist, zusammen mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum, eine vernünftige Information für den Verbraucher. Das ist das Ergebnis der laufenden Untersuchungsausschussarbeit. So würde es der Verbraucher verstehen, und das wäre sinnvoll.

Der vorliegende Antrag bringt zum Ausdruck, dass der Bund und Europa entsprechend handeln sollen. Ich weiß, dass es in der CSU ähnliche Überlegungen gibt. Obwohl die Sache auf Bundesebene und auf EU-Ebene entschieden werden muss, könnten wir den Antrag trotzdem beschließen. Jedenfalls sollten wir in Bayern doch nicht dümmer sein als die bayerischen Brauer. Die bayerischen Brauer haben nach dem Fall des Reinheitsgebots nicht resigniert und gesagt: Ja mein Gott, wir können nichts machen, das sind eben die EU und der Bund. Sie haben sich vielmehr freiwillig dazu verpflichtet, nur Bier nach dem Reinheitsgebot zu brauen. Das war erfolgreich; denn selbst die, die damals beantragt haben, Chemiebrühe produzieren zu dürfen, produzieren heute nach dem bayerischen Reinheitsgebot.

Soviel Intelligenz wünsche ich mir auch im Interesse der Schlächter, der Metzger und der Fleisch verarbeitenden Betriebe. Es wäre doch viel besser, sich freiwillig dazu zu verpflichten, das Schlachtdatum und das Einfrierdatum anzugeben. Diese Haltung wäre besser als die Haltung von manchen Betrügern in diesem Geschäft, die ganz gut damit leben, dass die Kontrollen nicht zu einer vernünftigen Information führen; denn es hat sich gezeigt, dass die bisherigen Kontrollen hinten und vorne nicht ausreichen.

Deshalb sollten wir dem vorliegenden Antrag zustimmen. Wir aus Bayern sollten sagen, dass es sich für die bayerische Landwirtschaft lohnt, wenn man sagen kann: Aus Bayern kommen Produkte, die mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum, mit dem Schlacht- und Einfrierdatum versehen sind. Das wäre wirklich Qualität aus Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege Müller. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Meißner.

Christian Meißner (CSU): Frau Präsidentin, damit wir zur Abstimmung kommen können, sage ich das Wichtigste in Schlagzeilen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Kollege Müller hat nicht ohne Humor gedacht, mit dem Verweis auf das Reinheitsgebot die CSU packen zu können. Dieser Versuch ist aber fehlgeschlagen. Ich freue mich über Ihre Experimentierfreudigkeit beim Einkaufen und bei anderen Dingen; ich habe ja auch etwas von Freundinnen gehört.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Kaufen Sie nicht ein? – Susann Biedefeld (SPD): Haben Sie eine Freundin?)

– Selbstverständlich kaufe ich auch ein. Aber mich treibt dabei der Gedanke an Gammelfleisch nicht so um wie den Kollegen Müller. – Sie haben mich doch bestimmt schon einmal gesehen, Frau Kollegin Biedefeld, oder?

Zur Sache ist festzuhalten: Kollege Müller hat in der gebotenen Deutlichkeit nicht erwähnt, dass es bereits eine Bundesratsinitiative aus Nordrhein-Westfalen gibt. Das haben wir im Ausschuss geklärt. Der große Freistaat Bayern hat dankenswerterweise zugestimmt. Jetzt ist die EU am Zug. Ohnehin geht es um eine Bundeskompetenz. Insofern macht aus unserer Sicht eine Einzellösung in Bayern keinen Sinn, weil das Geschäft so vernetzt ist. Aus unserer Sicht macht es keinen Sinn, Ihrem Antrag zuzustimmen. Ich unterstelle Ihnen jedenfalls, dass der Antrag gut gemeint ist.

Ich wiederhole, was ich schon im Ausschuss gesagt habe: Es ist unbestritten, dass Sie das Thema umtreibt.

Sie sind aber, Herr Kollege Müller, nicht nur wissbegierig und experimentierfreudig; Sie möchten den Untersuchungsausschuss nicht nur erweitern, sondern gleich einen neuen machen, weil Sie alles wissen wollen. Das ist ja in Ordnung, aber wir verstehen nicht, warum Sie nicht einfach abwarten, bis die einschlägigen Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss vorliegen, und dann im Schlussbericht entsprechende Überlegungen formulieren. Das ist nach wie vor unsere Meinung. Deswegen werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Meißner. Herr Kollege Sprinkart. Bitte schön, Herr Kollege.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der SPD enthält zwei wesentliche Punkte. Der erste wird von der CSU mit der interessanten Begründung abgelehnt, man habe bereits im Bundesrat ein ähnliches oder das gleiche Anliegen vorgetragen bzw. unterstützt. Das ist für mich kein Grund, einen solchen Antrag abzulehnen. Ich erinnere mich gut daran, dass die CSU-Fraktion einen Antrag zum Thema Gentechnikgesetz gestellt hat. Auf mehrmaliges Nachfragen konnte mir Kollege Ranner nicht sagen, was der Unterschied zwischen seinem Antrag und der bestehenden Gesetzeslage sei. Es gab nämlich keinen. Trotzdem wurde dieser Antrag positiv abgestimmt.

Zum Zweiten kann ich nicht nachvollziehen, wie Sie auf Bundesratsebene einen solchen Vorschlag unterstützen können und gleichzeitig der SPD vorwerfen, dass sie jetzt einen Vorstoß macht, ohne abzuwarten, bis der Untersuchungsausschuss abgeschlossen ist. Das entbehrt meines Erachtens jeglicher Logik.

Der zweite Punkt des Antrags enthält die Forderung, dass wir in Bayern freiwillig die Kennzeichnung so gestalten, wie Sie vorgeschlagen haben. Eine solche Kennzeichnung wird auf das Verbraucherverhalten erhebliche Auswirkungen haben. Denn wer kauft noch Fleisch, das vor eineinhalb Jahren eingefroren wurde? – Warum sollen wir Bayern hier nicht Vorreiter sein? Es gibt keinen Grund, der dagegen spricht. Deswegen stimmen wir dem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Herr Staatssekretär Dr. Bernhard hat ums Wort gebeten. – Ich erlaube mir den dezenten Hinweis, dass ich nur bis 19 Uhr abstimmen lassen kann.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen Beschluss des Bundesrats. In diesem ist ausdrücklich enthalten, dass Schlacht- und Einfrierdatum angegeben werden müssen, also genau das, was Sie wollen. Es ist einfach unsinnig, die Diskussion jetzt noch einmal von vorne anzufangen.

Meine zweite Bemerkung betrifft das Mindesthaltbarkeitsdatum. Wir fordern und betreiben auch auf EU-Ebene – das gehört zu der Initiative, die wir im Zusammenhang mit der Lebensmittelsicherheit ergriffen haben –, dass hier genau geregelt wird, wie das Mindesthaltbarkeitsdatum zu handhaben ist. Es geht um die Frage, welche Untersuchungen notwendig sind etc., etc. Es soll klar werden, was man darunter zu verstehen hat. Wir müssen offenbar Ihre Bekanntschaften noch etwas aufklären, damit alle wirklich wissen, was ein Mindesthaltbarkeitsdatum ist. Ich sage aber auch: Es muss präzisiert werden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Sitzung geschlossen. Ich bedanke mich beim Hohen Haus ausdrücklich dafür, dass wir heute unsere Tagesordnung erledigt haben. Diese Leistung haben Sie erbracht.

(Schluss: 18.58 Uhr)

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

zur 97. Vollsitzung am 26. 06. 2007

Anlage zur Tagesordnung der 97. Plenarsitzung:

Erste Lesungen
(Tagesordnungspunkt 3)

Gesetzentwürfe, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen:

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung
   über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwEWG)
   Drs. 15/8369

   Zuweisungsvorschlag:
   Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

2. Gesetzentwurf der Staatsregierung
   zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes
   Drs. 15/8370

   Zuweisungsvorschlag:
   Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

zur 97. Vollsitzung am 26. 06. 2007

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) **einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A) **Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z) **Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 4. Mai 2007 (1 BvR 370/07)

   Verfassungsbeschwerde gegen § 5 Abs. 2 Nr. 11 in Verbindung mit § 7 Abs. 1, § 5 Abs. 3, § 5a Abs. 1 und § 13 VSG NRW in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen vom 20. Dezember 2006 (GV.NW 2006, S. 620)
   PII/G-1320/07-1
   Drs. 15/8340 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für	**CSU**	**SPD**	**GRÜ**
Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	Z	A	A

   Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 4. Mai 2007 (1BvR 595/07)

   Verfassungsbeschwerde gegen § 5 Abs. 2 Nr. 11, § 5 Abs. 3, § 7 Abs. 2 und § 8 Abs. 4 Satz 2 in Verbindung mit §§ 10, 11 und § 17 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen – VSG NRW – in der Fassung vom 30. Dezember 2006
   PII/G-1320-07/2
   Drs. 15/8337 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für	**CSU**	**SPD**	**GRÜ**
Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	Z	A	A

   Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungsnahme ab.

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 24. April 2007 (BvR 840/06 und BvR 841/06)

   Verfassungsbeschwerde gegen
   1. a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Bamberg vom 10. März 2006 – 1 Ws 94/06 –,
      b) den Beschluss des Landgerichts Bayreuth vom 03.01.2006 – StVK 1206/05 (1. UH)

   gegen
   2. a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Bamberg vom 10. März 2006 – 1 Ws 91/06
      b) den Beschluss des Landgerichts Bayreuth vom 28.12.2005 – StVK 1152/94 (1. UH) -

   PII/G-1320/06-5
   Drs. 15/8338 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	**CSU**	**SPD**	**GRÜ**
Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	Z	Z	Z

   Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

4. Antrag der Abgeordneten Renate Dodell, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
   Optimierung der dualen Berufsausbildung; Möglichkeiten zur Verlagerung des schriftlichen Teils der Kammerprüfung in die Berufsschule
   Drs. 15/6433, 15/8390 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	**CSU**	**SPD**	**GRÜ**
Bildung, Jugend und Sport	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Heidi Lück, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Ein sichtbares Zeichen gegen Vertreibung setzen
Drs. 15/7565, 15/8377 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Staatshaushalt und Finanzfragen	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Wolfgang Vogel, Peter Hufe u.a. SPD
Dokumentationsstätte für das ehemalige KZ-Außenlager Hersbruck
Drs. 15/7617, 15/8255

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Johanna Werner-Muggendorfer, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Investitionsförderung in der Jugendarbeit stärken
Drs. 15/7696, 15/8388 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Staatshaushalt und Finanzfragen	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Adelheid Rupp, Franz Schindler, Bärbel Narnhammer u.a. SPD
Bayerisches Schlichtungsgesetz
Drs. 15/7749, 15/8259

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Umsetzung der EG-Umgebungslärmrichtlinie
Drs. 15/7762, 15/8399 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Anhörung zum Entwurf der Grundsätze zur Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen in Bayern – Psychiatriegrundsätze in Bayern (Fortschreibung des zweiten Bayerischen Landespsychiatrieplans)
Drs. 15/7763, 15/8258

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

11. Antrag des Abgeordneten Walter Nadler CSU
Digitale Vermessung des Markgräflichen Opernhauses in Bayreuth
Drs. 15/7776, 15/8387 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Staatshaushalt und Finanzfragen	Z	Z	Z

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Susann Biedefeld, Herbert Müller u.a. und Fraktion SPD
Sofortige Konsequenzen aus dem Prüfbericht der EU-Veterinäre:
Daten- und Informationsfluss innerhalb Bayerns Behörden und gegenüber Bund und EU verbessern, Kontrollen verstärken, Ahndung beschleunigen
Drs. 15/7789, 15/8393 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Umwelt und Verbraucherschutz	A	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle, Gerhard Wägemann u.a. CSU
Nachhaltige Sicherung und Schutz von Ausgrabungen der Vorgeschichte (Fossilien) von herausragender Bedeutung
– Schutz von Kulturgut vor rechtswidriger Ausfuhr aus Bayern
Drs. 15/7880, 15/8287 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Henning Kaul, Helmut Brunner, Berthold Rüth u.a. CSU
Praxisgerechte Rahmenbedingungen für die hofeigene Futtermischung
Drs. 15/7917, 15/8397 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Umwelt und Verbraucherschutz	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Georg Eisenreich u.a. CSU
Stärkung der Elternrechte
Drs. 15/7919, 15/8392 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Bildung, Jugend und Sport	Z	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Karin Pranghofer, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion SPD
Aufnahme in die Fachoberschule ausbauen, nicht abbauen
Drs. 15/7946, 15/8394 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	**CSU**	**SPD**	**GRÜ**
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u.a. und Fraktion SPD
Mehr Lehrer an bayerischen Schulen
Drs. 15/8040, 15/8395 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	**CSU**	**SPD**	**GRÜ**
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Lehrerplanstellen statt "Ein-Euro-Jobberinnen bzw. Ein-Euro-Jobber" an Bayerns Schulen
Drs. 15/8041, 15/8396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	**CSU**	**SPD**	**GRÜ**
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Reinhold Bocklet, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hermann Memmel, Wolfgang Hoderlein u.a. SPD, Dr. Martin Runge, Simone Tolle BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Europäische Bildung
Drs. 15/8108, 15/8351 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	**CSU**	**SPD**	**GRÜ**
Bundes- und Europaangelegenheiten	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Eduard Nöth, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU
Förderung von Grundschulen, die aufgrund von Eigeninitiative offene Ganztagsangebote organisieren
Drs. 15/7918, 15/8391 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO:

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	**CSU**	**SPD**	**GRÜ**
	Z	Z	Z

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**9258**
08.11.2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Drs. 15/**8370**

zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Roland Richter**
Mitberichterstatterin: **Dr. Hildegard Kronawitter**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf mitberaten.
   Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 82. Sitzung am 27. September 2007 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Gesetzentwurf in seiner 87. Sitzung am 24. Oktober 2007 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf in seiner 76. Sitzung am 08. November 2007 endberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass § 2 folgende Fassung erhält:

   „§ 2

   Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.“

Franz Josef Pschierer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

Drucksache 15/**9320**
15.11.2007

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/**8370**, 15/**9258**

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes

§ 1

In Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern (Bayerisches Bauaufträge-Vergabegesetz – BayBauVG) vom 28. Juni 2000 (GVBl S. 364, BayRS 73-0-I) werden die Worte „für Hochbauten“ gestrichen.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

Der Präsident

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode Plenarprotokoll

15/109

15.11.2007

109. Sitzung

**am Donnerstag, dem 15. November 2007, 9.30 Uhr,
in München**

Geschäftliches 7915

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten **Christine Haderthauer, Hans Joachim Werner** und **Herbert Müller** 7915

Mandatsverzicht von Staatsminister a. D. **Dr. Werner Schnappauf** 7915

Landtagsmandat für **Peter Eismann** 7915

Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein . 7915, 7659
Franz Maget (SPD) 7927
Margarete Bause (GRÜNE) 7941
Georg Schmid (CSU) 7948

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Veröffentlichung aktueller Energie- und Klimadaten (Drs. 15/9299)

Ruth Paulig (GRÜNE) 7965, 7967, 7970
Johannes Hintersberger (CSU) 7966, 7968
Susann Biedefeld (SPD) 7968
Staatsministerin Emilia Müller 7969

Beschluss 7970

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU)
Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess (Drs. 15/9300)

Peter Winter (CSU) 7970
Christa Steiger (SPD) 7971
Eike Hallitzky (GRÜNE) 7973
Staatssekretärin Melanie Huml 7975

Beschluss 7976

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD)
Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts (Drs. 15/9301)

und

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Engelbert Kupka, Franz Josef Pschierer u. a. u. Frakt. (CSU)
Strompreise senken – Kernenergie weiter nutzen (Drs. 15/9310)

Susann Biedefeld (SPD) 7976, 7979
Roland Richter (CSU) 7978, 7979
Ludwig Wörner (SPD) 7979
Dr. Martin Runge (GRÜNE) 7979, 7980
Staatsministerin Emilia Müller 7981

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 15/9301 . 7983

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 15/9310 . 7983

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerisches Biodiversitätskonzept erstellen (Drs. 15/9302)

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Parlamentspapiere abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen/Tagesübersicht zur Verfügung.

Verweisung in den Umweltausschuss 7983

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Peter Welnhofer u. a. u. Frakt. (CSU)
Höchststrafe für Heranwachsende, die nach Jugendstrafrecht verurteilt werden, auf 15 Jahre erhöhen! (Drs. 15/9303)

Verweisung ins den Verfassungsausschuss 7983

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Ludwig Wörner, Dr. Christoph Rabenstein u. a. u. Frakt. (SPD)
Verbot und Nichtnutzung der Gen-Maissorte MON 810 in Bayern (Drs. 15/9304)

Verweisung in den Landwirtschaftausschuss 7983

Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. u. Frakt. (SPD)
zur **Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes** (Drs. 15/8885)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 15/9262)

Simone Tolle (GRÜNE) 7983, 7986, 7988
Reinhold Strobl (SPD) 7984
Georg Eisenreich (CSU) 7985
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) 7987, 7988
Staatssekretär Bernd Sibler 7987, 7988

Namentliche Abstimmung
(s. a. Anlage 1) 7988, 7996, 7997

Gesetzentwurf der Abg. Dr. Jakob Kreidl, Christa Matschl (CSU)
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets (Drs. 15/8826)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Kommunalausschusses (Drs. 15/9261)

Beschluss 7988

Schlussabstimmung 7989

Erledigung des SPD-Entwurfs 15/8863 7989

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes** (Drs. 15/8211)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/9259)

Beschluss 7989

Schlussabstimmung 7989

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur **Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern (Bayerisches Bauaufträge-Vergabegesetz – BayBauVG)** (Drs. 15/7215)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/9257)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur **Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes** (Drs. 15/8370)
– Zweite Lesung –

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/9258)

Dr. Martin Runge (GRÜNE) 7989, 7992
Ulrike Scharf-Gerlspeck (CSU) 7991
Dr. Hildegard Kronawitter (SPD) 7991
Staatsminister Joachim Herrmann 7992, 7993

Beschluss zum GRÜNEN-Gesetzentwurf 15/7215 7993

Beschluss zum Regierungsentwurf 15/8370 7993

Schlussabstimmung zum Regierungsentwurf 15/8370 7993

Abstimmung über **Anträge,** die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO **nicht einzeln beraten** werden
(s. a. Anlage 2)

Beschluss 7993

Eingabe betr. die **Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaftlichen Geräten** (EB.2576.15.B)

Maria Scharfenberg (GRÜNE) 7994
Otto Zeitler (CSU) 7994
Hans Joachim Werner (SPD) 7995

Rückverweisung in den Petitionsausschuss 7996

Mitteilung betr. Ausschussumbesetzungen 7996

Schluss der Sitzung 7996

(Beginn: 9.31 Uhr)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 109. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die Regierungserklärung live.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch drei Glückwünsche aussprechen, aber erst, wenn es etwas ruhiger im Saal ist.

Am 11. November feierte Frau Kollegin Christine Haderthauer einen halbrunden Geburtstag. Ebenfalls einen halbrunden Geburtstag feierte am 12. November Herr Kollege Hans Joachim Werner. Heute feiert Herr Kollege Herbert Müller Geburtstag. Ich wünsche der Kollegin und den Kollegen im Namen des gesamten Hauses und auch persönlich alles Gute, Gesundheit und viel Erfolg bei der Ausübung Ihrer parlamentarischen Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Staatsminister a. D. Dr. Werner Schnappauf hat mit Ablauf des 7. November 2007 auf sein Landtagsmandat verzichtet und ist damit aus dem Landtag ausgeschieden. Dr. Werner Schnappauf gehörte dem Hohen Hause seit 2003 an und war seit 1998 als Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen bzw. ab 2003 für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Mitglied im bayerischen Kabinett. Ich danke Herrn Dr. Schnappauf für seinen engagierten Einsatz und wünsche ihm im Namen des Bayerischen Landtags und persönlich viel Erfolg für seine neue Aufgabe.

(Beifall bei der CSU)

Die Landeswahlleiterin hat gemäß Artikel 58 des Landeswahlgesetzes Herrn Peter Eismann aus Eggolsheim als Listennachfolger festgestellt. Seit dem 12. November 2007 ist Herr Kollege Eismann Mitglied des Bayerischen Landtags. Herr Kollege, ich heiße Sie herzlich willkommen in unserer Mitte und wünsche Ihnen viel Erfolg bei Ihrer parlamentarischen Arbeit.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der SPD)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Mit Selbstbewusstsein, aber ohne Überheblichkeit bauen wir auf der erfolgreichen Politik der CSU-geführten Staatsregierungen der letzten 50 Jahre auf – von Hanns Seidel über Hans Ehard, Alfons Goppel, Franz Josef Strauß, Max Streibl bis zu Edmund Stoiber. Wir stehen auf einem starken Fundament. Gerade die letzten 14 Jahre haben unter Führung von Edmund Stoiber unser Land weit nach vorne gebracht. Wir stehen heute an der Spitze in Deutschland. An der Spitze zu bleiben ist nicht einfacher, als an die Spitze zu kommen.

Ich trete mein Amt als Bayerischer Ministerpräsident mit Mut und mit Demut an. Es ist eine große Herausforderung. Mein Herz schlägt für ganz Bayern, für alle seine Regionen, für alle seine Stämme, für alle Menschen, die hier leben und arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Bürgerinnen und Bürger sind zu Recht stolz auf Bayern, auf unsere wirtschaftliche Leistungskraft, auf die reiche und vielfältige Kultur, auf eine gesunde Umwelt und die landschaftliche Schönheit Bayerns. Sie sind stolz auf die Qualität unseres Bildungssystems,

(Franz Maget (SPD): Oh!)

auf ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und auf unseren ausgeglichenen Haushalt. Sie sind froh, in einem sicheren Land zu leben. Das soll so bleiben, auch wenn die Grenzkontrollen nach Osten wegfallen, auch wenn Terror und fundamentalistische Gewalt weltweit um sich greifen. Innere Sicherheit schützt gerade auch die Schwachen. Wir werden alles tun für eine starke und effiziente Polizei und Justiz. Ich danke an dieser Stelle allen Mitarbeitern im öffentlichen Dienst für ihren Einsatz.

(Beifall bei der CSU)

Bayerns Spitzenposition in vielen zentralen Bereichen steht außer Frage. Dennoch beobachten wir Entwicklungen in unserer Gesellschaft, die uns Anlass zur Sorge geben müssen. Lassen Sie mich einige symptomatische Eindrücke schildern, Alltagseindrücke.

Wir beobachten, dass Eltern ihrer Erziehungsverantwortung nicht nachkommen. So kamen zum Beispiel am Nürnberger Flughafen nach den Sommerferien rund 100 Eltern mit ihren Kindern erst eine Woche nach dem Schulbeginn aus dem Sommerurlaub zurück. Das ist kein Beispiel für Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Disziplin!

(Beifall bei der CSU)

Wir beobachten, wie sich Jugendliche bei Flatrate-Partys sinnlos bis ins Koma betrinken. Gesundheitliche Schäden, Sachbeschädigungen und Gewaltausbrüche sind die Folgen.

In der S-Bahn begegnen wir Menschen, die laut Musik hören, die ihre schmutzigen Schuhe auf dem gegenüber-

liegenden Sitzpolster abstellen, die mutwillig Fenster zerkratzen und Sitze aufschlitzen.

(Zurufe von der SPD)

Allein in Münchens öffentlichen Verkehrsmitteln richtet Vandalismus

(Zuruf von den GRÜNEN)

einen Schaden von 7,3 Millionen Euro pro Jahr an.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ist das eine Regierungserklärung?)

Leider erleben wir auch Fälle von Gewalt an unseren Schulen – bis hin zu einer Messerstecherei bei einer Schulabschlussfeier in Mittelfranken in diesem Sommer.

Ich habe bewusst alltägliche Beispiele aufgegriffen, von denen jeder hört oder liest. Es geht mir darum, für die im Kleinen beginnende Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu sensibilisieren.

(Ludwig Wörner (SPD): Freiheit, die wir meinen!)

Diese Beispiele dürfen natürlich nicht verdecken, dass es ungemein viel Positives in unserer Gesellschaft gibt, großen ehrenamtlichen Einsatz, wie zum Beispiel bei der Aktion „Drei Tage Zeit für Helden“ des Bayerischen Jugendrings. Rund 40 000 Jugendliche haben sich an sozialen, ökologischen und anderen Projekten beteiligt. Sie haben mit Ideen und Disziplin gezeigt: Eine lebenswerte Gemeinschaft ist ihnen etwas wert.

(Beifall bei der CSU)

Großen ehrenamtlichen Einsatz erleben wir täglich bei den Vereinen, bei der Feuerwehr, bei Rettungsdiensten und Katastrophenschutz, bei der Jugendarbeit, bei der Hilfe für den Nächsten. Was hier im Ehrenamt geleistet wird, verdient allergrößte Hochachtung und Unterstützung.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und Geld!)

Diese gegensätzlichen Beobachtungen zeigen: Es wäre falsch, pauschal von einem Werteverfall zu sprechen. Dennoch müssen wir feststellen: Die deutsche Gesellschaft ist insgesamt heterogener, gegensätzlicher, gleichgültiger und rücksichtloser geworden. So manch innere Schranke der Rücksichtnahme, der Höflichkeit, des Anstands, der Solidarität ist zerbrochen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Auch in der CSU! – Gegenruf von Henning Kaul (CSU): Ausgerechnet der!)

Die Reibungsflächen zwischen Einheimischen und Zuwanderern, zwischen Armen und Wohlhabenden, zwischen Absteigern und Aufsteigern nehmen zu. Der breite, für fast alle verlässliche wirtschaftliche Aufstieg, den die westdeutsche Gesellschaft von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland an bis 1990 erlebte, setzt sich so nicht fort. Die Bürger erleben heute in größerem Umfang auch Abstiegsprozesse, längere Zeiten von Arbeitslosigkeit, materielle Stagnation. Die Einkommen driften auseinander.

(Franz Maget (SPD): Jawohl! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Armut hat zugenommen. Die frühere Gewissheit, „wenn es meinem Unternehmen gut geht, geht es auch mir gut“, stimmt heute immer weniger.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das stimmt!)

Ehe und Familienbande sind brüchiger geworden. All das verunsichert viele Menschen.

In Bayern ist der gesellschaftliche Zusammenhalt größer als anderswo. Das ist ein wertvolles Gut. Das dürfen wir nicht verspielen. Im Gegenteil: Wir müssen es vermehren. Wir wollen alles tun, damit kulturelle und emotionale Kräfte, die das innere Band unserer Gesellschaft bilden, nicht weiter erodieren. Unser Zusammenhalt hat uns auch wirtschaftlich stark gemacht. Unser wirtschaftlicher Wohlstand hätte weniger Lebensqualität, wenn das menschliche Miteinander kälter und der Zusammenhalt schwächer würden.

Deshalb habe ich meine Regierungserklärung unter das Leitmotiv gestellt: „Es kommt auf jeden und jede an – also auf alle. Gemeinsam für Bayerns Zukunft“.

(Beifall bei der CSU)

Jeder muss an seinem Platz, nach seinen Kräften Verantwortung für sich selbst und für das Gemeinwohl übernehmen. Verantwortung setzt Kräfte frei. Verantwortung fordert Leistung ab. Verantwortung hilft aber auch gerade den Schwachen in unserer Gesellschaft. Sie dürfen auf unsere Solidarität vertrauen. Menschen mit Behinderung gleichwertige Lebenschancen zu ermöglichen, ist eine Herausforderung für einen Sozialstaat – und für mich ein persönliches Herzensanliegen.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Wenn jeder Einzelne Verantwortung übernimmt, dann werden wir mit gemeinsamen Kräften Bayerns Zukunft in einer globalen Welt sichern. Das ist die Vision eines Bürgerstaates, der zwischen schützendem Staat und eigenverantwortlichen Bürgern die Balance hält. Weil wir wirtschaftlich stark sind und weil wir eine starke kulturelle Identität haben, können wir unsere Vision verwirklichen.

Wir wollen unsere Familien unterstützen.

Wir wollen stärken, was integriert und das Miteinander fördert.

Wir wollen Tugenden wie Eigenverantwortung und Leistung, aber auch Disziplin und Rücksichtsnahme stärken.

Wir stehen für Werte wie Freiheit, Demokratie und Toleranz.

Wir wollen Chancen für alle schaffen durch Bildung, Innovationen und Investitionen, damit wir Gewinner der Globalisierung bleiben.

Aus Vertrauen in das Miteinander wächst Vertrauen in die Zukunft. Wir wollen die innere Stabilität unserer Gesellschaft stärken, ihre kulturelle Identität fördern und ihr mehr Selbstbewusstsein und Zukunftsvertrauen geben.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Familien stärken.

Jedes Kind braucht Liebe und Zuwendung. Dies erfahren Kinder vor allem in der Familie. Was Familien bei der Wertevermittlung und Persönlichkeitsentwicklung nicht leisten, können Institutionen wie Kinderhort, Kindergarten und Schule kaum ausgleichen.

Heute sind Familien vielfältig. Zwei Drittel aller Eltern mit Kindern unter drei Jahren wollen ihre Kinder selbst zu Hause betreuen. Andere Eltern wollen oder müssen Familie und Beruf oder Familie und Ausbildung bzw. Studium miteinander verbinden. Sie brauchen Betreuungsangebote. Die vielen Alleinerziehenden, die es vielfach nicht leicht haben, brauchen sie noch dringender.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wie wahr!)

Wir wollen Lebensentwürfe nicht vorschreiben, wir wollen sie ermöglichen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir auch nicht! Genau! Sagen Sie etwas dazu!)

Was die Familien wollen, ist Wahlfreiheit. Wir wollen eine optimale Entwicklung aller Kinder, weil es auf alle ankommt.

(Beifall bei der CSU)

Zu dieser Wahlfreiheit gehört für uns auch das Betreuungsgeld. Die Diskussion gegen das Betreuungsgeld – vornehmlich bei SPD und GRÜNEN – ist unsäglich.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wer die Unterstützung für die ausschließliche Betreuung durch Vater oder Mutter mit dem Wort „Herdprämie“ verächtlich macht, bevormundet Millionen von Müttern und Vätern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Die SPD hat sich leider klar gegen das Betreuungsgeld ausgesprochen. Ich frage Sie: Was sind Ihnen die Kinder wert?

(Zurufe von der SPD: Ach! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ein Kind in einer Betreuungseinrichtung wird mit rund 800 Euro gefördert.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Also wirklich!)

Das gleiche Kind ist Ihnen keinen einzigen Euro wert, wenn es die Eltern ausschließlich alleine betreuen. Ist das familiengerecht?

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und wie sieht es mit dem Ehegattensplitting aus? – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Nein! Das ist eine unerträgliche Arroganz gegenüber der Mehrheit der Eltern.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Stimmt nicht!)

Hören Sie endlich damit auf, Eltern mit der Unterstellung zu diskreditieren, Kinder seien in einer Krippe besser aufgehoben als bei ihren Eltern.

(Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da muss man einmal in die entsprechenden Einrichtungen gehen! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Aus den veränderten Familienstrukturen ergeben sich drei Ansatzpunkte zur Stärkung der Familien.

Erstens: Wir fördern den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Zum Investitionszuschuss des Bundes geben wir im Rahmen des Programms „Bayern 2020“ 100 Millionen Euro dazu. Das tut in dieser Größenordnung kein anderes Land in Deutschland.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Damit erhalten die Kommunen eine deutlich höhere Förderung als bisher. Darüber hinaus fördern wir den laufenden Betrieb aller Kinderbetreuungseinrichtungen mit jährlich knapp 600 Millionen Euro.

Zweitens: Wir wollen, dass die Tagesmütterbetreuung weiter ausgebaut wird. Das geht von Eigeninitiative über Nachbarschaftsmodelle bis hin zu Netzwerken. Wir setzen auch bei den Betreuungsangeboten auf Vielfalt. Das wollen auch viele Eltern.

(Beifall bei der CSU)

Drittens: Unser Landeserziehungsgeld gibt Eltern Sicherheit und Wahlfreiheit.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Na also, wirklich, für 150 Euro!)

Wir werden die Einkommensgrenzen spürbar anheben.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Damit können sich künftig mehr Familien in Bayern die Kinderbetreuung zu Hause leisten.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich betone: Der Ausbau der Kinderbetreuung ist auch eine kommunale Aufgabe. Ich erwarte von den Kommunen, dass sie dieser Aufgabe zum Wohle unserer Familien und Kinder nachkommen. Das hat heute mit Sicherheit eine höhere Priorität als so manche Mehrzweckhalle.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen, dass junge Menschen jederzeit ein Kind bekommen können und die Sicherheit haben: Unser Kind wird von der Gesellschaft angenommen, es ist willkommen, wir können die Betreuung schaffen. Im Mittelpunkt unserer Politik steht das Kind. Deswegen geht es nicht nur um die Quantität der Betreuung, sondern gerade auch um die Verbesserung der Qualität der Betreuung.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Integration fordern und fördern.

Integration ist eine Schlüsselfrage für unser Land. Wir wollen, dass die Menschen, die bei uns leben, sich zu unserer Gesellschaft bekennen. Nur so bleibt unser Land mit offenen Grenzen und Angehörigen verschiedener Kulturen und Ethnien dauerhaft stabil und lebenswert.

Niemand muss deshalb seine Wurzeln vergessen oder leugnen, aber jeder und jede muss die rechtsstaatlichen Grundwerte und die gesellschaftlichen Spielregeln anerkennen und die kulturellen Sitten und Gebräuche respektieren. Das verstehen wir unter Leitkultur. Das fordern wir ein.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen kein Nebeneinander, sondern ein Miteinander. Weil es auf jeden, auch auf jeden ausländischen Mitbürger ankommt.

Ohne Sprache keine Integration! Nur wer Deutsch spricht, kann sich im täglichen Leben zurechtfinden, einen Schulabschluss erwerben und am Arbeitsmarkt aktiv teilnehmen. Sprache ist der erste Schritt in die Mitte unseres Lebens.

Wir wollen keine dauerhaft erhöhte Arbeitslosigkeit bei unseren ausländischen Mitbürgern. Sie ist heute mehr als doppelt so hoch wie bei den Einheimischen. Wir wollen keinen dauerhaft erhöhten Sozialhilfebezug bei unseren ausländischen Mitbürgern. Er ist rund doppelt so hoch wie der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung. Wir wollen keine dauerhaft erhöhte Kriminalität bei unseren ausländischen Mitbürgern.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ist die auch doppelt so hoch?)

Dies ist Ausdruck von Integrationsdefiziten. Damit wollen und damit werden wir uns nicht abfinden, gerade auch im Interesse unserer ausländischen Mitbürger.

(Beifall bei der CSU)

Bereits vor zehn Jahren habe ich verstärkten Deutschunterricht für Migrantenkinder gefordert.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wo sind die Mittel?)

Damals wurde ich der rüden Germanisierung verdächtigt, auch in diesem Haus, von Ihrer Seite. Heute geben auch Rot undGrün zu: Multikulti ist Gift für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall bei der CSU)

Diese verhängnisvolle „Kulturduselei“ hat Deutschland und vor allem den Zuwanderern geschadet.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Sie haben nichts getan!)

Was werden wir tun?

In den letzten Jahren haben wir die Vorkurse Deutsch im Kindergarten von 40 auf 160 Stunden systematisch ausgebaut. Es zeigen sich bereits deutliche Erfolge. Das reicht aber noch nicht aus. Wir werden auf Dauer nicht akzeptieren, dass Kinder, die nicht ausreichend Deutsch können, in eine Regelklasse kommen. Wir dürfen die Probleme nicht in der Schule, wir müssen sie vor der Schule lösen.

(Beifall bei der CSU)

Der Kultusminister wird dazu im Januar ein Konzept vorlegen, wie die Vorkurse Deutsch weiter optimiert werden können. Die Förderung von Kindern hat aber nur dann vollen Erfolg, wenn auch zu Hause deutsch gesprochen wird. Deshalb beziehen wir auch die Eltern, insbesondere die Mütter, in die Deutsch-Förderprogramme ein. Viele machen hier erfreulicherweise aus eigenem Antrieb mit. Wer sich diesem Angebot verweigert, bei dem werden wir die Verpflichtung zum Sprach- und Integrationskurs stärker einfordern.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen zusammen mit den Kommunen Sprachtrainer in die Kindertagesstätten schicken und dort das Personal fortbilden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hätten Sie schon lange machen können!)

Dies kommt allen Kindern zugute, gerade auch den deutschen Kindern, die immer häufiger Sprachdefizite haben. Dies ist ein Angebot an die Kommunen. Wir sind bereit, dafür jährlich 25 Millionen Euro auszugeben. Damit setzen wir auch ein Zeichen für Qualität in der Kinderbetreuung, die uns am Herzen liegt.

(Beifall bei der CSU)

Integration durch Sprache und Bildung ist wichtig. Doch Integration findet auch im Alltag statt. Gerade in Sportvereinen wird Fairness, Teamgeist, Akzeptanz von Regeln und Leistungsbereitschaft gelehrt und gelernt. Gerade über den Sport erfahren Jugendliche Anerkennung, die ihnen in der Schule vielfach versagt bleibt. Anerkennung ist auch der Einstieg dafür, dass viele Jugendliche für Integration und Bildung überhaupt erst erreichbar werden. Ich danke allen, die sich in Vereinen, Verbänden und Kirchen um die Integration ausländischer Mitbürger bemühen.

Integrierte Ausländer sind Vorbilder. Das kann der Spitzensportler oder der Medienstar ebenso sein wie der Ladenbesitzer um die Ecke, der Trainer im Fußballverein oder der Polizist. Wir werden Beispiele gelungener Integration künftig stärker herausstellen, weil sie zeigen: Integration lohnt sich. In Bayern stehen viele Türen zum Dialog offen. Wer zu uns kommt, muss bereit sein, sich auf das Land einzulassen, in dem er leben will. Die Bereitschaft dazu erwarten wir, weil es auf jeden Einzelnen ankommt.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: junge Menschen bilden. Es kommt auf jeden an!

Ich denke, Staatsregierung, Mehrheitsfraktion und Opposition sind sich im Ziel bayerischer Bildungspolitik einig: Wir wollen die bestmögliche Bildung für unsere Kinder. Und: Soziale Herkunft darf nicht über Bildungschancen entscheiden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das tut sie aber in Bayern!)

Bildungspolitik ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Frage, wie wir diese Ziele erreichen, haben wir aber unterschiedliche Ansichten. SPD und GRÜNE fordern, Kinder möglichst lange in einer Klasse zu unterrichten. Sie wollen doch die Einheitsschule bis zur zehnten Klasse! Die Gesamtschule hat die SPD in Deutschland lange genug ausprobiert, in Hessen, in Nordrhein-Westfalen, in Bremen. Das ist doch ein Pisa-getesteter Holzweg!

(Beifall bei der CSU)

Gesamtschule kostet mehr und leistet weniger. Bei allen Tests – von Iglu bis Pisa – sind die bayerischen Schüler mit unserem gegliederten Schulsystem Spitze. International gehören sie zu den Top fünf der Welt, national lautet das Pisa-Zeugnis für die bayerischen Kinder: Mathematik: erster Platz, Lesen: erster Platz, Naturwissenschaften: erster Platz, Problemlösen: erster Platz.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem wärmen SPD-regierte Länder die Gesamtschuldebatte der 70er-Jahre wieder auf. Ihre Schulkonzepte haben die Note mangelhaft – Pisa-getestet. Geben Sie uns keine Ratschläge, schreiben Sie lieber bei uns ab!

(Beifall bei der CSU)

In die Schule kommen Kinder aus unterschiedlichen Kulturen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Damit können Sie nicht umgehen!)

Es kommen Kinder, die hochbegabt und weniger begabt sind. Menschen sind nun einmal unterschiedlich in ihren Stärken und Schwächen. Die Antwort darauf kann doch nicht eine Einheitsschule sein.

Für uns gehören zu einem optimalen Bildungsangebot des gegliederten Schulsystems erstens eine begabungsgerechte Schulwahl, zweitens eine individuelle Förderung in den Schulen und drittens größtmögliche Durchlässigkeit. Kein Abschluss ohne Anschluss.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen, dass die Schulwahl nach der Begabung erfolgt und nicht nach der sozialen Herkunft.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer entscheidet denn über die Begabung?)

Dazu müssen Eltern das Potenzial ihrer Kinder und ihre Chancen im bayerischen Bildungssystem kennen und

richtig einschätzen. Deshalb werden wir die Schullaufbahnberatung in der Grundschule intensivieren und allen Schülern ein Übertrittszeugnis mit Schulempfehlung geben.

Wir wollen die individuelle Förderung in der Schule verbessern. Auch Kinder, die von ihren Eltern weniger gut unterstützt werden können, wollen wir in der Schule noch intensiver fördern. Dazu werden wir an den Grundschulen die Mittagsbetreuung bis 16.00 Uhr verlängern, sodass dort künftig eine zuverlässige Hausaufgabenbetreuung möglich sein wird. Wir werden die Ganztagsschulangebote an den weiterführenden Schulen ausbauen.

Mit den Intensivierungsstunden am G 8 haben wir die individuelle Förderung der Schüler bereits spürbar erweitert. Sie erfüllen aber nur dann ihren Zweck, wenn sie nicht zur Vermittlung von neuem Stoff verwendet werden. Hier wird Bekanntes in kleinen Lerngruppen gezielt geübt, wiederholt und vertieft. Hier werden auch die besonders Begabten intensiver gefördert.

Im achtjährigen Gymnasium legen wir stärker Wert auf Grundbildung und Grundwissen. Deshalb wurde bei der Einführung der Stoff gekürzt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Haben Sie das einmal nachgeprüft?)

Quantität des Wissens bürgt noch nicht für die Qualität der Bildung. Wir wollen kein stures Pauken, sondern sinnvollen Umgang mit Inhalten. Dennoch beklagen sich Eltern über eine zu große Stofffülle und über die Überforderung ihrer Kinder. Offensichtlich wird unsere Intention noch nicht überall im Unterricht umgesetzt. Wo es Schwachstellen gibt, werden wir sie konsequent beseitigen.

(Beifall bei der CSU)

Die individuelle Förderung - von der Grundschule bis zum Gymnasium - gibt unseren Kindern mehr Chancen. Es muss aber auch Freiraum für Jugendarbeit, für Sport, für musische Erziehung verbleiben. Aus eigenem Erleben weiß ich, dass dies für die Entwicklung junger Menschen außerordentlich prägend sein kann.

Bestmögliche Förderung unserer Kinder heißt natürlich auch, dass möglichst wenig Unterricht ausfällt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Jawohl!)

Unterricht muss für Schüler und Eltern verlässlich sein.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das wäre schön!)

An Grund- und Hauptschulen stehen dafür im Laufe des Schuljahres 2180 mobile Reserven zur Verfügung. Ich wiederhole die Zahl: 2180 Lehrer stehen als mobile Reserve an Grund- und Hauptschulen zur Verfügung.

(Zurufe der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich bin davon überzeugt, dass kein anderes Land eine mobile Reserve in diesem Umfang hat. Das ist richtig und notwendig.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Bei den anderen Schularten haben wir Stellen und Mittel für 1400 zusätzliche Lehrer und Aushilfskräfte geschaffen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Mehr! Stocken Sie auf!)

Die Leiter und Leiterinnen der weiterführenden Schulen können mit zusätzlichen 33 Millionen Euro unmittelbar vor Ort Vorsorge gegen Unterrichtsausfall treffen. Das wird sich hoffentlich sehr bewähren. Wir müssen die Freiräume für die Schulen vor Ort insgesamt erweitern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eine ernsthafte Bitte an die Opposition in diesem Haus: Streiten wir in der Sache über die beste Schulpolitik. Aber hören Sie auf, den Menschen in Bayern einzureden, dass sich in der 4. Klasse Grundschule das Schicksal für das gesamte weitere Leben endgültig und unwiderruflich entscheidet. Wer das behauptet, redet unredlich und verantwortungslos.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es aber! Weitere Zurufe von Abgeordneten der SPD)

Zwei konkrete Beispiele für die Durchlässigkeit unseres Schulsystems:

Erstens. Ein Hauptschüler mit „Quali“ hat eine Lehre zum Mechatroniker abgeschlossen und gleichzeitig die Mittlere Reife erworben. Nach dem Besuch der Berufsoberschule studiert er an der Fachhochschule Ingenieurwesen. Das ist vielfältige Realität in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie heißt der Hauptschüler?)

Zweitens. Ein damals junger Mann hat den Realschulabschluss erworben, eine Ausbildung in der Verwaltung gemacht und gearbeitet. Nach neun Jahren hat er das Abitur nachgeholt und Volkswirtschaft studiert. Heute ist er CSU-Vorsitzender und bayerischer Finanzminister. Das zeigt doch: Wer Talent hat, macht seinen Weg.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir werden die Durchlässigkeit unseres Schulsystems weiter ausbauen.

Ab dem kommenden Schuljahr richten wir spezielle Klassen ein, in denen gute Realschüler, Wirtschaftsschüler und Hauptschüler mit Mittlerer Reife auf den direkten Eintritt in die gymnasiale Oberstufe vorbereitet werden. Wir erweitern die zwölfjährige Fachoberschule flächendeckend um ein weiteres Jahr, damit man die allgemeine Hochschulreife erlangen kann. Besonders leistungsfähige Schüler mit mittlerem Abschluss können parallel zum Berufsabschluss auch die Fachhochschulreife erwerben. Künftig soll der Meisterbrief den fachbezogenen Zugang zur Fachhochschule ermöglichen.

Kein Abschluss ohne Anschluss, das ist in Bayern Realität. Die SPD hat das immer noch nicht zur Kenntnis genommen: Bereits heute kommen 43 % aller Hochschulzugangsberechtigten nicht vom Gymnasium. Das muss der Bevölkerung gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Wer die Behauptung aufstellt, in der 4. Klasse Grundschule entscheide sich das Schicksal endgültig, der sagt die Unwahrheit und nimmt Menschen ihre Lebenschancen, weil er ihnen irreführende, falsche Informationen gibt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Na, na!)

Unterlassen Sie das in der Zukunft, liebe Kollegen von der SPD!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wir werden nicht an der Qualität unserer Bildung rütteln. Kuschelpädagogik und Spaßpädagogik fordern Kinder nicht ausreichend. Zum Bildungserfolg gehören Fleiß, Durchhaltevermögen, Lernen, Willensstärke. Der Aspekt von Leistung und Anstrengung, von Pflichterfüllung und Verantwortung kommt mir in der gegenwärtigen Bildungsdebatte viel zu kurz.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Gerade in der Globalisierung gilt: Nur beste Bildung sichert den Menschen ein Leben lang Arbeit und Wohlstand. Nur wer mehr leistet, kann sich mehr leisten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist zynisch!)

So wie Bildung nicht ohne Leistung und Anstrengung denkbar ist, so ist Bildung auch nicht ohne Erziehung denkbar. Wir haben weniger Bildungsdefizite, sondern eher Erziehungsdefizite, bei manchen sogar Erziehungsnotstand.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das kann Schule nicht allein beheben. Die Eltern stehen in der Pflicht, Vorbild zu sein und zu erziehen. Eine eigenmächtige Ferienverlängerung vermittelt den Kindern doch das Gefühl, dass man für den Geiz-ist-geil-Urlaub auch blaumachen darf. Es ist notwendig, die Erziehungsfähigkeit und die Erziehungswilligkeit der Eltern zu stärken.

(Beifall bei der CSU)

Eltern müssen bei der Erziehung vertrauensvoll mit den Lehrern zusammenarbeiten und deren Autorität stützen, anstatt ihnen in den Rücken zu fallen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich will die Lehrer in ihrem Erziehungsauftrag stärken. Die meisten setzen sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit und mit ihrem ganzen Können für das Wohl der Kinder ein. Lehrer haben Anspruch auf mehr Respekt.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Schüler auch!)

Wir wollen im neuen Dienstrecht Beförderungsmöglichkeiten schaffen, die nicht ausschließlich an Funktionen gebunden sind, sondern sich an besonderen pädagogischen Leistungen und Erfolgen orientieren.

Auch viele nichtstaatliche Schulen leisten bei der wertebetonten Erziehung und bei der Einbindung der Eltern in den Lebensraum Schule Beachtliches. Wir prüfen, wie wir diese Schulen besser unterstützen können.

Eine wichtige Säule unseres gegliederten Schulsystems ist die Hauptschule. Sie hat Zukunft, weil Bayern als Land des Mittelstands und des Handwerks auf die Absolventen der Hauptschule angewiesen ist. Die Wirtschaft erwartet motivierte und ausbildungsfähige junge Leute. Deswegen werden wir die Hauptschule, die ein Drittel unserer Kinder besucht, erheblich stärken.

(Zuruf von der SPD: Wie wollen Sie sie stärken?)

Die Wirtschaft setzt auf die Hauptschule.

Sie von der SPD bezeichnen die Hauptschule abwertend als „Restschule“. Ich frage Sie: Wenn für Sie 33 % der Rest sind, was ist dann für Sie die SPD in Bayern mit ihren 19 %?

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU – Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Wollen Sie sich selber abschaffen wie die Münchener SPD die Hauptschule?

Wir werden flächendeckend jedem Hauptschüler ein verlässliches Ganztagsangebot machen. Wir werden die Jugendsozialarbeit ausbauen und im nächsten Jahr zusätzlich rund 100 Stellen bei den Kommunen fördern.

Die Hauptschule muss wieder stärker die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen vermitteln. Sie muss zu den Grundtugenden Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Disziplin, Höflichkeit erziehen. Das erwartet die Wirtschaft völlig zu Recht von jedem Schulabgänger.

Von all diesen Maßnahmen erwarten wir eine deutliche Verbesserung der Ausbildungsreife. An manchen Standorten verlassen rund zehn Prozent der Schüler die Hauptschule ohne Abschluss. Diese Quote wollen wir in der nächsten Legislaturperiode halbieren.

Die Ausbildungssituation in Bayern verbessert sich zusehends. Dabei gibt es regionale Unterschiede. Wir haben hier in den vergangenen drei Jahren mit unserem Programm „Fit for work“ gut 15 000 Ausbildungsstellen eingeworben. Es muss uns künftig gelingen, dass jeder ausbildungsfähige junge Mensch eine Ausbildung erhält.

Wer nach neun Schuljahren nicht ausbildungsreif ist, dem bieten wir das Berufsvorbereitungsjahr an. Neu schaffen wir ein Berufseinstiegsjahr für ausbildungsreife Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden konnten. Bislang waren diese Jugendlichen einen Tag in der Berufsschule und den Rest der Woche sich selbst überlassen. Jetzt haben diese Jugendlichen die halbe Woche Unterricht an der Berufsschule, und die andere Hälfte der Woche sind sie bei Maßnahmeträgern wie Betrieben, Kammern, Kommunen tätig. Wir holen sie weg von der Straße, damit sie einen regelmäßigen, zielgerichteten Tages- und Wochenablauf einüben können.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Zu spät!)

Wir alle zusammen müssen noch mehr als bisher den Hunger nach Bildung wecken und die Entfaltung aller Talente fördern. Ein Hochlohnland braucht höchste Qualität in der Bildung, braucht Eliten als Motoren für Innovation. Wir können als Land nur an der Spitze bleiben, wenn wir spitze auch bei der Bildung sind. Jeder von uns muss nach seinen Begabungen spitze sein. Dann werden wir Gewinner der Globalisierung sein. Es kommt auf jeden an.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: die Bürger aktiv am Gemeinwesen beteiligen.

Wir wollen, dass sich möglichst viele Bürger mit ihren Ideen, ihrer Kreativität und ihrem Können in unser Gemeinwesen einbringen. Viele Bereiche unserer Gesellschaft sind ohne das Mitwirken der Bürger gar nicht denkbar. Das gilt insbesondere für das kulturelle und soziale Gesicht Bayerns.

Auch im Kulturbereich sind Zigtausende von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich tätig. Kultur verbindet, Kultur führt zusammen, Kultur schafft Identität. Daher werden wir mit besonderem Engagement auch künftig die Kultur fördern, von der Oper bis zur Volkskunst, vom Denkmalschutz bis zur Filmförderung, von den Museen über Bibliotheken bis zum Theater. Bayern wird auch künftig ein attraktiver Kulturstaat bleiben. Wir sind Spitzenreiter und werden es bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Ebenso wird meine Regierung der sozialen Sicherheit in Bayern einen hohen Stellenwert geben. Wer krank, pflegebedürftig, behindert oder aus anderen Gründen auf Hilfe angewiesen ist, muss sich auf unser soziales Netz verlassen können. Gerade die Pflege wird durch die Veränderung der Altersstruktur immer wichtiger. Die Qualität unseres Landes hängt nicht nur von Wirtschaft, Forschung und Zahlen ab, sondern gerade auch davon, wie wir mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft umgehen. Gerade diese Menschen brauchen unsere Zuwendung. Sie gehören in die Mitte unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Arbeit schaffen.

Bayern ist heute das wirtschaftlich erfolgreichste Land in Deutschland. Allein in den letzten zehn Jahren ist Bayerns Wirtschaftsleistung doppelt so stark gewachsen wie im Bundesdurchschnitt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Und die von Baden-Württemberg?)

Wachstum schafft Arbeit und Wohlstand. In Bayern sind in den letzten zehn Jahren mehr Arbeitsplätze entstanden als in jedem anderen Land. Die Förderung derer, die Arbeit schaffen, die etwas unternehmen – Existenzgründer, Selbstständige, Mittelständler und Handwerk –, hat daher auch für meine Regierung höchste Priorität.

Deswegen haben wir in der Koalition dieser Tage eine Erbschaftsteuerreform durchgesetzt, die den Mittelstand deutlich entlastet. Das Vererben eines Unternehmens bleibt zu 85 % steuerfrei, wenn der Betrieb langfristig fortgeführt wird.

Politik für eine starke und dynamische Wirtschaft ist der Königsweg zu sozialer Gerechtigkeit. Sie schafft Chancen für alle und ist die Basis für die Solidarität mit den Schwachen.

Eine wichtige Weichenstellung für die künftige wirtschaftliche Stärke und Dynamik ist das Zukunftsprogramm „Bayern 2020 – Kinder, Bildung, Arbeit“. Die Staatsregierung wird auf dieser Grundlage in den nächsten vier Jahren insgesamt 1,5 Milliarden Euro investieren.

Wir werden die gute Einnahmesituation auch dazu nutzen, die Mittel für die regionale Wirtschaftsförderung erheblich aufzustocken. Damit wollen wir alles tun, um gerade in

den strukturschwächeren Regionen Arbeit zu schaffen. Investitionen dürfen mangels Fördermöglichkeiten nicht an andere Standorte abwandern.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Wir werden die finanzielle Ausstattung des Mittelstandskreditprogramms anheben.

Zusätzliche Anstrengungen sind besonders bei der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer erforderlich. Ich möchte dazu die Hand in Richtung Arbeitgeber und Gewerkschaften ausstrecken. Ich suche den Dialog zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Bayern nützen. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren eine vernünftige und maßvolle Tarifpolitik betrieben

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber die war doch unvernünftig!)

und damit Arbeitsplätze in Deutschland und Bayern gesichert. Das möchte ich ausdrücklich würdigen.

Ebenso danke ich allen Arbeitgebern, die mit unternehmerischem Weitblick und Können Arbeitsplätze in Bayern gesichert und geschaffen haben.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Fortschritt vorantreiben und Chancen ergreifen.

Hochschulen und Forschung behalten hohe Priorität. In den kommenden Jahren werden so viele junge Menschen in Bayern eine Studienberechtigung haben wie nie zuvor. Das ist keine Last, das ist eine Riesenchance. Wir wollen jedes Talent in Bayern halten. Es kommt auf jeden an. Deshalb werden wir vor allem die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer stark ausbauen, ohne die Geisteswissenschaften zu vernachlässigen.

Neben dem bereits beschlossenen Ausbau der personellen Kapazitäten um 38 000 Studienplätze und 3000 Stellen müssen jetzt die Hochschulen den räumlichen Ausbau vorantreiben. Dafür stellen wir 236 Millionen Euro zur Verfügung. Die weitere schrittweise Sanierung und Modernisierung der Hochschulbauten werden wir angehen.

Die wissenschaftliche Zukunft wird im Kampf um die besten Köpfe entschieden. Wir werden mit der Dienstrechtsreform Freiräume in der Professorenbesoldung schaffen, weil wir die Besten gewinnen und behalten wollen.

Wir werden bis 2020 den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf 3,6 % steigern. Wir werden die angekündigten Leuchtturmprojekte realisieren. Wir wollen uns an der Etablierung eines europäischen Höchstleistungsrechenzentrums beteiligen und gemeinsam mit den Forschungszentren Jülich und Karlsruhe ein „Gauß Center for Supercomputing“ errichten.

Wir unterstützen die Einrichtung neuer Fraunhofer-Institute und einen möglichen Ausbau der Max-Planck-Forschungsgruppe für Optik und Photonik in Erlangen zu einem Institut.

Zu den technologischen Leuchttürmen zählt auch der Transrapid. Ich stelle fest:

Erstens. Der Transrapid ist ein Projekt der Großen Koalition für ganz Deutschland. Er war bereits ein Projekt der rot-grünen Bundesregierung,

(Beifall bei der CSU)

auch wenn das die Technikfeinde von der bayerischen SPD immer noch nicht wissen.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Wir brauchen eine bessere Anbindung des Flughafens München, übrigens für ganz Bayern. Eine Express-S-Bahn käme Bayern wesentlich teurer als der Transrapid. Sie ginge zulasten anderer ÖPNV-Projekte in ganz Bayern. Die Alternative lautet: Transrapid jetzt oder keine schnelle Bahnanbindung des Flughafens auf alle absehbare Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir wollen dieses Technologieprojekt in Deutschland und nicht in China. Es ist eine Riesenchance für Bayern und für Deutschland. Wir halten eine technische Innovation in unserem Land und schaffen damit Tausende von Arbeitsplätzen, übrigens die Mehrzahl davon in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Viertens. Wir erwarten, dass das Anbieterkonsortium bald einen Festpreis für die Realisierung anbietet.

Fünftens. Die Schmerzgrenze für den Landeshaushalt ist mit 490 Millionen Euro klar beziffert. Wir lassen uns nicht in ein finanzielles Abenteuer treiben.

(Beifall bei der CSU)

Auch wenn die technologischen Leuchtturmprojekte, die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen naturgemäß vor allem in den Metropolen angesiedelt sind – sie nutzen dem ganzen Land. Bayerns Stärke liegt aber nicht allein in den Metropolen. Sie liegt in hohem Maße auch und gerade im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: gleichwertige Lebensqualität in Stadt und Land.

Auf dem Land leben über 60 % der Bevölkerung. Hier gibt es attraktive Tourismusangebote, kompetente Handwerker und leistungsfähige Mittelständler. Auch „Global Player“ wie La Roche in Penzberg, BMW in Dingolfing, Siemens in Bad Neustadt oder Eurocopter in Donauwörth haben hier ihren Sitz, einschließlich vieler Zulieferer und vieler Dienstleister. Der ländliche Raum prägt unsere bayerische Identität mit seiner landschaftlichen Schönheit, mit Traditionen und Kultur, mit einem blühenden Vereinsleben und viel ehrenamtlichem Engagement. Im ländlichen Raum ruhen Bayerns Unverwechselbarkeit und Stabilität.

In Stadt und Land für gleichwertige – nicht etwa für gleiche – Lebensbedingungen zu sorgen, ist unsere Politik. Der ländliche Raum ist vielfältig. In vielen Regionen besteht wahrlich kein Grund zum Jammern. Sie haben mit die niedrigsten Arbeitslosenquoten in ganz Bayern, erschwingliche Grundstückspreise, niedrige Mieten, weniger Kriminalität und hervorragende wirtschaftliche und demografische Zukunftsperspektiven. Selbst der ehemals im Schatten des Eisernen Vorhangs gelegene Landkreis Cham hat heute eine Arbeitslosenquote von unter 4 % – deutlich weniger als Nürnberg oder Augsburg. Cham trägt sogar die offizielle Bezeichnung „Region der Zukunft“.

Zum ländlichen Raum gehören aber auch Regionen, die von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit, die von den Härten des Strukturwandels und von einem starken Abwanderungsdruck geprägt sind, vor allem in Nordostbayern. Hier werden wir unsere Anstrengungen weiter verstärken müssen, um die Schwächen auszugleichen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das haben Sie vor zwanzig Jahren auch schon versprochen!)

Ein zentraler Stützpfeiler im ländlichen Raum ist unsere Land- und Forstwirtschaft. Die Perspektiven für unsere Landwirte haben sich endlich verbessert. Ob bei Milch, bei Getreide, bei regenerativen Energien – überall tun sich neue Marktchancen auf. Auch für meine Regierung gilt: Wir stehen verlässlich an der Seite unserer Landwirte und Waldbauern. Wir fördern sie wie kein anderes Land. Wir kämpfen für ihre Interessen innerhalb der Europäischen Union und der WTO, der Welthandelsorganisation. Eine starke Landwirtschaft ist die Seele unseres Landes.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Novellierung der Erbschaftsteuer achten wir darauf, dass die Landwirtschaft insgesamt nicht höher als heute belastet wird.

Die Politik für den ländlichen Raum muss differenziert angelegt sein und die Potenziale vor Ort gezielt mobilisieren. Dazu müssen die Landkreise und Städte selbst initiativ werden und das Regionalmanagement ausbauen. Aus einer intensiven regionalen Vernetzung und Kooperation zwischen Kommunen, Kammern, Unternehmen und Forschungseinrichtungen erwachsen wichtige Impulse. Die Staatsregierung bietet mit der Cluster-Initiative Unterstützung bei Finanzierung und Umsetzung.

Mit dem Programm „Investieren in Bayerns Zukunft“ fließen fast 200 Millionen Euro speziell in den ländlichen Raum. Im Programm „Zukunft Bayern 2020“ sind für den ländlichen Raum zusätzlich über 100 Millionen Euro für Staatsstraßen, 15 Millionen Euro für Dorferneuerung und 15 Millionen Euro für die Städtebauförderung eingestellt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das bringt bestimmt etwas!)

Das Aktionsprogramm für den ländlichen Raum wird konsequent umgesetzt. Wir legen ein „Tourismusprogramm“ im Umfang von 300 Millionen Euro auf, vornehmlich für Betriebe außerhalb der Großstädte.

Wir haben im Bereich der Landwirtschaft trotz massiver Kürzung der EU-Mittel die bayerische Kofinanzierung in unveränderter Höhe beibehalten. Mehr noch: Wir haben zusätzlich 70 Millionen Euro über das ursprüngliche Haushaltsvolumen hinaus zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe, für das Kulturlandschaftsprogramm, für die Dorferneuerung und weitere Maßnahmen bereitgestellt. Das unterstreicht eindrucksvoll die Bedeutung, die wir in Bayern der Land- und Forstwirtschaft einräumen.

Wir werden die Erschließung des ländlichen Raums mit Datenautobahnen verstärkt fördern.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Es ist höchste Zeit! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt, so schnell schon!)

Dazu legen wir ein Programm von 10 Millionen Euro auf, mit dem der Anschluss an das schnelle Internet möglich wird.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Ausbau der Fachhochschulkapazitäten in Lehre und angewandter Forschung sowie dem Ausbau des zweigleisigen Studienangebots „Hochschule dual“ stärken wir die Regionen zusätzlich. Wir sollten uns bewusst sein: Wir können die Kräfte der Globalisierung und des Marktes nicht außer Kraft setzen, aber wir müssen unsere Stärken erkennen und die Chancen nutzen.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: starke Kommunen.

In den Kommunen wird Gemeinschaft gelebt und staatliches Handeln erlebt. Starke Kommunen sind die Basis eines stabilen Gemeinwesens. Basis erfolgreicher kommunaler Selbstverwaltung ist eine angemessene Finanzausstattung. Wir haben den kommunalen Finanzausgleich in diesem Jahr deutlich aufgestockt. Für das kommende Jahr ist schon allein wegen der Steuerverbünde mit einer spürbaren Anhebung der FAG-Mittel zu rechnen. Meine Regierung legt ein Sonderprogramm von 150 Millionen Euro auf zur schnelleren Abfinanzierung staatlicher Förderung wichtiger Investitionsvorhaben. Das kommt auch

vielen privaten Trägern zugute. Damit wird der Abfinanzierungsstau deutlich reduziert.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Nach der Sperrefreigabe vom Mai dieses Jahres in Höhe von 100 Millionen Euro haben wir mit sofortiger Wirkung nochmals 70 Millionen Euro zusätzlich freigegeben. Davon profitieren auch die Kommunen und freie Träger von Schulen.

Wir haben in diesem Jahr auch eine Aufstockung der Mittel für den kommunalen Hochbau beschlossen. Damit wollen wir ein zusätzliches Investitionsvolumen von 185 Millionen Euro anschieben. Dies kommt vor allem den Schulen zugute. Aber es sind auch wichtige Impulse für das Handwerk und die Bauwirtschaft. Das sichert Arbeitsplätze vor Ort.

(Beifall bei der CSU)

Die Kommunen müssen aber künftig auch noch stärker selbst initiativ werden. Sie müssen gezielt an der Steigerung ihrer Attraktivität für Unternehmen, aber auch für junge Familien arbeiten. Dazu gehört ein aktives Regionalmanagement. Dazu gehört das Ausschöpfen von Effizienzreserven durch intensive kommunale Zusammenarbeit in der Verwaltung und beim Leistungsangebot an Bürger und Wirtschaft. Auch hier kommt es auf das Engagement jeder Kommune und jedes einzelnen Landkreises an.

Bayern ist ein kommunalfreundliches Land. Nicht ohne guten Grund wurde die Dotierung des kommunalen Finanzausgleichs in den Haushalten der letzten zehn Jahre immer mit Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände beschlossen. Unsere Kommunen stehen besser da als die Kommunen in anderen Ländern. Unsere Gemeinden erzielten 2006 einen positiven Finanzierungssaldo von 1,4 Milliarden Euro, während die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in allen drei vergangenen Jahren erhebliche Finanzierungsdefizite zu verzeichnen hatten. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz finanzieren sich mehr als 30-mal höher über Kassenkredite als bayerische Kommunen.

Nach der jüngsten Steuerschätzung erhalten die Kommunen in Deutschland in diesem Jahr im Durchschnitt über 7 % mehr Steuereinnahmen. Zudem werden unsere Kommunen gut 400 Millionen Euro über die Steuerverbünde zusätzlich bekommen. Sie müssen diese gute Situation zur Haushaltskonsolidierung nutzen. Dort, wo Kommunen aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind, muss auf der Grundlage von Sanierungsplänen durch Struktur- und Konsolidierungshilfen für rechtmäßige Haushalte gesorgt werden. Die Staatsregierung steht damit auch künftig an der Seite der Kommunen.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: Natur und Lebensraum nachhaltig entwickeln. Bayern zählt zu den Ländern mit der höchsten Umwelt- und Lebensqualität. Das ist der Erfolg einer konsequenten Umweltpolitik ohne Ideologie und ohne Verteufelung der Wirtschaft.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist doch lächerlich!)

Wir wollen die Schöpfung bewahren. Dafür tut Bayern mehr als jedes andere Land in Europa.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist doch Quatsch!)

In jüngster Zeit zeichnen sich aber die Risiken des weltweiten Klimawandels für unsere Heimat immer deutlicher ab.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Seit 20 Jahren!)

Der Klimawandel betrifft nicht nur arktische Eismassen oder Inselwelten im Indischen Ozean. Auch unsere Heimat ist betroffen – unsere Wälder, die empfindlich auf Klimaveränderungen reagieren, die Artenvielfalt in Flora und Fauna, unsere Städte und Dörfer, die von Hochwässern bedroht sind, und unsere Landwirtschaft. Wir investieren deshalb in den nächsten vier Jahren 350 Millionen Euro zusätzlich zu den regulären Haushaltsmitteln in den Klimaschutz.

Meine Regierung hat damit die im Programm „Bayern 2020“ beschlossenen Mittel mehr als verdoppelt.

(Beifall bei der CSU)

Das Klimaprogramm Bayern 2020 hat drei Ziele: Die Vermeidung von CO_2, den Schutz vor unvermeidlichen Folgen des Klimawandels und die Erforschung und Entwicklung klimaschonender Technologien. Bayern allein kann natürlich das Weltklima nicht retten, aber wir wollen einen Beitrag dazu leisten. Jeder kann etwas für den Klimaschutz tun. Es kommt auf jeden an. Priorität haben dabei die Maßnahmen mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Deshalb werden wir den Schwerpunkt auf die energetische Gebäudesanierung setzen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Uni München!)

Durch Wärmedämmung bei älteren Bauten wird pro investiertem Euro die höchste CO_2-Einsparung erreicht. Wir werden in den kommenden vier Jahren insgesamt 150 Millionen Euro in die energetische Sanierung staatlicher Gebäude investieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das haben Sie vor fünf Jahren auch schon gesagt! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist zu wenig!)

Ich erwarte, dass auch die Kommunen ihrerseits aktiv diese Klimaschutzaufgabe erfüllen.

Wir werden aber auch unsere führende Position bei alternativen Energien weiter ausbauen.

(Henning Kaul (CSU): Erneuerbare Energien!)

So wird die Staatsregierung die Tiefen-Geothermie, also die Nutzung von Erdwärme fördern. Besondere Bedeutung hat die Nutzung nachwachsender Rohstoffe im Rahmen des Programms „Bioenergie für Bayern“. Zur Anpassung an den Klimawandel werden wir den Hochwasserschutz weiter ausbauen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Gibt es dafür auch Geld?)

Wir werden 23 Millionen Euro für den Umbau unserer Wälder und für Schutzmaßnahmen im Bergwald einsetzen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Und dazu noch Schneekanonen!)

Bayern als Hightech-Land muss die Chancen nutzen, die sich unserer Wirtschaft in der Energie- und Umwelttechnik bieten. Deshalb werden wir die Klimaforschung und die Entwicklung von Technologien zur effizienteren Energieerzeugung und von erneuerbaren Energien vorantreiben.

Das Klimaschutzprogramm wird sich für Bayern nicht nur für das Klima auszahlen, sondern auch für das heimische Handwerk, das Baugewerbe und für wichtige Hightech-Branchen. Hier entsteht ein weltweiter Wachstumsmarkt. Das Programm macht uns ein Stück weit unabhängiger von teueren Energieimporten. Den Gegensatz von Ökonomie und Ökologie gibt es nicht. Sie gehen vielmehr Hand in Hand.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Grundlage unserer Politik für ein starkes und solidarisches Bayern bleiben solide Finanzen. Bayern hat mit seinem ausgeglichenen Haushalt einen Paradigmenwechsel in der Finanzpolitik in ganz Deutschland erreicht. Heute fahren wir die Ernte unserer soliden Haushaltspolitik ein.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Auf Kosten der Kommunen!)

Bayern kann mit den unerwartet hohen Steuereinnahmen gestalten, andere Länder müssen davon hohe Zinsen zahlen.

Erstens werden wir aus den Steuermehreinnahmen der beiden Jahre 2007 und 2008 die Gesamtfinanzierung des Programms „Bayern 2020 – Kinder, Bildung, Arbeit“ in Höhe von 1,5 Milliarden Euro sicherstellen.

Zweitens werden wir die Investitionsquote auf 13 % steigern.

Drittens werden wir mit 150 Millionen Euro die Abfinanzierung der staatlichen Förderung wichtiger Investitionsvorhaben vorantreiben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Altschulden!)

Viertens werden wir Schulden in Höhe von 200 Millionen Euro tilgen – und das im Gegensatz zu anderen Ländern, die noch Schulden machen.

(Beifall bei der CSU)

Fünftens werden wir eine Rücklage in Höhe von 400 Millionen Euro für konjunkturell schwierige Zeiten bilden, die sicher auch wieder kommen werden.

Ausgeglichene Haushalte bleiben auch künftig die unverrückbare Grenze aller politischen Wünsche. Schulden tilgen, Rücklagen für die Zukunft bilden und zugleich die Investitionen steigern – diesen Dreiklang schafft kein anderes Land in Deutschland. Das ist Politik in der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.

(Beifall bei der CSU)

Der Erfolg Bayerns steht und fällt mit unserer eigenständigen Gestaltungskraft. Mit einer soliden Haushaltspolitik haben wir uns finanzielle Spielräume und mit der Föderalismusreform I zusätzliche politische Kompetenzen für eine aktive Gestaltung der Zukunft erkämpft. Wir werden uns aber vehement Forderungen anderer Länder nach neuen finanziellen Belastungen für Bayern entgegenstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nach den Vorstellungen einiger Länder sollen sich alle Länder über einen Entschuldungsfonds an den Zins- und Tilgungslasten für Altschulden solidarisch beteiligen. Und noch mehr: Die finanzschwachen Länder fordern zusätzlich zum geltenden Finanzausgleich einen Nachteilsausgleich für aus ihrer Sicht bestehende Strukturunterschiede zwischen den Ländern. Dabei soll der Finanzausgleich weiterhin die Einnahmen auf über 95 % nivellieren. Das wäre ein „Rundum-Sorglos-Paket“ auf Kosten der Länder, die durch gute Wirtschaftspolitik und durch konsequentes, zum Teil auch schmerzhaftes Sparen ihren Haushalt ausgleichen und niedrige Schulden haben. Bayern zahlt bereits jetzt jedes Jahr knapp vier Milliarden Euro in den bundesstaatlichen Finanzausgleich. Diese Belastung darf durch Nachteilsausgleich und Abfinanzierung fremder Schulden nicht weiter steigen.

(Beifall bei der CSU)

Die Föderalismusreform II muss die Eigenverantwortung der Länder stärken, sie darf sie nicht schwächen. Sie muss ein striktes, rechtlich verbindliches Neuverschul-

dungsverbot mit automatischen Folgen und Sanktionen enthalten. Wir werden die berechtigten Interessen Bayerns und seiner Bürgerinnen und Bürger im Bund selbstbewusst vertreten.

„Gemeinsam für Bayerns Zukunft“ heißt: die Bürger am politischen Prozess beteiligen.

Vielfach werden Politikverdrossenheit und eine Teilung der Gesellschaft in „die da oben“ und „die da unten“ beklagt. Deshalb möchte ich die Bürger an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen.

(Günter Gabsteiger (CSU): Sehr gut!)

Ich werde daher ein Bürgergutachten auf den Weg bringen, damit die Meinung der Bürger genauso in politische Entscheidungen über Zukunftsfragen Bayerns einfließen kann wie die Meinung von Politikern, Wissenschaftlern und anderen Experten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, Bayern ist ein starkes Land. Bayern ist ein modernes Land. Bayern ist ein stabiles Land. Ich werde mit meinem Kabinett das große Erbe, das wir von Edmund Stoiber übernommen haben, weiter mehren. Ich setze dabei auf Mannschaftsgeist und Teamarbeit. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion und dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid für die konstruktiven Anregungen und Vorschläge für unsere gemeinsame Politik.

Bayerns Zukunft zu gestalten, ist nicht allein Aufgabe des Staates. Es kommt auf jeden Einzelnen an. Jeder muss an seinem Platz Verantwortung übernehmen und seinen Beitrag leisten, in den Schulen, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft, im Ehrenamt. Wir dürfen uns wirklich darüber freuen, dass das ehrenamtliche, bürgerschaftliche Engagement in Bayern so großartig ist. Ohne diesen Einsatz wäre unser Zusammenleben menschlich um Vieles ärmer. Jeder Einsatz für andere Menschen, für Kinder, für Kranke, für Pflegebedürftige, in Kirchen, in Vereinen, bei den Feuerwehren oder in der Kommunalpolitik macht uns unendlich reich. Eine vitale und solidarische Gesellschaft braucht aktive Bürger.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb ist das Leitmotiv dieser Regierungserklärung: „Es kommt auf jeden an. Gemeinsam für Bayerns Zukunft“.

Es kommt auf jeden Einzelnen an, um wirtschaftlich stark zu bleiben. Es kommt auf jeden Einzelnen an, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Es kommt auf jeden Einzelnen an, dass die Gesellschaft zusammenhält. Es kommt auf jeden Einzelnen an, dass unsere reiche Kultur und unsere Traditionen lebendig gehalten und weitergetragen werden. Es kommt auf jeden Einzelnen an, dass unsere Gesellschaft solidarisch bleibt.

Wenn jeder von uns seiner Verantwortung für sich und das Gemeinwohl nachkommt, dann werden wir gemeinsam Bayerns Zukunft sichern. Im Bewusstsein unserer gemeinsamen Geschichte, in gemeinsamer Anstrengung und mit gemeinsamen Werten wollen wir die Zukunft meistern – mit Mut und in Demut. „Es kommt auf jeden und jede an, also auf alle. Gemeinsam für Bayerns Zukunft“.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 75 Minuten pro Fraktion vereinbart. Erster Redner: Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in diesem Hause schon viele Regierungserklärungen gehört, aber das war die schlechteste.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Kein Aufbruch, sondern Altbekanntes. Kein Neuanfang, sondern x-mal Gehörtes. Kein Elan und keine Begeisterung, sondern Zaudern, Zögern und Ängstlichkeit.

(Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Kein Mut, sondern Kleinmut. Keine Demut, sondern Hochmut.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir hatten etwas anderes erwartet. Wir hatten erwartet, dass ein neu ins Amt gekommener Protestant mit reformatorischem Eifer an die Sache herangeht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Stattdessen haben wir eine brave Stoffsammlung konservativer Weltsicht gehört, voller Worthülsen und Plattitüden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Man reibt sich die Augen und fragt sich: Warum musste Stoiber eigentlich gehen? – Doch nicht dafür, meine Damen und Herren – doch bitte nicht dafür!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich möchte fast sagen: Edmund, hilf in dieser Situation!

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU – Glocke des Präsidenten)

Vieles, Herr Ministerpräsident, was Sie gesagt haben, ist richtig. Vieles ist wahr. Wenn Sie zum Beispiel sagen, dass in Zeiten der Globalisierung nur beste Bildung den Menschen Arbeit und Wohlstand sichert – ja, das stimmt,

einverstanden. Das Problem ist aber, dass Sie mit Ihrer verfehlten Bildungspolitik diesen Anspruch genau nicht einlösen. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vieles ist richtig. Sie sagen zum Beispiel – ich zitiere Sie wörtlich –: „Unterricht muss für Schüler und Eltern verlässlich sein." – Einverstanden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dass Sie das aber als Ziel Ihrer Politik formulieren müssen, das ist das Problem, weil nämlich der Unterricht in Bayern nicht zuverlässig stattfindet, sondern viel zu oft ausfällt. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und das ist auch Ihre Verantwortung nach 50 Jahren Alleinregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Oder wollen Sie abstreiten, Herr Spaenle, dass Unterricht in unserem Land ausfällt?

Vieles ist richtig. Sie haben viele wichtige Tugenden beschworen. Ehrlichkeit, Pünktlichkeit, Disziplin – einverstanden. Aber der Unpünktlichste von allen war doch Edmund Stoiber. Und ist er ein schlechter Mensch? – Nein, er ist kein schlechter Mensch, aber unpünktlich war er immer. Heute waren Sie pünktlich.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben als Leitmotiv Ihrer Regierungserklärung formuliert – ich zitiere –: „Es kommt auf jeden an. Gemeinsam für Bayerns Zukunft". Ich nehme Sie beim Wort und nehme Ihre Einladung gerne an. Ich fange gleich hier und heute damit an, Ihnen überall dort, wo wir bayerischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die besseren Vorschläge und Konzepte für die Zukunft Bayerns haben, diese vorzutragen. Wenn Ihr Leitmotiv mehr sein soll als sonntägliche Gemeinsinnslyrik für das Poesiealbum, dann sollten Sie aufhören, unsere vielen guten Vorschläge und Anträge in altbekannter Manier niederzumachen, nur weil sie nicht auf Ihrem Mist gewachsen sind. Auch hier: mehr Demut statt immer nur Hochmut.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn es Ihnen ernst ist mit Bayern und nicht nur um blinde Rechthaberei geht, dann sollten Sie uns zuhören und nicht wieder jahrelang warten, bis irgendeine Kommission bei uns abschreibt und Ihnen dann die Vorschläge präsentiert, die Sie vorher bei uns in diesem Hause abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Noch eines vorweg, sehr geehrter Herr Beckstein: Sie sollten auch aufhören mit infamen Unterstellungen in der Bildungs-, in der Schul- und in der Familienpolitik, die Sie auch heute wider besseres Wissen für die Zuschauer draußen am Bildschirm unters Volk streuen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn Sie uns in den Mund legen, wir würden sagen – wörtlich –, Kinder sind in der Krippe besser aufgehoben als bei den Eltern, dann ist das eine Lüge und eine infame Unterstellung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Lassen Sie so etwas; lassen Sie so etwas bleiben. Wenn Sie sagen, wir würden behaupten, in der vierten Klasse der Schulen entscheidet sich endgültig das Schicksal der Menschen, dann ist auch das eine infame Unterstellung.

Das hat niemand von uns behauptet. Wir wollen aber, dass es den Kindern in unserem Bildungssystem nicht so schwer gemacht wird, einen Aufstieg zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Machen Sie es den Hauptschülern nicht so schwer, wie es in Bayern ist. Warum glauben Sie denn, dass die Eltern fast alles daran setzen, um ihre Kinder in weiterführende Schulen, in die Realschulen und in die Gymnasien, zu bringen? Die Eltern wissen genau, dass der leichtere Weg für ihre Kinder über die Realschule und über das Gymnasium führt. Das ist das Problem. Die Eltern wissen das. Deshalb entscheiden sie sich so oft gegen die Hauptschule. Der Grund ist nicht, dass wir die Hauptschule schlechtreden, sondern dass Sie die Hauptschule schlecht machen. Das ist das entscheidende Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich komme darauf später noch einmal zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch nie zuvor hatte der Freistaat Bayern aufgrund der positiven konjunkturellen Entwicklung in Deutschland so günstige finanzielle Rahmenbedingungen wie heute. Die Bayerische Staatsregierung kann nach der jüngsten Steuerschätzung in diesem und im kommenden Jahr auf Mehreinnahmen in Höhe von sage und schreibe 4,2 Milliarden Euro zurückgreifen. Das ist genügend Geld, um die Investitionsquote in Bayern endlich wieder auf 15 % zu erhöhen, eine Investitionsquote, die Sie in den Keller gefahren haben. Mit einer Quote von 15 % wären wieder mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze in unserem Lande möglich.

(Alexander König (CSU): Das sagt der Richtige!)

Erhöhen Sie die Quote! Herr Faltlhauser selbst verlangt das seit vielen Jahren. Sie bleiben aber auch diesmal wieder weit dahinter zurück. Mit den 4,2 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen wäre es möglich, endlich die gewaltigen Defizite im Bildungsbereich, an unseren Schulen, bei der Kinderbetreuung und an unseren Hochschulen, anzugehen und zu beseitigen. Auch hier Fehlanzeige. Es war geradezu ein Debakel, was Sie heute hier für unsere Schulen und Hochschulen angekündigt haben. Das war ein Debakel. Ich werde auch darauf noch zurückkommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben das Geld der Steuerzahler zur Verfügung, aber es fehlt Ihnen die Kraft, damit die richtigen Weichenstellungen für die Zukunft Bayerns vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte heute gerne von Ihnen gehört, welches Konzept Sie haben, damit jeder Jugendliche in Bayern einen Ausbildungsplatz bekommt. Ich hätte gerne von Ihnen gehört, wie Sie es schaffen wollen, mehr Frauen in Bayern in Führungspositionen zu bringen. Kein Wort und kein Halbsatz dazu.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben die Stellung der Landwirtschaft angesprochen. Ich hätte gern von Ihnen gehört, wie Sie zum Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft stehen. Kein Wort dazu. Wie wollen Sie es schaffen, das zu erreichen, was wir fordern, nämlich Bayern zu einem gentechnikfreien Land in der Landwirtschaft zu machen? Wie wollen Sie das schaffen? Kein Wort dazu.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich hätte gerne von Ihnen gehört, wie Sie es konkret schaffen wollen, die benachteiligten Landesteile Bayerns an unsere Boom-Regionen heranzuführen. Auch dazu Fehlanzeige. Ich hätte gerne gehört, wie Sie es schaffen wollen, dass der Freistaat als öffentlicher Arbeitgeber endlich die Schwerbehindertenquote erfüllt. Auch dazu Fehlanzeige, kein Satz und kein Wort. Das waren nur einige wichtige Punkte.

Ich hätte auch gerne gehört, wie Sie zu aktuellen bundespolitischen Fragen stehen, zu denen Ihre Stimme und Ihre Entscheidung in den nächsten Wochen im Bundesrat gefordert ist. Wie stehen Sie zur Verlängerung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer bzw. Arbeitslose? Wie stehen Sie zur Pendlerpauschale? Wie stehen Sie eigentlich zur Bahnreform? Das ist für unser Land ein existenzielles Thema, weil mit der Privatisierung der Bahn, mit dem Einstieg eines privaten Investors, natürlich Streckenstilllegungen in diesem Lande drohen. Ich erwarte hier Ihren Einsatz an unserer Seite. Aber auch dazu Fehlanzeige.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich hätte auch gerne gehört, wie Sie zu einem Mindestlohn für die Postdienstleister stehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wollen Sie es wirklich allen Ernstes zulassen, dass private Briefzusteller aus anderen Ländern mit Dumping-Löhnen auf unseren Markt kommen, mit 5 oder 6 Euro in der Stunde, während unsere Bundespost ihre Dienste nicht in anderen Ländern anbieten kann, weil dort das Briefmonopol verlängert wird? Wollen Sie das allen Ernstes?

(Beifall bei der SPD)

Franz Josef Strauß – wenn ich ihn zitieren darf – hätte in einem solchen Fall gesagt: Liberal sind wir schon, aber nicht blöd. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sollten wir auch nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nicht einmal zu aktuellen Streitthemen in der Landespolitik etwas verlauten lassen. Wie steht es eigentlich mit dem Büchergeld? Wollen Sie es allen Ernstes dabei belassen, dass die Kommunen, die Städte und die Landkreise in Bayern jetzt dafür aufkommen müssen, wofür ausschließlich Sie zuständig sind? Das ist ein dreister Griff in die Taschen der bayerischen Kommunen. Wollen Sie es wirklich dabei belassen?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sagen: „Wir werden auch künftig an der Seite der Kommunen stehen." Ich sage Ihnen: Das ist wie Hohn und Spott. Sie überlassen den Kommunen die Finanzierung des Büchergeldes, obwohl das einzig und allein staatliche Aufgabe ist.

(Walter Nadler (CSU): Schmarrn! – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Informieren, Herr Kollege! Sie haben keine Ahnung!)

Herr Dr. Beckstein, Sie sagen, Bayern sei ein kommunalfreundliches Land. Das stimmt. Das Problem ist: Wir haben eine kommunalfeindliche Regierung. Das muss sich in diesem Freistaat Bayern ändern.

(Beifall bei der SPD – Renate Dodell (CSU): So ein Quatsch!)

Ein zweites Beispiel, der Transrapid. Der Transrapid, ein Leuchtturm, der fährt. Das war interessant. Die Münchner CSU sagt Ja zum Transrapid, aber komplett untertunnelt. Wollen Sie das auch? Die Oberpfälzer CSU sagt: Transrapid ja, aber bis Regensburg. Das ist ein wunderbarer Vorschlag. Ich habe auf den Kalender geschaut, ob das zufällig am 11. November war, dem Faschingsanfang. Nein, das war ein ernst gemeinter Vorschlag. Was sagen Sie eigentlich dazu? Heute sagen Sie zum Transrapid: „Wir lassen uns in kein finanzielles Abenteuer treiben." Was soll das heißen? Edmund Stoiber und Erwin Huber haben

erklärt, die Finanzierung des Transrapids stehe. Sie sagen dagegen, Sie ließen sich in kein finanzielles Abenteuer treiben. Was wollen Sie uns mit solchen Sätzen sagen? Das ist keine klare Auskunft und keine klare Position.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Beckstein, Sie haben am 22. September in der „Süddeutschen Zeitung“ Folgendes gesagt: „Nachdem Stoiber noch nichts gesagt hat, weiß ich nicht, was mein Wille ist.“ Herr Dr. Beckstein, diese Zeiten sind vorbei. Jetzt sind Ihre Entscheidung und Ihr Wille gefragt. Sie dürfen nicht länger warten, bis Herr Stoiber Ihnen sagt, wo es lang geht, sondern Sie müssen endlich auch eigene Entscheidungen treffen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Thema „Transrapid“ passt ein sehr guter Vorschlag, den Sie gemacht haben, nämlich der Vorschlag eines Bürgergutachtens. Sie möchten ein Bürgergutachten auf den Weg bringen, damit die Meinung der Bürger genauso in politische Entscheidungen über die Zukunft Bayerns einfließen kann wie die Meinung von Politikern. Das ist ein guter Vorschlag. Das machen wir beim Transrapid. Wir lassen die Meinung der Bürger in die Entscheidung der Politik einfließen. Tun Sie das. Nehmen Sie den Bürgerwillen ernst. Respektieren Sie den Willen der Bürger. Ich sage Ihnen: Die Menschen in diesem Land wollen Ihr Prestigeprojekt nicht. Wenn Sie nicht selbst zur Vernunft kommen, werden wir Sie mithilfe eines Volksbegehrens eben zur Vernunft bringen.

(Alexander König (CSU): Selbstüberschätzung!)

– Ob das Selbstüberschätzung ist? Da würde ich erst einmal warten, wie das ausgeht. Hochmut kommt vor dem Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen zur Familienpolitik, das bayerische Landeserziehungsgeld gebe Sicherheit und Wahlfreiheit für die Familien.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt! Bei nur 150 Euro!)

– Respekt. Das bayerische Landeserziehungsgeld gibt also Sicherheit und Wahlfreiheit für die Familien. Toll. – Wissen Sie eigentlich, in welchem Umfang Ihre Staatsregierung, der Sie immerhin 14 Jahre angehört haben, auch als Stellvertretender Ministerpräsident, das Landeserziehungsgeld gekürzt und zusammengestrichen hat? Wissen Sie das eigentlich? – Es betrug im Jahr 2004 188 Millionen Euro. Heute beträgt es noch 113 Millionen Euro. 75 Millionen Euro haben Sie beim Landeserziehungsgeld gestrichen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das gibt Sicherheit!)

Doch jetzt sagen Sie, das Landeserziehungsgeld schaffe Sicherheit für die Familien. Dreister kann man den Menschen wirklich nicht Sand in die Augen streuen.

(Beifall bei der SPD – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So viel weniger Kinder sind es schließlich auch nicht geworden!)

Die Wahrheit ist doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie den Familien in Bayern in den letzten Jahren Geld genommen haben. Sie haben Leistungen gekürzt und den Familien gleichzeitig mit Büchergeld und Studiengebühren neue Belastungen auferlegt. Das ist Ihre Familienpolitik!

(Beifall bei der SPD)

Schöne Phrasen helfen nicht, wenn die konkrete Politik familienfeindlich ist.

Die vorgetragene Regierungserklärung reiht sich übrigens nahtlos in die schwache Vorstellung ein, die Sie seit Ihrem Amtsantritt gegeben haben. Die Kabinettsbildung wurde von den Medien wie folgt aufgenommen: „Anfang ohne Zauber“, „Große Enttäuschung“, „Mittelmaß“, „Trostlose Notlösung“. Die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt: „Beckstein traut sich nicht, umso blasser sieht er nun aus.“ Auch die dringende Neuordnung von Zuständigkeiten in den einzelnen Ressorts sind Sie nicht angegangen. Sie haben erklärt, dafür sei keine Zeit gewesen. Das ist doch lächerlich. Wer 14 Jahre lang Minister und die letzten Jahre Stellvertretender Ministerpräsident war,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und dann noch neun Monate designierter Ministerpräsident!)

wer dann noch neun Monate designierter Ministerpräsident war und dann sagt: Jetzt hab’ ich leider keine Zeit gehabt, mir Gedanken zu machen, der ist doch eine Fehlbesetzung auf diesem Platz! Herr Beckstein, wer das sagt, der ist der Rolle und dem Amt des Ministerpräsidenten schlichtweg nicht gewachsen. Der ist überfordert.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Tun Sie nicht so, als wären Sie ein Frischling. Sie sind ein alter Hase auf diesem Gebiet und in diesem Hause.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie hätten deshalb beispielsweise den Verbraucherschutz neu ordnen können. In unserem Untersuchungsausschuss „Gammelfleisch“, den Sie übrigens als den überflüssigsten Untersuchungsausschuss aller Zeiten bezeichnet haben, kommt praktisch täglich etwas Neues ans Licht. Dieser Untersuchungsausschuss beweist, dass der Verbraucherschutz und die Lebensmittelsicherheit in Bayern nicht gewährleistet sind und dringend einer Neuordnung

bedürfen. Das hätten Sie zumindest organisieren können. Aber noch nicht einmal das haben Sie sich getraut.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch schwach, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns über eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und in Bayern. Auch in unserem Land wirkt sich die allgemeine konjunkturelle Situation positiv aus: Es gibt mehr Arbeitsplätze, die Beschäftigung wächst, die Arbeitslosigkeit ist rückläufig. In Teilen Bayerns sind wir tatsächlich auf dem Weg in die Vollbeschäftigung. Ein Problem, das wir nicht gelöst haben, sind die großen regionalen Unterschiede, die es nach wie vor in unserem Land gibt. Wir haben in der Stadt Eichstätt eine Arbeitslosenquote von 1,5 %. Das ist Vollbeschäftigung. In der Stadt Hof haben wir aber nach wie vor eine Quote von 10,1 % und in der Stadt Weiden ebenfalls 10,1 %. Es wäre die Aufgabe Ihrer Politik, hier nicht nur allgemeine, gute Arbeitsmarktzahlen zu verkünden, sondern Konzepte vorzulegen, wie Sie die schwachen Regionen in Bayern stärken wollen und wie Sie dort Arbeitsplätze realisieren wollen.

(Beifall bei der SPD)

In vielen Regionen Bayerns besteht übrigens deutlicher Fachkräftemangel. Da gibt es dann die Klagen, es fehlten Fachkräfte. Wer aber heute über mangelnde Fachkräfte klagt, der muss sich schon fragen, was er in den letzten Jahren für die Ausbildung junger Leute getan hat.

(Beifall bei der SPD)

Der Fachkräftemangel von heute ist die Folge fehlender Ausbildungsplätze in der Vergangenheit. Ich möchte größere Anstrengungen in der beruflichen Bildung sehen. Ich möchte, dass jeder Jugendliche in Bayern einen Ausbildungsplatz bekommt.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir haben 34 000 registrierte arbeitslose Jugendliche. 34 000! Wir haben Jugendliche ohne Schulabschluss. Fast 10 % der Kinder verlassen die Schule ohne Abschluss.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wahnsinn!)

Übrigens sind das häufig Hauptschulabgänger. Wir haben an den Volkshochschulen und in der Erwachsenenbildung Kurse voll mit jungen Leuten, die den Hauptschulabschluss nachholen wollen, weil ihnen die Hauptschule diesen Abschluss nicht gegeben hat. In den Berufsschulen haben wir zu Tausenden Jugendliche, die ohne Ausbildungsvertrag sind. Das gerät aber deshalb in Vergessenheit, weil wir in den schul- und bildungspolitischen Fragen meist über Gymnasien und Realschulen reden, jedoch nur selten über die Berufsschulen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Wir kümmern uns um die Berufsschulen. Tun Sie deshalb nicht so, unterstellen Sie uns nicht, als würde der Mensch erst beim Abitur anfangen. Das ist eine dieser infamen Unterstellungen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir in diesem Hause, meine sehr geehrten Damen und Herren, kümmern uns um Förderschulen, um Hauptschulen, um Berufsschulen, Berufsoberschulen und um Fachoberschulen mehr, als Sie das tun. Sie jedoch vernachlässigen diese Schulen! Das ist das Problem.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie tun nichts für die Förderschulen. Sie tun auch nichts für die Hauptschulen. Darauf komme ich noch zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist bitter, sehen zu müssen, dass viele Menschen vom Aufschwung leider nichts haben und davon nicht profitieren. Wir wollen Bayern gerechter machen. Ich will, dass der Aufschwung für alle Menschen im Land spürbar wird und bei allen Familien ankommt. Es ist höchste Zeit dafür, dass es für alle Menschen in Bayern aufwärts geht. Das ist übrigens auch ein Auftrag unserer Bayerischen Verfassung.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen im Land hören täglich gute, erfreuliche Nachrichten über die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Sie sehen, es gibt wieder mehr Arbeitsplätze im Angebot. Die arbeitenden Menschen in unserem Land verdienen aber zu wenig.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ist es!)

Die Löhne sind zu niedrig: Die Reallöhne in Bayern sind in den letzten zehn Jahren um fast 1 % gesunken, nicht gestiegen. Immer mehr Menschen arbeiten in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen, in Leih- und Zeitarbeit. Immer mehr junge Menschen werden von einem Praktikum in das andere weitergeschoben. Sollen die jungen Menschen in dieser unsicheren Situation denn an Familiengründung denken? Wir beklagen, dass es zu wenige Kinder in diesem Land gibt. Wir sollten zuerst einmal für mehr Sicherheit für die jungen Menschen und die jungen Familien sorgen. Dann werden diese auch wieder leichter Ja zu einem Kind sagen können.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch das Thema der Mindestlöhne noch einmal aufgreifen. Auch dazu gibt unsere bayerische Verfassung einen guten Hinweis. Ich zitiere Artikel 169 der Bayerischen Verfassung. Dort heißt es wörtlich, Herr Ministerpräsident:

> Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wunderbarer Satz! – Ludwig Wörner (SPD): Aha!)

Mindestlöhne, um den Familien und den Arbeitnehmern eine auskömmliche Situation sicherzustellen. Das ist der Auftrag der Bayerischen Verfassung!

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Auftrag der Bayerischen Verfassung passt es nicht, dass wir Menschen mit fünf oder sechs Euro in der Stunde nach Hause schicken und dass in Vollzeit erwerbstätige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 800 Euro netto verdienen. Das widerspricht der Würde des arbeitenden Menschen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fordere ich Sie auf, an unserer Seite im Bundesrat endlich für Mindestlöhne zu kämpfen, anstatt sie dort immer wieder abzulehnen und zu blockieren.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nicht in Ordnung. Wir werden den Menschen draußen auch sagen, wem das recht ist und wer es zulassen will, dass in diesem Land weiterhin für fünf oder sechs Euro gearbeitet werden muss. Es ist doch lächerlich, wenn man die Behauptung aufstellt, ein Mindestlohn von 7,50 Euro für eine Reinigungsfrau gefährde den wirtschaftlichen Aufschwung. Das ist doch lächerlich! Genauso lächerlich oder noch schlimmer ist es, wenn diese Sätze aus dem Mund von Managern kommen, die selbst 13 Millionen Euro im Jahr verdienen.

(Beifall bei der SPD)

Eher gefährdet das den wirtschaftlichen Aufschwung als ein Mindestlohn für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Diese Einkommensunterschiede in unserem Land stehen in keinem Verhältnis mehr zur oft beschworenen Leistung. Gut verdienen, ja, aber sich die Taschen vollstopfen, nein, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es muss nicht sein, dass ein Manager in Deutschland ebenso viel verdient wie 300 Lehrer in diesem Land. Da ist etwas aus dem Lot geraten, und wir müssen das dringend korrigieren.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich ganz kurz zur Vermögensverteilung in unserem Land Bayern. Da gab es in der letzten Woche eine Untersuchung eines wirtschaftswissenschaftlichen Instituts, aus der hervorgeht, dass fast die Hälfte der Bayern über gar kein oder nur über ein äußerst geringes Vermögen verfügt. Im Gegensatz dazu besitzen die Reichsten, 10 % der bayerischen Bevölkerung, knapp 60 % des gesamten Vermögens in Bayern. Viele der Landkreise mit den meisten Einkommens- und Vermögensmillionären befinden sich im Freistaat Bayern. Wenn ich das anspreche, so ist das kein Sozialneid und kein Aufruf zum Klassenkampf.

(Georg Schmid (CSU): Was denn?)

– Ich sage Ihnen, was es ist: Das ist eine Spaltung dieser Gesellschaft, die mit einer solidarischen Leistungsgesellschaft nichts mehr zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist obszön, wenn die Unterschiede bei Vermögen und Einkommen mittlerweile derart krass sind, wie es in Bayern der Fall ist. Wir wollen das nicht hinnehmen, Herr Kollege Schmid. Wir sagen nicht, dass das eine Neiddebatte ist, sondern wir sagen: Das ist eine Herausforderung für Menschen, die immer noch in Gerechtigkeitskategorien denken. Wir wollen das. Für uns ist Solidarität modern, zeitgemäß und das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen – das sage ich Ihnen ganz offen – bin ich für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer in unserem Land,

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Oh Gott!)

damit die Superreichen wenigstens einen kleinen Beitrag zum Gemeinwesen und zum Gemeinwohl leisten.

(Beifall bei der SPD)

Die Vermögensteuer ist im Übrigen eine reine Landessteuer. Das Aufkommen käme ausschließlich dem Freistaat Bayern zugute, und es könnte dazu genutzt werden, endlich die Kinderarmut in unserem Land zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nämlich eine Schande, Herr Faltlhauser, dass es in unserem reichen Land Kinderarmut gibt, dass 150 000 junge Menschen und Kinder in Armut leben müssen, was Ihnen anscheinend egal ist.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Uns ist das nicht egal; uns treibt das um, und wir fühlen uns durch Kinderarmut herausgefordert.

(Beifall bei der SPD)

Damit bin ich bei der bayerischen Sozialpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von der CSU: Da kannst du gleich aufhören!)

Herr Dr. Beckstein hat in gewisser Weise versucht, einen Imagewechsel in der Sozialpolitik zu erreichen. Deshalb möchte ich Ihnen in Erinnerung rufen, Herr Dr. Beckstein, dass Sie nicht beiläufig, sondern als stellvertretender Ministerpräsident einer der Hauptverantwortlichen für drastische und unsoziale Kürzungsmaßnahmen in den letzten Jahren gewesen sind. Es wurden gekürzt: das Blindengeld, die Obdachlosenhilfe, die Flüchtlingshilfe, die Mittel für die Familienberatung, für die Schuldnerberatung, für den Sport, die Altenhilfe, die Hilfe für psychisch Kranke, die Hilfe zur Pflege usw. Sie haben heute die Aktion des Bayerischen Jugendrings gelobt „Drei Tage Zeit für Helden“. Das ist eine tolle Aktion, Respekt und Anerkennung für die jungen Leute und für den Bayerischen Jugendring!

(Beifall bei der SPD)

Lob ist aber zu wenig.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Notwendig wäre auch eine finanzielle Ausstattung der Jugendarbeit. Aus Dankbarkeit für die Aktion, die Sie heute gelobt haben, haben Sie dem Bayerischen Jugendring die Mittel um Millionen gekürzt. Das ist eine unsoziale und unanständige Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU))

Nichts von dem, was Sie in den letzten Jahren den sozialen Einrichtungen und den Verbänden der Wohlfahrtspflege weggenommen haben, haben Sie zurückgegeben. Ihr einziges Versprechen ist: Wir überfallen euch nicht schon wieder; aber das, was wir euch damals beim Überfall aus der Tasche genommen haben,

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Das behalten wir!)

das geben wir nicht mehr her.

(Engelbert Kupka (CSU): Maget, was erzählst du uns heute denn?)

Wenn daraus der Anspruch einer neuen sozialen Ethik abgeleitet werden soll, dann bin ich wirklich skeptisch.

(Beifall bei der SPD)

4,2 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen erfordern eine radikale Wende in der bayerischen Sozialpolitik. Lediglich 5 % des bayerischen Etats werden für Soziales ausgegeben.

(Engelbert Kupka (CSU): Wachstum nächstes Jahr Null!)

In Ihrer Regierungserklärung – Kollege Wahnschaffe hat nachgezählt – finden sich genau zehn Zeilen zu diesem Thema. Ich greife nur ein einziges Thema davon heraus: die Pflege in unserem Land. Ich bin als junger Zivildienstleistender mit 19 Jahren zum ersten Mal schwerstkranken und schwerstpflegebedürftigen Menschen begegnet. Ich habe damals menschenunwürdige Situationen in der Pflege erlebt. Ich habe Menschen gesehen, die mit einem dicken Dekubitus in ihren Betten lagen. Ich habe mir damals geschworen: Wenn ich einmal etwas auf dieser Welt bewirken und ändern kann, dann muss Schluss sein mit menschenunwürdigen Verhältnissen in der Pflege.

(Beifall bei der SPD)

Da ist vieles passiert; da hat sich einiges verbessert. Es muss aber noch vieles getan werden, und davon habe ich heute nichts gehört, Herr Dr. Beckstein. Die Arbeiterwohlfahrt und auch der Landescaritasverband fordern dringlich eine Rückkehr zur Investitionsförderung für stationäre Einrichtungen der Altenhilfe.

(Beifall bei der SPD)

Da haben Sie sich komplett aus dem Staub gemacht. Ich habe nicht gehört, dass Sie diesen verfehlten Kurs korrigieren wollen. Die Wohlfahrtsverbände erwarten zu Recht eine Aufstockung der Investitionsmittel auch für die ambulante Pflege. Ich habe nicht gehört, ob Ihnen das ganz allgemein ein Anliegen ist – das würde ich noch glauben –, und ich habe nicht gehört, wie Sie diese Situation konkret in den Pflegeeinrichtungen tatsächlich verbessern wollen.

Wir brauchen auch eine gerechte und solidarische Finanzierung der Pflege. Bleiben Sie bei Ihrem Vorschlag, eine Kopfpauschale der Finanzierung der Pflegeversicherung einzuführen? – Frau Stewens sagt Ja, das sei der richtige Weg, Herr Seehofer sagt Nein, mit der CSU niemals. Wo ist eigentlich Herr Beckstein? Auf solche Fragen hätte ich gerne eine Antwort des bayerischen Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der SPD)

Auch an dieser Stelle sind Sie uns alle Antworten schuldig geblieben.

(Engelbert Kupka (CSU): Wenn wir da was gesagt hätten, hätte euch woanders was nicht gepasst!)

– Das hätte mir schon gut gefallen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den größten und schwierigsten Zukunftsthemen unseres Landes gehört die Frage, wie wir mit Menschen mit Migrationshintergrund umgehen, wie wir es also schaffen wollen, die Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen in unser Land zu bewältigen und wie wir Ausländerfeindlichkeit in unserem Land bekämpfen wollen. Sie haben dazu auch Stellung genommen. An dieser Stelle muss man vorsichtig sein; denn die Gefahr neuer Ausländerfeindlichkeit im Land ist groß.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich bitte dringend darum, alles zu unterlassen, was dieser Ausländerfeindlichkeit auch noch Nahrung geben könnte.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen einen Satz vorhalten, den Sie im Zusammenhang mit der geplanten Verlängerung der Arbeitslosengeldleistungen für ältere Arbeitnehmer in einem dpa-Gespräch jüngst gesagt haben. Sie haben gesagt:

> Ich verstehe schon, wenn langjährige Beitragszahler ein längeres Arbeitslosengeld verlangen, und zwar länger als jemand, der etwa aus der Türkei, Bosnien oder aus dem Fernen Osten zu uns gekommen ist und nur wenige Jahre Beitrag gezahlt hat.

Ich frage mich, was soll eine solche Einlassung an dieser Stelle?

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Es geht doch in der Frage des Bezugs von Lohnersatzleistungen nicht um die Staatsangehörigkeit oder um die Herkunft eines Menschen,

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nur um das, was einer gearbeitet hat!)

sondern es geht um die Frage, ob er einen Anspruch auf Lohnersatzleistungen in der Sozialversicherung hat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn Sie an einer solchen Stelle ausgerechnet – –

(Prof. Dr. Kurt Faltlhauser (CSU): Sie wollten das bewusst missverstehen! – Gegenruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da kann man nichts missverstehen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Was kann man da missverstehen?)

– Wenn man sagt, ich verstehe schon, dass langjährige Beitragszahler für sich einen längeren Arbeitslosengeldbezug verlangen als für jemand, der nur wenige Jahre eingezahlt hat, dann ist es in Ordnung. Wenn Sie dabei aber wieder auf ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger abstellen, dann schüren Sie – ich sage es einmal ganz vorsichtig – Missverständnisse.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Davor sollten wir uns hüten. Menschen, die in unser Land kommen und hier mitarbeiten wollen, die sich an Recht und Gesetz halten, sind uns herzlich willkommen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Sie sind eine Bereicherung für dieses Land. Wir haben keine Toleranz für Kriminalität und für Verbrechen. Ich sage Ihnen aber auch: Menschen mit Migrationshintergrund müssen wir besser aufnehmen und integrieren. Ich will keine Feindseligkeit in diesem Land, sondern eine Perspektive auch für diese Menschen.

Sie sprechen die deutschen Sprachkenntnisse an. Tun Sie an dieser Stelle bitte nicht so, als sei schon einmal irgendjemand in diesem Hause dagegen gewesen, den Kindern ausländischer Familien Deutsch beizubringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist wieder eine Ihrer üblen und infamen Unterstellungen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Allerdings! – Widerspruch des Abgeordneten Manfred Christ (CSU))

Die Wahrheit ist, sehr geehrter Herr Kollege, dass Sie jahrzehntelang mit einer Lebenslüge durch das Land gegangen sind. Sie haben den Leuten gesagt, Bayern sei kein Einwanderungsland, und deswegen müssten Sie für Einwanderer auch nichts tun. Das war der Fehler in Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Widerspruch des Abgeordneten Manfred Christ (CSU))

Wenn Sie heute hier zu Recht beklagen, dass Kinder aus ausländischen Familien eingeschult werden, ohne ein Wort Deutsch zu sprechen, dann ist das nicht die Schuld der Roten und der GRÜNEN, sondern das ist das Versagen Ihrer Politik, Ihrer Schul- und Gesellschaftspolitik, nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Warum holen Sie denn die ausländischen Kinder nicht mit vier oder fünf Jahren aus dem Kindergarten heraus, prüfen ihre Deutschkenntnisse, und wenn sie nicht ausreichend sind, schulen Sie sie dann nach und bringen ihnen Deutsch bei? Dazu hatten Sie 50 Jahre lang Gele-

genheit; aber das Schicksal dieser jungen Menschen war Ihnen egal. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Damit bin ich bei einem zentralen Thema der bayerischen Landespolitik, nämlich der Schul- und der Bildungspolitik. Ich habe Ihre Aussagen dazu als Desaster empfunden. Werfen wir doch einen Blick auf unsere Schulen und beleuchten wir das, was diejenigen uns berichten, die den Schulalltag kennen. Eltern haben Ihnen einen Brief geschickt und antworten darin auf die Frage: „Wie schwierig ist zurzeit die Lage an den Schulen?“ Da sagt eine Elternbeiratsvorsitzende: „Ich würde sagen, es ist katastrophal“.

Das sagen nicht wir, sondern das sagen Elternvertreter. Eine weitere Elternvertreterin sagt: „Wir wollen die Entwicklung nicht länger hinnehmen“. Andere Elternvertreter sagen zum Unterrichtsausfall in Bayern – Unterrichtsausfall!, Herr Beckstein und Herr Spaenle, ich zitiere wörtlich, diesmal aus der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ –: „Nicht einmal das Pflichtprogramm im Unterricht können viele Schulen noch anbieten“. Eine weitere Elterninitiative schreibt an Sie: „Der bereits im vergangenen Schuljahr bestehende Lehrermangel hat einen neuen Höhepunkt erreicht“.

Das steht in Briefen an Sie, und Sie beschönigen immer noch die Lage an unseren Schulen. Der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes, Max Schmidt, sagt: „Ich bin seit 20 Jahren Lehrer, ich habe schon vieles erlebt, aber so schlimm wie in diesem Schuljahr war es noch nicht“.

(Simone Tolle (GRÜNE): Das wird noch schlimmer!)

Die Berufsschullehrer klagen noch viel mehr als die Realschul- und die Gymnasiallehrer. Der Vorsitzende der Landeselternvereinigung der Gymnasien, Herr Lillig, der Ihnen nahe steht, sagt:

> Es braucht mehr Lehrerstunden für intensive und individuelle Förderung in möglichst kleinen Klassen. Die besonders schwierige Aufgabe der Hauptschullehrer macht es erforderlich, dass mittelfristig die Höchststärke bei Hauptschulklassen auf 15 bis 20 Schüler gesetzt wird.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das wäre richtig!)

Sie, Herr Dr. Beckstein, sagen in einem Interview im „Bayerischen Fernsehen“, das seien überhaupt nicht realisierbare Wege, wir müssten schauen, dass die ganz großen Klassen mit 35 und 36 Schülern nicht mehr möglich werden, aber mehr gehe nicht.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Armutszeugnis! – Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist eine Bankrotterklärung bayerischer Schulpolitik schon kurz nach Beginn Ihrer Amtszeit. In dem gleichen Interview sagen Sie – da muss man aufmerksam werden, ich zitiere Sie wörtlich –: „Ich trete auch dafür ein, dass wir in bestimmten Bereichen weniger Unterricht geben; denn ich weiß von mir, dass ich zum Beispiel in meiner Jugendgruppe durch Sport auch ganz entscheidend geprägt worden bin“.

Was will uns dieser Satz sagen? – Dieser Satz will uns sagen: Wenn wir Unterricht, den wir in unseren Lehrplänen stehen haben, nicht mehr gewährleisten können, dann streichen wir die Stunden bei Sport, vielleicht noch bei Musik und bei Kunst, weil das alles überflüssiger Krempel ist – bei der Religionslehre wären Sie vielleicht etwas zurückhaltender, zu Recht –, das können sich die Kinder so wie ich vor 40 Jahren selber auch am Nachmittag aneignen, sollen sie doch in den Sportverein oder in die Musikschule gehen. Das ist Ihre Antwort auf den Unterrichtsausfall und den Lehrermangel in Bayern.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist armselig!)

Ich bin, ehrlich gesagt, entsetzt, Herr Kollege Dr. Beckstein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Nicht kapiert, worum es da geht!)

– Vielleicht liegt es an meiner mangelnden Intelligenz, das kann sein.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN – Beifall bei der CSU)

Ich habe vorher gesagt: wenig Mut, viel Hochmut. Das spürt man leider.

Weil Sie immer wieder behaupten, wir würden nur über die Gymnasien und über die Realschulen reden, ein Zitat des Landeselternbeirates für Schulen für Menschen mit geistiger Behinderung; dieser Landeselternbeirat sagt wörtlich folgendes: „Wegen der viel zu großen Klassen werden die Kinder an unseren Schulen nicht mehr gefördert, sondern lediglich aufbewahrt“. Das ist ein wörtliches Zitat der Landeselternvertretung, nicht der Opposition in diesem Hause. So sieht es bei den Kindern aus, wobei Sie hier sagen, es komme darauf an, wie es den Schwächsten in dieser Gesellschaft geht.

Genau darauf kommt es auch uns an. Fördern Sie endlich die Schulen für die schwächsten Kinder in diesem Lande, wie sich das gehört!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir fordern mehr Bildungsgerechtigkeit, Lernmittelfreiheit und mehr individuelle Förderung. Die privaten Ausgaben für die Nachhilfe in der vierten Grundschulklasse – wohlgemerkt: vierte Grundschulklasse! – sind im Mai

2007 im Vergleich zum Zeitraum vor fünf Jahren um 38 % gestiegen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wahnsinn!)

Warum steigen die privaten Ausgaben für Nachhilfe bei neunjährigen Kindern? – Ich kann Ihnen sagen, warum. Sie steigen, weil das vierte Schuljahr nicht – wie Sie uns unterstellen – endgültig über die Zukunft der Kinder entscheidet, sondern weil dort eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft der Kinder vorgenommen wird.

(Beifall bei der SPD)

Das wissen die Eltern, sonst würden sie diese Ausgaben für die Nachhilfe nicht leisten. Sie wissen es.

Ursache dafür ist, dass es die Durchlässigkeit, die Sie hier beschwören, in unserem dreigliedrigen Schulsystem eben nicht gibt. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Es ist das Problem, dass jemand, der erst einmal auf der Hauptschule ist, es sehr viel schwerer hat, seinen Weg in die Zukunft zu gehen. Das bedauern wir, und das wollen wir ändern.

Wir wollen mehr Ganztagsschulen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und Betreuungseinrichtungen!)

Sie geben Lippenbekenntnisse zu den Ganztagsschulen ab. Aber wenn eine Stadt die Einrichtung von Ganztagsschulen beantragt – in dem Fall Ganztagsgrundschulen, wie die Landeshauptstadt München –, dann bekommt sie folgende Antwort des Staatlichen Schulamtes. Am 9. Oktober 2007 teilte die Regierung von Oberbayern mit, dass derzeit vonseiten des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus nicht beabsichtigt sei, weitere Grundschulen in den Schulversuch „Gebundene Ganztagsgrundschulen“ für das Schuljahr 2008/2009 aufzunehmen. Ein weiterer quantitativer Ausbau sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgesehen. Anträge von Sachaufwandsträgern für Grundschulen könnten deshalb nicht angenommen werden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ist es! – Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

Ganz einfach gesagt: Es gibt keine weiteren Ganztagsgrundschulen.

Und hier im Hohen Haus geben Sie Lippenbekenntnisse zu mehr Ganztagsschulen ab.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Volksverdummung!)

Ich fordere Sie auf, auch an der Grundschule Ganztagsangebote zu machen und es nicht bei dem zu belassen, was hier vorgetragen wurde. Das ist doch erbärmlich: Ein verlängerter Mittagstisch bis 16 Uhr und Hausaufgabenhilfe. Das ist Pädagogik der Vorzeit und nicht der modernen Gegenwart.

(Beifall bei der SPD)

Das hat es zu meiner Zeit schon gegeben, dass man länger in der Schule bleiben durfte, um die Hausaufgaben zu machen. Das ist kein Fortschritt. Fortschritt ist, dass Ganztagsschulen überall dort, wo sie gewünscht und gebraucht werden, den Eltern auch angeboten werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen: keine Zwangsbeglückung, kein Zwang zur Ganztagsschule! Wer nicht will, braucht dieses Angebot nicht anzunehmen, aber wer ein solches Angebot möchte

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Braucht!)

oder braucht, der muss dieses Angebot auch bekommen. Das aber verwehren Sie den Eltern und Familien. Deswegen sagen wir: Wer mehr Ganztagsschulen in Bayern will, bekommt sie nur mit der SPD in Regierungsverantwortung, sonst eben nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ich erspare mir meine Aufzeichnungen zum Thema Erwachsenenbildung, bei dem Sie sich auch in die Büsche geschlagen haben – Sie finanzieren mittlerweile nur noch 8 % der Ausgaben für Erwachsenenbildung – und komme zu den Hochschulen in Bayern.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ein trauriges Bild!)

Das ist allerdings ein trauriges Kapitel. Der zuständige Minister, Herr Dr. Goppel, beziffert den Investitionsbedarf an unseren Hochschulen auf 3 Milliarden Euro. 3 Milliarden Euro Investitionsbedarf an unseren Hochschulen! Wir hören Herrn Dr. Beckstein heute und staunen: Es ist vorgesehen, dafür 236 Millionen Euro aufzuwenden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt! – Staatsminister Dr. Thomas Goppel: Obendrauf!)

– Ja, obendrauf, zu den 350 in vier Jahren. Das ist ein Debakel für die Hochschulen in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wie sieht es an den Hochschulen denn aus? Auch hier nur einige wenige Beispiele. Die Ludwig-Maximilians-Universität in München verfügt über 25 000 Studienplätze; es studieren dort aber 44 000. Die Überlast beträgt 190 %. Die Universität Bamberg hat 3500 Studienplätze; es stu-

dieren dort 8300 Studierende. Das ist eine Überlast von über 200 %. An der Universität Würzburg beträgt die Überlast 150 %. Mein Sohn ist dort jetzt Student und hat in seiner ersten Vorlesung mit 635 anderen Kommilitonen in einem Kinosaal gesessen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt!)

Dafür nehmen Sie dann auch noch 500 Euro Studiengebühren. Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Sie sollten sich ehrlich schämen. Bayerns Universitäten sind gut, sie sind hervorragend, und bei den Elitewettbewerben haben sie hervorragend abgeschnitten. Aber was nützt eine Eliteuniversität, wenn der Student bei der Vorlesung auf dem Boden sitzen muss?

Was schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ über die Universität Regensburg? – Sie sei eine erfolgreiche Bruchbude,

(Lachen bei der SPD)

die den Charme eines Heizungskellers verströme. Das sind Ihre Universitäten, Herr Dr. Beckstein!

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): So sieht es aus!)

Charme eines Heizungskellers! Das haben nicht wir geschrieben, sondern das hat ein guter Journalist treffend formuliert. Es heißt dort weiter:

> Vereinzelt stehen auf dem Gelände bereits Schilder vor Gebäudeteilen mit der Aufschrift „Betreten auf eigene Gefahr“.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Ein universitäres Gebäude auf eigene Gefahr betreten! Mein lieber Schwan, da wäre ich schon ein bisschen vorsichtig mit Lobliedern auf die bayerische Hochschulpolitik.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Dahin kommt kein Minister zur Besichtigung! – Gegenrufe von der CSU)

Das ist wahrlich kein großer Wurf. Wenn es durch die Decke einer Universität hineinregnet, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dann dürfen Sie nicht nur Putzeimer aufstellen und das Regenwasser sammeln, sondern

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die Dächer reparieren!)

Sie müssen endlich das Dach reparieren. Das schlage ich Ihnen vor.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zum Thema Universitäten und Hochschulen gehört auch kurz das Thema Kultur. Bayern ist ein Kulturstaat. Richtig! Auch das ist eine Forderung der Bayerischen Verfassung.

(Ludwig Wörner (SPD): Exzellenzinitiative!)

Herr Dr. Beckstein sagt zu diesem Kapitel lapidar: Wir sind Spitzenreiter in der Kulturförderung. Dankenswerterweise hat Ihr Vorgänger eine Expertenkommission auf den Weg gebracht, die sogenannte Henzler-Kommission, die zum Thema Kulturstaat Bayern ebenfalls kurze Ausführungen macht. Daraus will ich Ihnen ein paar Dinge vortragen, weil Sie sagen, wir seien Spitzenreiter. Schauen wir mal, was die Henzler-Kommission dazu meint. Ich zitiere aus der Seite 405 eines Exemplars, das mir die Staatskanzlei freundlicherweise überlassen hat. Dort heißt es:

> Seit dem Jahr 2004 liegt der Freistaat Bayern bei den Kulturausgaben der Länder pro Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Hört, hört!)

> 2005 lagen die Kulturausgaben des Freistaates Bayern pro Einwohner knapp 10 % unter denen des Jahres 2002. So wurden in Bayern beispielsweise im Bereich des Denkmalschutzes die staatlichen Mittel für den Erhalt von Kunst- und Geschichtsdenkmälern von rund 25 Millionen Euro im Jahre 2002 kontinuierlich auf 17 Millionen Euro im Jahre 2006 abgesenkt. Infolge dieser

– jetzt kommt eine schöne Formulierung –

> zurückhaltenden Förderpolitik des Freistaates droht mittelfristig ein langsames Wegbrechen des kulturellen Angebotes, Erscheinungsbildes und Selbstverständnisses in Bayern.

Das sagt die Henzler-Kommission! Das hat Ihnen Ihre eigene Regierungskommission zum Zustand der Kulturförderung und des Denkmalschutzes aufgeschrieben. Und Sie behaupten einfach: Wir sind Spitze, weil wir immer Spitze sind und weil wir immer die Besten sein müssen. Aber das bleibt ohne jeden Beleg!

(Manfred Ach (CSU): Sie behaupten hier, wie Sie es immer tun! Sie behaupten doch immer nur!)

Und Ihre eigene Kommission beweist Ihnen glatt das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Damit bin ich beim Thema Familienpolitik in Bayern. Wenn sich junge Familien, junge Menschen entscheiden, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, dann gibt es für uns ein Grundprinzip:

Nicht der Staat, sondern sie allein, sie selber, haben zu entscheiden, wie sie ihr Leben führen und gestalten wollen – sie allein ohne jede staatliche Bevormundung. Deswegen verbietet es sich, Männer oder Frauen, die zur Kinderbetreuung zu Hause bleiben wollen, als „Heimchen am Herd“ zu diffamieren.

(Manfred Ach (CSU): Wer hat denn das gemacht?)

– Niemand? Na!

(Widerspruch bei der CSU)

Dann hören Sie auf mit diesen Beleidigungen, dann liefern Sie mir einen einzigen Beleg dafür.

(Beifall bei der SPD)

Liefern Sie mir einen einzigen Beleg, bevor Sie wieder solche Unverschämtheiten hier in den Raum stellen.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Wenn eine junge Frau oder ein junger Mann zur Kindererziehung zu Hause bleibt, dann ist das weder ein Heimchen am Herd – wenn es eine Frau ist –, und es ist auch kein Schlappschwanz, wenn es ein Mann ist.

(Beifall bei der SPD – Manfred Ach (CSU): Das hat auch niemand gesagt!)

Wenn aber – und jetzt kommen wir einmal zum Thema – eine junge Familie sich dafür entscheidet, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen,

(Susann Biedefeld (SPD): Dann wird es schwierig!)

weiter erwerbstätig zu sein, und zwar Mann und Frau, weil auch Frauen den Anspruch haben, erwerbstätig zu sein,

(Beifall bei der SPD)

selbst dann, wenn sie Kinder haben, sind die beiden – bitte! – auch keine Rabeneltern.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN – Zurufe: Genau!)

Schauen Sie: Ich unterstelle Ihnen doch nichts – aber Sie unterstellen uns laufend etwas.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): So ist es! – Weitere Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CSU)

Ich ziehe daraus nur eine Konsequenz, Herr Unterländer: Wenn die Wahlfreiheit für die Eltern unser oberstes gemeinsames Prinzip ist, dann muss diese Wahlmöglichkeit auch konkret bestehen.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): So ist es!)

Und sie besteht nur dann, wenn wirklich ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen vorhanden sind, und das sind sie in Bayern eben genau nicht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Und wie ist es mit der Landeshauptstadt München?)

– Ja, jetzt kommt die Landeshauptstadt München. Gott sei Dank, sonst hätte ich mich auf das beziehen müssen, was Herr Beckstein gesagt hat. Gut, dass dieser Zwischenruf kommt. Das ist schön.

Die Münchner CSU plakatiert im Augenblick „Mehr Krippenplätze für München!“ Toll!

(Lachen bei der SPD)

Wissen Sie, wie viele Krippenplätze die CSU in München in den sechs Jahren, in denen sie in „Regierungsverantwortung“ in der Stadt war, geschaffen hat? – Gott sei Dank waren es nur sechs Jahre CSU-Regierung in München,

(Zurufe von der CSU)

1978 bis 1984!

(Große Unruhe bei der CSU)

Wissen Sie, wie viele Krippenplätze in diesen sechs Jahren in München entstanden sind?

(Thomas Kreuzer (CSU): Und wie viele sind in den Jahren davor entstanden?)

– Null, Herr Kreuzer, in Worten: null Krippenplätze in sechs Jahren.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Und wie ist es in den Jahren 1973 bis 1978 gewesen?)

Noch eine Frage, Herr Dr. Beckstein: Wie hoch ist der Anteil der Krippenplätze in der Landeshauptstadt München im Vergleich zum Freistaat Bayern?

(Zurufe von der SPD: Richtig! – Gegenrufe von der CSU)

München hat 10 % der Einwohner, und fragen Sie einmal, wie hoch der Anteil der Krippenplätze ist!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Die Hälfte aller Krippenplätze in Bayern sind in der Landeshauptstadt München.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall den GRÜNEN)

Und da wollen Sie mit dem Finger auf die Stadt München zeigen? Das ist doch lächerlich!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist genauso lächerlich, wie wenn ich im Programm der Münchner CSU lese – –

(Zuruf von der CSU: Wie viele Eltern suchen denn in München Krippenplätze und wie viele fehlen in München? – Gegenruf von der SPD: Wie viele fehlen denn in Bayern?)

Darf ich einmal vorlesen, was die CSU in München fordert? – Ja, es fehlen Krippenplätze in München, aber in München fehlen weniger Krippenplätze als anderswo.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Beifall bei der SPD)

München musste die Krippenplätze ganz allein fördern, ganz alleine,

(Anhaltende große Unruhe)

weil sich der Freistaat Bayern aus ideologischen Gründen jahrzehntelang

(Glocke des Präsidenten)

mit null Cent an der Förderung von Kinderkrippen beteiligt hat.

(Beifall bei der SPD – Susann Biedefeld (SPD): Richtig!)

Die Kommunen mussten das ganz allein finanzieren, weil Sie es nicht wollten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU und der SPD)

Und es geht so weiter. Moment! – Es geht munter so weiter: Weil Krippenplätze fehlen, muss jetzt der Bund Gas geben, obwohl er keinerlei Zuständigkeit dafür hat.

(Zurufe von der SPD: Genau!)

Die Bundesrepublik Deutschland – Frau Ministerin und Frau Staatssekretärin! – musste – muss nicht, aber sie tut es. Der Bund muss nicht, aber wenn er zahlt, neh-men wir es gern, oder?

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Fragen Sie einmal beim Transrapid!)

– Ja, wunderbar! – Weil wir einen so großen Rückstand in der Kinderbetreuung haben – sage ich es einmal so –, sieht sich der Bund herausgefordert und legt – ohne eigene Zuständigkeit – Geld auf den Tisch.

(Manfred Ach (CSU): Nicht nur für Bayern!)

– Nein, für alle Länder – warten Sie nur ab!

(Weitere Zurufe von der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Die anderen brauchen nicht so viel, weil sie schon mehr Krippenplätze haben!)

Für Bayern springen heraus – Moment, ich muss nachschauen – 340 Millionen Euro bis zum Jahr 2013, 340 Millionen des für Krippenplätze in Bayern nicht zuständigen Bundes.

Und was zahlt der zuständige Freistaat Bayern? 100 Millionen Euro.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): 100 Millionen!)

Der zuständige Freistaat Bayern zahlt ein Drittel dessen,

(Susann Biedefeld (SPD): Ein Armutszeugnis!)

was der nicht zuständige Bund, aus der Not geboren, auf den Tisch legt.

(Beifall bei der SPD)

Lesen Sie dazu einmal die Pressemitteilung Ihres Parteifreundes Schaidinger, was der zu diesem Thema sagt.

(Georg Schmid (CSU): Dann ist alles klar!)

Von wegen kommunalfreundlicher Freistaat! Ich sage Ihnen: Da schaut es zappenduster aus!

(Zurufe von der SPD – Gegenruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Jetzt wollte ich Ihnen, Herr Spaenle, noch etwas vorlesen, und zwar aus Ihrem Wahlprogramm für München;

(Glocke des Präsidenten)

aus Ihrem kommunalen Wahlprogramm für München möchte ich Ihnen noch schnell etwas vorlesen. Dort heißt es folgendermaßen – Münchner CSU –: „Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen ist das vorrangige familienpolitische Anliegen. Wir streben ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr an.“

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Toll! Tolle Sache! Wie oft haben wir das in diesem Hause gefordert und beantragt? Und wie oft haben Sie das in namentlicher Abstimmung selber abgelehnt? Wie oft?

(Anhalte Zurufe von der SPD)

Sie belügen doch die Leute, dass es nur so rauscht! Hier lehnen Sie ab, und in München schreiben Sie das in Ihr Programm.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen in Bayern ein klares Programm, um die Folgen des Klimawandels und der Erderwärmung in Grenzen zu halten. Die Industriestaaten müssen weltweit – dazu haben Sie sich verpflichtet – bis 2020 eine Senkung der Emissionen um rund 30 % schaffen. Deutschland hat eine Minderung der Emissionen um mindestens 40 % bis zum Jahre 2020 zugesagt. Das ist ein ehrgeiziges Vorhaben, aber es ist machbar – und es ist vor allem auch unverzichtbar, wenn wir unseren Planeten Erde retten und die Schöpfung bewahren wollen.

Es ist aber nur dann zu schaffen, wenn auch die Länder – und damit auch Bayern – ein eigenes Klimaschutzprogramm auflegen und sich auf die notwendigen Maßnahmen verpflichten. Dieser Auftrag ist durch Ihre Ankündigungen heute bei Weitem nicht erfüllt. Sie wollen 350 Millionen Euro in vier Jahren für Ihr Programm ausgeben; das sind 87 Millionen pro Jahr. Damit können Sie kein Klimaschutzprogramm finanzieren, das dem gerecht wird, was die Bundesrepublik Deutschland als Selbstverpflichtung auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nichts zum Erneuerbare-Energien-Gesetz gesagt. Das überrascht mich, weil Sie es über Jahre massiv auf Bundesebene bekämpft haben.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Das haben wir gegen Ihren erbitterten Widerstand durchgesetzt. Heute erweist sich diese Kurskorrektur in der deutschen Energiepolitik als segensreich. Es ist im Grunde genommen bisher das einzige wirklich wichtige und funktionierende gesetzliche Mittel, das wir gegen Ihren massiven Widerstand durchgesetzt haben.

(Susann Biedefeld (SPD): Eine Erfolgsgeschichte ist das!)

Ich begrüße es, dass Sie in die energetische Gebäudesanierung eintreten wollen. Das kommt um Jahre zu spät.

(Zuruf von der SPD)

Sie haben Haushaltsstellen mit null Euro gehabt; jetzt machen Sie einen ganz kleinen, leichten, zögerlichen Anfang. Mehr würde gut tun,

(Zurufe von den GRÜNEN)

würde mehr Arbeitsplätze schaffen, würde Energie einsparen und Kosten für Wärme und Strom bei den Privathaushalten senken. Alles, was Sie da gesagt haben, ist gut gemeint, aber es ist nicht gut genug.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Regierungserklärung war, wie ich gesagt habe, eine große Enttäuschung. Herr Beckstein hat eine große Chance vertan: Er hat die Gunst der Stunde – hohe Steuermehreinnahmen; die Chance, neu anzufangen und mutig die Weichen in Richtung einer besseren Zukunft für Bayern neu zu stellen – zu nutzen versäumt, die Chance nicht ergriffen.

Es ist zwar gut, am Bewährten festzuhalten, Herr Dr. Beckstein. Aber es ist immer auch notwendig für eine neue Regierung, Neues mutig auf den Weg zu bringen, für ein modernes Bayern. Auf diesem Gebiet haben Sie komplett versagt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Stärke Bayerns beruht auf der Tatkraft und dem Fleiß seiner Menschen. Wir wollen das erhalten und fortführen, was Bayern stark gemacht hat, und da aufholen, wo vieles versäumt wurde. Ich will ein modernes Bayern, in dem die Menschen sicher leben können und unsere Kinder beste Bildungs- und Zukunftsaussichten erhalten. Ein modernes Bayern benötigt aber eine Politik, der ein zeitgemäßes Familien- und Frauenbild zugrunde liegt. Dieses zeitgemäße Frauen- und Familienbild haben Sie nicht. Davon sind Sie Lichtjahre entfernt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will, dass Männer und Frauen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Wir schreiben niemandem etwas vor, und wir respektieren ihre Wahlfreiheit. Wir brauchen mehr Aufmerksamkeit für unsere Kinder, mehr individuelle Förderung und bessere Schulabschlüsse. Es darf nicht so bleiben, dass der Zugang zu Bildung vor allem vom sozialen Stand und vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es darf nicht dabei bleiben, dass fast zehn Prozent der Kinder die Schule ohne Abschluss verlassen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine letzte Bitte, Herr Dr. Beckstein: Wir leben in der Mitte Europas. Die Europäische Union ist unsere große

Chance, wirtschaftlich und kulturell. Meine Bitte ist: Bringen Sie das Verhältnis mit unseren nächsten Nachbarn in der Tschechischen Republik endlich in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es darf nicht so sein, dass ein bayerischer Ministerpräsident 14 Jahre im Amt ist und keine einzige offizielle Begegnung mit den Repräsentanten der Tschechischen Republik hat. Wir wollen im gemeinsamen europäischen Haus friedlich und im Hinblick auf einen gemeinsamen Erfolg zusammenarbeiten, ein Volk der guten Nachbarn sein, nach innen und nach außen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident Beckstein! Wir haben ohnehin nur sehr geringe Erwartungen an Ihre heutige Regierungserklärung gehegt. Aber was Sie uns gerade abgeliefert haben, war schon wirklich mehr als ernüchternd.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Rede, Herr Beckstein, war altbacken, altväterlich und provinziell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Inhaltlich war sie dünn, intellektuell seicht und, was das Gesellschaftsbild angeht, absolut spießig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Vergleich zu Ihrem angestaubten Weltbild war Ihr Vorgänger, Herr Stoiber, geradezu ein junger Wilder. Das muss man im Rückblick so feststellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben keinerlei Aufbruch, keinerlei Visionen für ein Bayern des 21. Jahrhunderts entwickelt. Sie haben nur die alten Rezepte aus den 50er-Jahren aus der Mottenkiste geholt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben gesagt, das Motto Ihrer Rede sei Mut und Demut. Tatsächlich ist das Motto Ihrer Rede: Muff statt Mut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bezeichnend ist, welche Entwicklungen in unserer Gesellschaft Ihnen, Herr Beckstein, Anlass zur Sorge geben. Sie haben am Anfang Ihrer Rede aufgezählt, dass vieles in Bayern gut sei, es aber ein paar Dinge gebe, die Ihnen Anlass zur Sorge bereiten. Was gibt Ihnen Anlass zur Sorge? Das ist das unflätige Verhalten von Menschen in der U-Bahn oder der S-Bahn, die Unpünktlichkeit oder die Unhöflichkeit. All das macht Ihnen Sorgenfalten.

Wenn ich darüber nachdenke, was mir in der heutigen Gesellschaft, in der heutigen Zeit, wirklich Sorge bereitet, dann komme ich zunächst einmal zum Beispiel auf die Wirtschaftskriminalität, dann komme ich auf die Korruption, zum Beispiel bei einem großen Unternehmen in München. Dann komme ich auf Themen wie Frauenhandel und Menschrechtsverletzungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann komme ich auf Themen wie Störfälle in Atomkraftwerken und die bedrohliche Klimaveränderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann denke ich über die wachsende Armut und über die Ausgrenzung von immer mehr Menschen in unserem Lande nach.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann fallen mir der Schnüffelstaat ein und die zunehmenden Eingriffe des Staates in die Privatsphäre von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern. Schmutzige Stiefel auf Sitzkissen – dazu muss ich ehrlich sagen: Das macht mir weniger Sorgen als blank polierte Springerstiefel und blank polierte Glatzen auf unseren Straßen und vor unseren Schulen, Herr Beckstein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben ganz offensichtlich die kleingeistige und kleinbürgerliche Vorstellung, wenn alle nur ordentlich, fleißig, pünktlich und bescheiden sind, dann ist alles gut, und die Uneinsichtigen und die Störenfriede werden mit harter Hand und Leitkultur auf Linie gebracht.

Offensichtlich haben Sie sich nicht einen einzigen Gedanken darüber gemacht, woher es denn kommt, dass unsere Gesellschaft immer weiter auseinanderdriftet, woher es denn kommt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft immer größer wird, woher es denn kommt, dass die soziale Unsicherheit immer größer wird. Hat das nicht vielleicht auch etwas mit den massiven Kürzungen im Sozialbereich zu tun, die Sie, Herr Beckstein, auch mit zu verantworten haben?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hat das nicht vielleicht auch etwas mit Ihrer aggressiven Ablehnung eines Mindestlohns zu tun? Hat das nicht vielleicht auch etwas mit unserem bayerischen Bildungssystem zu tun, das die soziale Ungerechtigkeit mit Blick auf die Zukunft noch verschärft, statt sie abzubauen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Ihre Blindheit gegenüber den wirklichen Problemen in unserem Land muss einen mit großer Sorge erfüllen. Inhaltlich sind Ihre Ankündigungen dünn und meist vage. Was Sie uns bieten, sind längst überfällige Nachbesserungen, Reparaturen, zum Beispiel bei der energetischen Sanierung staatlicher Gebäude oder beim Ausbau der Breitbandanschlüsse für den ländlichen Raum.

Sie bieten uns unzureichende Reaktionen auf Ihre eigenen Versäumnisse der letzten Jahre, wie beim Krippenausbau, bei der Mittagsbetreuung oder der Schulsozialarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sind zögerliche und kleine Korrekturen im Bestehenden, aber Fehlanzeige hinsichtlich längerfristiger Perspektiven, Fehlanzeige hinsichtlich struktureller Weichenstellungen und absolute Fehlanzeige hinsichtlich gestalterischer Kraft und gestalterischem Anspruch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, in den letzten Tagen wurde viel darüber spekuliert, was Sie in Ihrer Regierungserklärung wohl präsentieren würden. Sie haben sie lange gehütet wie ein Staatsgeheimnis. Wenn ich mir anschaue, was Sie heute abgeliefert haben, dann sage ich: Ich kann verstehen, dass Sie das so lange geheim gehalten haben. Das hätten Sie auch heute tun sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war kleinstes Karo, und das war Becksteins bayerisches Biedermeier.

(Engelbert Kupka (CSU): Was ist denn das für ein Niveau?)

Das qualifiziert Sie nicht einmal als Mann des Übergangs. Das zeigt Sie als Mann von gestern, der seinem Amt und seiner Verantwortung in keiner Weise gewachsen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Welche sind denn heute die wirklichen, die großen Herausforderungen in Bayern? Anstatt den Muff der 50er-Jahre wieder aufzuwärmen, müssen wir endlich die Modernisierungsdefizite in Bayern überwinden. Wir haben erhebliche Modernisierungsdefizite im ökologischen Bereich, im gesellschaftlichen Bereich. Sie haben sich heute als Protagonist genau dieser Modernisierungsdefizite dargestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das zeigt sich schon an Ihrem Frauen- und Familienbild. Sie verfechten das ideologische Projekt eines Betreuungsgeldes, das zu Recht „Herdprämie“ genannt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, unsere Kritik sei unsäglich. Lieber Herr Beckstein, ich dachte, Sie reden so viel mit den Abgeordneten Ihrer eigenen Fraktion, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Ist denn die Kritik von Frau Stamm auch unsäglich? Was sagen Sie denn zu den Äußerungen der CSU-Abgeordneten Männle?

In der „Staatszeitung“ von dieser Woche – es ist nicht gerade das revolutionärste Blatt in Bayern, aber kritisch – lesen wir auf der ersten Seite: „Verwirrung um die Herdprämie“. Dort heißt es, dass sie in Ihrer eigenen Partei und Fraktion durchaus umstritten ist. Nicht nur Frau Stamm wird zitiert; Frau Männle wird mit dem Zitat wiedergegeben, wenn jemand die S-Bahn nicht nutze, bekomme er schließlich auch kein Geld heraus.

(Widerspruch des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

– Das ist nicht mein Vergleich. Bitte reden Sie mit Ihrer Kollegin, Herr Fraktionsvorsitzender Schmid.

Die direkteste Kritik am Betreuungsgeld kommt von der Ehefrau des Bundeswirtschaftsministers, der, soweit ich weiß, immer noch Ihrer Partei angehört. Frau Glos sagt ganz offen und ehrlich, das sei eine Schnapsidee der Männer innerhalb der CSU, und recht hat Frau Glos. Hören Sie endlich auf sie!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die „Staatszeitung“ kommentiert diese Schnapsidee auch noch und fordert Sie auf, endlich von Ihrer Scheuklappenpolitik Abschied zu nehmen:

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ideologie!)

„Am besten wäre es, wenn sich die CSU vorbehaltlos und ohne ideologische Scheuklappen zu einer modernen Familienpolitik bekennen würde, es sei denn, es ist das Ziel, bestimmte Schichten von der frühkindlichen Bildung fernzuhalten.“ Genau das scheint mir der Fall zu sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, widmen Sie sich den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft, und stecken Sie Ihre Energie in die Lösung der Probleme, die den Menschen auf den Nägeln brennen.

Was sagt dazu die neueste Umfrage, die uns gestern auf den Tisch kam? – 88 % der Bevölkerung in Bayern wollen, dass die Schulen mehr Geld und mehr Lehrer bekommen. 67 % sagen: Wir brauchen mehr Kinderbetreuungsplätze in Bayern. 64 % wollen, dass mehr für den Klimaschutz getan wird. 88 % sagen: Wir müssen mehr Arbeitsplätze schaffen.

Wenn Sie mehr für den Klimaschutz tun, wenn Sie mehr für die Schulen tun, wenn Sie mehr Kinderbetreuungs-

plätze schaffen, dann schaffen Sie auch mehr Arbeitsplätze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie mich mit dem Klimaschutz beginnen. In Ihrer Regierungserklärung sind Ihnen dazu dürftige zwei Seiten eingefallen. Die Liste der Versäumnisse und der Fehlentscheidungen in Sachen Klimaschutz, die Sie zu verantworten haben, ist lang, und die Liste ist alt. Die Probleme sind seit Langem bekannt. Sie sind jahrelang nach dem üblichen Muster verfahren: Erst leugnen, dann schönreden und schließlich noch die kleinsten Trippelschrittchen als riesige Meilensteine verkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit versagen Sie bei der größten Herausforderung, vor der wir aktuell stehen.

Sehen wir uns einmal das Trauerspiel um die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude an. Seit mehr als 20 Jahren sitzt Ihnen der Rechnungshof im Nacken und sagt Ihnen, dass es Schwachsinn ist, staatliche Gelder zum Fenster hinauszuheizen. Dies gilt allein schon unter Finanzaspekten und noch mehr unter Klimaschutzaspekten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit 1991 haben wir Grüne hier im Landtag mit permanenten parlamentarischen Initiativen versucht, diesen Missstand zu beheben, damit wir bei der energetischen Sanierung endlich vorankommen. Was ist in 20 Jahren geschehen? – Sie haben es gerade einmal geschafft, von den rund 7000 energierelevanten staatlichen Liegenschaften 350 zu sanieren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Kläglich!)

Das ist kläglich. Das sind lächerliche 5 %. Und heute? Kaum sind 20 Jahre ins Land gegangen, verkünden Sie uns Ihre großen Errungenschaften. Worin bestehen sie? – Sie wollen 150 Millionen in vier Jahren für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude ausgeben. In einem Jahr gibt Bayern 1 Milliarde für Neubauten im staatlichen Bereich aus. Das macht 4 Milliarden in vier Jahren. 150 Millionen in vier Jahren sind davon gerade einmal 4 %. Das ist kaum mehr als das, was Sie für die Kunst am Bau auszugeben verpflichtet sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit, Herr Beckstein, können Sie sich nun wirklich nicht blicken lassen. Sie sollten den irreführenden Begriff „Klimaprogramm“, den Sie in Ihrer Regierungserklärung verwendet haben, schnellstmöglich streichen.

Wenn der Vorsitzende Ihrer Klimakommission, Herr Prof. Graßl, der vor Kurzem auch bei Ihrer Klausur in Kloster Banz zugegen war, hört und liest, was Sie uns heute geboten haben, dann muss er den Bettel hinschmeißen und sagen: Es gibt schönere Möglichkeiten, meine Zeit zu vertun; in dieser Klimakommission der Staatsregierung bin ich fehl am Platz; da mache ich lieber etwas anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Ausbau erneuerbarer Energien. Sie schaffen es, das größte Potenzial, das wir in Bayern haben, die Windenergie, mit keinem Wort zu erwähnen. Wir sind bei der Windenergie Schlusslicht bei den Flächenländern. Nicht einmal 1 % schaffen wir. Wir versuchen, dabei Baden-Württemberg den Rang abzulaufen, das genauso schlecht ist. Andere Flächenländer mit der gleichen Struktur, mit den gleichen Windlagen, weisen das Zehn- bis Zwanzigfache auf. Würden wir engagiert einsteigen, die Hindernisse für die Windenergie abbauen, könnten wir auf einen Schlag das Potenzial an Windenergie mindestens verzehnfachen, wenn nicht gar verzwanzigfachen. Steigen Sie hier ein. Fördern Sie endlich die Windenergie. Das sind die richtigen Maßnahmen, nicht Ihre halbherzigen Lippenbekenntnisse, von denen wieder nichts zu erwarten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kein Wort über Energieeinsparung, kein Wort über Effizienzsteigerung! Kein Wort über Kraft-Wärme-Koppelung, kein Wort über ein Umsteuern im Verkehr, im Flugverkehr, im Straßenverkehr, keine Angabe, welche verbindlichen Klimaziele in welcher Zeit und mit welchen Maßnahmen Sie erreichen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zeilen Ihres Regierungsprogramms in diesem Bereich sind ein Dokument der Inkompetenz, wie es entlarvender kaum sein könnte, Herr Beckstein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können uns aber eine solche Inkompetenz und Saumseligkeit nicht länger leisten. Seit 1990 sind die CO_2-Emissionen in Bayern um gerade einmal 3 % zurückgegangen. Nach dem Kyoto-Protokoll, auf das Sie sich eigentlich auch verständigt haben, müssen wir in Bayern bis zum Jahre 2012 21 % einsparen, und wir wissen heute, dass das längst nicht ausreicht, dass wir damit unsere Klimaschutzaufgaben nicht erfüllen. Wir müssen noch sehr viel ehrgeiziger sein.

Leider haben Sie, Herr Beckstein, bis heute nicht begriffen, worum es wirklich geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach wie vor fördern und subventionieren Sie den Luftverkehr und den Autoverkehr in geradezu unverantwortlicher Art und Weise. Ich erwähne die dritte Startbahn des Münchener Flughafens, den widersinnigen Ausbau von Regionalflughäfen, Autobahnen durch Fichtelgebirge und Isental.

Auch vor Ihrer eigenen Haustür, Herr Beckstein, beweisen Sie, dass Sie vom Klimaschutz überhaupt nichts verstehen. Da gibt es das Projekt, das vom Volksmund „Beckstein-Tunnel“ genannt wird. Das ist die Autobahnanbindung des Nürnberger Flughafens. Um einer lächerlichen Zeitersparnis von fünf Minuten willen wollen Sie den Reichswald roden, wollen Sie wertvolle Naturschutzgebiete zerstören und gleichzeitig 60 Millionen Euro versenken. Das ist das absolut falsche Signal. Herr Beckstein, wenn Sie schon nicht im Kleinen zur Umsteuerung fähig sind, wie wollen Sie dann die wirklich großen Aufgaben in Bayern anpacken?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrer Verkehrs- und Ihrer Strukturpolitik setzen Sie nach wie vor auf die alten, klimaschädlichen Konzepte. Für wirksamen Klimaschutz braucht es eine konsequente Gesamtstrategie aller Politikfelder. Ein paar Reparaturmaßnahmen hier und dort reichen bei Weitem nicht aus. Wir brauchen eine Trendumkehr in der Wirtschafts- und Strukturpolitik, in der Forschungs- und Verkehrspolitik sowie in der Landwirtschaft. Wir brauchen eine umfassende ökologische Innovationsstrategie für Wirtschaft und Gesellschaft. Dazu habe ich bei Ihnen überhaupt nichts gehört.

Wir müssen den Mut zu einem neuen ökologischen Aufbruch mobilisieren. Wir müssen aber auch selbst dazu Mut und Ideen haben, wie die Innovationsstrategie aussehen könnte. Da gibt es bei Ihnen, Herr Beckstein, leider auf der ganzen Linie Fehlanzeige.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNEN haben zu Beginn dieser Woche unsere Klimaschutzstrategie für Bayern vorgelegt. Wir haben zusammen mit dem renommierten Öko-Institut ein umfassendes Klimakonzept für Bayern erarbeitet mit dem Ziel, den Pro-Kopf-Ausstoß an CO_2 in Bayern von 7 auf 5 Tonnen zu senken.

Wir stehen in Bayern vor einer doppelten Herausforderung durch Ihre verfehlte Energiepolitik. Wir müssen bis 2020 gesetzeskonform aus der Atomenergie aussteigen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und gleichzeitig müssen wir den CO_2-Ausstoß deutlich reduzieren. Da reichen Ihre lächerlichen Goodwill-Maßnahmen bei Weitem nicht aus. Man muss mit einer klaren, ehrgeizigen Strategie an die Arbeit gehen.

In unserem Gesamtkonzept setzen wir verbindliche Klimaziele für Bayern. Wir führen viele Bausteine aus den verschiedensten Bereichen unter dem Dach eines Klimaschutzrahmengesetzes zusammen. Wir brauchen ein Klimaschutzrahmengesetz für Bayern mit klar definierten Zielmarken zum Beispiel für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir brauchen eine jährliche Berichtspflicht gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit darüber, was in dem Bereich getan wurde, wie viel CO_2 eingespart wurde, wo es noch Probleme gibt und wo wir nachbessern müssen. Außerdem brauchen wir eine Weiterentwicklung in den einzelnen Bereichen.

Wir haben fünf konkrete Aktionspakete für den Klimaschutz geschnürt: in der Wirtschaft, in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Bereich, in der Verkehrspolitik sowie in verschiedenen anderen Bereichen.

Wir machen deutlich, dass die Politik den entsprechenden Rahmen setzen kann und muss, damit sich ein klimafreundliches Verhalten für alle lohnt. Wir wollen eine klare Ansage an die Industrie, insbesondere an die Automobil- und Energiekonzerne. Da reichen Ihre Show-Veranstaltungen mit BMW in Nürnberg nicht aus. So etwas führt nur dazu, dass weiterhin Klimakiller produziert werden. Wir sind nach wie vor weit weg davon, unsere Mobilität wirklich klimafreundlich umzuorganisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sagen: Der Staat ist beim Klimaschutz selber Akteur, und zwar nicht nur durch den politischen Rahmen, den er setzt. Der Staat ist auch selber Verbraucher. Er hat ein großes staatliches Beschaffungswesen. Gehen Sie im staatlichen, im öffentlichen Bereich doch mit gutem Beispiel voran. Wechseln Sie im staatlichen Bereich den Stromanbieter. Gehen Sie weg von Eon, gehen Sie in den Ämtern und Behörden zu ökologischen Stromanbietern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kaufen Sie in Zukunft sparsame Dienstfahrzeuge. Nutzen Sie zum Beispiel die Möglichkeiten, die Sie durch die staatlichen Banken haben. Ich denke zum Beispiel an die Landesbank. Stellen Sie die Förderkriterien um auf ökologische Kriterien. Dadurch könnten Sie mit all den staatlichen Handlungsmöglichkeiten, die Sie zur Verfügung haben, etwas für den Klimaschutz tun.

Wie Sie sehen, gibt es jede Menge Handlungsmöglichkeiten. Faule Ausreden können nicht gelten. Die Konzepte liegen auf dem Tisch. Wir sagen Ihnen, wie es geht. Handeln Sie endlich, Herr Beckstein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Handeln Sie endlich auch beim Transrapid! Stoppen Sie endlich dieses Unsinnsprojekt, Herr Beckstein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Langsam dämmert es Ihnen doch selber, wie groß und wie teuer der Unsinn ist, den Sie da betreiben.

Vor allem wird Ihnen langsam klar, wie groß der Widerstand dagegen ist. Die eben erwähnte Umfrage brachte klipp und klar das Ergebnis: Zwei Drittel der bayerischen Bevölkerung wollen den Transrapid nicht. Die können an Ihren Leuchtturmverheißungen mit Schmerzgrenzen überhaupt nichts Positives finden.

Sie suchen jetzt verzweifelt nach Hintertürchen oder überzeugenden Argumenten. Ich sage Ihnen: Lassen Sie es bleiben. Sie werden keine überzeugenden Argumente für den Transrapid finden. Auch hier gilt: Stecken Sie Ihre Energie und Ihr Geld lieber in den Ausbau des ÖPNV, in klimafreundliche Mobilität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, es ist erbärmlich, wenn Sie als Ministerpräsident verzweifelt nach Hintertürchen, nach Auswegen suchen, wie Sie den Transrapid jetzt vielleicht doch loswerden können, wie Sie sich davon verabschieden können. Sie sind doch zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Sie brauchen keine Hintertürchen. Gehen Sie offensiv durch die Vordertür, und sagen Sie: Wir machen das nicht; das ist Blödsinn. Haben Sie den Mut, sich von Dummheiten zu verabschieden, und sagen Sie endlich, dass der Transrapid hier nicht realisiert wird!

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Dann bleibt nur das Auto!)

– Das sieht Ihnen ähnlich, Herr Kreuzer, dass für Sie die Alternative das Auto ist. Es gibt aber auch eine S-Bahn, vielleicht auch eine Express-S-Bahn oder eine beschleunigte S-Bahn. Es gibt viele Möglichkeiten. Sie werden vielleicht einwenden: Dann dauert es bis zum Flughafen 45 Minuten. Aber wie lange warten Sie denn häufig am Flughafen? Die Zeit, die Sie auf dem Weg dorthin einsparen, brauchen Sie am Flughafen, damit Sie dort einchecken können. Die Rechnung, die Sie hier aufmachen, ist absoluter Blödsinn.

Das Beispiel Nordrhein-Westfalen sollte Ihnen zu denken geben. Vor einigen Jahren hat sich dort ein Ministerpräsident sehr vehement für den Transrapid eingesetzt. Er war von der SPD. Kaum war er nicht mehr Ministerpräsident, stellte sich heraus, dass der Scheck ungedeckt und die Halbwertszeit des Projekts gering war. In Nordrhein-Westfalen hat es nach dem Abgang von Clement acht Monate gedauert, bis der Metrorapid beerdigt wurde. Wir helfen Ihnen gern, diese Zeit in Bayern zu verkürzen, Herr Beckstein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die nächste Herausforderung ist die Bildungspolitik. Mit diesem Bereich haben Sie sich zumindest ein kleines bisschen intensiver beschäftigt, Herr Beckstein, als mit dem Klimaschutz. Aber das Ergebnis ist auch hier: zu wenig, zu spät, zu umständlich und zu ideologisch.

Sie haben am Wochenende in Nürnberg mit Recht gesagt: Bei der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung haben wir in Bayern – das ist Originalzitat – unhaltbare Zustände. Jawohl, so ist es! Wo er recht hat, hat er recht. Sie haben gesagt: Die heutige Situation der Kinderbetreuung ist ein Armutszeugnis. Richtig! Dieses Armutszeugnis, Herr Beckstein und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ist Ihr Armutszeugnis, von sonst niemandem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben doch jahrelang aus ideologischen Gründen den Krippenausbau verhindert. Sie haben in den Bereich nicht investiert. Sie haben das bayerische Kindergartengesetz zu verantworten, welches die Qualität in den Kindereinrichtungen mindert und die Eltern gängelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum müssen wir denn in Bayern mehr investieren? Sie betonen: Wir investieren doch mehr als anderswo.

(Georg Schmid (CSU): Alles Blödsinn!)

– Sie können dazu gerne reden, Herr Schmid, und hier alles widerlegen. Darauf bin ich schon sehr gespannt.

Warum müssen wir hier denn mehr investieren als andere Bundesländer? – Weil wir einen so riesigen Nachholbedarf in diesem Bereich haben! Sie haben die Zeichen der Zeit verschlafen. Wir haben heute noch nicht einmal einen Deckungsgrad von zehn Prozent bei den Kinderkrippenplätzen. Das ist wirklich ein Armutszeugnis. Sie haben hier heute nicht deutlich gemacht, dass Sie in diesem Bereich wirklich etwas gelernt hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Sie reden von mehr Qualität – wunderbar! Dann ändern Sie aber bitte schön als Erstes einmal das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz. Das wäre der erste Punkt. Das ist nämlich die Ursache dafür, dass die Qualität nachlässt und die Erzieherinnen immer weniger Zeit für die Betreuung, für den Umgang und für die Bildung der Kinder haben. Das ist der Grund dafür, dass die Gruppen immer größer werden und dass es immer schwieriger wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ändern Sie erst einmal diese gesetzliche Grundlage. Da könnten Sie für die Verbesserung der Qualität in den Kindererziehungseinrichtungen viel tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie zur Schulpolitik gesagt haben, ist zumindest insofern richtig, als Sie sagen, Bildungspolitik sei die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Das steht so in unseren Bildungsbroschüren – wunderbar! Aber Ihre bildungspolitischen Vorstellungen, Herr Beckstein, sind nicht die Vorstellungen des 21. Jahrhunderts, sondern allenfalls die Vorstellungen des letzten Jahrhunderts.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

– Ja, natürlich. Wir fordern hier seit Jahren mehr Lehrer, weniger Unterrichtsausfall, kleinere Klassen, mehr Ganztagsschulen und mehr individuelle Förderung. Sie haben diese Forderungen in den letzten Jahren abgelehnt. Die kleinen Fortschrittchen, die Sie uns hier als große Meilensteine verkaufen, können uns mitnichten beruhigen. Ihre

Vorgaben müssen da bedeutend ehrgeiziger sein, insbesondere wenn ich sehe, in welch guter Lage Sie sind, was die Steuereinnahmen und die Möglichkeiten im Haushalt angeht. Es ist doch lächerlich, was Sie uns angesichts dieser Haushaltslage zur Verbesserung der Situation in unseren Schulen und Hochschulen bieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, nichts gesagt haben Sie allerdings dazu, wie Sie die Schulen auf dem Land erhalten wollen. Sie haben das Hohelied des ländlichen Raums gesungen, aber von Bildungseinrichtungen, von Kindergärten und Schulen, vom Erhalt der Schulen im Dorf habe ich nichts vernommen. Sie haben nicht gesagt, was Sie tun wollen, um die zunehmenden Schulschließungen zu verhindern. Sie haben auch dazu nichts gesagt, wie Sie die Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit in den Schulen stärken wollen. Sie haben nicht gesagt, wie Sie in Zukunft die Lehrerausbildung praxisnäher gestalten wollen.

Herr Beckstein, völlig daneben liegen Sie mit Ihren ideologischen Aussagen zur angeblichen Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems und zur begabungsgerechten Schulwahl.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir in Bayern in der Bildungspolitik am allerwenigsten brauchen, ist Ihr Rückfall in die schulpolitischen Schützengräben der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben uns leider nicht richtig verstanden.

Herr Traublinger, reden Sie mit dem Ministerpräsidenten bitte schön später, das ist ziemlich unhöflich. Herr Beckstein plädiert ja immer für Höflichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Georg Schmid (CSU): Deswegen schreit der Herr Dürr dauernd rein! Das ist alles Höflichkeit!)

Sie haben offenbar überhaupt nicht verstanden, warum wir eine längere gemeinsame Schulzeit für alle Schülerinnen und Schüler brauchen. Sie haben nicht verstanden, dass unser Bildungssystem nicht nur sozial ungerecht ist, sondern dass es die bestehende soziale Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft verschärft,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass es die Kinder fördert, die schon vom Elternhaus unterstützt werden, wo sich die Eltern kümmern können und Geld haben, Nachhilfe zu finanzieren. Kollege Maget hat die immensen Summen, die hierfür von Privathaushalten jährlich aufgewendet werden, genannt. Das können aber nur die Haushalte machen, die sich das finanziell leisten können. Und: Was ist mit den Kindern aus Familien, die da leider zu kurz gekommen sind, deren Eltern das vielleicht nicht finanzieren können oder gar nicht finanzieren wollen oder deren Eltern nicht so genau wissen, wie wichtig für die Kinder eine gute Ausbildung ist? Haben diese Kinder von Anfang an keine Chance? Wo ist gerade in Bezug auf die Kinder aus diesen benachteiligten Familien, aus den Migrantenfamilien Ihr soziales Gewissen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, die soziale Herkunft dürfe nicht über Bildungschancen entscheiden. In dem von Ihnen propagierten Schulsystem passiert aber genau das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Sie werden die Ungerechtigkeit im Bildungssystem und die Bildungsarmut in Bayern, die für unser reiches Land wirklich ein Armutszeugnis sind, im Rahmen Ihres so hochgepriesenen dreigliedrigen Schulsystems nicht überwinden. Dieses dreigliedrige Schulsystem verschärft nämlich die ungerechten gesellschaftlichen Strukturen und führt dazu, dass gerade die Kinder aus den benachteiligten Familien und Schichten die schlechten Chancen haben, die Sie hier beklagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben im Rahmen der Integration die Migrantenkinder angesprochen. Die Migrantenkinder sind die Verlierer dieses bayerischen Bildungs- und Schulsystems. Mit den Maßnahmen, die Sie vorgeschlagen haben – ein paar Sprachtrainer in die Kindergärten zu schicken –, werden Sie an den Zukunftschancen gerade der Migrantenkinder überhaupt nichts verändern. Da müssen Sie wirklich strukturelle Änderungen vornehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie müssen die strukturellen Benachteiligungen überwinden, sonst kurieren Sie auch in Zukunft nur an den Symptomen herum, erreichen aber keine längerfristigen, grundlegenden Verbesserungen.

Wenn wir von einer längeren gemeinsamen Schulzeit für alle Kinder und von einer Schule für alle Kinder sprechen, dann sprechen wir nicht von einer Neuauflage der Gesamtschule alten Musters, Herr Beckstein. Lassen Sie sich das gesagt sein und merken Sie es sich endlich! Wenn Sie es selber nicht verstehen, versteht es vielleicht Ihre Frau. Vielleicht lassen Sie sich auch von anderen Leuten beraten, die im Bildungssystem tätig sind.

Es geht nicht um die Wiederbelebung dieses alten Schulkampfes. Es geht nicht um die Neuauflage der Gesamtschule, wie sie in einigen Bundesländern praktiziert wurde, die im Kern auch nur die Abbildung der Misere des dreigliedrigen Schulsystems unter einem Dach war.

Wir sprechen von innovativen Reformschulen, die die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes in den Mittelpunkt stellt. Wir sprechen davon, dass es in diesen Schulen eben kein Aussortieren und kein Abschieben

gibt, dass in diesen Schulen keinem Kind bedeutet wird: Du bist hier falsch. Die Schule ist schon richtig, blöderweise bist du falsch. Wenn dies einem Kind in der Schule gesagt wird, dann stimmt mit dem Bildungssystem etwas nicht. Nicht die Kinder sind falsch, sondern dieses Bildungssystem ist falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sprechen auch davon, dass die Kinder in unseren Schulen ermutigt werden müssen und nicht frühzeitig als Versager abgestempelt werden dürfen.

Herr Beckstein, wir sprechen von Leistung: Auch wir wollen bessere Leistung. Aber auch hier sind Sie auf dem Holzweg. Sie meinen immer noch, bessere Leistungen bekomme man mit einem schärferen Notendruck, mit billigen Moralpredigten und härterem Durchgreifen. Lesen Sie doch einmal die aktuellen pädagogischen Erkenntnisse! Fragen Sie einmal zum Beispiel Neurobiologen und Naturwissenschaftler! Die sagen, es sei der absolute Holzweg, wenn man in Deutschland meine, Kindern mit Druck und Angst etwas beibringen zu müssen. Da ist der Weg zur Schule wie der Gang zum Zahnarzt: Ein bisserl Angst hat noch keinem geschadet. Aber das Gegenteil ist der Fall: Wir wissen, dass Kinder umso besser lernen, je mehr sie sich in einer Umgebung wohlfühlen, je mehr sie sich aufgehoben fühlen, je mehr sie angespornt werden, je mehr sie unterstützt werden und je weniger Angst sie haben. Das ist moderne Bildungspolitik! Aber Sie predigen hier die verfehlten Konzepte der 50er-Jahre.

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Genau das Gegenteil hat er gesagt! Ihr bleibt nur bei eurem Vorurteil!)

– Herr Kupka, ich lade Sie ein, denn wir haben heute Abend hier in den Bayerischen Landtag unten im Filmsaal – der Weg ist nicht weit – eine hervorragende Referentin eingeladen, die ehemalige Leiterin der Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, Frau Enja Riegel. Von ihr haben Sie vielleicht schon einmal gehört. Frau Riegel hat es geschafft, eine in Bezug auf die Leistungen und die sozialen Schwierigkeiten ziemlich schlechte Schule in Wiesbaden aus der Misere herauszuführen. Dieses Gymnasium war damals in einer sehr schwierigen Situation. Frau Riegel hat es geschafft, dort eine Schule für alle zu organisieren. Mit welchem Ergebnis? – Diese Schule in Wiesbaden ist Pisa-Sieger, und zwar im internationalen Vergleich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Frau Riegel könnte Ihnen sagen, wie heute Reformpädagogik ausschaut, wie moderne pädagogische Erkenntnisse ausschauen und wie man es schafft, die unterschiedlichen Begabungen der Kinder nicht einem Mittelmaß anzugleichen – wie es in Ihrem dreigliedrigen Schulsystem der Fall ist –, sondern wie man es schafft, Kinder wirklich individuell zu fördern, den unterschiedlichen Begabungen Rechnung zu tragen, die Vielfalt anzuerkennen und jedem einzelnen Kind mit einer modernen Pädagogik gerecht zu werden.

Reden Sie nicht länger diesen Schwachsinn. Informieren Sie sich erst. Ich lade Sie ein. Kommen Sie heute Abend in diese Veranstaltung und hören Sie sich von einer Praktikerin an, wie ein wirklich modernes Schulsystem aussehen müsste und aussehen könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Engelbert Kupka (CSU): Das ist ein Einzelfall, der nicht übertragbar ist!)

– Ein Einzelfall! War Erwin Huber, den Herr Beckstein so lobte, kein Einzelfall? Der hat es doch auch geschafft. Sie predigen hier nur: Die Besten schaffen es schon. Survival of the fittest: Ich glaube nicht, dass das eine angemessene sozialpolitische Strategie im 21. Jahrhundert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das funktioniert überhaupt nicht! – Engelbert Kupka (CSU): Mit euch würde Bayern sauber ausschauen!)

– Allerdings, mit uns würde Bayern gut ausschauen. Mit uns würde Bayern auf jeden Fall besser fahren als mit Ihrem überkommenen Muff.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Integrationspolitik: Herr Beckstein, Sie haben Integrationsdefizite beklagt. Woher kommen die? Wer hat die zu verantworten? – Diese Integrationsdefizite haben doch Sie zu verantworten. Jahrelang haben Sie gepredigt, dass wir kein Einwanderungsland seien. Sie haben keine aktive Einwanderungspolitik, keine aktive Integrationspolitik gemacht. Sie haben immer nur gemeint, diese Menschen würden irgendwann nach Hause zurückkehren. Diese Menschen leben hier seit Jahrzehnten. Sie zahlen Steuern, sie zahlen Sozialabgaben. Ihre Kinder leben hier schon in der dritten Generation. Sie haben aber absolut schlechte Chancen in unserer Gesellschaft und in unserem Bildungssystem. Da müssen Sie sich fragen lassen, wie Sie diese Situation verbessern wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind wieder nach dem alten Muster vorgegangen. Sie haben die Opfer zu Schuldigen gemacht und versucht, sich selbst aus der Verantwortung zu ziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in den letzten Jahren die Beratungsangebote, die Unterstützungsangebote und die zusätzlichen Integrations- und Ausbildungsangebote gekürzt. Alles haben Sie zusammengestrichen. Heute sagen Sie hier aber, Sie würden diese Leute verpflichten, an den Kursen teilzunehmen. Stellen Sie erst einmal ausreichend Kurse zur Verfügung, dann reden wir weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Punkt. Herr Beckstein, Sie haben vom Bürgerstaat und von Bürgerbeteiligung gesprochen. Sie sagten, dass Sie die Bürgerbeteiligung stärken und unterstützen wollen. ihr Ziel sei ein Bürgerstaat in der Verantwortung der Bürger. „Bürgerinnen“ haben Sie nicht gesagt, aber das sage ich jetzt.

Herr Beckstein, wenn Sie vom Bürgerstaat reden, sollten Sie erst einmal Ihr grundsätzliches Misstrauen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ablegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten die Bürgerrechte stärken und nicht permanent abbauen. Sie sollten die Flut an Überwachungsmaßnahmen und Eingriffen in die Freiheitsrechte der Bürger eindämmen. Sie sollten als Erstes dafür sorgen, dass die unsägliche Vorratsdatenspeicherung nicht gesetzlich verankert wird. Im Bundesrat sollten Sie dagegen stimmen, wenn Sie vom Bürgerstaat reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Vorratsdatenspeicherung hat überhaupt nichts mit Vertrauen in die Selbstbestimmung und die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu tun. Sie stellt jeden Bürger und jede Bürgerin von vornherein unter Verdacht. Sie praktizieren die unerträgliche Ausweitung der staatlichen Überwachung in den gesamten Privatbereich hinein. Sie sollten die Telekommunikationsüberwachung reduzieren. Sie sollten auf heimliche Online-Durchsuchungen verzichten. Sie sollten die Rasterfahndung einschränken. Sie sollten den Datenschutz bei den Mautdaten und den Fluggastdaten sicherstellen. Ihr Ziel ist doch gerade nicht der unabhängige, starke, informierte und kritische Bürger. Solche Bürgerinnen und Bürger sind Ihnen doch im Kern suspekt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Beckstein, Ihr Ziel ist nicht der Bürgerstaat, Ihr Ziel ist der Schnüffelstaat.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Renate Dodell (CSU): So ein Schwachsinn!)

Ich kündige Ihnen aber auch an, dass wir mit allen politischen und mit allen rechtlichen Möglichkeiten um unsere Freiheitsrechte kämpfen werden – bis hin zum Bundesverfassungsgericht. Zum Schluss wird Ihnen das Bundesverfassungsgericht zum Glück einen Strich durch diese unsägliche Rechnung machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss.

(Renate Dodell (CSU): Gott sei Dank!)

Herr Beckstein, von den zentralen Herausforderungen haben Sie wirklich nichts begriffen. Sie sind Ihrer Verantwortung und ihrem Amt in keiner Weise gewachsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihnen fehlen der Mut und die Ideen für ein tatkräftiges Gestalten der zukünftigen Aufgaben. Stattdessen wollen Sie sich bis zur Landtagswahl durchwursteln. Das hat Bayern weder verdient noch kann es sich das leisten. Wir GRÜNE werden Ihnen das auch nicht durchgehen lassen. Wir kündigen Ihnen eine offensive, tatkräftige und selbstbewusste Auseinandersetzung an. Bayern braucht keinen Kuschelkonservatismus à la Beckstein. Bayern braucht Mut statt Muff.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN – Renate Dodell (CSU): Traurig! Traurig! Traurig!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Fraktionsvorsitzender Georg Schmid.

Georg Schmid (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe geglaubt, ich lebe in Bayern, einem wunderbaren Land, einem Land, auf das viele mit Bewunderung, manche aber auch mit Neid blicken. Lieber Herr Maget und liebe Frau Bause, in den letzten zwei Stunden haben Sie mir aber ein völlig fremdes Land beschrieben, ein Land, in dem Not und Elend herrschen, ein Land, in dem alle in Sack und Asche gehen, ein Land, in dem die Menschen traumatisiert durch die Straßen laufen.

(Beifall bei der CSU)

Sie malen ein Bild von einem Land ohne Optimismus. Sie reden nur von Klagen und Pessimismus.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Das ist nicht unser Land. Das ist nicht der Freistaat Bayern, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben nur schlechte Stimmung gemacht. Sie haben kein gutes Wort für Bayern und seine Menschen gefunden.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Sie sind weit entfernt von der Realität dieses Landes.

(Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Das stimmt!)

Bayern ist ein wunderbares und weltoffenes Land mit aktiven und positiv eingestellten Menschen. Unsere Mit-

bürgerinnen und Mitbürger sind fleißig und hoch engagiert. Sie sind Menschen mit einer großen Lebensfreude. Sie würden ihnen diese Lebensfreude nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Dass Bayern heute so dasteht, ist auch ein Verdienst der CSU und der von ihr geführten Staatsregierung.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Was wäre aus diesem Land geworden, wenn sich Ihre Politik durchgesetzt hätte,

(Franz Maget (SPD): Etwas Besseres!)

wenn das Realität geworden wäre, was Sie uns heute alles erzählt haben?

(Günter Gabsteiger (CSU): Ein armes Land!)

Wir haben zu Recht immer wieder den Auftrag der Menschen zur Gestaltung dieses Landes erhalten. Wir werden uns weiterhin für dieses Land einsetzen und uns engagieren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die Aufträge werden aber weniger!)

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Opposition das bleibt, was sie ist, nämlich Opposition.

(Beifall bei der CSU)

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben heute in Ihrer Regierungserklärung den erfolgreichen Kurs für dieses Land neu dokumentiert und fortgesetzt. Bayern ist weiterhin auf einem guten und soliden Weg.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber ohne Alternativen!)

– Frau Kollegin Bause hat vorhin von Höflichkeit geredet und den Versuch unternommen, auch von Werten zu sprechen. Damit sollte sie zunächst beim Oberschreihals Dürr anfangen, damit er lernt, wie man sich in einem Parlament benimmt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wollen Sie uns umerziehen?)

Da wir über Erziehung reden, Herr Kollege Dürr: Sie brauchen die als Allererster.

(Zuruf von der CSU: Er ist unerziehbar! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe zweieinhalb Stunden lang ohne Zwischenrufe sowohl dem Kollegen Maget als auch der Kollegin Bause zugehört.

(Franz Maget (SPD): Es gibt auch Schwererziehbare!)

– Das ist der einzige Punkt, in dem ich Ihnen zustimme, Herr Kollege Maget. Dann erwarte ich aber auch, dass nicht alle zwei Sekunden unqualifizierte Zwischenrufe gemacht werden.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die sind qualifiziert! – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wer entscheidet darüber, ob die qualifiziert sind? – Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Der Sepp disqualifiziert sich zumindest selber!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzten 14 Jahre unter Edmund Stoiber waren für die Entwicklung unseres Landes ein gutes Fundament.

In dieser Zeit hat sich unser Land exzellent entwickelt. Das Ansehen Bayerns in der Welt ist hervorragend. Die ökonomische und soziale Leistungsfähigkeit ist in den letzten eineinhalb Jahrzehnten enorm gestiegen. In Vergleich zu den anderen Ländern Deutschlands liegen wir bei den wichtigsten Parametern auf den vordersten Plätzen. Meist führen wir die Rangordnung an. Geringe Arbeitslosigkeit, hohes Wirtschaftswachstum, geringe Kriminalität, hohe Aufklärungsquoten, geringste Staatsverschuldung, hoher Anteil an Frauen im Erwerbsleben.

(Simone Tolle (GRÜNE): In Teilzeit!)

Für seine großartige Lebensleistung danke ich Edmund Stoiber im Namen der gesamten CSU-Fraktion sehr herzlich. Herzlichen Dank, lieber Edmund Stoiber!

(Beifall bei der CSU)

Günther Beckstein hat heute mit seiner Regierungserklärung klare Signale gesetzt. Wir brauchen keine Veränderung der Regierungspolitik. Unsere Regierungspolitik hat sich in den letzten 50 Jahren in exzellenter Weise bewährt. Unser Land ist exzellent vorangekommen. Günther Beckstein hat heute mit seiner Regierungserklärung diesen erfolgreichen Kurs der CSU der letzten 50 Jahre neu dokumentiert, und er wird ihn erfolgreich fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Es war im Übrigen immer die große Leistung der CSU, Richtung vorzugeben, Veränderungen aufzugreifen und Perspektiven und Visionen zu eröffnen, ohne die Menschen in ihren politischen Vorstellungen und in ihren Alltagsanliegen zurückzulassen. – Eben „näher am Menschen“.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber nicht zu nah, bitte!)

Das ist unser großer Vorteil: „Näher am Menschen“.

Dass Günther Beckstein, dass der Ministerpräsident heute in seiner Regierungserklärung die Bildungspolitik in ganz besonderer Weise in den Mittelpunkt gerückt hat, hat offensichtlich auch Ihrer Intention entsprochen. Wenn ich die Reden noch einmal Revue passieren lasse, stelle ich fest: Er hat genau den richtigen Schwerpunkt gesetzt, den Sie gefordert haben.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aber kein Geld gibt es!)

Wenn der Ministerpräsident heute dem Thema des Klimaschutzes ein besonderes Augenmerk geschenkt hat, dann hat er damit auch dokumentiert, dass er genau das Thema angesprochen hat – Frau Kollegin Bause, wenn ich Ihrer Rede richtig gelauscht habe –, das Sie in besonderer Weise bewegt hat. Er hat nicht nur geredet, sondern auch gehandelt. Er hat zu den zusätzlichen Mitteln, die bereits beschlossen waren, noch einmal 350 Millionen Euro dazugelegt. Da hätte ich auch ein Wort des Dankes von Ihnen erwartet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Bevor ich ein paar grundsätzliche Bemerkungen zu Dingen mache, die mir heute etwas zu kurz gekommen sind – ich habe aber genügend Zeit, um sie an dieser Stelle anzusprechen –, will ich auf das kommen, Herr Kollege Maget, was Sie gesagt haben. Sie haben das Wort „Lüge“ heute verwendet.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Mit Recht!)

– Passen Sie halt ein bisschen besser auf, hören Sie erst einmal zu, was ich sage, und reden Sie erst nachher.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ich passe genau auf!)

– Das ist genau das Problem, das auf Oppositionsseite und insbesondere bei Ihnen, Herr Dürr, spürbar ist. Sie schreien, bevor Sie wissen, worum es geht. Solchen Menschen können wir das Land nicht anvertrauen. Solchen Leuten können wir das Land nicht anvertrauen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben gesagt, Edmund Stoiber habe es versäumt, mit der Tschechischen Republik in Kontakt zu treten.

(Franz Maget (SPD): Offiziell!)

Herr Kollege Maget, er hat sich zweimal mit Klaus getroffen, mit Havel getroffen und mit Zeman getroffen. Ich glaube schon, dass das die offiziellen Leute der Tschechischen Republik waren. Aber Sie sagen, er habe sich um dieses Thema nicht gekümmert. Das ist eine Lüge, Herr Kollege Maget.

(Beifall bei der CSU)

Sie reden von der Beschäftigungsquote für Behinderte. Sie sagen, diese wäre nicht erreicht. Sie ist aber erreicht. Die 5,0 % sind überschritten. Ich gebe Ihnen noch einmal die Zahlen.

(Franz Maget (SPD): 6 % ist die Quote! – Staatsministerin Christa Stewens: 5 % ist die Quote; die ist abgesenkt worden! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wenn man die Quote absenkt, kann man mehr erreichen!)

– Kollege Maget, das macht nichts. Dass die Opposition immer nicht so genau informiert ist, spielt gar keine Rolle.

Herr Kollege Maget, das, was mich am meisten gestört hat, war, dass Sie zu Beginn Ihrer Rede den Ministerpräsidenten in einer Art und Weise attackiert haben, wie es sich nicht ziemt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Hoppla!)

Vor allem sollten Sie bedenken, da sind Sie ganz allein. 75 % der Menschen in diesem Land sind nämlich der Auffassung, dass Günther Beckstein dieses Land in exzellenter Weise vertritt. Da sind Sie ein einsamer Kämpfer auf Ihrer Seite.

(Beifall bei der CSU)

Ein bisschen weniger Arroganz wäre manchmal auch gut.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das müssen Sie sagen!)

Wenn der Ministerpräsident zu Beginn seiner Rede Tugenden hervorgehoben hat, die in unserem Land wichtig sind – –

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Respekt zum Beispiel!)

– Respekt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Vor der Opposition zum Beispiel!)

– Das ist meine letzte Sorge. Das ist angesichts Ihres Verhaltens meine letzte Sorge, Herr Kollege.

Es geht um Respekt vor den Menschen, Pünktlichkeit, Ordentlichkeit, Disziplin. Dann wird gesagt: Warum stellt der Ministerpräsident solche Werte an den Beginn seiner Rede? – Ich glaube, weil dieses Land diese Tugenden neu braucht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen hat er das zu Beginn seiner Rede heute gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Das sind nicht unwichtige Sekundärtugenden, wie das einmal despektierlich behauptet worden ist.

(Franz Maget (SPD): Von wem?)

Dieses Land braucht in ganz besonderer Weise eine Neuorientierung. Deswegen bin ich dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er gerade diese Punkte an den Beginn seiner Rede gestellt hat.

(Beifall bei der CSU)

Das Thema Bildungspolitik ist heute zu Recht in den Mittelpunkt gerückt worden, und zwar von allen, die bisher gesprochen haben. Natürlich müssen wir nachjustieren. Auch die gesellschaftlichen Veränderungen fordern uns in ganz besonderer Weise.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Krippenplätze brauchen wir!)

Es geht auch darum, dass wir uns zunächst neu orientieren und auch über etwas reden, über das an diesem Tag noch gar nicht gesprochen worden ist. Es ist heute nur darüber geredet worden, was auf staatlicher Seite noch gemacht werden müsse. Herr Kollege Dürr hat gleich zu Beginn aller Aussprachen in den Saal hineingerufen: Gibt's a Geld a? – Aber damit machen wir keine Politik im Lande, indem wir schreien: Gibt's a Geld a? – Wir müssen auch darüber reden: Wie bringen wir dieses Land voran?

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ihr habt weder Ideen noch Geld!)

Haben wir heute auch schon über Elternverantwortung geredet? – Auch darüber müssen wir sprechen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Die Eltern sind schuld, dass wir kein Geld haben!)

– Natürlich sind alle schuld, vor allem der Staat. Man sollte, man müsste – das ist doch genau die Debatte, die wir heute in unserem Lande haben. Ich werde nachher noch darauf zurückkommen, und ich werde meine Redezeit heute auch voll ausschöpfen in dieser Frage.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ist das eine Drohung?)

Das ist dringend notwendig angesichts der Beiträge der Opposition in der Debatte. Wir müssen über das Koordinatensystem in unserem Land reden und über die Verantwortung. Wo liegt sie? Wer hat an welcher Stelle welche Verantwortung? – Und wenn es um die Frage der Erziehung geht, müssen wir als Erstes auch über die Verantwortung der Eltern reden.

(Beifall bei der CSU)

Machen Sie doch dieses Schulsystem nicht so schlecht. Es ist gut. Wir werden einiges nachzujustieren haben. Wir werden das gemeinsam tun. Aber Sie machen es so schlecht, wie dieses System noch niemals gewesen ist.

(Beifall bei der CSU)

Die Hauptschule, lieber Herr Kollege Traublinger, sorgt dafür, dass wir exzellente Fachkräfte in unseren Handwerksbetrieben haben. Wir alle sind bei vielen Freisprechungsfeiern, wo wir spüren, dass junge Leute, die aus unseren Hauptschulen kommen, exzellent ausgebildet sind, dass sie exzellente Chancen haben bei den Handwerksbetrieben. Wir sollten allerdings nicht nur Problemsituationen – diese Sorge habe ich – als Maßstab nehmen, wir sollten auch dokumentieren, wie viele hoch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer wir in den Hauptschulen haben. Die Hauptschule ist keine Restschule, sondern über ein Drittel der Kinder geht in diese Schule. Das ist ein wichtiger Teil unseres Bildungssystems.

(Beifall bei der CSU)

In Rheinland-Pfalz wurde eine unverdächtige Umfrage durchgeführt: Soll man die Hauptschule lassen, oder soll man sie abschaffen? Gegen die Abschaffung waren 67 %. Wenn wir heute in Bayern eine Umfrage machen würden, kämen wir zum gleichen Ergebnis. Wir brauchen das gegliederte Schulsystem, und wir brauchen die Hauptschule. Wer erklärt, dass ein neues Schulsystem mit einer neuen Gliederung die Lösung wäre, sodass wir nur noch zwei Teile hätten, einen Teil A und einen Teil B, der würde den Leuten den größten Blödsinn dieser Welt erzählen. Wir müssen den Menschen sagen, dass wir eine Gliederung nach der Leistungsfähigkeit der Kinder brauchen und sie entsprechend betreuen und begleiten müssen. Hier hat die Hauptschule in unserem gegliederten Schulwesen eine ganz besondere Bedeutung. Wir lassen uns das auch nicht mies- und kaputtreden.

(Beifall bei der CSU)

Die Durchlässigkeit des Schulsystems ist heute noch einmal dokumentiert worden.

(Simone Tolle (GRÜNE): Wo denn?)

Unser Finanzminister Erwin Huber ist dafür das beste Beispiel. Sehen wir uns einmal die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen an. Herr Kollege Maget hat darauf besonders hingewiesen. In den Berufsoberschulen und Fachoberschulen bestehen besondere Durchgangsmöglichkeiten. Junge Leute, die aus der Hauptschule kommen, können in die Berufsoberschule eintreten und dort einen Aufstieg bis ganz oben machen. Das ist die Durchlässigkeit des Schulsystems, wie wir sie wollen. Jeder junge Mensch bekommt in seinem Leben eine Chance, auch derjenige, der sich später entwickelt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das lassen wir uns nicht miesreden.

(Beifall bei der CSU)

Zu den Fachkräften: Gott sei Dank haben wir momentan wieder mehr Lehrstellen, die unseren jungen Leuten eine

Chance bieten. Für Fälle, in denen wir die jungen Menschen noch nicht unterbringen können, haben wir zum einen das Berufsvorbereitungsjahr und zum anderen das Berufseinstiegsjahr neu kreiert. Das ist eine gute Ergänzung. Wir wissen aber auch, dass die Zahl der Ausbildungsplätze von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist. Nur wenn die Wirtschaft prosperiert, wenn die Menschen in Arbeit kommen und wenn Arbeitsplätze geschaffen werden, haben wir die Möglichkeit, junge Leute in Lehrstellen zu bekommen.

Liebe Barbara Stamm und liebe Christa Stewens, wir waren viel unterwegs. Wir haben viele Bündnisse geschlossen. Ich selbst war vom Kabinett beauftragt, vier Jahre lang herumzufahren, mit Betrieben und mit Unternehmen zu sprechen, um zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Wer uns vorwirft, in diesem Bereich hätten wir Defizite und wir hätten nichts gemacht, weiß nicht, was wir alles für die jungen Menschen getan haben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, für das Landeserziehungsgeld stehen 114,9 Millionen Euro zur Verfügung. Sie können natürlich kritisieren, dass dafür noch mehr zur Verfügung gestellt werden müsste. Das ist zulässig. Ich frage Sie, welche Bundesländer in Deutschland überhaupt ein Landeserziehungsgeld haben. Neben Bayern sind das noch drei Länder, also vier Länder insgesamt. Hier sollten Sie sagen: Danke, Bayern. Es ist gut, dass Bayern diese finanziellen Mittel für die Familien zur Verfügung stellt.

(Simone Tolle (GRÜNE): So ein Schmarrn!)

Ich weiß, dass diese Mittel nicht die Probleme der Familien lösen. Ich sage aber: Sie dokumentieren, dass wir an der Seite der Familien stehen. Das lassen wir uns nicht schlechtreden. Das Landeserziehungsgeld ist eine gute und sinnvolle Einrichtung.

(Thomas Kreuzer (CSU): Die SPD hat die Abschaffung beantragt!)

– Herr Kollege Kreuzer hat eben zugerufen, dass die SPD offensichtlich mit einem Antrag die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes im Landtag gefordert hat. Sie haben kritisiert, dass das Landeserziehungsgeld im Jahr 2004 reduziert werden musste. Wir haben es jetzt neu strukturiert und neu konzipiert. Jetzt fordern Sie die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes. Meine Damen und Herren, das ist scheinheilig.

(Beifall bei der CSU – Franz Maget (SPD): Und wofür sollte dieses Geld verwendet werden?)

Deswegen sind Sie in der Opposition.

Herr Kollege Maget, Sie haben eine höhere Investitionsquote gefordert. Wir alle wollen eine höhere Investitionsquote, zum Beispiel 20 oder 25 %.

(Franz Maget (SPD): 15 %, wie das Herr Faltlhauser fordert!)

Wir alle wollen eine höhere Investitionsquote. Wenn Sie aber am nächsten Tag höhere konsumtive Ausgaben haben und mehr verbrauchen wollen, können Sie weniger investieren. Der Kuchen bleibt der gleiche. Deshalb haben wir uns entschlossen, mehr zu investieren, weil damit Arbeitsplätze im Land entstehen.

(Franz Maget (SPD): Wo? An den Unis?)

Sie erheben demgegenüber jeden Tag neue Forderungen.

(Beifall bei der CSU)

Vor 14 Tagen war ich mit Herrn Kollegen Maget und Herrn Kollegen Dr. Dürr in Eggenfelden bei der Sendung „Bürgerforum“ des Bayerischen Fernsehens. Diese Sendung hat nur 45 Minuten gedauert, ohne den Vorspann vielleicht sogar nur 40 Minuten. In diesen 40 Minuten haben die Kollegen Maget und Dr. Dürr so viele Forderungen erhoben, dass ein zweistelliger Milliardenbetrag zur Umsetzung dieser Forderungen kaum gereicht hätte. Das ist die Wahrheit.

Heute hat Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein den Vorschlag gemacht, ein Bürgergutachten zu installieren, um die Menschen noch stärker einzubeziehen.

(Franz Maget (SPD): Transrapid!)

– Lieber Kollege Maget, auf Ihre Forderungen zum Transrapid werde ich heute noch in besonderer Weise eingehen. Sie werden zu diesem Thema heute noch einmal im Mittelpunkt der Debatte stehen. Bleiben Sie hier. Sie würden sonst etwas versäumen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Wir halten es für gut, nicht nur Wissenschaftler und Fachleute einzubinden, sondern ein Bürgergutachten einzuführen. Wir machen also das, was die Opposition immer wieder gefordert hat. Stellen Sie sich doch einfach einmal hierher und sagen: Herr Ministerpräsident, eine gute Idee, wir stimmen zu. Stattdessen kritisieren, maulen und schimpfen Sie. Sie loben uns nicht dafür, weil Sie das nicht übers Herz bringen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sie haben Probleme!)

Wenn Sie das schon immer gefordert haben und das eine gute Idee ist, sollten Sie feststellen, dass das eine gute Idee ist, auch wenn sie vom Ministerpräsidenten oder von der CSU kommt.

(Beifall bei der CSU – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ein Bürgergutachten für mehr Lehrer wäre gut!)

Nun zu den Hochschulen und zur Hochschulpolitik. Sie haben gesagt, was in der Hochschulpolitik alles im Argen

liegt. Das gleiche Bild: Not und Elend über diesem Land. Die Menschen an den Universitäten seien traumatisiert. Es gebe keine Bildung und schlechte Abschlüsse. Das ist doch nicht die Realität. Wenn Sie ehrlich sind, dürfen Sie kritisieren, dass wir noch mehr investieren müssen, mehr, als bislang für die Hochschulen zusätzlich zur Verfügung gestellt wird. Staatsminister Dr. Thomas Goppel würde es freuen, wenn er noch mehr Mittel erhielte. Aber sagen Sie bitte auch, dass die TU und die LMU als Elite-Universitäten ausgezeichnet worden sind. Dann würden Sie die ganze Wahrheit sagen.

(Beifall bei der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Exzellenzruinen!)

– Herr Kollege Wörner hat es kapiert: Exzellenz. Darum geht es.

Zur Familienpolitik. Herr Kollege Maget, dürfte ich kurz um Ihre Aufmerksamkeit bitten?

(Franz Maget (SPD): Entschuldigung, ich wurde gerade von einem Kollegen angesprochen!)

In der Familienpolitik bin auch ich dafür, dass nicht der Staat entscheidet. Da stimme ich Ihnen uneingeschränkt zu. Ich glaube, dass wir miteinander auf einem guten Weg sind, wenn wir sagen: Wir müssen alle Voraussetzungen schaffen, dass Wahlmöglichkeiten gegeben sind. Wir brauchen Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren, für Kinder von drei bis sechs Jahren und eine Begleitung der Kinder nach der Schule, wenn sie nach Hause oder in den Hort gehen. Ich freue mich, dass Sie damit einverstanden sind.

Weil wir in unserer Gesellschaft so unterschiedliche Situationen haben, müssen wir auch an die Fälle denken, wo diese Betreuungseinrichtungen nicht in Anspruch genommen werden, wo die Eltern ihre Kinder bis zum dritten Lebensjahr zu Hause betreuen und vom dritten bis zum sechsten Lebensjahr in den Kindergarten geben.

Wissen Sie, was wir zu wenig machen? – Wir reden heute zu wenig über den Normalfall. Wir reden zu wenig über den Fall, dass jemand zu Hause ist und seine Kinder erzieht.

(Beifall bei der CSU)

Wir achten das nicht. Wir müssen aber auch das achten. Ich habe das auch erst lernen müssen, liebe Barbara Stamm.

(Simone Tolle (GRÜNE): Echt? Sind Sie auch zu Hause gewesen?)

– Ich sage das, weil ich früher noch einer anderen Meinung gewesen bin. Ich gebe das auch zu. Ich habe früher geglaubt, wir brauchen für die Kinder unter drei und über sechs Jahren nicht so viele Betreuungseinrichtungen. Wir brauchen diese Einrichtungen aber, weil wir besondere gesellschaftliche Situationen haben. Wir haben viele Alleinerziehende. Deshalb brauchen wir diese hohe Zahl an Betreuungseinrichtungen, und da haben wir doch in den letzten Jahren Exzellentes geleistet. Bei den Kindern unter drei Jahren sind wir mittlerweile von einer Versorgungsquote von 5,7 % auf 10,1 % gekommen. Das ist doch eine gute Leistung, die wir auch gemeinsam honorieren müssen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Es wurde gesagt, es werde Politik gegen diejenigen gemacht, die das Betreuungsgeld als Normalfamilien in Anspruch nehmen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

„Normalfamilien“ heißt, es besteht die Möglichkeit, dass jemand zu Hause bleibt und die Kinder erzieht. Wenn ich heute so manches Gesetzgebungsvorhaben aus dem Hause Zypries ansehe, dann habe ich den Eindruck: Die Tendenz geht eher dahin, nicht die Familie, bei der ein Elternteil zu Hause bleibt und die Kinder erzieht, in besonderer Weise in den Mittelpunkt zu rücken und in den Fokus zu nehmen. Wir brauchen beides. Ich bin für die absolute Gleichwertigkeit. Die Eltern sollen freie Hand haben.

(Franz Maget (SPD): Genau! – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das meinen wir auch!)

Diese Entscheidung geht den Staat überhaupt nichts an. Die Eltern sollen entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen. Wir sollten in der politischen Diskussion aber beide Seiten gleich behandeln. Wir sollten nicht von einer „Herdprämie“ und dem „trauten Heim“ reden.

(Beifall bei der CSU – Zurufe der Abgeordneten Franz Maget (SPD) und Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Herr Kollege Maget, in München fehlt es an Kindergartenplätzen.

(Staatsministerin Christa Stewens: Genau! 5000 Plätze!)

Bei den Kindergartenplätzen in der Landeshauptstadt München fehlt es „vom Boa weg“, wenn ich das auf bayrisch so sagen darf. Reden Sie doch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien. Die bekommen in München keinen Kindergartenplatz. Das mache ich der Landeshauptstadt München zum Vorwurf. Ich wende hier keine Rechenkünste an, bundesweit und im Durchschnitt, wie Sie das gemacht haben.

(Franz Maget (SPD): In Bayern!)

Schauen Sie doch einmal, ob Sie in der Landeshauptstadt München einen Kindergartenplatz bekommen. Sie haben hier Probleme, und um die soll sich die Landeshauptstadt München richtig kümmern!

(Beifall bei der CSU)

Aus Sicht der Bildungspolitik möchte ich noch folgendes Thema aufgreifen: Herr Kollege Maget, schauen Sie doch einmal, dass in Ihrer Partei eine klare Meinung herrscht, damit Herr Pfaffmann nicht etwas anderes als Frau Strobl sagt. Wahrscheinlich werden beide dann in die Zange genommen, dann haben sie am nächsten Tag die gleiche Meinung, was das gegliederte Schulwesen anbelangt.

(Franz Maget (SPD): Da sehen Sie Führung!)

An diesem Punkt merken wir, dass auch noch in der Opposition vernünftige Menschen sind. Wir spüren aber auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind und dass das gegliederte Schulsystem die richtige Lösung ist.

(Franz Maget (SPD): Na ja!)

Klimaschutz. Tja der Klimaschutz. Der Klimaschutz war das zentrale Thema von Frau Kollegin Bause. Darauf möchte ich antworten, und zwar ausführlich: Wir sind in dieser Frage hervorragend aufgestellt.

(Lachen bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): So so!)

Der Pro-Kopf-Ausstoß von CO_2 liegt in Bayern knapp unter sieben Tonnen. Das heißt, er liegt gut ein Drittel niedriger als der Bundeswert. Sehr gut! 84 % der Stromerzeugung in Bayern ist CO_2-frei, und zwar auch deswegen, weil wir Atomstrom und Kernkraftwerke haben.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch ist mit 8 % deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Mehr als die Hälfte des deutschen Wasserkraftstroms wird in Bayern produziert. Über ein Drittel der in Deutschland installierten Solarkollektoren steht wo?

(Zuruf von der CSU: In Bayern!)

– In Bayern! Danke!

(Heiterkeit bei der CSU)

Der Anteil der Biomasse am Primärenergieverbrauch liegt mit einem Anteil von etwa 5 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Wir haben uns in dem Programm „Bayern 2020“ – lieber Edmund Stoiber – neue Ziele für die nächsten 15 Jahre gesetzt. Wir setzen heute einen wichtigen Markstein, wenn es um die energieeffiziente Sanierung von staatlichen Gebäuden geht. Hier, Herr Ministerpräsident, ist der Staat zu Recht Vorbild für die privaten Haus- und Grundstücksbesitzer. Da haben wir eine klare Linie, und bei diesem Thema haben wir auch die Marktführerschaft. Frau Kollegin Bause, Herr Kollege Maget, wir gehen nicht in Detailprobleme hinein.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist ja ganz neu!)

Herr Kollege Wörner hat zum Thema Klimaschutz beispielsweise folgenden Antrag gestellt: „Bekämpfung von Unkraut, Moos und Gräsern in den Pflasterfugen“. – So kann man keine Klimaschutzpolitik machen, meine Damen und Herren.

(Lachen und lebhafter Beifall bei der CSU – Ludwig Wörner (SPD): Was soll das für ein Antrag sein? Lüge!)

Und die GRÜNEN? Ich zitiere aus dem „Fränkischen Tag“ vom 13.11.2007: „Bayerns GRÜNE für 1800 neue Windkraftanlagen“.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Nennen Sie die Drucksachennummer des Antrags! Den würd’ ich gern mal sehen! – Ludwig Wörner (SPD): Du lügst schlimmer als du redest!)

– Wo kommen Sie denn her?

(Anhaltende Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Der Mann aus dem Nichts!

(Heiterkeit bei der CSU)

Die GRÜNEN haben 1800 neue Windkraftanlagen beantragt.

(Ludwig Wörner (SPD): Herr Schmid, Sie lügen, wenn Sie den Mund aufmachen!)

Liebe Freunde, ich muss sagen, Windkraftanlagen kann man nicht überall hinstellen. Wir haben draußen große Debatten, und zwar zu Recht. Die Windkraftanlagen passen nicht an jede Stelle. Vielleicht passen sie an die Nordsee, weil dort mehr Wind ist. Ich will aber nicht auf jedem Hügel Bayerns eine Windkraftanlage stehen haben.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Bravo! – Beifall bei der CSU)

Da passen die nämlich nicht alle hin, Frau Kollegin Bause.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Wörner?

Georg Schmid (CSU): Sonst mache ich das gerne, aber heute nicht. Herr Kollege Wörner, das machen wir später.

Vorratsdatenspeicherung, innere Sicherheit: Frau Kollegin Bause – – Bitte, Herr Kollege Wörner, ziehen Sie sich wieder zurück.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es gibt keinen Antrag! Sie sollten da mal besser recherchieren!)

Frau Kollegin Bause, Sie haben heute die Vorratsdatenspeicherung kritisiert. Sie haben von einem Überwachungsstaat gesprochen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich kann mich noch sehr wohl an die Diskussionen im Innenausschuss des Bayerischen Landtags erinnern. Da wurde diskutiert, ob und wo man Videoanlagen auf öffentlichen Plätzen neu installieren muss.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

– Genau. Damals haben die GRÜNEN zu uns gesagt: keine Videoüberwachung, kein gläserner Bürger. George Orwell ist täglich beschworen worden.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Nach den Anschlägen in London waren Sie aber die Ersten, die mehr Videoüberwachungsanlagen in Bayern gefordert haben. Das ist die Politik der Opposition, das ist die Politik der GRÜNEN in Bayern, liebe Frau Kollegin Bause!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Was war in den vergangenen Jahren das wichtigste Thema überhaupt? – Das Thema Haushaltspolitik. Dazu wollte ich noch ein paar Bemerkungen machen. Ich glaube, dass es in der Politik und auch in einer Regierungserklärung darum geht, Herr Ministerpräsident, dass wir klare Schwerpunkte setzen, dass wir keine Illusionen, dass wir keine Ideologien brauchen, sondern klaren Realitätssinn und tragfähige Konzepte für die Zukunft. Sie, Herr Ministerpräsident, haben uns heute gezeigt, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung keine Illusionen und keine Ideologien haben, sondern dass Sie dieses Land mit Realitätssinn in die Zukunft führen wollen. Dafür danken wir Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Lachen des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Ich danke Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion. Sie haben immer erkannt, worauf es ankommt. Sie sind in schwierigen Zeiten einen geraden Weg gegangen. Sie haben unsere Politik den Menschen erklärt, auch die Notwendigkeit dieser Politik. Es war nicht leicht, die notwendigen Strukturreformen einzuleiten und angesichts der schlechten Konjunkturlage Einschnitte vorzunehmen. Wir sind aber nicht in eine unverantwortliche Verschuldung des Staatshaushalts ausgewichen, sondern wir haben uns der Verantwortung einer zukunftsgerechten Politik gestellt.

Gerade in solchen Situationen zeigt sich Führungsstärke. Die Menschen haben dies erkannt und daher in den letzten fünf Jahrzehnten die Führungsverantwortung für unser Land zu Recht der CSU übertragen, 2003 sogar mit einer Zweidrittelmehrheit. Die CSU-Fraktion – das möchte ich an dieser Stelle ganz ausdrücklich sagen – wird auch weiterhin an der Seite des Ministerpräsidenten in der Gesamtverantwortung für unser Land stehen. Die CSU-Fraktion wird weiterhin das Sprachrohr der Menschen in Bayern sein. Wir können das, weil jeder einzelne Kollege und jede einzelne Kollegin das Ohr am Bürger hat und dessen Sorgen und Anliegen kennt. Ich bin stolz auf diese, auf meine Fraktion. Ich bin stolz auf alle Kolleginnen und Kollegen, von A wie Manfred Ach bis Z wie Thomas Zimmermann. Vielen Dank für eure Arbeit!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten greift auch ganz bewusst in vorbildlicher Weise die ordnungspolitischen Leitlinien auf, welche die Arbeit der CSU-Fraktion in den letzten Jahren so erfolgreich gemacht haben. Wir müssen sie für die neuen Herausforderungen in der Zukunft fortentwickeln. Lassen Sie mich hierzu noch einige wenige Bemerkungen machen.

Erstens. Wir brauchen wieder mehr annehmende Verantwortung in unserer Gesellschaft.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Was ist das? – Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Anmahnende Verantwortung?)

Was wir nicht brauchen können, ist ein Wegducken. Ich höre immer wieder „man sollte“ und „man müsste“. Viele meinen damit, der andere oder der Staat soll oder muss etwas tun. Das widerspricht dem christlichen Menschenbild, das von der Verantwortung des Einzelnen für sich und für den anderen und die Gemeinschaft geprägt ist. Es ist notwendig, selbst anzupacken – für sich, für den Nächsten und für die Gemeinschaft. Gelebte Subsidiarität ist gefragt. Das heißt, zunächst ist jeder für sich selbst verantwortlich. Jeder soll dort gefordert sein, wo und soweit er selbst Leistung erbringen kann. Selbst wenn das nicht so gut geht, muss er versuchen, aus eigener Kraft aus seiner Bedürftigkeit herauszukommen. Das christliche Menschenbild kennt kein Versorgungsdenken sozialistischer Machart. In der sozialen Hängematte lässt sich die Zukunft nicht gestalten; Versorgungsmentalität macht abhängig.

Annehmende Verantwortung, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt aber auch gelebte Solidarität. Der Stärkere oder die Gemeinschaft muss für den Schwächeren da sein. Wer sich nicht selbst helfen kann, muss auf die Unterstützung der Allgemeinheit vertrauen dürfen. Dies gilt in besonderer Weise für die Menschen, die trotz Behinderung versuchen, ihren Platz im Leben zu finden. Sie haben Anspruch auf unsere Solidarität, auf unser Mit-

fühlen und auf tatkräftige Unterstützung. Auch hier gilt aber: Der Staat allein wäre damit überfordert. Gefordert sind wir alle, als Nachbarn, Vermieter, Arbeitgeber, Kollegen, in welcher Rolle auch immer. Annehmende Verantwortung heißt auch Wir-Gefühl und Gemeinschaft anstatt Ich-AG. Bayern ist nur deshalb lebens- und liebenswert, weil sich die Menschen für ihr Land und für ihre Gemeinschaft einsetzen.

(Zuruf der Abgeordneten Heidi Lück (SPD))

Wenn wir echte Wohlfahrt im Sinne des englischen Welfare haben wollen, dann brauchen wir die Mithilfe aller Menschen, ihren Einsatz und ein Miteinander. Ohne bürgerschaftliches Engagement gibt es keine Wohlfahrt.

Wir können dankbar dafür sein, dass wir so viele engagierte Bürgerinnen und Bürger haben. Rund ein Drittel der Bevölkerung ist im Ehrenamt tätig. Jeden Monat werden 72 Millionen freiwillige Arbeitsstunden von unseren Bürgerinnen und Bürgern erbracht. Ist das denn nicht eine großartige Leistung, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der CSU)

Ein echter Bürger ist nur, wer Bürger ist für das Gemeinwesen und wer Bürgschaft übernimmt für sein Land. Das Ehrenamt ist auch der Ort, an dem die Generationen zusammenfinden, wo Jung und Alt zusammenwirken. Wir müssen sehr wohl darüber nachdenken, wie sich rüstige ältere Bürger künftig noch stärker zum Wohle aller einbringen können. Das verstehe ich unter annehmender Verantwortung.

Die zweite Leitlinie erfolgreicher CSU-Politik ist die Balance zwischen dem ökonomischen Erfolg eines Landes und sozialer Teilhabe seiner Bürgerinnen und Bürger. Starkes Wirtschaftswachstum, hoher Grad an Beschäftigung und ein kräftiges Steueraufkommen sind Markenzeichen Bayerns, und dies seit Jahrzehnten. Gerechte Politik muss aber auch sozialen Ausgleich schaffen. Keiner darf sich an den Rand gedrängt und ausgegrenzt fühlen. Auch in unserer globalisierten Welt muss es Raum für Solidarität, Wärme und Geborgenheit geben. Sozialer Friede und sozialer Fortschritt sind nur gewährleistet, wenn diese Balance stimmt. Der Sozialstaat ist nicht umsonst zu haben. Nur solide Wirtschaftsgrundlagen schaffen Wertschöpfung für eine leistungsfähige Sozialpolitik. Das Gegenkonzept, das ich gerade im SPD-Grundsatzprogramm nachgelesen habe, heißt offenbar „demokratischer Sozialismus“.

(Henning Kaul (CSU): Hört, hört!)

Ich dachte eigentlich, diese Zeit wäre ein für allemal vorbei. Die SPD sieht das wohl anders. Sie hat sich mit ihrem neuen Grundsatzprogramm zur Vorkämpferin für den demokratischen Sozialismus stilisiert. Damit befindet sich die SPD wieder einmal auf dem völlig falschen Dampfer. Der Sozialismus mit seiner menschenfeindlichen Gleichmacherei zerstört die Wurzeln unseres Wohlstandes und damit auch die Möglichkeit, für die soziale Seite zu investieren.

(Beifall bei der CSU)

Der Niedergang der DDR und aller anderen sozialistischen Experimente sollte der SPD eigentlich eine Lehre sein.

(Unruhe)

Der Sozialismus ist Vergangenheit.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Sogar die PDS hat sich in „Linkspartei“ umbenannt. Nur die SPD hat das noch nicht bemerkt.

(Franz Maget (SPD): Ach Gott!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sollten Ihre Parteizeitung nicht „vorwärts“ nennen, sondern „rückwärts“.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Soziale Stabilität und sozialen Frieden kann es nur dort geben, wo jemand bereit ist, Leistung zu erbringen. „Zukunft ist Leistung“, hat zu Recht unser langjähriger bayerischer Wirtschaftsminister Anton Jaumann in einem Buch geschrieben. Das ist eine bis heute gültige Wahrheit. Der Begriff der Leistung muss wieder stärker in den Blick genommen werden. Die Zeiten, in denen Leistung etwas Negatives war, müssen vorbei sein. Wir müssen die Leistungsträger in unserem Lande fördern, begleiten und unterstützen. Unsere Politik muss sich auch an den Leistungsträgern dieses Landes ausrichten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer sind die Leistungsträger? – Das sind zum Beispiel die gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unsere selbstständigen Handwerker und unsere bäuerlichen Familienbetriebe, die hart arbeiten und mit ihren Betrieben und Unternehmen die Grundlage dafür schaffen, dass es den Menschen in unserem Land gut geht. Das sind zum Beispiel auch die Spitzenforscher an unseren Universitäten; das sind auch die Polizistinnen und Polizisten, die einen anstrengenden Dienst leisten und für Sicherheit in unserem Land sorgen.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Ausländer müssen Sie auch erwähnen!)

Der tatkräftige Einsatz all dieser Leistungsträger – die Liste ließe sich fortsetzen – prägt unser Land. Eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, steht definitiv fest: Wir müssen wieder mehr leisten, damit wir uns das

leisten können, was wir uns momentan leisten. Darum geht es, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Tolle?

(Zurufe von der CSU: Nein!)

Georg Schmid (CSU): Nein, wir haben auch nicht dazwischengefragt.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Maget, die Vermögensteuer ist aus meiner Sicht der falsche Weg; denn sie bedeutet, Menschen, die etwas leisten, noch einmal in die Pflicht zu nehmen und noch einmal zu bestrafen. Wir brauchen in diesem Lande mehr Leistungsträger, damit wir eine gute Sozialpolitik machen können und die Balance zwischen ökonomischem Erfolg auf der einen Seite und sozialer Teilhabe auf der anderen Seite erreichen. Darum geht es in einer guten Politik.

Ich möchte noch eine weitere Leitlinie in unserem politischen Koordinatensystem ansprechen: Die Menschen wollen eine Politik der Wahrhaftigkeit und der Verlässlichkeit.

(Ludwig Wörner (SPD): Und das sagt ausgerechnet ihr!)

Die Menschen wollen klare Positionen, die konsequent verfolgt werden. Zu oft heißt es „sowohl – als auch“. Zu oft haben die Bürger den Eindruck, die Politik traue sich nicht, unangenehme Wahrheiten deutlich auszusprechen. Die Menschen wollen aber die Wahrheit hören. Sie vertragen mehr Wahrheit, als wir manchmal glauben.

Wir müssen den Menschen deshalb sagen, was geht und was nicht geht.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Was geht hier?)

Letztendlich zahlt sich eine glaubhafte Politik aus; denn die Menschen sind bereit, die Wahrheit zu akzeptieren. Jedem Wunsch nachzugeben, mag zwar bequem sein, führt aber ins Nichts. Kompromisse sind oft der falsche Weg. Schon ein arabisches Sprichwort sagt zu Recht: Der goldene Mittelweg verläuft mit Vorliebe im Sande. – Sie müssen das nicht gleich verstehen, das macht nichts.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) – Joachim Wahnschaffe (SPD): Sand im Getriebe!)

CSU-Fraktion und Staatsregierung hatten 1998 den Mut, einen Haushalt ohne Neuverschuldung zu einem zentralen Punkt ihrer Politik zu machen. Wir waren von der Richtigkeit dieses Ziels überzeugt und haben das von Anfang an auch deutlich gesagt. Wir hatten den Mut und das Stehvermögen, an dieser Linie auch unter schwierigen Rahmenbedingungen festzuhalten. Ergebnis: Wir haben unser Ziel erreicht, und immer mehr Menschen waren im Laufe der Zeit von der Richtigkeit dieses Ziels überzeugt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der ausgeglichene Haushalt ist die größte finanzpolitische Leistung der CSU-Fraktion und der Staatsregierung in den vergangenen Jahren. Der harte Kurs von Edmund Stoiber und Kurt Faltlhauser hat sich für unser Land ausgezahlt.

(Beifall bei der CSU)

Aber lassen Sie mich noch ein zweites Beispiel für die Klarheit und die Verlässlichkeit unserer Politik anführen, auf das Herr Kollege Maget schon lange wartet: das Bekenntnis zum technologischen Fortschritt.

(Franz Maget (SPD): Sie meinen den Transrapid!)

– Kollege Maget, ein bisschen Geduld. Sie kommen gleich dran.

Ein Land ist nur dann zukunftsfähig, wenn es Neues wagt.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Neue Regierung! – Renate Dodell (CSU): Dürr ist aufgewacht!)

– Herr Kollege Dürr, guten Morgen, Sie sind wieder aufgewacht. Ich habe Sie in der letzten Viertelstunde schon vermisst.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Zu Ihrem Zwischenruf sage ich: Das können Sie sich abschminken, da müssen Sie noch lange hier sitzen.

Dem Ängstlichen gehört nicht die Zukunft. Ohne unseren mutigen Einsatz gäbe es heute in München keinen Flughafen mit Verbindungen in alle Welt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Es gäbe kein Forschungszentrum von Weltrang in Garching; es gäbe keine sichere und CO_2-freie Stromversorgung durch unsere Kernkraftwerke; es gäbe kein flächendeckendes Netz von Universitäten und Fachhochschulen. Wir haben immer gesagt, wir wollen das flächendeckend. Immer wieder wurde von Konzentration gesprochen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Cluster!)

Wir sind auch in die ländlichen Räume hinausgegangen. Wir hätten sonst den Wandel vom Agrarstaat zum High-

tech-Land in den Sechziger- und Siebzigerjahren nicht geschafft. Auch unter diesem Gesichtspunkt müssen wir die heute anstehenden Entscheidungen zu technologischen Leitprojekten sehen. Wer nur auf Emotionen setzt, hat einen ganz schlechten Ratgeber. Fakten müssen die Grundlagen unseres Handelns sein. Ich sage Ihnen: Wir sind bereit, auch an dieser Stelle Neues zu wagen, wenn es um Leitprojekte in diesem Land geht.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Maget, Sie haben heute und in den vergangenen Tagen dokumentiert, dass dieses neue technologische Leitprojekt von Ihnen abgelehnt wird. Sie sagen, es sei nicht notwendig. Ich will Sie aus dem Plenarprotokoll vom 13. Februar 2003 zitieren:

> Die Pluspunkte des Transrapid liegen auf der Hand: Das sind technische Vorteile, das ist die Geschwindigkeit, das sind energetische Vorteile, und er ist eine technologische Chance für Deutschland, und er schafft Arbeitsplätze.

Der Transrapid

> …ist eine Exportchance, und wir haben bewiesen, dass wir sie nutzen. Ich bin auch davon überzeugt,

– daran habe ich noch gar nicht gedacht –

> dass der Transrapid ein Besuchermagnet in München und auch anderswo sein würde.

(Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU)

Außerdem ermahnte Herr Maget die GRÜNEN.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das sind wir!)

– Herr Kollege Dürr, Sie sollten jetzt die Mahnung des Herrn Maget hören:

> Ich darf daran erinnern,

– sagt Herr Maget –

> dass SPD und GRÜNE im Koalitionsvertrag in Berlin verabredet haben, dass wir die Bundesmittel für dieses Projekt weiterhin bereitstellen wollen. (…) „Für die finanzielle Unterstützung für den Bau von Anwendungsstrecken für die Magnetschwebebahntechnologie stehen auch weiterhin Bundesmittel in einer zugesagten Gesamthöhe bis zu 2,3 Milliarden €zur Verfügung."

Lieber Herr Ministerpräsident, fahren Sie nach Berlin, holen Sie das Geld ab, das dort noch liegt!

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CSU)

Herr Maget, Sie halten große Reden bei Demonstrationen. Sie sollten den Bürgerinnen und Bürgern aber auch sagen, was Sie vorher gesagt haben. Das ist keine glaubhafte Politik. Denen darf man die Geschicke des Landes nicht in die Hand geben, die so reden und so denken.

(Alexander König (CSU): Bravo! – Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ein zentrales Leitprinzip unserer Politik muss auch der Respekt im Umgang miteinander sein.

(Zurufe von der SPD – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Scheinheiligkeit! – Ludwig Wörner (SPD): Darum stellt er sich dort hin und lügt, dass sich die Balken biegen! – Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Wir glauben eurem Franz!)

– Herr Kollege Wörner, ich rede gerade von Respekt im Umgang miteinander. Wir Politiker sind als Vorbilder gefordert. Unser christliches Menschenbild verlangt den Respekt vor dem Nächsten. In der politischen Auseinandersetzung muss es Grenzen geben. Die Bundesvorsitzende der GRÜNEN überschreitet mit ihrer maßlosen, verunglimpfenden und unbeherrschten Kritik an Bischof Walter Mixa diese Grenzen und verletzt die religiösen Gefühle vieler Menschen in diesem Land. Wir dürfen dazu nicht schweigen, so etwas dürfen wir nicht dulden. Das ist nicht der Respekt, den wir meinen.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in diesem Land haben Anspruch auf eine aufrichtige Politik.

(Lachen des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Was wir tun und was wir sagen, muss sich zusammenfügen; Wort und Tat müssen übereinstimmen. CSU-Fraktion und Bayerische Staatsregierung haben ihre Versprechen gehalten.

(Ludwig Wörner (SPD): Wie bei der 42-Stunden-Woche!)

Davon profitieren die Menschen in Bayern. Unser Ministerpräsident hat in seiner heutigen Regierungserklärung den Weg für die kommenden Jahre gewiesen. Die CSU-Fraktion wird ihn dabei mit aller Kraft unterstützen, zum Wohle der Menschen in unserem Land.

(Anhaltender Beifall und Bravo-Rufe bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun der Herr Ministerpräsident das Wort.

Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht auf alle Bemerkungen eingehen,

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Das lohnt sich auch nicht!)

insbesondere nicht auf die Polemik der Opposition. Einerseits hat hier unser Fraktionsvorsitzender Georg Schmid das Notwendige gesagt, zum anderen können sich die Bürgerinnen und Bürger selbst ein Urteil bilden und ein Bild von der Realität in Bayern machen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das hoffe ich!)

Ich will lediglich auf neun Punkte kurz und knapp eingehen.

Erstens. Herr Kollege Maget, Sie beanstanden – das ist in der Tat richtig –, dass ich weder zum Arbeitslosengeld I noch zur Pendlerpauschale, zur Bahnreform, zum Mindestlohn und auch nicht zu Ihrem Vorschlag zur Vermögensteuer Stellung genommen habe. Jedenfalls hier im Hohen Hause habe ich es jetzt nicht getan. Ich denke allerdings, es ist auch Ihnen nicht völlig verboten, Zeitung zu lesen. Dort können Sie meine Meinung finden; denn über diese Fragen habe ich mich oft genug in allen möglichen Interviews geäußert. Etwas Neues hätte ich heute im Hohen Haus dazu nicht sagen können.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) und Dr. Thomas Beyer (SPD))

Für das Arbeitslosengeld I ist am Sonntag ein Kompromiss, den Kollege Huber mit herbeigeführt hat, gefunden worden, und es hat ein vorläufiges Ergebnis gegeben. Ich begrüße es nachdrücklich, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 3,3 % abgesenkt worden sind. Dadurch haben Millionen von Bürgern mehr Geld in ihren Taschen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage dir, lieber Erwin Huber, Dank und Anerkennung, dass du das durchgesetzt hast. Ich weiß von der Schaltkonferenz am Montag früh zur Vorbereitung entsprechender Runden, dass alle Kolleginnen und Kollegen der CDU eigentlich gedacht hatten, unter 3,5 % könne man nicht kommen. Dagegen war es das Anliegen der CSU, möglichst viel Geld beim Bürger zu belassen. Dadurch haben die Arbeitnehmer ein paar hundert Euro mehr in ihrer Tasche.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ein paar hundert? – Franz Maget (SPD): 0,2 %!)

– Herr Kollege Maget, ich möchte Ihnen Nachhilfe geben. Die Berechnungen ergeben bis zu 260 Euro bzw., wenn man das insgesamt nimmt, bis zu 400 Euro pro Jahr, die damit mehr in den Taschen der Bürger bleiben.

(Franz Maget (SPD): Gesamtrechnung!)

Deswegen sage ich: Diese Haltung der CSU war auch die Haltung der Bayerischen Staatsregierung. Das ist richtig, und dazu stehen wir.

(Beifall bei der CSU)

Die Kritik an meinen Äußerungen zur Verlängerung der Arbeitslosengeldzahlung weise ich nachdrücklich zurück; ich meine die Kritik an einer Äußerung von mir, mit der Sie mich in die Nähe der Ausländerfeindlichkeit stellen. Ich habe in der Tat die Meinung – wie es übrigens insgesamt als Meinung der CSU sowohl in entsprechenden Beschlüssen im Präsidium als auch im Vorstand zum Ausdruck gekommen ist –, dass wir einen längeren Bezug des Arbeitslosengeldes nicht in erster Linie an das Lebensalter knüpfen dürfen, sondern an die Beitragsdauer binden müssen.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es in der Tat für eine Ungerechtigkeit, wenn derjenige, der 30 oder 35 Jahre lang eingezahlt hat, das Arbeitslosengeld nicht länger bekommt als derjenige, der nur wenige Jahre einbezahlt hat.

(Franz Maget (SPD): Dazu brauchen Sie doch keine Ausländer! – Weitere Zurufe von Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich stehe dazu, dass ich das Beispiel eines Arbeitnehmers aus der Türkei deswegen gebracht habe, weil das in der Tat das häufigste Beispiel dafür ist.

(Engelbert Kupka (CSU): So ist es!)

Der Fünfzigjährige fällt ja nicht vom Himmel, sondern er lebt entweder in Deutschland – da gibt es welche, die früher selbstständig waren und später in Arbeitsverhältnisse gekommen sind – oder, was viel häufiger der Fall ist, er ist in höherem Lebensalter nach Deutschland gekommen und hat dann Arbeitslosengeld bezogen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Da war es unsere allgemeine Meinung, die Verlängerung sollte man nicht – wie von der SPD ursprünglich angedacht – an das Lebensalter, sondern an die Länge der Beitragszahlung knüpfen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Ich weise allerdings auf das Schärfste zurück, dass solche Überlegungen etwas mit Ausländerfeindlichkeit zu tun haben.

(Franz Maget (SPD): Ferner Osten!)

Das ist dummes Geschwätz.

(Beifall bei der CSU)

Insgesamt darf die Tatsache, dass wir irgendwelche unterschiedlichen Meinungen haben und berechtigte Kritik üben, nicht immer gleich zu dem politisch inkorrekten Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit führen. Ich meine vielmehr, dass wir solche Diskussionen ganz selbstverständlich führen müssen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): So weit wird es selten kommen!)

So geschieht dies auch bei der ganz überwältigenden Mehrheit der anständigen Bürger in unserem Lande. Wenn wir eine Politik machen wollen, in der sich der normale Bürger wiederfindet, müssen wir so etwas berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das ist auch dummes Geschwätz!)

Herr Kollege Maget, es war letztlich auch Ihr Parteivorsitzender Herr Beck, der in einem ähnlichen Zusammenhang eine andere Meinung vertrat als Herr Müntefering. Da sollen Sie nicht einem Ministerpräsidenten auf der anderen Seite des Regierungsspektrums Ausländerfeindlichkeit unterstellen.

Zweitens, zur Integration. Ich freue mich darüber, dass nun von Ihnen massiv verlangt wird: Wer in Deutschland lebt, soll Deutsch sprechen lernen. Dass das allerdings über Jahre und Jahrzehnte bei Ihnen die Hauptthematik gewesen wäre, ist mir neu, obwohl ich diesem Hohen Haus seit Langem angehöre. Was haben wir Diskussionen darüber gehabt, als Bayern als einziges Land in Deutschland bei der Einbürgerung deutsche Sprachkenntnisse geprüft hat! Haben Sie das etwa unterstützt? Hat nicht vielmehr die SPD erbittert massive Vorwürfe in Richtung Zwangsgermanisierung erhoben?

(Beifall bei der CSU – Henning Kaul (CSU): Wie beim Transrapid!)

Erinnern Sie sich nicht mehr an das ganze Multikulti-Geschwätz, das von Rot-Grün gekommen ist und unserem Land massiv geschadet hat? Ich sage auch ganz deutlich, dass das den Persönlichkeiten, die aus dem Ausland gekommen sind, geschadet hat. Hätte man ihnen ehrlich gesagt, wer in Deutschland lebt, hat nur dann auf Dauer Chancen, wenn er Deutsch kann, hätten viele junge Menschen und viele ältere Migranten sehr viel mehr für ihre Integration getan und wären heute die Profiteure davon.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD: Völliger Quatsch!)

Ich erinnere gern daran, was schon im Jahre 2000 von mir und dem CDU-Kollegen Rüttgers auf den Weg gebracht worden ist unter dem Motto: Wir wollen weniger Zuwanderung und mehr Integration. Das können wir auch heute noch brauchen. Jetzt sehen wir so richtig, wie schwierig Integration auch in der zweiten und dritten Generation ist. Deswegen müssen wir uns in diesem Punkt mehr anstrengen. Das war ein wesentlicher Punkt der Regierungserklärung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Da gab es keine wesentlichen Punkte!)

Drittens, zur Pflege. Lieber Kollege Maget, aber auch liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, ich leugne nicht, dass da wegen der demografischen Probleme noch eine Menge Arbeit auf uns zukommt. Wir müssen sehen, wie wir sowohl das System der ambulanten als auch das System der stationären Hilfe für ältere Menschen erweitern. Das muss uns ein großes Anliegen sein; ich hebe hervor, dass der Pflegekompromiss mit 0,25 % Erhöhung ein Kompromiss ist, der nicht alle Wünsche erfüllt, sondern manches offen lässt. Es gibt einen Einstieg in eine Verbesserung der Situation bei Demenz. Aber es ist noch nicht das, was von den Wohlfahrtsverbänden gefordert wird.

Ich selbst bin im Bereich der Rummelsberger Anstalten seit vielen Jahren tätig, und ich kenne auch andere diakonische Werke in Bayern sehr genau. Ich habe in meiner Rede bei der ConSozial ausführlich darüber gesprochen, welche riesigen Leistungen die Pflegekräfte erbringen. Das hat mich immer sehr bewegt; denn ich habe selbst mitbekommen, in welch aufopfender Weise meine Schwiegermutter in einem Pflegeheim gepflegt wurde. Ich weiß auch ganz genau, wie hilflos ich war, als mein Vater im Alter pflegebedürftig wurde und ich keine Lösung dafür gefunden habe, mit einem Menschen zu reden, der einen nicht mehr versteht. Da ist man sehr hilflos. Und deshalb habe ich auch sehr großen Respekt vor den Persönlichkeiten, den Frauen und Männern, die hauptberuflich oder auch ehrenamtlich in der Pflege mitarbeiten, sei es im Pflegeheim, sei es in ambulanten Diensten, sei es als Vorlesehilfen. All diese Tätigkeiten verdienen eine ausdrückliche Würdigung.

Trotzdem konnte ich in einer Regierungserklärung nicht alles breit darstellen. Ich wollte Schwerpunkte setzen, und ich werde bei anderer Gelegenheit Schwerpunkte auch in diesem Bereich setzen. Aber es war mir ein Anliegen, heute in der Öffentlichkeit zu sagen, wie wichtig diese Punkte sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden uns in diesem Hause noch genügend über Fragen der Organisation von Pflege zu unterhalten haben: Wer macht das am Besten, die Bezirke, die Landkreise oder die Gemeinden? Wir werden uns auch darüber zu unterhalten haben – was meine persönliche Meinung ist – , dass alle Beteiligten aufgerufen sind, hier noch viel mehr auch Ehrenamtliche mit hineinzubekommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich war in Martha-Maria, einer evangelischen Einrichtung in Nürnberg, in der mir ganz stolz gesagt wurde, dass man 370 „Grüne Frauen“ habe. Diese Grünen Frauen haben nichts mit Ihnen da drüben zu tun, sondern das sind Leute, die ehrenamtlich ins Pflegeheim kommen, dort vorlesen oder sich einfach Zeit nehmen, mit den alten Menschen zu sprechen und so die Einsamkeit zu überwinden, die bei vielen alten Menschen das größte Problem ist.

Wir müssen in diesen Bereichen miteinander ringen, wie wir die verfügbaren Ressourcen möglichst gut umsetzen und wie wir auch ohne noch viel mehr Geld – das wir nicht in dem Umfang zur Verfügung stellen können, wie es notwendig wäre – die humane Behandlung alter Menschen möglichst gut gestalten können. Das ist des Schweißes der Edlen wert, hier nicht zu polemisieren, sondern hart zu arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Punkt, Schulpolitik und Unterrichtsausfall. Natürlich ist das etwas, was zu kritisieren ist, und trotzdem weiß jeder, der sich seriös damit beschäftigt, dass es mit dem Unterrichtsausfall immer gewisse Probleme geben wird.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn nämlich ein Lehrer oder eine Lehrerin in der Früh krank wird – ich weiß, wovon ich rede, der ich mit einer Lehrerin verheiratet bin – und es im Extremfall so ist, dass diese oder dieser trotz gesundheitlicher Bedenken in die Schule kommt, aber dann nach der ersten Stunde nach Hause gehen muss, dann ist es halt schwierig, sofort eine Ersatzkraft bereitzustellen. Ich habe mit Herrn Stadler von Audi gesprochen und ihn gefragt, wie das eine Automobilfirma macht. Er sagt, wir haben zusätzlich Leute, die als Springer bereitstehen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Eben!)

Wir rechnen das in den Preis mit ein. Das kann beim Staat nicht ohne Weiteres gemacht werden. Aber welche Anstrengungen wir unternehmen, sieht man daran, dass in Bayern seit 2001/2002

(Franz Maget (SPD): Wir haben keine Mobile Reserve mehr!)

6500 Lehrerkapazitäten geschaffen wurden, und zwar ohne dass dabei die Arbeitszeitverlängerung berücksichtigt worden ist, und über 2000 Leute in der Mobilen Reserve sind. Jetzt werden noch einmal 33 Millionen Euro an die Schulen gegeben, damit man sich dort selber kurzfristige Aushilfen beschaffen kann. Wer da dem Kultusminister und auch uns den guten Willen abspricht, der handelt, glaube ich, nicht seriös. Wir strengen uns da wirklich an.

(Beifall bei der CSU)

Noch zu diesem vierten Punkt: Mir ist völlig unerfindlich, Kollege Maget, wie Sie das Interview, in dem ich die Bedeutung der Jugendarbeit bei der Bildung und Erziehung junger Menschen herausgestellt habe, hier in dieser polemischen Weise kritisieren können. Ich selbst – ich habe es in der heutigen Regierungserklärung auch gesagt – weiß, welche Bedeutung es hat, wenn junge Menschen beispielsweise in der konfessionellen Jugendarbeit sind, musische Bildung bekommen oder in Sportvereinen tätig sind. Ich habe durch meine Tätigkeit beim CVJM – ich sage das auch so salopp – mindestens dieselbe Prägung erfahren wie in der Schule, und ich bin dankbar dafür, weil ich nämlich eine Menge sozialer Kompetenz erworben habe. Bildung ist eben nicht nur Wissen und erschöpft sich nicht darin, dass man für irgendwelche Fächer lernt.

Deswegen hat die Jugendarbeit, hat Sport, hat musische Erziehung eine große Bedeutung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Deshalb ist die Ganztagsschule so wichtig!)

Dafür haben wir uns immer wieder eingesetzt. Jeder von uns weiß doch, dass es zum Bereich der Ganztagsschule erhebliche Klagen gibt.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich beschäftige mich gerade in dieser Woche mit dem Brief der Frau eines Landtagsabgeordneten aus Mittelfranken, in dem sie aufführt, wann ihre Kinder von der Schule nach Hause kommen, weil der Schulbus nicht immer nach Schulschluss abfährt.

(Franz Maget (SPD): Was ist denn das jetzt?)

Wenn dann der Schulweg in dem ganz konkreten Fall noch 40 Minuten dauert, ist es kaum mehr möglich, den geliebten Sport zu betreiben oder dass die Tochter – wie in diesem Fall – noch Klavierunterricht besuchen kann.

Wir überlegen solche Probleme mit, und wir meinen, dass bei den Ganztagsangeboten die Integration des Nachmittagsbereichs zu berücksichtigen ist.

(Franz Maget (SPD): Das ist doch selbstverständlich!)

Trotzdem wird – beispielsweise auf der Synode der Evangelischen Kirche, im katholischen Bereich bzw. beim Sport – intensiv darüber diskutiert, dass auch und gerade durch die Erweiterung des Unterrichts hier die Möglichkeiten dramatisch zurückgeführt worden sind.

(Franz Maget (SPD): Was ist denn jetzt los?)

Dass das von vielen als Problem angesehen wird, ist meine Meinung, und das habe ich öffentlich gesagt.

(Franz Maget (SPD): Nein! Sie haben gesagt, dass in bestimmten Bereichen weniger Unterricht gegeben wird! In welchem, bitte? Wo wollen Sie Stunden kürzen?)

– Herr Maget, das dürfte nicht eine Richtlinienentscheidung des Ministerpräsidenten sein, aber es ist ein Problem, wenn in der 10. Klasse 34 Stunden, mit den fakultativen Intensivierungsstunden sogar 36 Stunden, gegeben werden.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Zuruf von der SPD: Ihre Stundentafel! – Joachim Wahnschaffe (SPD): Sie haben es erst eingeführt!)

Es ist ein Problem, wobei ich hervorhebe, dass die Intensivierungsstunden ein ganz wichtiger pädagogischer Wunsch sind.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN)

– Ja, wir können es nicht in dieser Oberflächlichkeit und Polemik behandeln, wie Sie das machen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN – Beifall bei der CSU)

Ich erlebe es, dass Eltern

(Zurufe der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) und Franz Maget (SPD) – Glocke des Präsidenten)

sagen, wir wollen Intensivierungsstunden, weil da die Chance ist, dass Wissen vertieft wird, und dieselben Eltern auch sagen, trotzdem ist es schwierig, wenn unsere Kinder Jugendarbeit nicht mehr machen können.

Da muss man sich beispielsweise auch darüber unterhalten, – –

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wo waren Sie die letzten fünf Jahre? Das ist keine neue Erkenntnis!)

– Kollege Dürr, ich bin nicht bereit, das in dieser simplen Weise, wie Sie das immer machen, zu diskutieren,

(Beifall bei der CSU)

sondern ich meine schon,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

dass man, wenn man Jugendarbeit für etwas Richtiges hält, das in einer abwägenden Form gestalten muss. Ich weiß, wie schwierig das ist. Das habe ich in einer öffentlichen Diskussion aufgeworfen.

(Franz Maget (SPD): Nein!)

– Ja, selbstverständlich.

(Franz Maget (SPD): Sie haben gesagt, Sie wollen weniger Unterricht haben!)

Ich habe das in einer öffentlichen Diskussion aufgeworfen, und ich sage Ihnen, Herr Maget, wenn Sie das in Zusammenhang mit dem Lehrermangel bringen, dann fühle ich mich in grober Weise verfälschend zitiert, und ich fordere Sie auf, das in Zukunft zu unterlassen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Punkt, Hochschulausbau. Ja, da gibt es Schwierigkeiten und Probleme. Natürlich weiß jeder, dass es teuer ist, wenn die Hochschulen, die wir in Bayern haben – übrigens flächendeckend, lieber Georg Schmid; es war eine große Zielsetzung, Hochschulen flächendeckend zu haben, Fachhochschulgründungen sind schon in einer Zeit, als ich in die Staatsregierung kam, beschlossen worden – nach 30 Jahren in einen erheblichen Sanierungsbedarf kommen. Es sind in der Tat Milliardeninvestitionen. Wir unternehmen hier größte Anstrengungen, wenn wir jährlich Investitionen zwischen 340 und 350 Millionen Euro tätigen.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD) – Allgemeine Unruhe)

Das sind die Planungen. Wir versuchen, noch mehr Geld in die Hochschulen zu geben. Daran wird, glaube ich, deutlich, dass wir diese Anstrengungen außerordentlich ernst nehmen. Es geht uns darum,

(Glocke des Präsidenten)

sowohl im internationalen Wettbewerb – Stichwort: Exzellenz – zu bestehen als auch insgesamt für die Ausbildung unserer jungen Menschen das Beste zu tun. Das ist unser Ziel. Ich stehe auch hier nicht an zu sagen: Es war richtig, Studiengebühren einzuführen, die dafür zu verwenden sind, dass die Serviceangebote für die Studenten verbessert werden. Solange es Kindergartengebühren gibt, kann man Studiengebühren in jedem Umfang auch sozial rechtfertigen.

Das ist jedenfalls meine Überzeugung – als Vater von drei Kindern, die auch in diesem Alter sind.

(Franz Maget (SPD): Wir können uns das leisten!)

Sechster Punkt, Kultur. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Untersuchung, die zitiert worden ist, tatsächlich alle Leistungen des Staates erfasst. Das betrifft zum Beispiel die Leistungen, die wir über die Landesstiftungen

oder sonstige Ausgliederungen erbringen, etwa über den Kulturfonds. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Zahlen stimmen. Ich sage aber: Derjenige, der Kultur ausschließlich auf Geld reduziert, hat überhaupt nichts vom Wesen der Kultur verstanden.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben Höchstleistungen – übrigens nicht nur in München –, zum Beispiel in Bayreuth oder auf anderen Plätzen. Die Bayreuther unternehmen Anstrengungen dafür, dass die Feuilletonseiten Bayreuth im Moment immer wieder erwähnen. Dass wir neben der Hochkultur auch vielfältige andere kulturelle Initiativen haben und wir diese nach Kräften, aber im Rahmen der Möglichkeit einer seriösen Haushaltsplanung, unterstützen, war mir ein Anliegen. Ich habe das Thema in der Regierungserklärung deshalb relativ knapp gehalten, weil ich in den letzten vier Wochen vier größere Reden zu diesem Thema halten durfte und mich darauf freue, hier weiter zu diesem Thema sprechen zu dürfen, sodass das Themengebiet an anderer Stelle und auf andere Weise zu erweitern ist.

Siebter Punkt, Familie. Ich will nicht mehr die generelle Frage des Familienbildes ansprechen. Wenn man in einer Familie lebt, die drei Kinder großgezogen hat und in der die Ehefrau mit Ausnahme von zwei Jahren immer berufstätig war, braucht man von niemandem irgendwelche Belehrungen über das Familienbild. Deswegen sage ich auch an Ihre Adresse, Frau Bause: Die entsprechende Passage in Ihrer Rede ist aus meiner Sicht ziemlich peinlich.

(Beifall bei der CSU)

Mir geht es darum, zu den Krippenplätzen noch etwas zu sagen. Ich stehe dazu, dass ich bei der ConSozial scharf kritisiert habe, dass es an vielen Plätzen an der Möglichkeit außerfamiliärer Betreuung für Kinder fehlt; übrigens im Alter von einem Jahr bis drei Jahren. Es ist eine Notwendigkeit – ich sage das an vielen Stellen –, dass die unmittelbar zuständigen Kommunen auf diesem Gebiet einen Schwerpunkt setzen und die Hilfen des Bundes und des Landes annehmen. Das Land hat übrigens seit mehreren Jahren schon ein sehr fortschrittliches Gesetz, wonach ein Rechtsanspruch auf eine Förderung im Umfang von 40 % der Personalkosten besteht, nämlich das Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz. Das ist seit dem Jahr 2004 in Bayern vorgesehen. Es gibt nur wenige andere Länder, die hier so umfangreich gefördert haben. Die Investitionskosten werden nach dem genannten Ausgleichsgesetz gefördert. Das ist eine Aufgabe für alle Kommunen, und deswegen werden wir uns anstrengen und haben das im Zuge der Erklärung selber auf den Weg gebracht.

Ich halte es aber nicht für ein Zeichen von Stärke, dass eine der reichsten Gemeinden in Deutschland, die Stadt München, immer noch massive Defizite hat.

(Beifall bei der CSU)

Es ist nicht so, Herr Kollege Maget, dass in München eine junge Frau oder ein junger Mann, die oder der einen Betreuungsplatz braucht, einen entsprechenden Platz findet. Eine Mitarbeiterin des Innenministeriums, Herr Fraktionsvorsitzender, damals noch Staatssekretär im Innenministerium, ist gekommen und hat gesagt: Ich tue mich so furchtbar schwer, einen Betreuungsplatz für mein Kind zu finden. Dann habe ich gesagt: Sie haben doch über neun Monate und ein Jahr Zeit gehabt. Darauf sagte sie: Herr Beckstein, das hat nicht gereicht. Wir hätten es schon lange, bevor wir das Kind gezeugt haben, in München anmelden müssen, um einen Platz zu bekommen.

(Franz Maget (SPD): Geht es um einen Krippenplatz?)

– Um einen Krippenplatz, ja.

(Franz Maget (SPD): Die Hälfte aller Krippenplätze in Bayern sind in München!)

– Herr Maget, München ist eine Stadt, die eine Milliarde Euro mehr hat. Wenn sie trotzdem einen Mangel an Krippenplätzen aufweist, dann ist das kein Zeichen der Stärke, sondern ein Zeichen des Versagens.

(Beifall bei der CSU)

Ich räume öffentlich ein, dass München bei den Krippenplätzen mehr getan hat als andere, aber ich weiß auch ebenso wie Sie, dass die Münchner Bevölkerung aufgrund ihrer Struktur sehr viel mehr auf Krippenplätze angewiesen ist als die Bevölkerung irgendwo im ländlichen Raum. Dass München eine unterdurchschnittliche Versorgung bei der Kinderbetreuung aufweist – jedes fünfte Kind in München hat keinen Kindergartenplatz –, ist ein Skandal ersten Ranges.

(Beifall bei der CSU)

Der Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen in München beläuft sich auf 81,1 %.

(Georg Schmid (CSU): Der Schlechteste in Bayern!)

Hören Sie doch auf, davon zu faseln, dass jedes Kind in den Kindergarten gehen soll, sondern schaffen Sie in München, in der Stadt, in der Rot-Grün die Mehrheit hat und ein Oberbürgermeister da ist, der sich schon fast heiligsprechen lässt, Kinderbetreuungsplätze. Der Oberbürgermeister soll seine Hausaufgaben machen und zu vielen kleineren Gemeinden gehen. Da kann er lernen, wie man einen Versorgungsgrad von 100 % bei Kindergärten erreicht.

(Beifall bei der CSU)

Achter Punkt, Klimaprogramm. Ich habe ganz bewusst nicht Themen der generellen Energiepolitik angesprochen.

Landtagspräsident Glück hat mich in vielen Gesprächen immer wieder darauf hingewiesen, dass Energie eine zentrale Zukunftsfrage für Deutschland und Bayern in den nächsten Jahren sein wird. Wir wissen das. Aber ich weiß, dass die Fragen bezüglich Windenergie, der Solarenergie und der Verlängerung der Restlaufzeiten für Kernkraftwerke nicht in erster Linie hier entschieden werden. Ich wollte Schwerpunkte bei denjenigen Themen setzen, die ich selber entscheidend mit beeinflussen kann und die nicht Diskussion der allgemeinen Politik sind, zumal jeder weiß, dass wir auf Bundesebene in der Schlussphase der Abstimmung zwischen verschiedenen Bundesministerien sind. Wir wollen natürlich nicht deren Diskussionen wiederholen, sondern wir wollen das Bundesprogramm ausnützen. Darum haben wir beispielsweise auch Geld in unser Klimaprogramm aufgenommen, damit wir das Klimaprogramm des Bundes zur Verbesserung energetischer Sanierungen bei Schulen, Kindergärten und Sporthallen vollständig abrufen können, einschließlich der von anderen Ländern nicht abgerufenen Mittel. Wir nehmen das gerne auf.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage schon: 350 Millionen Euro als zusätzliche Mittel erlauben uns zu sagen: Ein derartig umfangreiches Programm hat kaum ein anderes Land. Ich bin zurückhaltend, weil die Diskussion im Moment sehr dynamisch ist. Mir ist jedenfalls kein anderes Land in Deutschland bekannt, das ein derartig umfangreiches Programm auf den Weg gebracht hat. Deswegen sage ich auch hier, ohne großsprecherisch zu sein: Wir stehen jedenfalls an der Spitze der Bemühungen aller Länder in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Etwas anderes fällt mir noch auf: Mir fällt auf, dass man über den Klimaschutz in Deutschland, in Europa und auf globaler Ebene redet, seitdem wir eine Bundeskanzlerin, Frau Merkel, haben, wogegen das während der Regierungszeit von Rot-Grün überhaupt kein Thema war.

(Beifall bei der CSU)

Trittin, Schröder und Fischer haben auf diesem Feld versagt. Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat das Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Ich sage: Das ist richtig, zumal das Thema auch ethische Aspekte hat.

Neunter und letzter Punkt, innere Sicherheit – Frau Bause hat ihn bereits angesprochen. Ich hatte in meiner Regierungserklärung die Thematik nur deswegen mit einem einzigen kleinen Satz behandelt, weil ich annehme, dass nahezu jeder, der sich für Politik interessiert – jedenfalls jeder in diesem Haus –, genau die Haltung des früheren Innenministers zu diesen Themen kennt. Jeder weiß auch, dass es eine große Übereinstimmung in der gesamten Staatsregierung und der CSU-Fraktion gibt.

Deswegen sage ich nur: Dazu braucht man jetzt keine Auseinandersetzung. Wir kennen die politischen Grundzüge, die lauten: Wir sind das Land, das Marktführer im Bereich der inneren Sicherheit ist, und zwar deswegen, weil innere Sicherheit auch ein soziales Grundrecht ist.

(Margarete Bause (GRÜNE): Freiheitsrechte auch!)

Die allermeisten Menschen haben nicht Angst vor dem Staat, sondern sie haben Angst vor den Verbrechern.

(Lachen des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Frau Bause, dass das bei manchen Leuten etwas anders ist, soll uns dabei nicht entscheidend aufregen. Wir selber sind glühende Verfechter des Rechtsstaats. Aber der Rechtsstaat verlangt auch, dass nicht in die Wohnungen eingebrochen werden soll,

(Margarete Bause (GRÜNE)): Dass die Wohnungen nicht überwacht werden dürfen, das verlangt der Rechtsstaat auch!)

dass Autos nicht gestohlen werden sollen und dass wir mithalten können mit organisierter Kriminalität. Dass wir auch mit den technischen Fortschritten der Islamisten mithalten müssen, ist bedauerlich, aber Faktum.

Das Generalthema dieser Regierungserklärung lautet: Wir wollen die Gesellschaft stabilisieren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir wollen Werte. Ich sage: Jawohl, ich bekenne mich dazu. Wir wollen die bürgerlichen Tugenden stärken. Die große Mehrheit der Bürger in diesem Land, die diese Tugenden hoch schätzt, verdient Unterstützung. Diese braven, anständigen Menschen sagen: Jawohl, wir arbeiten hart; wir strengen uns an. Diese bürgerlichen Tugenden wurden gestern in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ angesprochen: sich für das Wohlergehen der Familie einzusetzen, zuverlässig und vertrauenswürdig zu sein, ein anständiger Mensch zu sein, verlässliche Staatsbürger zu sein, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, fleißig zu sein und viel zu arbeiten.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!)

Diese guten Tugenden verdienen Unterstützung, weil jeder weiß: Ohne die Menschen, die nach diesen Grundsätzen leben, könnte ein Gemeinwesen auch keine anständige Sozialpolitik betreiben; denn nur die Bürger, die sich anstrengen, helfen uns, dass wir dann auch viel Geld ausgeben können. Wir bemühen uns, dies in einer sehr zweckmäßigen und sachgemäßen Weise zu tun. Wir schaffen den Rahmen, und dieser Rahmen ist in Bayern offensichtlich so beschaffen, dass es den Menschen hier gut gefällt, sonst würden nicht so viele in unser Land kommen. Nur ganz wenige haben gesagt, sie seien nach Bayern zwangsverschleppt worden. Die Menschen, die hierher kommen, sagen: Die Lebensbedingungen sind so, dass man hier besser leben kann als anderswo.

Wir wollen also möglichst gute Rahmenbedingungen schaffen. Aber letzten Endes ist der Einzelne dafür verantwortlich, was er daraus macht. Deswegen, glaube ich, war es richtig, diese Regierungserklärung unter das Motto zu stellen: Es kommt auf jeden an – Gemeinsam für Bayerns Zukunft. – Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Die Fraktionsführungen haben sich darauf verständigt, dass nur die ersten drei Dringlichkeitsanträge im Plenum behandelt werden. Ich darf in Erinnerung rufen, dass nach der probeweise geltenden Redezeitregelung die Redezeit insgesamt 30 Minuten je Fraktion beträgt.

Wir kommen zum:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Veröffentlichung aktueller Energie- und Klimadaten (Drs. 15/9299)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Paulig.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich bitte darum, dass auch die Gespräche an der Regierungsbank eingestellt werden. – Herr Abgeordneter König! – Ich darf die gesamte Front an der Regierungsbank darauf hinweisen, dass die Gespräche draußen und nicht im Plenarsaal zu führen sind. – Ich unterbreche die Sitzung, bis die Gespräche beendet sind.

Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen. Herr Ministerpräsident Beckstein, Ihre letzten Worte waren toll: Bayern ist beim Klimaschutz wieder einmal an der Spitze. Ich muss nicht nur feststellen, dass Ihre Ausführungen in der Regierungserklärung dürftig waren, sondern auch: Bayern steht inzwischen beispielsweise, was den Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien betrifft, im Vergleich der Bundesländer an fünfter Stelle. Das, meine ich, ist keine Spitzenstellung.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): „Spitze“ wäre vorn!)

Sie sagen, unter Rot-Grün habe es keine Debatte zum Klimaschutz gegeben. Dazu muss ich sagen: CDU und CSU haben diese Debatte damals negiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Wer hat denn das Erneuerbare Energien-Gesetz – EEG – abgelehnt, das den wirtschaftlichen Boom auf diesem Sektor für die Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht hat? Wir sind immer noch Marktführer bei Wind und Solarzellen. Wir haben allerdings zu befürchten, hierbei einzubrechen, wenn es keine vernünftige Folgeregelung des EEG gibt. Sie werden mir zustimmen. So schaut es aus im Bund. Ja, heuer haben wir Einbrüche zu verzeichnen. Durchaus steht die Drohung im Raum, dass andere Länder uns jetzt überholen und dass uns die Spitzenposition genommen wird, wenn wir nicht durch die Novelle des EEG vernünftige Anschlussregelungen bekommen. So sieht es aus.

Außerdem: Wer hat denn das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz auf den Weg gebracht, das jetzt allerdings dringend fortgeschrieben werden muss, weil es zu zahm war, weil die SPD damals nicht mitgemacht hat und die Große Koalition jetzt noch nicht handlungsfähig ist? Wer hat denn die novellierte Energieeinsparverordnung mit dem Energiepass auf den Weg gebracht, der verschärfte Anforderungen zum Klimaschutz in den Gebäuden bringt? Das waren die Grünen. Nehmen Sie das bitte einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf Sie daran erinnern: Bereits im Jahre 1986, als die Grünen zum ersten Mal in den Landtag kamen, sind wir mit einer Vortragsreihe zum Klimaschutz quer durch Bayern gezogen. Dr. Christian Magerl, Prof. Dr. Armin Weiss und ich haben die vielfältigen Bereiche, in denen Klimaschutz umzusetzen ist, angesprochen. Was ist geschehen? 20 Jahre lang hat die CSU in Bayern dieses Thema verschlafen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

20 wertvolle Jahre sind verstrichen. Jetzt haben wir ein knappes Zeitfenster von nur mehr 12 Jahren bis zum Jahre 2020, in dem dringend wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt werden müssen. Dieses Thema haben Sie, Kolleginnen und Kollegen der CSU, verschlafen. Leider ist es auch in der heutigen Regierungserklärung nicht wirksam eingebracht worden. Wir werden Sie weiter auf die Dringlichkeit dieses Themas hinweisen.

Unser Dringlichkeitsantrag passt wunderbar dazu. Veröffentlichen Sie doch endlich die aktuellen Energie- und Klimadaten für Bayern! Das ist in der Tat überfällig.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Es gibt dieses nette Heftchen „Daten zur bayerischen Energieversorgung 2006“. Wir haben es im Februar 2007

erhalten. Die aktuellsten Daten, die darin enthalten sind, stammen aus dem Jahr 2003.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nicht zu fassen!)

Beispielsweise geht die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs nach Energieträgern in Bayern gerade einmal bis 2002 in die Bilanz ein. Die aktuellsten Zahlen stammen hierbei von 2003. – So geht es nicht, Kolleginnen und Kollegen.

Schauen wir uns dann noch die Szenarien für die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs in Bayern, aufgeteilt nach Energieträgern, bis zum Jahre 2020 an. Diese enthalten als aktuellste Zahlen sogar nur jene von 1998. Ich bitte Sie: Aktualisieren Sie endlich diese Daten!

Im Internet könnte das Wirtschaftsministerium vielleicht aktueller sein als diese Broschüre. Aber auch hier sind das Aktuellste, was wir finden – gestern heruntergeladen –, die Zahlen von 2002. Gerade einmal beim Kapitel Fernwärme finden wir eine Zahl von 2004. Das ist aber die aktuellste Zahl.

Schauen wir uns sodann die Bilanzen an; denn es heißt immer: Bayern ist vorn. Nehmen wir doch einmal die Energiebilanzen des Länderarbeitskreises.

Im Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“ sind das Wirtschaftsministerium und Vertreter des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung vertreten. Schauen wir uns einmal an, was im Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“ vorgelegt worden ist. Da wird es für Bayern besonders peinlich. Alle Bundesländer mit Ausnahme von drei schwarzen Alleinregierungen haben die Zahlen aktuell vorgelegt. Nicht vorgelegt wurden sie von Bayern, aber auch von Hessen und Saarland. Wollten Sie sich damit immer vergleichen? Alle anderen Länder haben im Länderarbeitskreis „Energiebilanzen“ ihre aktuellen Zahlen wenigstens von 2004 vorgelegt. Aber Bayern ist hinten. Bayern hat die Zahlen für den Primärenergieverbrauch nicht vorgelegt, auch nicht die Zahlen zu den CO_2-Emissionen aus dem generellen Endenergieverbrauch der Verursacherbilanz, ebenso nicht bezüglich des Verkehrs, nicht die Emissionen aus der Gewinnung von Steinen und Erde, auch nicht die Zahlen zum verarbeitenden Gewerbe, keine aktuellen Daten zu CO_2-Emissionen aus den Sektoren Haushalte, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbraucher.

Sie trifft die Schuld vielleicht nur bedingt, Frau Staatsministerin. Aber wir müssen schon sagen: Wenn wir heute über Klimaschutz und notwendige Maßnahmen diskutieren, dann brauchen wir die Zahlen zur aktuellen Entwicklung.

Dann brauchen wir – das steht in unserem Antrag – zum einen die endgültigen Energie- und Klimadaten für Bayern aus dem Jahr 2004. Wie gesagt, alle anderen Länder mit Ausnahme von Bayern, Hessen und Saarland haben die aktuellen Zahlen vorgelegt. Da darf man sich nicht hinstellen und sagen: Bayern ist spitze. Bayern ist hintendran. Bayern hat sogar diese Statistik verschlafen.

Nach dieser dringend notwendigen Bekanntgabe der Zahlen für 2004 brauchen wir aber zum Zweiten ebenso dringend die vorläufigen Zahlen für 2005 und 2006. In der Antwort auf die Anfrage der Kollegin Frau Biedefeld von der SPD-Fraktion haben Sie angedeutet, dass da teilweise Zahlen vorliegen.

Aus dem Landwirtschaftsministerium kommen, wenn zur Biomasse geredet wird, große, mutige Zahlen, die die Nutzung von Biomasse betreffen. Stellen Sie diese Zahlen doch offiziell ein. Sagen Sie, dass das die vorläufigen Zahlen für 2005 und 2006 sind. Stellen Sie das ins Internet. Dann können wir hier auf einer guten Datengrundlage die notwendigen Maßnahmen für den Klimaschutz besprechen.

Ich glaube, dies ist überfällig, um zu vernünftigen Prognosen zu kommen. Dann können wir vielleicht auch einmal feststellen, dass CO_2-Emissionen – davon gehe ich fast aus – gerade im Verkehrssektor enorm ansteigen.

Weiter müssen wir über Ihre Planungen im Sektor Verkehr sprechen: neue Autobahnen, neue Bundesstraßen, neue Staatsstraßen, neue Regionalflughäfen, dritte Start- und Landebahn im Erdinger Moos. Das alles wird den Klimaeffekt verschärfen und zu einer weiteren Steigerung der Klimagase führen. Diese Maßnahmen sind zu unterlassen. Wir müssen heute mit der Umsteuerung beginnen, um die internationalen Anforderungen einigermaßen zu erfüllen. Diese sind: maximaler Temperaturanstieg um bis zu zwei Grad bis 2050, weltweite Reduktion der Klimagase um 50 %, als besondere Aufgabe der Industrieländer eine Reduktion der Klimagase um 80 %. Mit dem, was Sie hier bieten, sind wir in Bayern mit unserem Anteil davon weit, weit entfernt.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Hintersberger.

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir machen jetzt keine Replik auf die Regierungserklärung, sondern wir behandeln den Dringlichkeitsantrag. Dieser ist nach unserem Dafürhalten völlig überflüssig.

Selbstverständlich ist es üblich, richtig und notwendig, Datenbasen für politische Entscheidungen über Maßnahmen zu haben. Die haben wir auch und werden sie nutzen. Ich habe gerade erst heute Vormittag telefonische Auskunft über Zahlen – auch was die Energiebilanz anlangt, Frau Kollegin Paulig – für das Jahr 2004 bekommen. Nur ist auch Folgendes klar: Wir müssen abwägen. Frau Kollegin Paulig, Sie haben so vollmundig gesagt, wir bräuchten für unsere Maßnahmen auch eine entsprechende Datenbasis. Wir haben zu entscheiden, ob wir eine belastbare Datenbasis haben wollen, die seriös ist, auf die wir unsere Entscheidungen, auch die

Entscheidungen über Steuergelder stützen können, oder ob wir vorläufige, nicht belastbare Daten als Grundlage nehmen.

Ich denke, es ist schon ein Zeichen verantwortlicher Politik, zu sagen: Wir lassen diese Daten abklären. Das macht nicht irgendeine Fraktion, sondern das macht federführend – das wissen Sie, Frau Kollegin Paulig – das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung. Es kann die Datenbasis federführend, sachlich und seriös abklären.

Frau Kollegin Paulig, Sie haben hier immer wieder Krokodilstränen vergossen. Was Sie gesagt haben, ist immer wieder die gleiche Leier: Man tue nichts, man tue zu wenig, man tue es zu langsam, man komme nicht in die Gänge. Sie haben sich am 18. Juli in der Plenarsitzung darin verrannt, zu sagen, hieraus entstehe eine ideologisch veraltete Energiepolitik. Ich möchte Ihnen vorhalten, dass Sie eine umfangreiche Antwort am 14. August seitens des zuständigen Wirtschaftsministeriums von über fünf Seiten zur Energieversorgung bekommen haben.

(Henning Kaul (CSU): Das lesen die nicht!)

Wenn Sie hier eine ehrliche, seriöse Politik machen wollen, dann lese ich Ihnen eine Passage vor, die Sie womöglich nicht gelesen haben. Dann können Sie klar argumentieren, warum für eine seriöse Datengrundlage ein entsprechendes Zeitfenster notwendig ist. Ich zitiere also:

> Zusätzlich zu der bayerischen Energiebilanz werden selbstverständlich auch vom Deutschen Institut für Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft „Energiebilanzen“ mit den Methoden der Wirtschaftsforschung zeitnahe Schätzungen zum deutschen Primärenergieverbrauch abgegeben.

Das wird durch Sie pressewirksam vermarktet.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Frau Paulig?

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Nein, Herr Präsident.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das können und wollen wir nicht als Grundlagen für so weitreichende Maßnahmen aufgrund politischer Entscheidung im Bereich der Energiepolitik oder der Klimaschutzpolitik machen.

Eine Aufteilung der Schätzwerte auf die Bundesländer erfolgt nicht. Das heißt, wir greifen hier aus Prognosen und Wirtschaftsforschungsgrundlagen mehr oder weniger willkürlich Zahlen, Daten und Fakten heraus, die uns gerade passen. Sie wollen, wie es Ihr Antrag beabsichtigt, das zur Grundlage weitreichender politischer Entscheidungen machen. Das können Sie ruhig wollen. Wir machen das aber nicht mit. Denn das ist keine Grundlage für eine saubere, seriöse Politik.

Ich zitiere weiter:

> Diese Schätzungen führen dann aber auch zu Missverständnissen über die Aktualität der vorliegenden Daten in den Bundesländern, zumal dort in der Regel in vergleichbarer Form nur die auf der amtlichen Statistik basierenden endgültigen Bilanzdaten einschließlich des jeweiligen Primärenergieverbrauchs und keine Vorabschätzwerte veröffentlicht werden.

Dies ist gut so. Das wollen wir auch so.

Im Gegensatz zur amtlichen Statistik werden die Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung, die ich eben genannt habe, von der „Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen“ regelmäßig revidiert. Dies heißt, dass wir sie nicht zur Grundlage für politische Entscheidungen machen können, wenn wir dementsprechend mittel- und langfristig eine Effizienz in Sachen Klimaschutz erreichen und energiepolitische Entscheidungen treffen wollen. Daher sind wir selbstverständlich mit Ihnen d’accord, wenn Sie sagen, dass wir eine möglichst aktuelle Datenbasis benötigen, aber unter der Maßgabe, dass hier wirklich belastbare Zahlen und Fakten genannt und als Grundlage gegeben werden, um dementsprechend entscheiden zu können. Dieser Antrag ist daher überflüssig. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege Hintersberger. Ich erteile Frau Kollegin Paulig zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Kollege, Sie haben jetzt ganz schön herumgedruckst, und sich gewunden, warum die Zahlen noch nicht vorliegen. Ich habe jetzt wirklich keine Antwort heraushören können, warum wir die Zahlen für Bayern für das Jahr 2004 noch nicht vorliegen haben. Warum haben es denn alle anderen Länder geschafft? Dort liegen die Zahlen vor. Wollen Sie vielleicht behaupten, die sind nicht belastbar, nicht korrekt, nicht statistisch vernünftig abgeklärt? Bayern hat es nicht geschafft. Bayern ist wieder unter den drei Letzten. Gut, Sie stellen sich auf die gleiche Stufe wie das Saarland, das sei Ihnen unbenommen. Ich habe eigentlich gedacht, Bayern will Spitze sein, Bayern hat die Zahlen schnell vorliegen.

(Henning Kaul (CSU): Wir brauchen doch keinen Antrag, um die Zahlen zu bekommen!)

– Das haben Sie heute nicht gesagt. Ich kann Ihnen sagen, dass der damalige Staatssekretär, Herr Dr. Bernhard, diese Zahlen bereits für Juni dieses Jahres angekündigt hat – für Juni! Ich habe dann im Juli nachgefragt und ein ebenso windungsreiches Schreiben vom Wirtschaftsministerium erhalten, aus dem Sie zitiert haben, warum die Zahlen immer noch nicht vorliegen. Aber auch dieses Schreiben liegt jetzt schon circa vier Monate zurück, und wir haben die Daten immer noch nicht. Heute sagen Sie, in wenigen Wochen hätten wir sie. Sagen Sie einmal: Was ist denn das hier in Bayern für eine Arbeitsweise? Wirt-

schaftsministerium, Statistisches Landesamt – andere Länder können es.

Ich möchte jetzt von Ihnen eine klare – keine gewundene – Antwort: Wann bekommen wir diese Daten und warum sind sie bis heute nicht auf dem Tisch, wenn Sie schon den Antrag ablehnen wollen?

Johannes Hintersberger (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Meine Damen und Herren, liebe Kollegin Paulig! Ich habe hier eindeutig zitiert, ob wir aktuelle Daten oder eine dementsprechend seriöse Datenbasis haben. Es ist uns wichtig, dass wir hier belastbare Daten haben.

Frau Paulig, da können Sie noch so mit dem Kopf schütteln. Wenn Sie dies nicht wollen, dann sagen Sie, dass Sie keine belastbaren Daten wollen. Dann ist es in Ordnung, und ich nehme es so zur Kenntnis. Dies ist allerdings nicht der Standpunkt, den wir hier vertreten. Ich sage Ihnen heute, dass wir in wenigen Wochen – so die Auskunft von heute Vormittag – auch im Printbereich diese aktuellsten Zahlen haben. Im Internet haben wir bereits einige Zahlenreihen von 2004 vorliegen. Dies ist wirklich nicht das Niveau, auf dem wir hier diskutieren.

Wir brauchen diese Zahlen. Wir sind auch da beieinander, wenn Sie fordern, dass wir sie möglichst aktuell bekommen. Es ist wichtig, dass wir belastbares Zahlenmaterial haben. Darauf legen wir Wert. Diese Zahlen sind unter der Federführung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung derzeit wohl in der Endabstimmung. Damit haben wir auch die Grundlage für politische Entscheidungen. Wegen 14 Tagen hin oder her werden wir in keinster Weise große Diskussionen führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Ruth Paulig (GRÜNE): Drei Jahre sind das, Herr Hintersberger!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich habe noch die Bitte, dass die Gespräche auf der Regierungsbank eingestellt werden. Das gilt vor allem auch für Jungstaatssekretäre, Herr Fahrenschon.

Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! So rückständig, wie die Energiepolitik und die Klimapolitik der CSU-Staatsregierung und der Mehrheitsfraktion sind, genauso rückständig sind die Zahlen und die Datenbasis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Hintersberger, es geht nicht um 14 Tage. Ich verweise auf folgende Drucksachen meiner Schriftlichen Anfragen: Drucksache Nummer 15/6812 vom 11.12.2006 und Drucksache Nummer 15/8815 vom 03.09.2007. Dort habe ich nach wichtigen Eckdaten für den Energiesektor in Bayern gefragt, genau nach dem, was in dem Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN enthalten und hier von Frau Kollegin Paulig dargelegt wurde, nämlich was wir an Zahlenmaterial haben wollen.

Es geht in diesen Schriftlichen Anfragen darüber hinaus um die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs unterschiedlicher Energieträger. Es geht darin auch um die Entwicklung des Endenergieverbrauchs auf den verschiedenen Sektoren – Industrie, Verkehr, Haushalte, Kleinverbraucher – und die Entwicklung der energiebedingten CO_2-Emissionen nach Verbrauchssektoren etc. Sie sagen: 14 Tage – ich sage: mindestens vier Jahre. Teilweise werde ich Ihnen jetzt nachweisen, dass die Zahlen immer noch nur geschätzt sind und man Bezugsdaten von 2001 und den Vorjahren nimmt. Wenn Sie nämlich in den Antworten des Bayerischen Wirtschaftsministeriums auf meine Anfragen und in den genannten Drucksachen nachlesen, werden Sie feststellen, wie das mit absolutem, aktuellem und zeitnahem Datenmaterial ist, wie Sie sagen. Da ist nichts von Aktualität und Zeitnähe zu erkennen.

Ich wiederhole die Frage von Frau Kollegin Paulig, weil Sie immer noch keine Antwort darauf gegeben haben. Vielleicht können Sie sie gar nicht beantworten, dann geben Sie es halt zu. Vielleicht kann sie dann die Frau Ministerin beantworten, wenn Sie es nicht können.

Die konkrete Frage war: Warum liegen in Bayern für das Jahr 2004 noch nicht alle Daten vor, wenn es alle anderen Bundesländer, auch Ihre Unionskollegen in den CDU-regierten Bundesländern, fertiggebracht haben? Warum kann es Bayern nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zweite Frage war: Wann kommt dieses Zahlenmaterial? Diese beiden konkreten Fragen haben Sie nicht beantworten können. Vielleicht kommt jetzt eine Antwort vonseiten der Wirtschaftsministerin.

Von Seriosität kann überhaupt nicht die Rede sein. Wie können Sie seriös behaupten: Bayern vorne! Bayern Spitze! Bayern Nummer 1! Ich frage Sie, wie können Sie das seriös behaupten, wenn Sie sich auf Zahlenmaterial von 2004, 2003 und noch weiter zurück beziehen, aber in anderen Bundesländern aktuelles Zahlenmaterial vorliegt? Sie können überhaupt keinen vernünftigen Vergleich ziehen. Sie können gar nicht feststellen, dass Sie hier in der Champions League spielen, um einen Vergleich mit dem Fußball heranzuziehen, wenn es darum geht, in der Klima- und Energiepolitik wirklich Vorreiter zu sein – im Gegenteil.

Schauen Sie sich die Antworten einmal an. Ich zitiere aus den Antworten auf meine Anfrage:

> … statistische Daten zum Primärenergieverbrauch … und zu den CO_2-Emissionen in den Jahren 2005 und 2006 liegen noch nicht vor.

Das war die Antwort vom 03.09.2007. Weiter heißt es zu meiner Abfrage etwa über installierte Leistungen, Windenergie, Fotovoltaik, Biogas etc.:

> Es wird darauf hingewiesen, dass amtliche Erhebungen im Bereich der erneuerbaren Energien nur in begrenztem Umfang durchgeführt werden. … Genauere Angaben zu Fotovoltaik mit Aufschlüsselung der installierten Anlagenleistung nach Bundesländern liegen derzeit nur für das Jahr 2005 vor.

Diese liegen auch für 2006 noch nicht vor, geschweige denn für 2007.

Es heißt hier weiter, etwa in Bezug auf andere Bereiche wie Wärmeenergie: Nach den hiesigen Abschätzungen auf der Basis von Daten des Bundesumweltministeriums würden entsprechende Zahlen ausgegeben. Ich darf weiter kurz vorlesen: „Nach vorläufigen Abschätzungen, u. a. auf der Basis der derzeit verfügbaren Zahlen …“ Diese gehen auf das Jahr 2001 zurück. Ich kann dies zitieren. Sie können es nachlesen, ich habe Ihnen die Drucksachennummern gesagt.

Beim Bereich Kraft-Wärme-Kopplung heißt es: „Für den Anlagenbestand im Bereich Kraft-Wärme-Kopplung gibt es keine laufende statistische Erhebung und daher keine aktuelle Statistik.“

Die Kraft-Wärme-Kopplung ist aber ein ganz wichtiger Aspekt einer effektiven Klimaschutzpolitik und einer nachhaltigen Energiepolitik. Hier heißt es, dass die installierte Leistung bei der Kraft-Wärme-Kopplung seit 2001 rund 3000 Megawatt betrug. Das ist Ihre aktuellste Zahl, das ist zeitnah. Daher sind die Aussagen, die Sie hier gemacht haben, unseriös. Das, was in den Antworten steht, ist wohl auch unseriös. Das ist ein Armutszeugnis. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich künftig mit Ihren Lobhudeleien über Ihre eigene Energie- und Klimapolitik zurückzuhalten. Sie können so etwas nicht seriös behaupten. Ich finde es schade, dass Sie die Länder, die seriöse und aktuelle Daten haben, als unseriös bezeichnen. Nichts anderes haben sie gemacht. In anderen Ländern, in denen die CDU regiert, ist es so. Vielleicht sollten Sie Ihre Hausaufgaben machen und sich bei diesen Ländern eine Scheibe abschneiden, statt Ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Union als unseriös hinzustellen. Wir stimmen dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Staatsministerin Emilia Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe, dass es Unmut gibt, weil die Daten noch nicht vorliegen. Das möchte ich am Anfang gleich vorausschicken. Die Daten der Energiebilanz Bayern basieren zu einem großen Teil auf den Ergebnissen von statistischen Erhebungen. In Bayern werden die Erhebungen wie auch die Erstellung der Energiebilanz vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung durchgeführt. Aufgrund der verschiedenen durchzuführenden Arbeitsschritte wie Erhebung, Auswertung, Aufteilung auf Bundesebene hat sich die amtliche Statistik unvermeidbar etwas verzögert. Das möchte ich hier auch zugeben.

In die Energiebilanz fließen die Daten der Verbände ein, zum Beispiel auch die Daten der Mineralölwirtschaftsverbände. In der Regel liegen diese Daten bundesweit und damit auch in Bayern erst nach mehreren Jahren vor. Deshalb reden wir jetzt über das Jahr 2004. Sie reden von 2005 und 2006. Daher hinkt die vollständige Energiebilanz in allen Ländern – übrigens auch beim Bund, Frau Paulig – zwei bis drei Jahre hinterher.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Das ist in anderen Ländern auch so!)

– Nicht in allen, Sie haben es vorhin selber gesagt, aber zwei Jahre sind es auf jeden Fall.

Sie werden jetzt mit Sicherheit einwenden, dass der Bund schon die aktuelleren Zahlen publiziert hat. Dazu kann ich nur sagen, dass das nur Vorabschätzungen einzelner Energiedaten, aber nicht die gesamten Daten sind. Mit einer vollständigen Energiebilanz sind diese Zahlen nicht vergleichbar. Es werden nur einzelne Werte publiziert. Die vollständige Energiebilanz liegt auch beim Bund erst für das Jahr 2003 vor. Kein Land hat bislang – von sporadischen Einzelfällen abgesehen – solche Abschätzungen, wie sie der Bund macht, in Auftrag gegeben.

(Susann Biedefeld (SPD): Stimmt nicht!)

Die Basistabellen für die Energiebilanz 2004 wurden erst kürzlich vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung an das bayerische Wirtschaftsministerium übermittelt. Ich kann nichts anderes mitteilen als das, was sich derzeit bei uns im Haus abspielt. Derzeit werden die Daten für die Veröffentlichung aufgearbeitet. Ich gehe davon aus, dass wir Mitte Dezember die Bilanz auch ins Internet einstellen werden. Spätestens bis Ende des Jahres werden wir also die Energiebilanz veröffentlicht haben, und damit kommen wir auch Ihrem Anliegen entgegen, Frau Paulig.

(Susann Biedefeld (SPD): Die Zahlen für 2004?)

– Ja, für 2004. Dabei soll natürlich auch die Entwicklung des Primärenergieverbrauchs nach unterschiedlichen Energieträgern und Verbrauchssektoren aufgezeigt werden, wie es von Ihnen verlangt wird. Es sollen aber auch die energiebedingten CO_2-Emissionen nach Verbrauchssektoren aufgelistet werden. Die amtlichen statistischen Erhebungen und Zahlen für die Jahre 2005 und 2006, die Sie mit Ihrem Antrag auch einfordern, liegen uns derzeit nicht vor. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung rechnet mit einer Fertigstellung der Energiebilanz für das Jahr 2005 nicht vor Mitte 2008. Woher sollen wir denn die Daten haben, wenn sie nicht professionell zusammengestellt werden?

Man kann allerdings schon heute sagen, dass der Primärenergieverbrauch im Jahr 2006 wie schon in den vergangenen Jahren wohl bei 2000 Petajoule gelegen hat. Die CO_2-Emissionen lagen in den vergangenen Jahren bei etwa 83 Millionen Tonnen. Bei einem nahezu unveränderten Primärenergieverbrauch dürften die CO_2-Werte für 2006 in einer ähnlichen Größenordnung liegen.

Klimaschutzmaßnahmen wie der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien werden sich bei der endgültigen amtlichen Bilanzierung natürlich auch bemerkbar machen. Da bin ich zuversichtlich.

Frau Paulig, Sie haben mich bei der Forderung nach einem intelligenten Energiemix an Ihrer Seite. Wir müssen mehr in erneuerbare Energien investieren. Wir müssen mehr in Energieeffizienz investieren. Wir müssen beim Klimaschutz etliches voranbringen. Ich werde meine Aufgabe als Wirtschaftsministerin auch auf diesem Gebiet ernst nehmen. Deshalb stehe ich dazu, dass die Bilanz bis Mitte Dezember im Internet stehen wird. Für die Jahre 2005 und 2006 können wir aber noch keine endgültigen Daten liefern. Deshalb können wir dem Antrag so nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich nehme es Ihnen gerne ab, dass Sie sich für die Statistik einsetzen werden. Sie haben allerdings ein fatales Erbe übernommen. Bayern liegt enorm weit hinten.

Ich habe nicht gesagt, dass die Zahlen vom Bund vorliegen, sondern ich habe gesagt, dass von 16 Bundesländern 13 die aktuellen validierten Zahlen für 2004 vorgelegt haben. Es ist mir unverständlich, dass Bayern diese Zahlen erst Ende dieses Jahres vorlegen kann. Das erschließt sich mir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu der Altlast, die Sie übernehmen, Frau Ministerin. Im Mai hat Herr Staatssekretär Bernhard angekündigt, dass die Zahlen im Juni vorliegen werden. Vielleicht war es auch Herr Schnappauf. Das kann ich nicht mit Sicherheit sagen. Für Juni waren die Zahlen für 2004 zugesagt. Irgendwann im Juli habe ich einen Brief von Herrn Huber bekommen. Darin hieß es, es würde noch dauern, die Zahlen müssten gründlich berechnet werden. Das war auch schon vor vier Monaten so. Jetzt heißt es Ende 2007. Mit Aktualität, die wir als Grundlage für Entscheidungen zum Klimaschutz brauchen, hat das nichts zu tun.

Der Bund wartet ganz dringend auf die Zahlen von Bayern. Die anderen Länder haben die Zahlen schon vorgelegt. Sie sprachen heute von den vorläufigen Zahlen für 2005 und 2006, die in Bayern bei 83 Millionen Tonnen CO_2-Ausstoß liegen werden. Wenn diese Zahlen so bleiben und nicht noch höher werden, müssen wir leider feststellen, dass wir gegenüber 1990 keine Reduktion der CO_2-Emissionen erreicht haben. Vielleicht sind es ein oder zwei Prozent. Wenn ich die Zahlen für 1990 etwas höher setze, sind es vielleicht 3 %. Das ist nicht viel, wenn wir in Bayern die Treibhausgase reduzieren wollen. Weiter auf der Höhe von 83 Millionen Tonnen zu bleiben, ist schlecht. Das bestätigt, dass die Klimaschutzbemühungen, die Sie in Bayern angeblich unternehmen, nichts bringen. In der Tat wollen wir für 2005 und 2006 vorläufige Zahlen. Diese Zahlen brauchen wir, um die Entwicklungen im Verkehr abschätzen zu können. Wir werden mit diesen Zahlen als vorläufige Zahlen rechnen, aber wir brauchen sie, um heute die Maßnahmen für morgen ergreifen zu können.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9299 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion, ganz oder zum Teil?

(Heidi Lück (SPD): Ganz!)

– Ganz. Dann bitte ich aber auch alle, die Hand zu heben. – Das ist nett. Das sind beide Fraktionen. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU)
Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess (Drs. 15/9300)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Winter.

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeitsmarktsituation für viele ältere Arbeitnehmer ist nach wie vor verbesserungswürdig. Denn zu viele Arbeitslose in Deutschland sind 50 Jahre oder älter. Viele Unternehmen beschäftigen keine älteren Arbeitnehmer, und ältere Mitarbeiter partizipieren nach wie vor zu wenig an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen. Darüber hinaus zeigt ein Blick ins Ausland, dass in Deutschland weniger Ältere erwerbstätig sind als in vielen anderen europäischen Ländern. Die Erwerbsquote von Personen über 55 Jahren ist mittlerweile bei uns – Gott sei Dank – auf 52 % angestiegen. Schweden hingegen hat hier eine Erwerbsquote von über 69 %, Dänemark nahezu 59 % und Finnland 55,4 %. Die demografische Entwicklung verschärft die Problematik zunehmend.

Negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland und auf die Finanzierbarkeit unserer Sozialsysteme sind die Folge. Der Handlungsbedarf ist – denke ich – zwischen allen Parteien unbestritten. Doch kann eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer nur erreicht werden, wenn zum einen die

Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Krankenkassen wie die Politik gemeinsam aktiv daran arbeiten, die tariflichen wie gesetzlichen Rahmenbedingungen anzupassen, und wenn zum anderen der notwendige Bewusstseinswandel in der Gesellschaft bei Arbeitgebern und Beschäftigten stattfindet. Denn die Ursachen für die schwierige Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer sind vielschichtig. Sie reichen teilweise von der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung der zurückliegenden Jahre über hemmende gesetzliche und tarifliche Regelungen bis hin zu Vorbehalten bei Arbeitgebern gegenüber älteren Mitarbeitern.

Wir wollen mit unserem Dringlichkeitsantrag „Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess“ die verbesserte Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsprozess verstetigen. Die Frühverrentungspraxis in den Neunzigerjahren ist sowohl im Hinblick auf das Selbstwertgefühl älterer Arbeitnehmer als auch im Hinblick auf die Kostenbelastung unserer Sozialversicherungssysteme abzulehnen. Notwendige und richtige Ansatzpunkte für eine bessere Beschäftigungssituation bei älteren Arbeitnehmern sind Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Fort- und Weiterbildung sowie Maßnahmen auch zur präventiven Gesundheitsförderung.

Bayern ist mit seinem Neun-Punkte-Programm, das die Bayerische Staatsregierung mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft erarbeitet hat, bereits auf einem guten und – wie wir meinen – richtigen Weg. Die Arbeitsmarktreformen, zu denen wir nach wie vor uneingeschränkt stehen, sind ein Schritt in die richtige Richtung; denn die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation insgesamt wirkt sich auch positiv auf die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern aus. Ich erwähnte es schon, wir konnten eine Steigerung um 10 % auf mittlerweile 52 % erreichen.

Regelungen wie etwa der befristete Zuschlag auf das ALG II nach Bezug von ALG I, die einen Anreiz für eine Überbrückungsphase der Erwerbslosigkeit vor dem Renteneintritt setzen, sind daher kontraproduktiv. Eine weitere Erhöhung der Zahlen ist erforderlich. Wir können alle nicht auf die Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verzichten. Es ist die gemeinsame Aufgabe der Tarifparteien, der Wirtschaft, der Krankenkassen und des Staates, hier weiter voranzukommen.

Bei unserer Informationsreise nach Finnland konnten wir interessante Ansätze wie insbesondere eine größere Individualisierung der Arbeitsbedingungen, zugeschnitten auf die Bedürfnisse des Arbeitnehmers, und ein umfangreiches Schulungsprogramm kennenlernen. Gute Beispiele anderer Länder können nicht unbesehen übernommen werden. Wichtig ist vielmehr die Gesamtheit der Rahmenbedingungen, insbesondere der arbeitsrechtlichen Bedingungen und der Sozialversicherungssysteme. Trotzdem sollten wir überprüfen, was für uns hier passt und was wir übernehmen können.

Wir sollten das Älterwerden nicht nur mit Defiziten verbinden, sondern müssen es vor allem auch als gesellschaftliche wie persönliche Chance nutzen und anerkennen. Unsere Gesellschaft kann es sich meines Erachtens nicht leisten, auf die Kompetenzen, Erfahrungen und Ressourcen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verzichten. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Steiger.

Christa Steiger (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ältere Arbeitnehmer und ältere Arbeitnehmerinnen in Beschäftigung zu bringen, zu halten und sie auch zu qualifizieren, ist nicht nur eine Frage der demografischen Entwicklung und der steigenden Nachfrage nach Fachkräften, sondern hat vor allem zu tun mit Würde, Menschenwürde, dem Recht auf Arbeit und dem Erfahrungsschatz älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf die wir nicht verzichten können. Insofern sind wir uns einig, Herr Kollege. Es ist einfach nicht mehr hinnehmbar, dass es in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern Betriebe gibt, die kaum mehr Beschäftigte über 45 oder 50 haben. Auch wenn die Maßnahmen der vorhergehenden und der jetzigen Bundesregierung und die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit hier schon Erfolge zeigen, muss noch mehr getan werden. Das ist keine Frage.

Die alte wie auch die derzeitige Bundesregierung haben eine Reihe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt auf den Weg gebracht. Ich erwähne nur das Projekt „50 plus“ und – ganz aktuell – mit Wirkung vom 01.01.2007 das Gesetz zur Verbesserung von Beschäftigungschancen älterer Menschen, und zwar in Bezug – weil es um den Antrag geht, den die CSU hier als Dringlichkeitsantrag eingebracht hat – auf Qualifizierung und Weiterbildung. In diesem Gesetz steht unter anderem, dass Beschäftigte in Betrieben bis zu 250 Mitarbeitern – bisher war es auf 100 begrenzt – künftig bereits ab dem 45. Lebensjahr – vorher war es ab dem 50. Lebensjahr – Bildungsgutscheine für zertifizierte Weiterbildungen erhalten. Das ist ein wichtiger Schritt. Das nur als Vorbemerkung.

Nun zu Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Man reibt sich manchmal schon sehr verwundert die Augen, wenn man hört, was bei Ihnen dringlich ist. Vor sage und schreibe einem Jahr fand der Kongress „Aufbruch mit 50!“ der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft mit der Staatsregierung statt. Der damalige Ministerpräsident hat das eben erwähnte Neun-Punkte-Programm vorgestellt. Der Inhalt waren Appelle an Unternehmen, Tarifpartner und den Bund. Zielgerichtete Maßnahmen der Staatsregierung – keine, Fehlanzeige. Vor einem Jahr haben wir von der SPD-Fraktion – federführend war Frau Kollegin Dr. Kronawitter, die sich mit dem Thema älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Chancen auf dem Arbeitsmarkt intensiv beschäftigt hat – ein Antragspaket vorgelegt mit dem Titel: „Beschäftigungschancen für ältere Erwerbstätige erhöhen“. Wissen Sie überhaupt noch, was Sie damit gemacht haben? – Sie haben es abgelehnt. Sie haben unsere Initiativen nicht gewollt. Einzig für den Bereich der Gesund-

heit waren Sie gnädig und bereit zu einer Umwandlung in einen Berichtsantrag.

Vor einem Jahr haben Sie diese Initiativen also abgelehnt, und jetzt kommen Sie mit einem Dringlichkeitsantrag zur gleichen Thematik. Sagen Sie bitte jetzt nichts. Ich kenne sämtliche Argumente, die Sie immer anführen, wenn es um Anträge der SPD geht.

Sie kommen immer zur Unzeit und sie sind vor allem nicht von Ihnen. Ich weiß, Sie brauchen Zeit. Das ist ganz klar. Im Januar kam es zur Rücktrittsforderung gegen Herrn Stoiber. Es gab den Pauli-Ärger und die Frage, wer Ministerpräsident und wer Parteivorsitzender wird, war zu klären. Sie hatten eine ganze Menge zu tun. Sie waren sehr mit sich selbst beschäftigt. Das ist aber jetzt vorbei. In der heutigen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten ist zum Thema „Weiterbildung älterer Arbeitnehmer“ auf der Seite 22 zu lesen:

> Zusätzliche Anstrengungen sind besonders bei der Weiterbildung älterer Arbeitnehmer erforderlich. Ich möchte dazu die Hand in Richtung Arbeitgeber und Gewerkschaften ausstrecken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von einer ausgestreckten Hand hat man herzlich wenig.

(Beifall bei der SPD)

Eine ausgestreckte Hand ist im Allgemeinen leer. Wir kranken immer noch an den Folgen des Nachtragshaushalts 2004, weil gerade bei der Arbeitsförderung, den Berufsförderungswerken überproportional gekürzt worden ist. Das Landesarbeitsmarktprogramm, das wir immer wieder gefordert haben, haben Sie immer wieder abgelehnt. Wer finanziert in Bayern das Nachholen der Schulabschlüsse? Die Arbeitsagentur? Welche Mittel werden für die Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt? Unser Fraktionsvorsitzender Franz Maget hat es Ihnen vorhin gesagt: Nur 8 % dieser Mittel werden vom Freistaat getragen. Was ist mit der ausgestreckten Hand des Ministerpräsidenten – der sie gerade nach hinten in Richtung der Tarifpartner und der Gewerkschaften gereicht hat – hinsichtlich eines Weiterbildungsgesetzes?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Hier ist nichts vorhanden.

Nun zu den konkreten Projekten für die Krankenkassen und Betriebe zur präventiven Förderung für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Auch hier stellt sich die Frage, wie sich der Freistaat daran beteiligt. Was tut der Freistaat Bayern zum Beispiel in seinem eigenen Bereich, dem öffentlichen Dienst?

(Ludwig Wörner (SPD): Polizei, Feuerwehren!)

Hier gilt die 42-Stunden-Woche und außerdem müssen Nachtschichten geleistet werden. Wo gibt es hier Projekte der präventiven Gesundheitsfürsorge?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der Ansatz der SPD im Bund und im Land war immer die Stärkung der Prävention. Hier hatten Sie immer eine sehr merkwürdige Haltung. Ich erinnere Sie nur daran, dass ein gewisser Herr Seehofer – damals noch als Bundesminister – die Präventionsmodelle der Krankenkassen massiv abgelehnt hat. Ich möchte jetzt gar nicht zitieren, was er dazu gesagt hat.

Zur Prävention und zur Gesundheitsförderung gehört in den Betrieben und im Gewerbe die Gewerbeaufsicht. Im letzten Bericht über die Gewerbeaufsicht im sozialpolitischen Ausschuss wurde eindeutig festgestellt, dass den Gewerbeaufsichtsämtern das Personal fehlt, um in die Betriebe zu gehen, aufsuchende Prävention zu betreiben und Kontrollen durchzuführen. Auch das ist eine Folge des Kürzungshaushalts und der Verwaltungsreform. Man kann die heutige Regierungserklärung übrigens drehen und wenden wie man will: Dort steht kein Wort und kein Satz zur Gesundheitsvorsorge, auch nicht zur Prävention.

(Beifall bei der SPD)

Was tut der Freistaat für die Qualifikation, die Weiterbildung und die Gesundheitsvorsorge? Sie ziehen sich wieder aus der Affäre nach dem Motto: Lassen wir es die anderen machen. Wir haben schließlich die Tarifpartner, die Sozialpartner und den Bund. Das muss ich Ihnen lassen: Das machen Sie wirklich perfekt. Sie haben kreative Vorschläge, aber immer für die anderen. Bei Ihnen selbst hapert es jedoch gewaltig.

Nun zu Ihrem Wunsch, das Finnland-Konzept zu prüfen. Das ist sicherlich sinnvoll. Es gibt in den Niederlanden, in Dänemark und Schweden Programme zur Unterstützung älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Ich könnte mir das sehr gut als Modell für eine Region in Bayern vorstellen, wo die demografische Entwicklung zu einer besonders starken Abwanderung führt, wo die Arbeitslosenquote immer noch am höchsten ist und wo wir einen hohen Anteil von gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben, nämlich in Nordostbayern, sprich, dem nördlichen Oberfranken und der nördlichen Oberpfalz. Wir werden diesem Prüfwunsch zustimmen, wenn Sie bereit sind, den letzten Absatz mit den Frühverrentungsanreizen zu canceln bzw. zu streichen. Ansonsten werden wir Nein sagen, vor allem zum letzten Absatz.

Sie erinnern sich sicher: Die von Ihnen so genannte Frühverrentungskultur, also das vorgezogene Altersruhegeld, wurde von der Regierung Helmut Kohl eingeführt. Es war eine verheerende Entwicklung, als sich Unternehmen auf Kosten der Sozialversicherten und der Rentenkassen ihrer älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entledigt haben. Im Gegensatz zu Ihnen sehen wir keinen Handlungsbedarf; denn wir haben folgende Regelung, die im Koalitionsausschuss verhandelt worden ist: Die verlängerte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer wird ab dem 50. Lebensjahr bei 15 Monaten, ab dem 55. Lebensjahr bei 18 Monaten und ab dem 58. Lebensjahr bei 24 Monaten liegen.

Von den bisher nicht verwendeten Eingliederungsmitteln der Bundesagentur in Höhe von 700 Millionen Euro wird ein Betrag von rund 500 Millionen Euro für folgende Maßnahmen eingesetzt: Jeder, der einen Anspruch auf das verlängerte Arbeitslosengeld hat, bekommt einen Eingliederungsgutschein, entweder gekoppelt mit den konkreten Arbeitsangeboten oder mit dem Auftrag, sich um dessen Einlösung zu bemühen. Gelingt ihm das nicht, wird ihm für die Verlängerung die Zahlung des Arbeitslosengelds gewährt. Das ist Konsens.

Keinen Konsens gibt es hingegen bei der so genannten Zwangsverrentung. Arbeitslose, die mindestens 58 Jahre alt sind, haben die Möglichkeit, weiterhin Arbeitslosengeld zu beziehen. Danach können sie auch ohne Abschläge in Rente gehen. Dieser erleichterte Leistungsbezug wird häufig ab dem 31. Dezember 2007 ausfallen. Im Jahr 2008 können die Träger Arbeitssuchende, soweit die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind, auch gegen ihren Willen in eine abschlagsgeminderte vorzeitige Altersrente verweisen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb hat das Bundesarbeitsministerium einen Gesetzentwurf mit einer wirkungsvollen Regelung zur Vermeidung der Zwangsverrentung mit Rentenabschlag eingebracht. Die Union hat diesen Gesetzentwurf im Koalitionsausschuss am 12. November zurückgewiesen. Das nehmen wir so nicht hin. Hier muss neu verhandelt werden. Das Thema muss in den nächsten Koalitionsausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Wir lehnen deshalb Ihren Dringlichkeitsantrag ab, es sei denn, Sie würden sich Ihrer sozialen Komponente besinnen und den letzten Absatz streichen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildungsurlaub ist eine Form der bezahlten Freistellung von der Arbeit zum Zwecke der Weiterbildung. Er fällt in die Ländergesetzgebung. In 12 von 16 Bundesländern gibt es eine solche landesgesetzliche Regelung, die den Arbeitnehmern das Recht zuspricht, in der Regel eine Woche pro Jahr bezahlten Bildungsurlaub zu nehmen. In Bayern gibt es dieses Recht nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die CSU-Fraktion vor diesem Hintergrund heute einen Antrag vorlegt, mit dem die Staatsregierung aufgefordert wird, sie möge ihre Bemühungen um Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen noch weiter verstärken – das ist wahrscheinlich das Maximum an sprachlichem Wulst –, ist das eine ziemlich absurde Aktion.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen uns vor Augen halten, dass im öffentlichen Dienst entweder gar keine Angebote bestehen – Frau Kollegin Steiger hat darauf hingewiesen –, oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich weiterbilden wollen, von ihren Kollegen schief angesehen werden, weil der öffentliche Dienst bereits so klein gespart ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die ganze Mehrarbeit zu tragen haben. Auch das ist Ihr Versagen.

Deshalb ist der heutige Antrag nicht wirklich ernst zu nehmen. Ein absurdes Stück führen Sie auch damit auf, dass Sie noch vor wenigen Tagen im Koalitionstheaterausschuss der Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer zugestimmt haben, während Sie hier und heute materiell genau das Gegenteil fordern, nämlich dass der Zuschlag für Ältere zum Arbeitslosengeld II abgeschafft wird. Das Ganze soll dann dazu dienen, ich zitiere aus Ihrer CSU-Sprachregelung, „der Frühverrentungskultur entgegenzuwirken“. Ich finde, das ist ein ziemlich verächtlicher Begriff,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wenn man bedenkt, dass Sie es waren, die konservativen Regierungen, die in den Neunzigerjahren systematisch ältere Erwerbspersonen in den Vorruhestand zu schieben begannen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrer schriftlichen Antragsbegründung wird auch das Prinzip klar, dass Sie ältere Erwerbstätige nach wie vor lediglich als Verschiebebahnhof für unternehmerische Arbeitsnachfrage ansehen. Es geht Ihnen nicht um ältere Menschen und deren Bedürfnisse.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Die haben Sie schon längst zu einer Funktion der demografischen Entwicklung degradiert, und die funktionieren dann je nach Bedarf. Vor einigen Jahren wurden sie hinausgeschoben, jetzt werden sie wieder hereingeholt. Von Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitikern in der CSU hätte ich mir etwas mehr Respekt für die ältere Erwerbsgeneration erhofft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bleibt an Materiellem von Ihrem Antrag? – Der sogenannte 9-Punkte-Plan zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer, den Sie vor eineinhalb Jahren – eineinhalb Jahre ist das jetzt schon her – mit der Vereinigung der Deutschen Wirtschaft unterzeichnet haben, ist im Wesentlichen belanglose Prosa. In Punkt 1 beispielsweise heißt es: Wir wollen die Rahmenbedingungen verbessern. Oder es hat nichts mit der Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu tun, sondern schlicht damit, die Lebensarbeitszeit zu verlängern oder Rentenabschläge einzuführen. Oder, wie Sie in Punkt 6 schreiben, ist die Politik gar nicht zuständig, weil Sie die Änderungen tarifvertraglicher Regelungen anmahnen. Oder Sie wollen als neoklassische Überzeugungstäter arbeitsrechtliche

Schutzklauseln für Arbeitnehmer außer Kraft setzen wie beispielsweise das Sozialauswahl-Kriterium für Ältere im Kündigungsschutzgesetz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei diesem Inhalt verwundert es nicht, dass Sie mit Ihrem Vertragspartner für diesen 9-Punkte-Plan, mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft – vbw –, einen Partner gefunden haben, der wie Sie vorgibt, als Bock der bessere Gärtner zu sein. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben im Schnitt aller Leistungsparameter nämlich eine höhere Leistungsfähigkeit als jüngere. Ich verweise auf einschlägige Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit. Dennoch haben, so die jüngsten mir vorliegenden Untersuchungen, über 50 % der Unternehmen, wenn sich ältere Erwerbspersonen bei ihnen für einen Job beworben haben, diese nicht eingestellt. In über 50 % der Fälle wurden, wenn Ältere in der Auswahl waren, diese nicht genommen. In 40 % aller Unternehmen ist niemand jenseits der 50 beschäftigt. Dieser Widerspruch zwischen den guten Leistungsparametern der älteren Arbeitnehmer einerseits und einer deutlich höheren Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe andererseits, zeigt vor allem eines: Die schlechten Jobchancen beruhen vor allem auf Vorurteilen, die von den Unternehmen und ihren Personalchefs beharrlich gepflegt werden. Mit den Mitgliedern der vbw einen Pakt zu schließen, ist unsinnig. Die sollten sich lieber an der eigenen Nase packen und für die Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer sensibel werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, die Potenziale älterer Menschen zu erkennen und von den skizzierten lieb gewordenen Vorurteilen und Stereotypen endlich Abschied zu nehmen. Dabei müssen uns die vielen aktiven Alten, von denen ich auch hier im Hohen Haus den einen oder anderen zu erblicken vermag, längst eines Besseren belehrt haben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Die Zahl 60 steht weder für Leistungsabfall noch für Rückzug ins Privatleben. Diese Potenziale müssen aber auch aktiviert und stimuliert werden, und dazu braucht es mehr als die Lippenbekenntnisse Ihres Antrags.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

Konkret wären das zum Beispiel flexible Übergangsregelungen von Erwerbs- in die Nacherwerbsphase. Das will die Mehrheit aller Menschen, die in diesem Alter sind. Hier müssten also die gesetzlichen Regelungen weiter entwickelt werden. Weiter entwickelt werden muss auch die Möglichkeit, mit verringerter Arbeitszeit gleitend in den Ruhestand zu kommen. Das nur zu diesem Komplex.

Nun zu einem anderen, zur Weiterbildung. Bei der Weiterbildung liegt vieles im Argen: ich habe einleitend mit dem Beispiel Bildungsurlaub darauf hingewiesen. Dramatisch aber ist, wenn ich der „Süddeutschen Zeitung“ glauben darf, dass die Firmen heute an der Weiterbildung immer mehr sparen. So sanken, ausweislich der Zahlen des Statistischen Bundesamtes, seit 1999 sowohl die Bereitschaft der Unternehmen, Weiterbildungsmaßnahmen anzubieten, als auch die hierfür bereitgestellten Mittel. Auch deshalb ist die Wirtschaft, ist die vbw, Bock und nicht Gärtner.

Der Hinweis des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, die Arbeitnehmer sollten ihre Ferien zur Weiterbildung nutzen, wird vor diesem Hintergrund zu einem unverschämten Abschieben in die Eigenverantwortung. Ich verstehe nicht, warum Sie diese Positionen übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Konstellation geht vor allem zulasten älterer Arbeitnehmer. Deren Teilnahme an beruflicher Weiterbildung sinkt ab Ende 50 rapide in Richtung Null. Deshalb müssen die politischen Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen weiter verbessert werden, was im Übrigen nicht nur den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute käme, sondern auch für das inkooperierte Wissen von Bedeutung wäre, auf das unsere Gesellschaft existenziell angewiesen ist. Vor diesem Hintergrund reicht uns dieses kleine Antragssätzchen nicht, Herr Kollege Winter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme aber zu einem versöhnlichen Ende. Sehr originell und wirklich gut finde ich, dass die CSU offensichtlich bereit ist, von den finnischen Erfahrungen zur Integration älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu lernen. Ich gehe davon aus, Kolleginnen und Kollegen von der Regierungsfraktion, dass Sie wissen, dass es in Finnland ein ausgeprägtes Individualarbeitsrecht gibt, mit einer sehr hohen Schutzregelung, beispielsweise im Kündigungsschutz. Ich nehme an, Sie wissen, dass das Niveau der sozialen Sicherung in Finnland sehr hoch ist.

Die OECD, und damit komme ich zu meiner Anfangsüberlegung, dem Bildungsurlaub, zurück, schreibt in ihrer Studie mit dem bezeichnenden Titel: „Beyond rhetoric – adult learning policies and practices“ wörtlich: „In Finnland ist der Anspruch auf Bildungsurlaub ein bedeutender Anreiz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sich fort- und weiterzubilden.“ Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass Bayern zu den ganz wenigen Bundesländern gehört, wo dieser Anspruch nicht verwirklicht ist. Angesichts der Diskrepanz von Rhetorik und politischer Wirklichkeit bei Ihnen kann ich es nur begrüßen, wenn Sie nach Finnland blicken. Ganz nebenbei bemerkt, ich sehe gerade Frau Kollegin Tolle. Wir wären sehr froh, wenn Sie nicht nur in der Arbeits- und Sozialpolitik, sondern auch in den anderen Politikfeldern, wo die Überlegenheit der Nordmänner und der Nordfrauen ebenso offenkundig ist, anfangen könnten, nach Finnland zu schauen. Ich nenne nur die Schulpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Lieben, das ist sehr zukunftsvisionär, das ist so im Antragstext nicht konkretisiert. Das kann Ihren heutigen Antrag deshalb nicht mehr retten. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Hallitzky, vielen Dank. Nachdem Sie mit Blick auf mich von einem älteren Arbeitnehmer gesprochen haben, gebe ich für das Protokoll noch bekannt, dass das Durchschnittsalter der vier Redner zu diesem Antrag 47 Jahre beträgt. Ich stelle weiter fest, dass jetzt auch bei den Jüngeren das Wort Jugendwahn angekommen ist.

(Allgemeine Heiterkeit – Peter Winter (CSU): Sehr gut, Herr Präsident!)

Die nächste Wortmeldung: Frau Staatssekretärin Huml.

Staatssekretärin Melanie Huml (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hiermit senke ich sozusagen den Altersdurchschnitt.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Da haben Sie recht, Frau Staatssekretärin.

(Allgemeine Heiterkeit)

Staatssekretärin Melanie Huml (Sozialministerium): Lassen Sie mich, bevor ich zum eigentlichen Antrag komme, mit einigen allgemeinen Ausführungen zur Arbeitsmarktsituation beginnen. Zu den Darlegungen von Frau Steiger möchte ich sagen, dass das 9-Punkte-Programm im Sommer des letzten Jahres vereinbart wurde. Man musste eine gewisse Zeit abwarten, um sagen zu können, welche Bilanz wir ziehen.

(Christa Steiger (SPD): Ich sprach vom Kongress, der vor einem Jahr stattgefunden hat! Nicht vom 9-Punkte-Programm! – Allgemeine Unruhe – Margarete Bause (GRÜNE): Bringt sie doch nicht so durcheinander!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Staatssekretärin Huml hat das Wort, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Staatssekretärin Melanie Huml (Sozialministerium): Der bayerische Arbeitsmarkt profitiert in hohem Maße von der anhaltend guten Konjunktursituation. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt kontinuierlich. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nimmt beständig zu. Im Oktober waren in Bayern rund 298 000 Arbeitslose registriert.

Damit wurden erstmals seit sieben Jahren in einem Oktober weniger als 300 000 Arbeitslose gezählt. Die Arbeitslosenquote betrug 4,5 %. Zu meiner großen Freude beschränkt sich diese positive Entwicklung nicht auf bestimmte Regionen oder Personengruppen. Zwischenzeitlich profitieren alle von der ungebremsten Dynamik, auch die Älteren, deren Anteil, wie ich vorhin gehört habe, 52 % beträgt und die im Mittelpunkt des Dringlichkeitsantrags betreffend „Förderung und Unterstützung älterer Arbeitnehmer im Arbeitsprozess“ stehen. Zwar ist derzeit noch sowohl bundesweit als auch in Bayern jeder vierte Arbeitslose älter als 50 Jahre, doch sinkt die Zahl der älteren Arbeitslosen seit ein paar Monaten überdurchschnittlich stark. Je stärker die Arbeitslosigkeit also sinkt und der Fachkräftebedarf steigt, umso mehr Chancen gibt es auch für Ältere. Wir können es uns auch nicht leisten, auf das Wissen, die Erfahrung und die Tatkraft älterer Arbeitnehmer zu verzichten.

(Susann Biedefeld (SPD): Seit Jahren sagen wir das!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einen wichtigen Anstoß für eine stärkere Beschäftigung Älterer hat die Bayerische Staatsregierung im Sommer 2006 gegeben mit dem gemeinsam mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft erarbeiteten 9-Punkte-Plan zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation älterer Arbeitnehmer. Dieser 9-Punkte-Plan enthält eine Reihe von Vorschlägen zum Abbau von Frühverrentungsanreizen und Einstellungshemmnissen, zur Verstärkung der Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in Unternehmen sowie zur präventiven Gesundheitsförderung.

Lassen Sie mich kurz einige der Bereiche nennen, die wir in den vergangenen Monaten in Angriff genommen haben bzw. an deren Umsetzung wir beteiligt waren. Dazu gehören die Verlängerung der Lebensarbeitszeit schrittweise auf 67 Jahre, die Unterstützung des Bewusstseinswandels bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung mit Podiumsdiskussion im Dezember 2006 oder die Beseitigung von Frühverrentungsanreizen und die Schaffung von Anreizen für eine rasche Eingliederung Älterer. Hierzu zählen unter anderem der erweiterte Eingliederungszuschuss für Ältere im Rahmen der „Initiative 50plus“ oder die Nichtverlängerung der sogenannten 58er-Regelung. Mit der im Koalitionsausschuss vereinbarten Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für Ältere wurde ein durchaus akzeptabler Kompromiss – aber eben ein Kompromiss – gefunden.

(Christa Steiger (SPD): Das ist bekannt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der 9-Punkte-Plan muss jedoch noch weiter mit Leben erfüllt werden. So gilt es zum einen – daher auch der Antrag –, die betriebliche Weiterbildung Älterer zu forcieren. Hier sind alle Beteiligten dazu aufgefordert, Arbeitgeber und Arbeitnehmer – wie Kollege Peter Winter schon angesprochen hat –, einen Beitrag zu leisten. Wir können nicht akzeptieren, dass die Zahl der Betriebe in Bayern, die Maßnahmen für ältere Beschäftigte anbieten, in den letzten Jahren sogar zurückgegangen ist, nämlich von 23 % im Jahr 2002 auf 20 % 2006. Neben einem verstärkten Engagement der Arbeitgeber müssen auch die Beschäftigten ihren Teil beitragen. Dabei denke ich an einen Tausch von Freizeit gegen Bildung. Wir sind schon der Meinung, dass Arbeitnehmer auch einen Teil ihrer Freizeit in Weiterbildung investieren können.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird das Thema „Gesundheit am Arbeitsplatz“ immer wichtiger. Mit einer gesünderen und motivierteren Belegschaft sowie mit einem besseren Arbeitsklima können Unternehmen die arbeitsbedingten Kosten senken und die Produktivität dadurch steigern. Neben Maßnahmen des Arbeitsschutzes trägt dazu auch ein umfassendes betriebliches Gesundheitsmanagement bei. Hier sind insbesondere die Krankenkassen gefordert. Ihr verstärktes Engagement in der betrieblichen Prävention zeigt, dass sie deren Stellenwert erkannt und als Geschäftsfeld begriffen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Blick über den Tellerrand zeigt uns, dass für dieses Problem auch in anderen Ländern Lösungsmöglichkeiten gesucht wurden. Beispielsweise wurde in Finnland im Zeitraum von 1998 bis 2002 ein Programm für ältere Arbeitskräfte durchgeführt. Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich gemeinsam auf eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in relevanten Bereichen verständigt. Damit war ein großer Erfolg verbunden. Die Erwerbsquote der über 55-Jährigen konnte deutlich gesteigert werden. Sie lag 2006 mit rund 55 % klar über dem Lissabon-Ziel von 50 %. Auch wenn wir in Bayern mit dem angesprochenen 9-Punkte-Plan bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und realisiert haben, sollte uns das nicht daran hindern, auch Ideen von unserem europäischen Partner aufzugreifen. Dazu ist es erforderlich, die Übertragbarkeit des finnischen Ansatzes auf unsere Gegebenheiten zu prüfen. Geeignete Maßnahmen sollten wir in Zusammenarbeit mit dem Bund umsetzen. Sie werden mir darin zustimmen, dass das Problem der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland besteht.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Staatssekretärin, vielen Dank. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9300 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? – Die beiden anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich rufe den dritten heute zu beratenden Dringlichkeitsantrag auf und stelle vorweg fest, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, nur die ersten drei Dringlichkeitsanträge zu behandeln. Danach fahren wir in der Tagesordnung fort.

Ich rufe jetzt auf den

Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Susann Biedefeld, Ludwig Wörner u. a. u. Frakt. (SPD)
Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts (Drs. 15/9301)

und den nachgezogenen

Dringlichkeitsantrag der Abg. Georg Schmid, Engelbert Kupka, Franz Josef Pschierer u. a. u. Frakt. (CSU)
Strompreise senken – Kernenergie weiter nutzen (Drs. 15/9310)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Frau Kollegin Biedefeld.

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag zum Thema „Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts“ hat einen eindeutigen Grund und eine klare Zielsetzung. Anlass sind die Strompreiserhöhungen in der Vergangenheit und die jetzt von Eon angekündigte Strompreiserhöhung von 9,9 %, also von rund 10 %. Diese Strompreiserhöhungen der Energiekonzerne sind nicht zu rechtfertigen.

(Beifall bei der SPD)

Um die Verbraucherinnen und Verbraucher, auch hier in Bayern, zu schützen und die preistreibenden Konzentrationen in der Stromwirtschaft aufzubrechen, muss das Wettbewerbsrecht deutlich verschärft werden. Die Schmerzgrenze der Verbraucherinnen und Verbraucher, auch in Bayern, ist längst überschritten. Die Stromkosten führen inzwischen zu einer erheblichen Belastung der privaten Haushalte und auch der Wirtschaft. Das kann nicht sein.

Ich habe mir einmal die Zahlen herausgesucht. Die jährlichen Stromkosten pro Haushalt betragen im Bundesdurchschnitt 690 Euro. Die Strompreise sind in Bayern derzeit noch relativ gut, das gebe ich zu. Sie betragen im Jahr pro Haushalt 664 Euro. Am teuersten ist Strom in Baden-Württemberg – es hat wie wir viel Kernkraft – mit jährlichen Stromkosten pro Haushalt von 746 Euro. Rechnen Sie zu den relativ günstigen Stromkosten, die wir in Bayern noch haben, 9,9 % hinzu – mit 10 % lässt sich leichter rechnen –, also rechnen Sie zu den 664 Euro noch 66 Euro hinzu, dann sind wir bei 730 Euro. Damit liegen wir über dem Bundesdurchschnitt. Dann muss man berücksichtigen, dass andere Energieversorgungsunternehmen nicht wie Eon in Bayern um 9,9 bzw. um 10 % erhöhen, sondern nur um durchschnittlich 5 oder 5,5 %. Dann wird Bayern keine gute Position mehr haben. Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern werden massiv belastet. Das trifft Baden-Württemberg und Bayern. Bayern, das derzeit noch relativ gute Strompreise hat, wird künftig über dem Bundesdurchschnitt liegen. Unsere Verbraucherinnen und Verbraucher werden durch diese Strompreise also unzumutbar belastet.

Die Staatsregierung wird in unserem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, sich für eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts und für eine Stärkung des Kartellamtes einzusetzen. Wir führen darin konkrete Maßnahmen auf: Das Kartellamt muss und soll das Recht erhalten, der Marktkonzentration im Strommarkt entgegenzutreten. Wir wollen auch, dass das Kartellamt das Recht erhält, den Nährboden für mögliche Absprachen und Preismanipulationen zu beseitigen. Vonseiten der EU-Kommis-

sion und von Verbraucherschutzzentralen wird angeführt, dass es möglicherweise Absprachen und Preismanipulationen der vier großen Energieversorgungsunternehmen in Deutschland gegeben hat. Das Kartellamt sagt – das ist keine Aussage von mir oder von der SPD –, dass es starke Indizien für Preismanipulationen gibt. Das muss abgestellt werden. Es geht um den Geldbeutel der Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Strompreise dürfen nicht ins Unermessliche steigen.

Wir wollen außerdem, dass die Staatsregierung prüft – im Weiteren handelt es sich um einen Prüfantrag –, wie die Trennung von Produktionsstätten und Verteilernetzen in der Stromwirtschaft vorangetrieben werden kann, ob man notfalls die vier Stromkonzerne in Deutschland zum Verkauf einzelner Kraftwerke zwingen kann, wie es auch vonseiten der EU schon diskutiert wird. In der Bundesratsinitiative des CDU-regierten Bundeslandes Hessen – von Ihrem Kollegen Rhiel – wird angesprochen, dass die Stromkonzerne notfalls gezwungen werden sollen, ihre Kraftwerke zu verkaufen.

Geprüft werden soll auch, ob Aktiensplits und die Abspaltung ganzer Unternehmensteile durchgesetzt werden können, ob die CO_2-Verschmutzungszertifikate von 2008 bis 2012 komplett versteigert und die Erlöse für eine Senkung der Stromsteuer eingesetzt werden können.

Ein weiterer Bestandteil des Prüfantrags ist die Frage, ob das Ziel der Dezentralisierung der Stromversorgung und der Trennung von Stromproduzenten und Stromanbietern vorangebracht werden kann.

Wir meinen, dass wir mit Initiativen infolge des Prüfantrags den Wettbewerb stärken können. Das Problem ist nämlich: Dadurch, dass Netz und Energieproduktion in den Händen von vier großen Stromkonzernen liegen, kann Wettbewerb gar nicht stattfinden. Trotz verschiedener Maßnahmen auf Bundesebene und auf EU-Ebene findet nach wie vor kein Wettbewerb statt. Ohne Wettbewerb gilt bei den Strompreisen das Diktat der Monopolisten. Wir haben kaum noch Möglichkeiten, dagegen anzugehen, schon gar nicht die Verbraucherinnen und Verbraucher, deren Stromrechnungen immer weiter steigen. Wir müssen dieses Monopol knacken und für mehr Wettbewerb kämpfen; wir müssen auch für mehr Transparenz sorgen. Hier ist sowohl das Kartellamt als auch der Gesetzgeber verstärkt gefordert.

Das Ganze hängt auch mit der Zielsetzung einer kommunalen Daseinsvorsorge bei der Energieversorgung zusammen. Beim Parlamentarischen Abend der bayerischen Energieversorgungsunternehmen kürzlich kam deutlich heraus: Diejenigen, die unabhängig von den Energiemonopolisten sind, die ihren Strom nicht von Eon beziehen, haben nicht den Druck; denen geht es relativ gut. Aber diejenigen, die bereits mit Eon zusammenarbeiten und Strom von dort beziehen, geraten immer mehr unter Druck. Wenn Sie sich die Gewinnspannen der kommunalen Stadtwerke anschauen, werden Sie feststellen, dass diese immer geringer werden. Das heißt, es fließt auch immer weniger Geld in den Querverbund und immer weniger Geld in den öffentlichen Personennahverkehr – ÖPNV – oder in Energieeffizienzmaßnahmen oder den Ausbau erneuerbarer Energien. Die Gewinne der kommunalen Energieversorgungsunternehmen werden immer geringer, weil Eon dort ebenso drückt, immer mit dem Argument, die Beschaffungskosten für Strom seien so enorm gestiegen.

Wenn die kommunalen Energieversorgungsunternehmen aufgeben müssen, weil ihre Betätigung nicht mehr wirtschaftlich möglich ist, kaufen wiederum die vier großen Monopolisten, in Bayern Eon, diese Unternehmen. Die Gefahr besteht, dass unsere Daseinsvorsorge, die in kommunaler Hand gut aufgehoben war, damit auch noch an die großen Energiekonzerne fallen könnte.

Ich möchte noch kurz zum Dringlichkeitsantrag der CSU Stellung nehmen. Sie sagen: „Es muss deshalb politisches Ziel sein, eine Senkung der Strompreise zu erreichen“. In diesem Ziel stimmen unsere Dringlichkeitsanträge überein; wir haben das zum wiederholten Male gefordert. Sie lehnen unsere Anträge aber immer ab, in denen wir konkrete Maßnahmen aufzeigen, mit denen man so etwas erreichen kann. Der Wille ist bei Ihnen vielleicht vorhanden – dahinter stelle ich ein Fragezeichen –, aber die Umsetzung fehlt, um Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Sie nennen in der Nummer 2 die Verschärfung der Missbrauchsaufsicht als Voraussetzung. Ich hoffe, dass Bayern eine eigene Bundesratsinitiative zur Verschärfung der Missbrauchsaufsicht einbringt. Ich bin sehr gespannt, wie weit diese Bundesratsinitiative gehen wird. Wir erwarten zumindest, dass Bayern die hessische Bundesratsinitiative unterstützt.

Zu Nummer 3 brauche ich nichts weiter zu sagen.

Zu Nummer 4, betreffend die Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie. Sie schreiben: „Die Verknappung des Stroms hat zu steigenden Strompreisen geführt“. Das ist Volksverdummung. Die Atomkraftwerke in Deutschland, insbesondere in Bayern sind abgeschrieben. Abgeschriebene Atomkraftwerke sind die reinsten Gelddruckmaschinen. Eon verdient pro Tag eine Million Euro pro Kraftwerk mit den bayerischen Atomkraftwerken. Die Gewinnspannen werden immer größer. Heute ist wieder die Umsatzmeldung zu lesen: Auch in diesem Jahr ist Eon größter Energieversorger. In den ersten neun Monaten des Jahres hat Eon zweistellige Zuwachsraten verzeichnet. Enorme Aktiengewinne werden an die Aktieninhaber ausgeschüttet.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen die Zeche zahlen, weil Eon nicht bereit ist, die Gewinne einzusetzen, um die Strompreise zu senken. Ihr Antrag ist in diesem Punkt reine Volksverdummung. Wenn nämlich die Atomkraftwerke den Strompreis tatsächlich verringern würden, hätten in den letzten Jahren die Strompreise massiv fallen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die bayerischen Atomkraftwerke sind reine Gelddruckmaschinen.

Was die Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie betrifft, kann ich nur sagen: Sie behalten nach wie vor die Rolle der Innovations- und Investitionsbremse. Wenn Sie sagen, dass man den CO_2-Ausstoß nur bei weiterer Nutzung der Kernenergie senken könnte und allein die Kernenergie geeignet sei, die angestrebte CO_2-Reduzierung, die auf Bundesebene vorgegeben ist, zu erreichen, dann ist das ebenso Volksverdummung. Schauen Sie sich die Studie an, die die Große Koalition über das Bundesumweltministerium in Auftrag gegeben hat. In der E-Prognos-Studie werden die Szenarien durchgespielt. Ein Szenario nennt auch die Kernenergie, wobei klar wird, wie es sich wirklich darstellt, wenn man an der Kernenergie festhalten würde, welcher CO_2-Ausstoß dann stattfände und wie hoch die CO_2-Reduzierung dann wäre. Durch Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz und Ausbau erneuerbarer Energien könnte das CO_2-Reduktionsziel auch ohne Festhalten an der Kernkraft erreicht werden. Die Atomenergie kommt in der Studie nicht gut weg. Sie zeigt, dass man eine 40-prozentige CO_2-Reduzierung, wie sie auf Bundesebene zum Ziel gesetzt worden ist, auch bei Ausstieg aus der Kernenergie erreichen kann.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher in Bayern. Wir lehnen den Antrag der CSU ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Richter.

Roland Richter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Äußerungen von Frau Kollegin Biedefeld sind hoch interessant. Bei der Gasversorgung wird von Alt-Kanzler Schröder von der SPD genau das betrieben, nämlich die Monopolstellung von Gazprom in Europa und in Deutschland zu etablieren, was Sie kritisieren. Hier wird also ein Weg kritisiert, den die SPD noch vor zwei Jahren als das Nonplusultra angesehen hat.

Aber lassen Sie mich nun zu den Dringlichkeitsanträgen kommen, die sich auf die Strompreise direkt beziehen. Wir sind uns sicherlich einig, dass die derzeit hohen Strompreise nicht gerechtfertigt sind. Allerdings glaube ich, dass die Art und Weise des Herangehens an dieses Szenarium bei der CSU eine andere ist als bei der SPD.

(Susann Biedefeld (SPD): Eindeutig!)

Herr Kollege Georg Schmid hat die SPD heute Morgen schon sehr deutlich mit der Form eines demokratischen Sozialismus in Verbindung gebracht.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Da ist in dem Antrag der SPD zu lesen, dass „notfalls die vier großen Stromkonzerne in Deutschland zum Verkauf einzelner Kraftwerke gezwungen werden können“, und dass „Aktiensplits und die Abspaltung ganzer Unternehmensteile durchgesetzt werden können“.

(Susann Biedefeld (SPD): Es ist ein Prüfantrag!)

Das, werte Kolleginnen und Kollegen, ist klipp und klar Kommunismus. Der ist seit 1989 vorbei und ich bin froh, dass wir diese Staatswirtschaft so nicht haben, sondern dass es hier die freie Marktwirtschaft gibt.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Und noch eines: Ich würde gerne wissen, was Ihr Oberbürgermeister Ude in München sagen würde, wenn aufgrund Ihres Dringlichkeitsantrages der Stadt München die Stadtwerke einfach weggenommen würden. Ich glaube, Ihr Oberbürgermeister wäre da nicht so sehr begeistert. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Nun noch einige grundsätzliche Gedanken meinerseits. Die Stromendverbraucherpreise unterliegen grundsätzlich weiterhin der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht. Zum Jahreswechsel 2007/2008 ist eine bis 2012 befristete Verschärfung der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht über die Strom- und Gaspreise durch die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbbeschränkungen geplant. Das haben Sie in Ihrem Antrag nicht erwähnt. Die Verschärfung wurde mit der Stimme Bayerns im Bundesrat gebilligt und soll am 15. November, also heute, in Zweiter und Dritter Lesung im Bundestag behandelt werden.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich habe von Maßnahmen gesprochen, die zu prüfen sind!)

Da sind entsprechende Maßnahmen vorgesehen wie beispielsweise eine Beweislastumkehr zulasten des Unternehmens insbesondere bezüglich einer missbräuchlichen Preisgestaltung – das ist Ihnen bekannt – und die Einführung einer Gewinnbegrenzung, basierend darauf, dass die Differenz zwischen Kosten und Preisen nicht unangemessen hoch sein darf. Sie wissen ferner, dass das Bundeskartellamt im Bereich der Fusionskontrolle aktiv der Marktkonzentration entgegenwirkt. Es untersagt zum Beispiel heute schon regelmäßíg weitere Beteiligungen der großen Energieversorger an Stadtwerken, da dies deren marktbeherrschende Stellung weiter verstärken würde.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum haben wir dann eine Strompreiserhöhung von rund 9 % in Bayern?)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wörner? – Nein.

Bitte, Herr Kollege Richter.

Roland Richter (CSU): Zwar sind die kurzfristigen politischen Handlungsmöglichkeiten auch nach der Verschär-

fung des Kartellrechts begrenzt, dennoch haben wir einige Möglichkeiten, auf die wir gerne zurückgreifen wollen.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum die 9,9 % Erhöhung?)

Schauen wir uns nun einmal den Antrag der CSU an. Auch wir wollen die Strompreise senken und wollen dahin kommen, dass keine Monopole entstehen. Im Gegensatz zu Ihnen versuchen wir das allerdings nach demokratischen Grundregeln. So soll eine genaue Prüfung der aktuellen Preiserhöhung durch das Bundeskartellamt vorgesehen werden sowie eine Verschärfung der Missbrauchsaufsicht.

Ferner soll es die von der Bundesregierung bereits beschlossene Maßnahme für mehr Wettbewerb geben bzw. die Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie weiter forciert werden.

Ich bin kein Freund der Kernenergie, aber man muss auch sagen: Bis heute haben Sie im Bereich der regenerativen Energien und der alternativen Energien in der Summe des Ausstiegsszenarios keine belastbaren Faktoren vorgelegt, weder in energetischer noch in umwelttechnischer Hinsicht.

Lassen Sie mich noch einen Blick über den Atlantik werfen. Selbst die GRÜNEN in den Vereinigten Staaten gehen wieder auf die Atomkraft als eine alternative Versorgung zu. Auch deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Richter, bleiben Sie stehen, denn der Kollege Wörner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte, Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Richter, ist Ihnen bekannt, dass die Wirtschaftsministerin auf meine Schriftliche Anfrage, wie sie die Preisentwicklung bei Eon sehe, erst kürzlich schriftlich geantwortet hat, dass das der Markt regle? Was soll da Ihr Getöse? Wenn das zuständige Haus der Meinung ist, dass das sowieso der Markt regle und wir merken, dass er das nicht tut, dann stimmt doch Ihre Aussage nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Roland Richter (CSU): Frau Kollegin, ich habe bei Ihnen auch nicht reingequatscht. Ich bitte also, ein bisschen Anstand hier im Hohen Hause zu wahren und auch mich ausreden zu lassen. Herzlichen Dank dafür.

Kollege Wörner, wenn Sie die Forderungen in unserem Dringlichkeitsantrag lesen, dann werden Sie merken, dass sie kongruent sind mit den Aussagen unserer Wirtschaftsministerin. Ich glaube, damit ist Ihre Frage beantwortet.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Bedeutungsschwere der beiden Anträge erlauben wir uns an dieser Stelle, vor allem auf den Antrag 15/9301 der SPD-Kolleginnen und Kollegen einzugehen, der den Titel trägt „Niedrigere Strompreise – Verschärfung des Wettbewerbsrechts“. In diesem Antrag der SPD-Fraktion sind viele richtige und wichtige Punkte enthalten und auch wichtige Forderungen aufgestellt. Gestatten Sie uns aber, dass wir uns bei diesem Antrag trotzdem der Stimme enthalten. Der Grund ist Folgender: Sie rekurrieren in diesem Antrag – so geht er gleich los – auf niedrigere Strompreise. Wir akzeptieren keine ausbeuterischen Preise und wollen auch keine Wucherpreise. Wir sind dagegen, dass hier Monopolrenditen eingefahren werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber selbstverständlich sind wir dafür, dass gerade beim Strom der Staat Abschöpfungen vornimmt, und wir sagen an dieser Stelle auch ganz klar, dass ein Umsteigen und ein Umbau in der Energiewirtschaft notwendig sind, das heißt: weg von der Kernenergie, weg von den fossilen Brennstoffen und hin zu etwas anderem.

(Engelbert Kupka (CSU): Hin zu CO_2!)

Das kostet selbstverständlich und deswegen wollen wir nicht die Eier legende Wollmilchsau versprechen, sondern wir sagen: Hohe Preise können durchaus auch angemessen sein.

Frau Biedefeld, Sie fordern eine Senkung der Stromsteuer, die Sie selbstverständlich ausgeglichen sehen wollen durch Einnahmen für Zertifikate. Das können wir lesen. Aber auch diesem Punkt können wir nicht zustimmen. An dieser Stelle muss noch einmal eine ganz grundsätzliche Feststellung angebracht werden. Wir haben immer – Sie waren mit dabei – das Missverhältnis in unserem ganzen Staatswesen, in unserer ganzen Gesellschaft von Steuern und Abgaben auf die menschliche Arbeitskraft einerseits und Steuern und Abgaben auf Energie und den Verbrauch von Ressourcen andererseits beklagt. Das gilt im Grunde für alle westlichen Gesellschaften, aber insbesondere für Deutschland, und hier gilt es ganz einfach, die Schere zu schließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Runge, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Biedefeld? – Bitte, Frau Kollegin!

Susann Biedefeld (SPD) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Kollege Runge, stimmen Sie mir in der Überlegung zu, dass man durch gesetzliche Rahmenbedingungen und gesetzliche Vorgaben wie zum Beispiel das Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG – nicht nur entspre-

chende Belastungen bringt, wie es die Energiekonzerne immer anführen, sondern auch entsprechend positive Gewinne einfahren kann? Der Anteil am Strompreis nach EEG sind 2 bis 3 %; das sind 2 bis 3 Milliarden Euro. Demgegenüber steht eine Wertschöpfung von 23 Milliarden Euro, Tendenz steigend. Ist es nicht möglich, hier auch mit gesetzlichen Vorgaben Positives zu bewirken?

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Selbstverständlich stimme ich Ihnen hier zu und zwar mit großer Freude. Allerdings muss man da noch ein bisschen weiterdenken und darf nicht nur schauen, was sich auf dem Strommarkt abspielt. Man muss vielmehr auch sehen, was es da an Arbeitsplätzen, an Steuereinnahmen und vieles mehr gibt. Da, denke ich, hat Rot-Grün einiges Positives auf den Weg bringen können.

Jetzt aber wieder zum Antrag der SPD-Fraktion. Ich habe schon gesagt, warum wir uns der Stimme enthalten. Ein Grund dafür ist vor allen Dingen die Forderung nach der Senkung der Stromsteuer.

Zur grundsätzlichen Problematik, zum Anliegen, welches hinter diesem Antrag steckt, muss man ganz klar sagen – ich denke, das stellen wir unisono hier im Hohen Hause fest –, dass das, was hier läuft, äußerst misslich ist. Von Wettbewerb im Strommarkt kann nicht ansatzweise die Rede sein. Die Europäische Union, die Kommission, mahnt hier zu Recht Handlungsbedarf an und zwar schon seit vielen Jahren.

An dieser Stelle muss ich allerdings auch feststellen, dass sich hier Rot-Grün mitnichten mit Ruhm bekleckert hat; ich denke da nur an die Netzentgeltverordnung, die Netzzugangsverordnung, an den Übergang von der Kostenregulierung hin zur Anreizregulierung. Das alles genügt nicht. Das legal unbundling ist zu wenig; es ist zu zahm. Es war – das ist für mich das Ärgerlichste gewesen – ein Riesenfehler zu sagen „Ihr bekommt die Verschmutzungsrechte unentgeltlich“, ohne gleichzeitig zu verhindern, dass diese Verschmutzungsrechte eingepreist werden. Das ist ein großer Fehler. Daran gilt es massiv zu arbeiten.

Nun zu den einzelnen Instrumenten, wie wir zu mehr Markt und mehr Wettbewerb kommen können.

Der Vorschlag der zuständigen EU-Kommissarin auf Trennung von Netz und Betrieb ist angesprochen worden. Es ist vorgeschlagen worden – Herr Richter, hier bitte ich Sie doch einfach einmal aufzupassen, weil Sie hier so schön unterschieden haben zwischen Markt und Plan und Staatswirtschaft und demokratischem Sozialismus; wir wissen alle, woher der Vorschlag kommt –, Möglichkeiten zu schaffen, den großen Vier Erzeugungskapazitäten wegzunehmen. Er kam von Herrn Riehl, und Herr Riehl hat bekannterweise nicht das SPD-Parteibuch, sondern ist der hessische Wirtschaftsminister und hat das Parteibuch der CDU.

Die Monopolkommission sagt: Neue Kapazitäten dürfen durch die großen Vier nicht mehr geschaffen werden. Und dann gibt es eben den Vorschlag auf Stärkung der Wettbewerbsbehörden, sprich: Preisaufsicht, Missbrauchskontrolle und vieles mehr.

Die SPD-Fraktion bietet in ihrem Antrag ein buntes Potpourri, im Grunde genommen all diese Maßnahmen zu prüfen. Das ist eigentlich nichts, wogegen Sie sich wenden können, wenn man erst einmal sagt, die Staatsregierung möge die einzelnen Instrumente prüfen, und dann einzuschätzen, was etwas bringt und was nichts bringt.

Unser Ansatz ist nicht der des hessischen Wirtschaftsministers. Wir setzen immer die größte Hoffnung in die Trennung von Netz und Betrieb, so wie wir das im Übrigen auch bei der Bahn tun. Vielleicht finden wir da ja auch noch zu irgendeinem Moment zusammen.

Was der Aktiensplit in dem Zusammenhang im Antrag verloren hat, erschließt sich mir überhaupt nicht, weil ein Aktiensplit nichts anderes ist, als wenn man sagt: Wir machen aus einem Anteilsschein vier oder zehn. Das hat vor allem börsenpsychologische, anlegerpsychologische Gründe, hängt aber mit unserem Thema eigentlich nicht originär zusammen.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Fazit: Wir brauchen Wettbewerb, wir brauchen Transparenz. Dazu gibt es viele Wege. Es muss aber endlich ein Weg einmal wirklich in Heftigkeit eingeschlagen werden. Wir sagen auch ganz klar: Wir brauchen einen Umstieg in Richtung mehr regenerative Energien, in Richtung mehr Energieeffizienz. Das – sagen wir auch ganz deutlich – wird und kann selbstverständlich auch kosten.

(Susann Biedefeld (SPD): Kostet und wird kosten!)

Jetzt nicht mehr Sätze, als er wert ist, zum Antrag der CSU-Fraktion „Strompreise senken – Kernenergie weiter nutzen“. An und für sich wollte ich gar nichts dazu sagen, weil er so einfach gestrickt und so falsch ist,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass man sich schon fast schämen muss, den Antrag an dieser Stelle zu behandeln, aber wenn ich ihn als falsch bezeichne, dann möchte ich schon auch ausführen, was ich damit meine. Da ist tatsächlich die Rede von der „Rücknahme des Ausstiegs aus der Kernenergie“, und dann heißt es wortwörtlich: „Die Verknappung des Stroms hat zu steigenden Strompreisen geführt.“ Fantasieren Sie? Wo soll denn das passiert sein? Herr Richter, schauen Sie sich einmal an, wann welche Kraftwerke aus dem Netz abgeschaltet bzw. ins Netz zugeschaltet worden sind. Schauen Sie sich gleichzeitig einmal die Entwicklung an der Leipziger Börse an. Selbst wenn sechs AKWs vom Netz sind, verändert sich in Leipzig der Preis überhaupt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen Sie sich einmal die Situation in Deutschland an. Da ist es schlicht und ergreifend so, dass wir in den meisten Fällen viel mehr Strom haben, als überhaupt ins Netz gebracht werden kann. – Das sind die Fakten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Zu Ihrer Forderung, auch im Zusammenhang mit den Strompreisen die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, länger am Netz zu haben: Wir sind uns einig, aus den abgeschriebenen AKWs kommt Billigstrom – gar keine Frage. Da sagen wir nur ganz klar: Dieser Billigstrom aus den abgeschriebenen AKWs schützt vor Innovation, schützt vor Zukunft; um Ihnen das zu übersetzen: verhindert Innovation und verhindert Zukunft.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Herr Schmid hat sich vorhin an dieser Stelle vor Lachen geschüttelt und den schönen Scherz gebracht, bezogen auf die SPD-Kolleginnen und Kollegen, sie sollten Ihr Organ „Vorwärts“ doch lieber „Rückwärts“ nennen. Dazu muss man einmal ganz klar sagen – obwohl vorwärts vor einem Abgrund vielleicht auch nicht immer zu empfehlen ist –: In dem Fall sind Sie diejenigen, die völlig rückwärtsgewandt sind

(Susann Biedefeld (SPD): Rückständig!)

und hier sinnvolle Innovationen zu verhindern suchen. Da machen wir – ganz klar – nicht mit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich erteile das Wort jetzt Frau Staatsministerin Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte die Strompreiserhöhungen der letzten Jahre, besonders der letzten Zeit, für ein ernst zu nehmendes Problem für die Wirtschaft

(Zuruf von der SPD: Wirtschaft!)

und für die Verbraucher. So ist es.

Deshalb sind wir uns in der Forderung nach mehr Wettbewerb in diesem Bereich mit Sicherheit einig,

(Zurufe von der SPD: Aha!)

und ich halte es auch für schon sehr schwierig, wenn Eon jetzt eine Erhöhung um 9,9 % zum 01.01.2008 ankündigt.

Wir hatten ja vorher eine Vereinbarung mit Eon, den Lech-Werken, Energy und natürlich auch den größten Kommunalversorgern – das wissen Sie –, dass die Strompreise vernünftig geregelt sein sollen. Zum 01.07.2007 ist der Markt geöffnet worden; wir haben eine Liberalisierung und deshalb eine andere Voraussetzung. In ihrem Dringlichkeitsantrag schlägt die SPD eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor. Diese Forderung hat sich mittlerweile überholt. Das hat der Kollege Richter

(Susann Biedefeld (SPD): Das fordert die CDU doch auch!)

vorhin auch gesagt.

Heute wird im Bundestag in Zweiter und Dritter Lesung der Vorschlag von Bundesminister Glos zur Verschärfung der Missbrauchsaufsicht behandelt. Dies wurde auch mit den Stimmen von Bayern im Bundesrat gebilligt und soll zum Jahreswechsel in Kraft treten.

Geplant ist eine bis 2012 befristete Verschärfung der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht über Strom- und über Gaspreise. Im Vergleich zu dem für alle Branchen geltenden Missbrauchsverbot des § 19 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung weist der neue § 29 zwei wesentliche Neuerungen auf, nämlich eine Beweislastumkehr zulasten des Unternehmens, insbesondere bezüglich der Missbräuchlichkeit seiner Preisgestaltung – das ist das, was Sie wollen, Frau Biedefeld –, und die Einführung einer Gewinnbegrenzung.

(Susann Biedefeld (SPD): Das reicht nicht aus!)

Die Differenz zwischen Kosten und Preisen darf nicht unangemessen hoch sein.

Im Bereich der Fusionskontrolle wirkt das Bundeskartellamt weiteren Marktkonzentrationen bereits derzeit aktiv entgegen. Bei internem Wachstum ist ein kartellrechtliches Eingreifen erst bei Missbrauch dieser marktbeherrschenden Stellung oder beim Vorliegen von Nachweisen für Absprachen oder sonstige Preismanipulationen möglich.

(Susann Biedefeld (SPD): Das wird ja jetzt schon geprüft!)

Entgegen anderslautenden Darstellungen in der öffentlichen Berichterstattung liegen dem Bundeskartellamt derzeit keine Beweise im juristischen Sinne für Absprachen bzw. Preismanipulationen vor. Die entsprechenden Verfahren laufen derzeit noch auf der europäischen Ebene, und ich glaube, dass das ein wichtiger Ansatz ist,

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

um das Ganze zu überprüfen.

Zum Vorschlag der Trennung von Produktionsstätten und Verteilernetzen. Das ist der Vorschlag des Kommissars Andris Piebalgs in Kombination auch mit Frau Kroes. Ich

kann nur ganz einfach sagen: Damit meinen Sie auch in Ihrem Antrag mit Sicherheit die von der EU-Kommission vorgeschlagenen eigentumsrechtlichen Entflechtungen, das sogenannte ownership unbundling. Allerdings möchte ich klarstellen, dass der EU-Vorschlag nur die Trennung der Stromübertragungs- und Ferngasleitungsnetze von Erzeugung und Vertrieb vorsieht. Die von Ihnen erwähnten Verteilernetze der kommunalen Energieversorgung sind in diesem Vorschlag der Kommission ausdrücklich ausgenommen.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Die eigentumsrechtliche Entflechtung ist jedenfalls nicht geeignet, die bestehenden Wettbewerbsdefizite zu beseitigen, und der Kollege Rhiel aus Hessen – den ich ansonsten sehr schätze – kann ja gar nicht der Auffassung sein, dass ein neuer Eigentümer etwas verändert. Wir setzen auf mehr Wettbewerb, und ein neuer Eigentümer bringt nicht mehr Wettbewerb, Frau Biedefeld.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Vergleichende Untersuchungen der Energiemärkte der Mitgliedstaaten haben auch ergeben: Diskriminierungsfreier Wettbewerb und niedrige Netzentgelte hängen von einer effektiven und dauerhaften Regulierung ab und nicht von den Eigentumsverhältnissen der Netze.

Völlig unklar ist übrigens auch, wer die Netze kaufen soll. Das ist schon die große Frage. Fragen Sie einmal im Vereinigten Königsreich nach. Da ist man gleich dabei, diese Netze zu kaufen. Dann haben wir wieder die Situation, dass zum Beispiel die Briten das Netz in der Europäischen Union besitzen und hier eine Vorrangposition einnehmen.

Das halte ich für wenig sinnvoll.

(Susann Biedefeld (SPD): Das Netz müsste in staatliche Hand!)

Ich kann nur sagen: Es kämen nur wenige kapitalkräftige Unternehmen oder Fonds in Frage, um ein Netz zu erwerben. Der Käufer wird den bezahlten Kaufpreis aber auch möglichst bald wieder erwirtschaften wollen. Was bedeutet das in der Folge? Das würde bedeuten, dass wir steigende Netzentgelte hätten und rückläufige Investitionen in die vorhandenen Netze.

Zur Zerschlagung, zum Zwangsverkauf von Kraftwerken: Einem Zwangsverkauf oder einer Zerschlagung können wir nicht zustimmen. Das lehnen wir ab, weil ein solches Vorgehen weder den Wettbewerb fördert noch zu günstigeren Strompreisen führt. Was wir brauchen, ist vielmehr eine Verbreiterung des Angebotes auf dem deutschen Stromgroßhandelsmarkt sowie eine klare Regulierung.

(Susann Biedefeld (SPD): Alle bisherigen Maßnahmen haben nicht dazu geführt!)

– Wir haben, glaube ich, letzte Woche, Frau Biedefeld, schon einmal darüber geredet. Wir haben einen europäischen Strommarkt und müssen auch in Zukunft dafür Sorge tragen, dass die Angebote bei uns größer werden. Das bedeutet aber auch, dass wir die Netze grenzüberschreitend in der Art und Weise ausbauen müssen, dass der Strom in Europa fließen kann. Das trägt auch dazu bei, dass die Strompreise niedriger sein können.

Zur Versteigerung der CO_2-Zertifikate auch eine kurze Anmerkung: Für die Periode 2008 bis 2012 hat die Bundesregierung die Zuteilung der CO_2-Zertifikate bereits entschieden. So ist es. Nach längerer Diskussion und einer heftigen Auseinandersetzung mit Brüssel hat der Bundestag am 22. Juni dieses Jahres das Zuteilungsgesetz 2012 beschlossen. Sie kennen das als Expertin bei der SPD für den Energiemarkt zur Genüge. Bis spätestens nächsten Montag müssen die Unternehmen ihre Anträge auf Zuteilung einreichen. Es wäre keine verantwortungsvolle Politik, nun das Rad wieder zurückzudrehen. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Bei diesem merkwürdigen Spiel würde Brüssel auch überhaupt nicht mitspielen. Nach EU-Recht dürfen in dem Zeitraum höchstens zehn Prozent der Zertifikate versteigert werden. Die Versteigerungserlöse sollen nach Vorstellung der Bundesregierung aber nicht für die Senkung der Stromsteuer verwendet werden, sondern für die Klimaschutzinitiative, die auch Sie, ebenso wie wir, fördern wollen.

Zum Thema Dezentralisierung der Stromversorgung: Wir stimmen mit Sicherheit darin überein, dass wir eine sichere, preiswerte und umweltverträgliche Stromversorgung brauchen. Umweltverträglich: Da haben Sie mich auf Ihrer Seite. Als Staatssekretärin im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bin ich bereits für eine umweltverträgliche Stromversorgung eingetreten. Dazu brauchen wir das eine und das andere; die zentrale und die dezentrale Energieversorgung. Die Größe der Kraftwerke richtet sich dabei nach dem Bedarf. Es macht einen Unterschied, ob ich eine Großstadt wie München versorge oder nur einen kleinen Weiler im Allgäu, in der Oberpfalz, in Oberfranken oder wer weiß wo. In einem Fall sind große Kernkraftwerke sinnvoll, in einem anderen Fall sind kleine Kraftwerke sinnvoller, die wir auch nutzen wollen.

Fazit: Ihr Anliegen der Förderung des Wettbewerbs ist wichtig und richtig. Ihre Vorschläge sind aber nicht geeignet, die bestehenden Wettbewerbsdefizite zu beheben. Dazu brauchen wir vielmehr eine forcierte Entwicklung wettbewerblicher Strukturen auf dem Stromgroßhandelsmarkt, zum Beispiel durch die Errichtung neuer wettbewerbsfähiger Kraftwerke. Wir brauchen einen intelligenten Energiemix – Sie kennen das –, einen Verzicht auf ideologisch motivierte Kraftwerksstilllegungen und den Ausbau der grenzüberschreitenden Leitungen. Wir setzen auf Energieeffizienz, wir setzen auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, wir setzen auf Innovation und neue Technologien bei den alten Kraftwerkparks. Wir setzen insgesamt auf neue Technologien, die umweltschonend und energieeffizient sind. Deshalb empfehle ich, den SPD-Dringlichkeitsantrag abzulehnen, und unterstütze den Antrag der CSU.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung und dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9301 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/9310 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 7 – das sind die Dringlichkeitsanträge – erledigt. Die nicht behandelten Dringlichkeitsanträge 15/9302, 15/9303 und 15/9304 werden an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. u. Frakt. (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drs. 15/8885)
– Zweite Lesung –

Bevor wir in die Aussprache eintreten, darf ich bekannt geben, dass die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD namentliche Abstimmung beantragt haben. Wir geben das schon einmal im Haus durch, damit wir dann gleich im Anschluss an die Beratungen in die namentliche Abstimmung eintreten können.

Ich eröffne jetzt die allgemeine Aussprache. Redezeit: 15 Minuten pro Fraktion. Ich darf zunächst Herrn Kollegen Strobl das Wort erteilen – ich sehe, er ist nicht da.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Gut, wenn die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN entgegenkommt, dann nehmen wir die Frau Kollegin Tolle. Dieser Antrag scheint sehr wichtig zu sein.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es liegt sicherlich daran – können wir den Kollegen vielleicht, er wäre jetzt – –

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt nicht mehr, Frau Kollegin. Jetzt sind Sie dran.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Das liegt auch daran, dass die Zweiten Lesungen für 16.45 Uhr angekündigt waren. Da wir alle einen geregelten Tagesablauf mit Terminen haben, kann das schon einmal vorkommen.

Den Gesetzentwurf wird dann Kollege Strobl vorstellen. Ich denke, ich fange erst einmal mit dem Satz an, mit dem ich immer anfange, nämlich: Das Büchergeld ist ein falsches bildungspolitisches, ein falsches familienpolitisches und falsches sozialpolitisches Signal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten es, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nie einführen dürfen. Das haben Sie nach zwei Jahren auch eingesehen. Durch eine undichte Stelle wurde dieser Umstand dann im September zu früh bekannt. Das hat dazu geführt, dass die Neigung der Eltern, den bayerischen Bücherbestand ein weiteres Jahr durch Entrichtung des Büchergeldes zu finanzieren, gegen Null ging und geht. Sie von der CSU haben jetzt einen Gesetzentwurf in die Debatte eingeführt, der wohl im nächsten Plenum behandelt wird und der den Kommunen den Schwarzen Peter zuschiebt. Sie stellen die Erhebung des Büchergeldes in das Ermessen der Kommunen. Faktisch haben die Kommunen aber keinen Ermessensspielraum, weil die Eltern einen Aufstand produzieren würden, würde das Büchergeld noch einmal erhoben werden.

Unser Lösungsvorschlag besteht nun darin, dass man den aussetzenden Kommunen die Kosten in der gleichen Höhe wie vor der Erhebung des Büchergeldes ersetzt. Das wäre aus meiner Sicht eine einfache und unbürokratische Lösung.

Sie haben das leider abgelehnt, weil die CSU immer noch nicht bereit ist, selbst und mit eigenem Geld für ihre Fehler einzustehen.

Der Gesetzentwurf der SPD zeigt einen Ausweg. Mit ihm soll die Situation vor Einführung des Büchergeldes wiederhergestellt werden. Mir persönlich erscheint es aufgrund der Medienlage so zu sein, dass auch die Kommunen mit diesem Gesetzentwurf einverstanden sind. Deswegen stimmen wir diesem Gesetzentwurf ebenfalls zu. Er sorgt im Übrigen auch dafür, dass das Büchergeld endlich abgeschafft wird. Das, Herr Kollege Fischer, hat die CSU nämlich immer noch nicht fertiggebracht. Mir persönlich liegt daran, dass man Rechtssicherheit herstellt und die Kommunen, die jetzt ihre Haushalte aufstellen und die wissen müssen, was sie für die Bücherbestände einstellen müssen, ins Benehmen darüber setzt, wie es weitergehen soll.

Das, was Sie jetzt tun, tun Sie bereits seit geraumer Zeit: Sie sitzen da, warten und nichts passiert. Das ist die schlechteste Lösung. Für unsere Fraktion ist die Rückkehr zu den ursprünglichen Zuständen akzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt darf ich dem Herr Kollegen Strobl das Wort erteilen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Wir wollen es heute großzügig handhaben. Sein Rederecht ist nicht verfallen. – Bitte sehr, Herr Kollege.

Reinhold Strobl (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte wirklich um Entschuldigung. Ich habe die ganze Zeit auf den Bildschirm geschaut.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das war das falsche Programm! – Heiterkeit)

– Ich verstehe die Unruhe nicht. Ich habe die Rednerliste angeschaut, und dabei ist es passiert.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, wir freuen uns, dass Sie jetzt da sind und nicht mehr am Bildschirm.

(Heiterkeit)

Reinhold Strobl (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Das Büchergeld ist eine weitere Baustelle in der bayerischen Politik. Ich hatte eigentlich erwartet, dass der Ministerpräsident heute etwas dazu sagt. Er hat sich aber nur zu den Kinderkrippen geäußert, und ich muss sagen: Respekt, wie man von eigenen Versäumnissen ablenken und auf die Stadt München zeigen kann. Ich könnte das nicht. Dazu gehört schon etwas.

Das Büchergeld ist von der CSU eingeführt worden. Ich darf einen CSU-Stadtrat aus meiner Region zitieren. Er hat gesagt: Die Einführung des Büchergeldes ist Blödsinn hoch drei. Dazu kann ich nur sagen: Wo er recht hat, da hat er recht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erinnern wir uns: Der von der Staatsregierung angezettelte Wirrwarr war unglaublich. Erst hat das Kultusministerium gesagt, grundsätzlich stehe es einer Kommune frei zu entscheiden, ob Sie das Büchergeld übernehmen will. Dann hat es geheißen, innerhalb der Staatsregierung sei man sich darüber einig, dass das Büchergeld zwingend zu erheben sei. Der Bayerische Städtetag hat sich von Anfang an gegen das Büchergeld gewehrt. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl hat den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber aufgefordert, für eine Klarstellung zu sorgen. Er hat vor längerer Zeit gesagt, es könne nicht sein, dass der Gesetzgeber verpflichtende Gesetze erlasse und deren Vollzug dann in das Belieben der ausführenden Kommunen stelle. Ein Gesetz, das eine Verpflichtung festlegt und diese dann in das Belieben der Schulaufwandsträger stellt, macht keinen Sinn. Der rechtstreue Bürger versteht dann die Welt nicht mehr.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer)

Gemeinden, die das Büchergeld von den Eltern nicht eintrieben, sondern es aus dem eigenen Haushalt bezahlten, verhielten sich rechtswidrig, hat damals Innenminister Beckstein gesagt. Er hat sogar Konsequenzen angekündigt, und er hat auf den Tatbestand der Untreue hingewiesen.

Also ist das Büchergeld nach dem Motto „Augen zu und durch“ eingeführt worden. Man hörte nicht auf uns, man hörte nicht auf CSU-Kommunalpolitiker, man hörte nicht auf die Lehrerverbände, man hat nicht auf die Eltern gehört. Der Ministerpräsident hat heute das Bürgergutachten angepriesen, mit dem die Meinung der Bürger in politische Entscheidungen einfließen soll. Ich bin der Meinung, es wäre ein erster Anfang gewesen, hätte man auch hierbei an so etwas gedacht.

Man hat sich nicht um Petitionen geschert, die wir übrigens fast jede Woche im Ausschuss beraten haben und die immer wieder von der CSU abgelehnt wurden. Man hat auch nicht auf die heimliche Vernunft in sich selber gehört, die es vielleicht bei dem einen oder anderen CSU-Kollegen gab. Man hörte nicht, weil man nicht hören wollte oder nicht hören durfte. Man hörte nicht, weil man meinte, sich in Bayern alles leisten zu können. Denn man hat ja schließlich die Zweidrittelmehrheit.

Warum die CSU dieses Büchergeld so durchpeitschte, wird ihr Geheimnis bleiben. Man blieb dabei, obwohl immer wieder auf den Verwaltungsaufwand hingewiesen wurde. Man blieb dabei, obwohl sogar eigene Leute es – man möge mir das unparlamentarische Wort verzeihen, aber ich zitiere hier – als Mist bezeichneten. Wir wiesen darauf hin, dass die Zeit, in der das Büchergeld eingesammelt werden muss, von Schülern und Lehrern mit Sicherheit besser genutzt werden könnte.

Wie gesagt, ist dieses sogenannte Büchergeld auf Vorschlag der Staatsregierung und durch Beschluss der Landtagsmehrheit eingeführt worden. Wie schlecht muss es der Staatsregierung gegangen sein, dass sie sich wegen der eigentlich geringen Summe von 15 Millionen Euro mit allen anlegte, mit den Eltern, mit den Lehrern, mit den Kommunen usw. Erst letzte Woche haben sich zwei CSU-Kollegen aus der Oberpfalz für den Weiterbau der Transrapid-Strecke bis nach Regensburg und in die Oberpfalz ausgesprochen. Dabei ist in etwa geäußert worden: Na und? Das kostet nur die Kleinigkeit von 4 Milliarden Euro. So konnte es das erstaunte Publikum lesen. Aber 15 Millionen Euro für das Büchergeld sind nicht vorhanden.

Wir haben damals schon das Büchergeld abgelehnt, weil damit die Lehrmittelfreiheit in Bayern de facto abgeschafft wurde. Die finanzielle Belastung der Familien für die Ausbildung ihrer Kinder stieg damit weiter. Es kann durchaus sein, dass Familien pro Schüler bzw. pro Schülerin bis zu 1.000 Euro an Kosten pro Schuljahr haben. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur einmal das Kopiergeld, Arbeitshefte, Sportkleidung, den Schullandheimaufenthalt usw. Gerade finanziell schlechter gestellte Familien wurden damit in besonderem Maße zusätzlich mit Schul- und Bildungskosten belastet.

Das wollten und wollen wir damals wie heute nicht. Wir sind der Meinung, Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

(Beifall bei der SPD)

Im Herbst ist es dann in Kloster Banz zum Dammbruch gekommen. Dr. Günther Beckstein hat angekündigt, das Büchergeld abschaffen zu wollen. Es gab größte Verunsicherung: Soll das für das laufende Schuljahr zu erhebende Büchergeld noch von den Eltern verlangt werden oder nicht? Muss das eingesammelte Geld zurückgezahlt werden? Können Kommunen für den Fall, dass es erst für das Schuljahr 2008/2009 abgeschafft wird, dennoch den Vollzug des Gesetzes bereits für das laufende Schuljahr aussetzen? Drohen ihnen in diesem Fall gegebenenfalls staatliche Sanktionen? Wieder ist es zu einem selbstverschuldeten Wirrwarr gekommen.

Dann hat das Kabinett tatsächlich beschlossen, das Büchergeld im laufenden Schuljahr generell nicht mehr zu erheben, obwohl entsprechende Anträge am Tag zuvor noch im Bildungsausschuss abgelehnt wurden. Der Wirrwarr wurde immer größer. Die Entscheidung über das Einziehen des Büchergeldes sollte den jeweiligen Schulträgern, den Kommunen und Landkreisen, überlassen bleiben.

Wir sagen: Die den Kommunen durch das Aussetzen des Büchergeldes entstandene Lücke im Haushalt sollte der Staat ausgleichen. Wir sehen uns mit dieser Forderung im Einklang mit den Kommunen, welche fordern, dass der Freistaat den Kommunen im Rahmen des Konnexitätsprinzips den Büchergeldaufwand zu 100 % erstatten soll.

Die großen Kreisstädte, Herr Kollege Fischer, zum Beispiel auch Neumarkt, haben auf ihrer Jahrestagung am 11. Oktober in Deggendorf ihre Erwartung zum Ausdruck gebracht, dass der Freistaat Bayern die Kosten für den Ausfall des Büchergeldes übernimmt.

Edmund Stoiber ist nicht mehr Ministerpräsident. Das Büchergeld gibt es nicht mehr. Was spricht dagegen, die alte Regelung der Finanzierung wiederherzustellen?

Wir fordern die CSU auf: Lassen Sie die Kommunen nicht allein. Es muss klar geregelt werden, wie die Streichung des Büchergeldes im Sinne der Lehrmittelfreiheit finanziert wird. Das heißt für uns, dass der Freistaat die Finanzierung voll und ganz trägt und für die Kommunen diese finanzielle Belastung nicht bleibt. Stellen Sie das bisherige System der Finanzierung lernmittelfreier Schulbücher ausschließlich durch die öffentliche Hand bei den öffentlichen Schulen wieder her. Lassen Sie – das ist nochmals meine Bitte – die Eltern und Kommunen nicht allein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat Herr Kollege Eisenreich.

Georg Eisenreich (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, dass für die SPD heute nicht Kollege Pfaffmann zum Büchergeld geredet hat. Wahrscheinlich ist er müde, immer das Gleiche zu wiederholen. Aber Herr Kollege Strobl, Sie haben das gut gemacht.

Ich möchte zu diesem Thema einige Dinge im Rückblick sagen. Ich spreche zu den Realitäten. In dieser Debatte wurde die Realität des Öfteren ausgelassen.

Ich weise auf die Situation hin, wie sie in den Jahren 2004 und 2005 war. Wir hatten zum Teil veraltete Bücherbestände und eine schwierige finanzielle Lage. In den Jahren 2004 und 2005 hat die rot-grüne Bundesregierung regiert. Niemand wünschte sich eine Rekordarbeitslosigkeit, aber wir hatten sie, und wir mussten mit schwierigen finanziellen Bedingungen fertig werden. Das haben Sie in Ihren Ausführungen leider immer außer Acht gelassen.

Unser Ziel war von Anfang an eine Erneuerung der zum Teil veralteten Bücherbestände. Wir mussten uns damals leider – es war notwendig – zu einer Elternbeteiligung durchringen. Das bedeutete, keine Abschaffung der Lehrmittelfreiheit. Die Elternbeteiligung war maßvoll und sozial abgefedert. Sie haben als Opposition eine „Wünsch dir was"-Politik gemacht und Forderungen wie in allen anderen Bereichen erhoben. Wir mussten aus finanzpolitischen Gründen unsere Entscheidung aber leider so treffen.

Ich wiederhole, dass dies kein bayerischer Sonderweg war. Ich wiederhole auch, obwohl Sie es schon öfter gehört haben – aber anscheinend nicht oft genug –: Auch andere Bundesländer haben eine Elternbeteiligung. Das sind die Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Thüringen und die Heimat Ihres SPD-Vorsitzenden, Rheinland-Pfalz.

Zu den Realitäten gehört auch, dass das Büchergeld den Schulen gut getan hat.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber nicht den Schülern!)

– Selbstverständlich auch den Schülern, weil sie gute, neue Bücher bekommen haben. Das hat den Schulen und den Schülern gut getan.

Es ist Ihnen trotz Ihrer Bemühungen nicht gelungen, dieses Thema ständig am Leben zu erhalten. Um das Büchergeld ist es vielmehr erstaunlich ruhig geworden, weil die Eltern und die Schüler vor Ort gesehen haben, dass die Erneuerung des Bücherbestandes voranschreitet.

Sie haben mit Ihrem Vorwurf, dass es sich hier um ein Bürokratiemonster handle, ein Fabelwesen geschaffen, das außer in der Stadt München nirgends in diesem Land existiert hat. Nur in München war dies tatsächlich ein Bürokratiemonster. Aber da waren wohl die politischen Freunde hilfreich.

Zur Realität gehört auch, dass sich Bayern in den letzten Jahren durch eine solide Finanzpolitik einen finanziellen Spielraum erarbeitet hat, sodass wir die Mittel nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwenden müssen, sondern für Investitionen verwenden können. Ein Bereich ist jetzt die Abschaffung des Büchergeldes für das nächste Schuljahr. Das ist eine gute Nachricht. Die brauchen wir uns von niemandem in diesem Hause schlechtreden zu lassen. Wir können auf sie stolz sein.

Wir können darauf auch deshalb stolz sein, weil Bayern von den aufgeführten Ländern, die eine Elternbeteiligung haben, das einzige Bundesland ist, das die Elternbeteiligung wieder abschafft.

Deswegen möchte ich auf einen Vorwurf des Kollegen Pfaffmann eingehen, der in einer der letzten Ausschusssitzungen gesagt hat – nachzulesen im Protokoll –, das Büchergeld sei eine unendliche Geschichte der bayerischen Schulpolitik. Dies ist falsch. Es ist eine endliche Geschichte, weil das Büchergeld zum nächsten Schuljahr wieder abgeschafft wird.

Aber wissen Sie, wo die Elternbeteiligung eine unendliche Geschichte ist? Das ist sie unter anderem in Rheinland-Pfalz, weil dort schon seit Jahren und Jahrzehnten eine Elternbeteiligung vorhanden ist, die nicht abgeschafft wurde. Herr Kollege Pfaffmann sollte doch einmal mit seinen Parteifreunden in Rheinland-Pfalz reden.

Jetzt komme ich zum Ausblick und zur Umsetzung. Das Büchergeld soll nach unseren Plänen also zum nächsten Schuljahr abgeschafft werden. Jetzt haben wir eine Übergangsphase von einem Jahr. Für dieses Jahr sind wir auf den Wunsch der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände eingegangen. Zurzeit haben wir die Pflicht zur Erhebung der Beträge. Durch das laufende Gesetzgebungsverfahren wird diese Erhebungspflicht abgeschafft. Damit soll der Wunsch realisiert werden, den Kommunen ein Ermessen zu ermöglichen. Das heißt, die Kommunen sollen vor Ort flexibel entscheiden können, ob das Büchergeld notwendig ist oder nicht. Wenn es notwendig ist, sollen die Kommunen auch darüber entscheiden, in welcher Höhe dies in Frage kommt.

Der Freistaat Bayern zahlt für dieses Jahr weiterhin vier Euro. Das ist die Situation, die wir jetzt in der Übergangsphase haben.

Ich komme zu der Regelung für das nächste Schuljahr. Die Elternbeteiligung soll wieder abgeschafft werden. Entsprechend der bestehenden Revisionsklausel müssen zunächst der Bücherbedarf und der Finanzbedarf festgestellt werden.

Zur Feststellung gehört auch, dass für den Sachaufwand die Kommunen zuständig sind. Wir wollen diese Last aber nicht den Kommunen allein überlassen, sondern zu einer gemeinsamen Finanzierung durch Freistaat und Kommunen zurückkehren. In den nächsten Wochen und Monaten muss über die Aufteilung diskutiert werden.

Die in dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehene Rückkehr zu der Regelung, dass ein Drittel der Kosten von den Kommunen und zwei Drittel vom Freistaat Bayern getragen werden, ist gut. Die Rückkehr zur alten Regelung ist auch unser Ziel.

Ich hoffe, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, dass Sie, wenn unser Gesetzentwurf für das nächste Schuljahr eingebracht wird, der Aufteilung der Kosten in ein Drittel – Kommunen – plus zwei Drittel – Freistaat Bayern – zustimmen werden. Jedenfalls können wir als Ergebnis feststellen: Wir können dem Gesetzentwurf jetzt nicht zustimmen, aber nicht wegen der vorgesehenen Aufteilung in ein Drittel und zwei Drittel, sondern weil Sie die Neuregelung schon für das laufende Schuljahr verwirklichen wollen. Da besteht ein Dissens. Sie wollen es schon im laufenden Schuljahr verwirklichen, wir wollen dies erst im nächsten Schuljahr erreichen. Aber dann soll es eine Rückkehr zur alten Regelung geben: ein Drittel Kommunen, zwei Drittel Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Um das Wort hat noch einmal Frau Kollegin Tolle gebeten.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Manches kann man nicht so stehen lassen, Herr Kollege Eisenreich. Sie haben sich eben widersprochen. Sie haben gesagt, Sie verhandeln mit den Kommunen, verkünden hier aber schon, was dabei herauskommen soll. Das finde ich merkwürdig. Warum verhandeln Sie denn, wenn Sie schon wissen, wie es ausgehen wird?

Es ist noch eine unendliche Geschichte, deren Ausgang Sie jetzt prophezeien. Ich möchte anmahnen, dass wir, wenn wir zur alten Regelung zurückkehren – worauf ich sehr gespannt bin –, etwas einbauen müssen, das verhindert, dass der Bücherbestand wieder veraltet. Darauf möchte ich nochmals hinweisen.

Ich möchte auch Ihren Ausspruch nochmals kommentieren, den Schulen habe das Büchergeld gutgetan. Der Begriff „Bürokratiemonster“ stammt weder von der SPD noch von den GRÜNEN; vielmehr haben die kommunalen Spitzenverbände diesen Begriff ins Spiel gebracht, aber auch die Lehrer- und Lehrerinnenverbände, die als unmittelbar Betroffene damit zu tun haben. Wenn Letztere Ihnen einen solchen Vorwurf machen, müssen Sie schon versuchen, darauf zu reagieren, denn faktisch ist das Büchergeld eigentlich noch ein Bürokratiemonster.

Herr Kollege Eisenreich, Sie sagen, das Büchergeld habe den Schulen gutgetan. Ich möchte aber in diesem Parlament darauf hinweisen, dass das Büchergeld, wenn es den Schulen gutgetan hat, weil die Bücherbestände zwar nicht überall, aber teilweise aufgefrischt wurden, nicht der Freistaat Bayern bezahlt hat, sondern dass Sie diese Aufgabe auf die Eltern abgewälzt haben. Die Eltern, die in diesen zwei Jahren dran waren, haben quasi die Aufgabe des Freistaats Bayern übernommen, diese Bücher zu finanzieren. Jetzt fällt Ihnen ein, das Büchergeld wieder

abzuschaffen. So kann es nicht gehen, wenn es der CSU danach ist, weil sie meint, sie habe andere Prioritäten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere nur daran, dass Sie für den Transrapid über Nacht 15 Millionen Euro aus der hohlen Westentasche gezogen haben. Wenn die CSU meint, sie habe andere Prioritäten, kann sie nicht eine Zeitlang die Eltern zur Kasse bitten. Sie senden damit auch das Signal aus, dass nicht gesichert ist, dass Bildung eine staatliche Aufgabe bleibt, sondern Eltern immer damit rechnen müssen, dass sie für Sie in die Bresche springen müssen.

In einem Bundesland, in dem wie in keinem anderen Land dieser Republik Bildungserfolg vom Einkommen der Eltern abhängt, dürfen wir kein solches Signal aussenden. Darauf lege ich großen Wert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wohltat stammt nicht aus Ihrem Füllhorn, sofern Sie in den vergangenen Jahren für das Schulwesen eines zur Verfügung gestellt haben. Diese Maßnahme haben die bayerischen Eltern finanziert. Wir müssen wieder dahin zurückkommen, dass Bildung ein freies Gut ist, zu dem jedes Kind Zugang hat, unabhängig vom Einkommen seiner Eltern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner Muggendorfer (SPD))

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Pfaffmann steht schon bereit. Bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lieber Herr Kollege Eisenreich, erstens, immer wieder dieselben Sprechblasen und Verweise auf andere Bundesländer! Sie sind immer schnell dabei, wenn es gilt, hier nicht besonders gute Beispiele aus anderen Bundesländern anzuprangern. Ich bin der Meinung, auch die anderen Bundesländer sollten darüber nachdenken, ob Lernmittelfreiheit nicht besser wäre. Aber wenn man schon mit dem Finger auf andere Bundesländer zeigt, muss man sich auch die Frage stellen lassen: Wollen Sie nicht auch einmal die guten Beispiele der anderen Bundesländer übernehmen, zum Beispiel kleinere Klassen und Ganztagsklassen?

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns darin einig sind, dass Sie in Bayern mehr Ganztagsklassen, kleinere Klassen und mehr Lehrer realisieren, dann werden wir gemeinsam nach Rheinland-Pfalz reisen und sagen, sie sollen das Büchergeld abschaffen. Aber sich hier hinzustellen, auf andere Bundesländer zu schimpfen und diese Beispiele nicht zu nennen, das ist unredlich, Herr Eisenreich.

Zweitens. Sie sagen, Sie wollen zu der alten Regelung zurück. Das ist doch nichts anderes, als das, was in unserem Gesetzentwurf steht. Stimmen Sie ihm doch einfach zu.

(Beifall bei der SPD)

Warum um Himmels willen wollen Sie denn erst nächstes Jahr zur alten Regelung zurückkehren? Angesichts von Mehreinnahmen von über 4 Milliarden Euro in diesem Jahr ist es geradezu beschämend, dass Sie die Kommunen ein weiteres Jahr belasten wollen, und das vor dem Hintergrund der großen Worte Ihres Ministerpräsidenten von heute Morgen, die CSU sei Partner der Gemeinden. Von wegen Partner der Gemeinden – Sie schieben jetzt den Schwarzen Peter von den Eltern auf die Gemeinden, die Ihre Politik bezahlen müssen, und das ist das Schlimme.

(Beifall bei der SPD)

Die Abschaffung des Büchergeldes ist übrigens schon eine unendliche Geschichte, die durch ein Missgeschick Ihres Ministerpräsidenten ausgelöst worden ist; denn er hat gesagt, er würde das Büchergeld abschaffen. Aber er wollte es als Wahlgeschenk abschaffen. Leider ist das jetzt schiefgegangen. Deswegen sind Sie so in der Bredouille.

Die einzige vernünftige Möglichkeit wäre: Machen Sie Schluss mit dem Trauerspiel Büchergeld und schaffen Sie es jetzt ab, indem Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen, lieber Herr Eisenreich. Dann bekommen auch die Kolleginnen und Kollegen in der CSU keine Probleme mehr, die in ihren Stimmkreisen jetzt reihenweise sagen, ich war ja immer schon gegen das Büchergeld. Diese Heuchelei erleben wir hier jeden Tag.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Sie sagen in den Stimmkreisen: „Ich war schon immer gegen das Büchergeld“, haben aber hier drinnen nicht den Mut, einem Gesetzentwurf zuzustimmen, der das Büchergeld sofort abschafft.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat für die Staatsregierung Herr Staatssekretär Sibler um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ein paar wenige Anmerkungen: Ich bin dem Kollegen Eisenreich sehr dankbar, dass er darauf hingewiesen hat, dass der Buchbestand besser geworden ist; das ist objektiv Fakt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Frau Kollegin Tolle redet vom Schwarzen Peter für die Kommunen. Ich möchte demgegenüber darauf hinweisen, dass diese Regelung mit den kommunalen Spitzenverbänden so abgesprochen war. Das haben wir bereits letzte Woche bei dem von uns eingebrachten Gesetz zur angestrebten Lösung des Problems betont. Ich möchte es auch heute nochmals betonen.

Herr Kollege Strobl hat auf die Ermessensregelung hingewiesen. Auch dazu sei gesagt: Es gibt hier durchaus Parallelfälle, in denen der Leistungsempfänger im

Ermessen bestimmen kann, ob er sich für die Umsetzung entscheidet oder nicht. Ich verweise auf das Gesetz zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer, wo auch entsprechend differenzierte Regelungen getroffen worden sind und die jeweilige Kommune entscheiden kann.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Tolle?

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Selbstverständlich.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin.

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Herr Staatssekretär, ich möchte Sie fragen, ob Sie zur Kenntnis genommen haben, dass es zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Aussetzung des Büchergeldes Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände gibt, in denen sie ausdrücklich fordern, dass für dieses Jahr bei Aussetzung ein Kostenersatz geleistet werden muss. Von diesem Kostenersatz ist aber bei Ihnen nie die Rede. Haben Sie davon Kenntnis?

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass die offiziellen Gespräche in eine andere Richtung gegangen sind. Die Positionen werden in den anstehenden Verhandlungen ausgetauscht.

(Wortmeldung des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Frau Kollegin Tolle, ich möchte nochmals auf die Regelung ein Drittel zu zwei Drittel eingehen, die Herr Kollege Eisenreich angesprochen hat, weil Sie sie so kritisiert haben. Das ist kein Ergebnis, sondern eine Verhandlungsposition, die wir im Gespräch mit den Kommunen beschreiten werden. Ich gehe davon aus, dass wir hier gute Gespräche führen werden. Wir werden die Kommunen nicht allein lassen; wir haben es heute in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Beckstein zum Thema Finanzausgleich gehört. Da sind wir auf einem guten Weg. Lassen Sie uns verhandeln, wir werden eine gute Lösung finden.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Entschuldigen Sie, Herr Kollege Pfaffmann, aber ich bin nicht mehr dazu gekommen. Bitte, Sie haben noch Redezeit, können aber auch eine Zwischenintervention machen. Wie Sie möchten.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Es ist immer wieder interessant. Herr Staatssekretär Sibler hat jetzt gesagt, die Regelung sei mit den Gemeinden abgesprochen. Das erweckt den Eindruck, dass der Städtetag, der Gemeindetag und der Landkreistag damit einverstanden seien, dass sie die Kosten tragen müssen. Lieber Herr Sibler, das ist eine tendenzielle Feststellung. Können Sie mir sagen, ob sich Herr Schaidinger damit einverstanden erklärt hat, dass er die Zeche für das zahlen muss, was Sie hier angerichtet haben? Können Sie mir das sagen?

Bleiben Sie doch bei der Wahrheit. Die Wahrheit ist, dass Sie die Gemeinden über den Tisch gezogen haben und dass die Gemeinden und Städte das leider mit sich haben machen lassen. Sie haben jetzt den Schwarzen Peter, sie sind jetzt für das Büchergeld verantwortlich. Hören Sie damit auf, immer den Eindruck zu erwecken, dass die Städte und Gemeinden das so gewollt haben, dass sie also das bezahlen müssen, was Sie verbrochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung, die schon rechtzeitig beantragt und auch bekannt gegeben worden ist. Wir können sie jetzt durchführen.

Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 15/8885 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Die Urnen stehen bereit. Die Stimmabgabe kann beginnen. Fünf Minuten sind dafür vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 16.32 bis 16.37 Uhr)

Die Zeit ist um. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Saales ausgezählt.

Ich darf jetzt die Sitzung wieder aufnehmen. Dazu bitte ich Sie, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Dr. Jakob Kreidl, Christa Matschl
Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets
(Drs. 15/8826)
– Zweite Lesung –

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Deshalb kommen wir sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 15/8826 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit auf Drucksache 15/9261 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit empfiehlt die unveränderte Annahme.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist es so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich sich vom Platz zu erheben. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine.

Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: „Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunale Gliederung des Staatsgebiets"

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Gesetzentwurf der Abgeordneten Schmitt-Bussinger und anderer auf der Drucksache 15/8863 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes
(Drs. 15/8211)
– Zweite Lesung –

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zu Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 15/8211 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie auf der Drucksache 15/9259 zugrunde.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass in § 2 in Absatz 1 als Datum des Inkrafttretens der „1. Januar 2008" und in Absatz 2 als Datum des Außerkrafttretens der „31. Dezember 2007" eingefügt werden.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Ergänzungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei einer Gegenstimme aus der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Zwei Gegenstimmen aus der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen?

(Widerspruch der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD))

– Es waren zwei gestanden, Frau Kollegin. Es standen zwei. Also zwei Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das Gesetz so angenommen. Es hat den Titel: „Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ergänzung und Ausführung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern sowie zur Aufhebung des Sachverständigengesetzes".

Ich rufe gemeinsam die Tagesordnungspunkte 5 und 6 auf:

Gesetzentwurf der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Bauaufträgen im Freistaat Bayern (Bayerisches Bauaufträge-Vergabegesetz – BayBauVG) (Drs. 15/7215)
– Zweite Lesung –

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes (Drs. 15/8370)
– Zweite Lesung –

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich darf als Erstem Herrn Kollegen Dr. Runge das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Danke, Frau Präsidentin. Meine Damen und Herren! Unser Gesetzentwurf ist bekanntlich Teil eines Initiativenpaketes zum Thema Vergaberecht bei öffentlichen Aufträgen. Anlass waren zum einen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Tariftreueregelung in Berlin und zum anderen die beiden neuen EU-Verordnungen zum Vergaberecht und deren Umsetzung bzw. deren Nichtumsetzung bzw. fehlende Umsetzung in nationales Recht in Deutschland.

Ganz kurz zum europäischen Vergaberecht: Wir hatten vorher vier Verordnungen, jetzt sind es nur noch zwei. Das Vergaberecht auf europäischer Ebene gibt – konkretisiert und klargestellt durch die beiden angesprochenen Verordnungen – der öffentlichen Hand durchaus die Möglichkeiten, soziale und umweltbezogene Kriterien bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen, und zwar als Ausschreibungsbestandteil, als Zuschlagskriterium wie auch als Ausführungsbestimmung, also als Vertragsbedingung. Allerdings sind hier die entsprechenden Rechtsgrundlagen auf nationaler Ebene zu schaffen. Selbstver-

ständlich darf es keine Diskriminierung geben. Das heißt, es muss Wettbewerb und Transparenz geben.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das viele in diesem Raume nach dem BGH-Urteil im Vorlauf in Erstaunen versetzt hat, sagt ganz klar: Es darf eine solche Regelung zur Tariftreue geben. Eine solche Rechtsgrundlage muss eben nicht unbedingt beim Bund verortet sein, sondern auch der Landesgesetzgeber hat hier die Möglichkeit, eine entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen. Noch einmal in zwei Sätzen: Es ging damals um die Angst, die negative Koalitionsfreiheit, den Eingriff in dieselbige, ermöglicht durch die marktbeherrschende Stellung, die die öffentliche Hand nun einmal vor allem im Tiefbau hat.

Das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz ist bekanntermaßen so gestaltet worden, dass die Tariftreue- und Nachunternehmererklärung – diese war einer der glorifizierten Teile des Beschäftigungspakts Bayern – eingedampft worden ist in eine differenzierte und differenzierende Lösung. Das heißt, Hochbau generell, aber Tiefbau nur der Freistaat und nicht die Kommunen. Grund war eben die Befürchtung, die ich vorhin skizziert hatte, nämlich die Kette negativer Koalitionsfreiheit, Eingriff in dieselbige über die marktbeherrschende Stellung.

Jetzt haben wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Verfassungsrichter haben klar gesagt, so etwas geht sehr wohl. Sie haben hier sowohl dem Bundesgesetzgeber als auch dem Landesgesetzgeber relativ freie Hand eingeräumt. Dieses sollten wir nutzen. Das ist Ziel, Zweck und Inhalt unseres Antrags, wobei ich noch einmal darauf verweise, selbstverständlich gilt auch das weitere Eindampfen der entsprechenden Regelung. Da erinnere ich an die Bekanntmachung der Staatsregierung vom 8. Februar 2006, auch dieses wiederum rückgängig zu machen.

Ich verweise an dieser Stelle noch einmal auf das Verhalten der Staatsregierung zu der Thematik. Zum ersten Mal ist das Ganze im Beschäftigungspakt Bayern verkündet worden; man hat sich dafür feiern lassen – wir meinen, an dieser Stelle zu Recht feiern lassen – seitens der Staatsregierung. Dann gab es das eine oder andere Rückzugsgefecht und den Versuch der Regierung Schröder im Jahr 2002, eine entsprechende Regelung auf Bundesebene durchzusetzen. Damals gab es im Bundesrat Widerstand vor allem seitens des Freistaates Bayern und der Staatsregierung. Den betreffenden Herrn sehe ich jetzt nicht – der sitzt üblicherweise hier vorne rechts –, der einer der Wortführer im Bundesrat gewesen ist. Ganz interessant sind die Begründungen gewesen. Da heißt es, der Freistaat Bayern hat deswegen dagegen gehalten, weil man dann, wenn beispielsweise der ÖPNV einbezogen werden würde, unabsehbare Mehrkosten für die Kommunen herbeiführen würde. Das ist interessant vor dem Hintergrund, dass gleichzeitig das bayerische Wirtschaftsministerium den Kommunen eine Tariftreueregelung gerade im öffentlichen Personennahverkehr anempfohlen hat und erfreulicherweise sehr viele dieser Empfehlung nachkommen.

In diesem Zusammenhang noch ein kleiner Verweis auf die anderen Anträge, die in diesem Paket gewesen sind. Das war zum einen ein Antrag zur Ausweitung der Tariftreue auf andere Gegenstände, also über den Bau hinausgehend. Es gab einen weiteren Antrag, welcher hier interessanterweise noch abgelehnt worden ist. Wenige Monate später haben Sie erfreulicherweise zugestimmt. Dort hat es geheißen, der Freistaat bzw. die Staatsregierung soll initiativ werden, dass auf Bundesebene grundsätzlich Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die das Berücksichtigen von ökologischen und sozialen Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zweifelsfrei möglich machen.

Was steckt dahinter? – Wir sagen ganz klar, fairer Wettbewerb herrscht dann nicht, wenn das eine Unternehmen ausbildet und das andere nicht. Fairer Wettbewerb herrscht dann nicht, wenn das eine Unternehmen sich an Umweltstandards hält und das andere Unternehmen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir heute erfahren haben, dass auf der gloriosen Baustelle der „BMW World“ fast 160 Fälle aufgedeckt worden sind von Bezahlung von unter drei Euro die Stunde – also weit unterhalb des gesetzlichen Mindestlohnes –, dann hängt das nicht mit dem fairen Wettbewerb zusammen, sondern das muss man ganz anders einordnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt komme ich wieder auf die öffentliche Hand als Auftraggeber zurück. Wir sagen klar: Die öffentliche Hand muss steuern. Sie muss einen Rahmen setzen. Selbstverständlich muss sie als öffentlicher Auftraggeber auch tätig werden, so sie tätig werden kann.

Man kann es gar nicht oft genug betonen: Wir haben in der letzten Sitzung vor der Sommerpause den gemeinschaftlichen Antrag zum Ausschluss ausbeuterischer Kinderarbeit verabschiedet. Ich erinnere Sie an dieser Stelle an den fünften Spiegelstrich. Darin wurde die Staatsregierung aufgefordert, beim Bund für eine entsprechende Rahmensetzung zu sorgen, dass ökologische und soziale Kriterien generell bei den Vergaben berücksichtigt werden dürfen. Wir halten das für einen Meilenstein. Wir warten gespannt und mit großer Freude darauf, wann und wie die Staatsregierung ihren Handlungsauftrag abarbeitet, den ihr das Plenum im Juli dieses Jahres gegeben hat.

Selbstverständlich muss, wenn die Einhaltung einer Tariftreueregelung oder andere Kriterien abgefragt werden, für die Einhaltung dieser Kriterien gesorgt werden. Wir brauchen also eine hinreichende Kontrolle und auch Sanktionsmöglichkeiten. Deshalb bedauern wir es umso mehr, dass kürzlich an dieser Stelle unsere beiden Anträge bezüglich eines Registers über unzuverlässige Unternehmen abgelehnt worden sind. Dies wäre ein Instrument, mit dem in der Folge weitergearbeitet werden müsste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Unterschiede in den beiden Gesetzentwürfen sind nicht so groß. Es gibt eigentlich nur einen entscheidenden Unterschied: Wir sagen, dass unser Gesetzentwurf bezüglich des Hoch- und Tiefbaus für den Freistaat, also den staatlichen Sektor, und die Kommunen insgesamt gelten sollte. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung sagt hingegen, dass der Freistaat als Auftraggeber überall verpflichtet ist, wogegen die Kommunen im Tiefbau freiwillig die Tariftreue abfragen können oder nicht.

Meine Damen und Herren von der CSU, wir sind so frei, auch Ihrem Gesetzentwurf zuzustimmen, weil er ein Schritt in die richtige Richtung ist. Wir sind froh, dass wir Sie hier angestoßen und angeschoben haben. Es hat einige Monate gedauert, aber dann kam erfreulicherweise Ihr Alternativgesetzentwurf.

Ich erlaube mir, noch einmal auf eine sehr absonderliche Argumentation des damaligen Innenministers einzugehen. Ich hoffe, dass es der jetzige Innenminister besser kann und weiß. Herr Beckstein hat tatsächlich mit dem Konnexitätsprinzip gegen unseren Gesetzentwurf argumentiert. Damals dachte ich mir, Herr Dr. Beckstein ist nicht nur Innenminister, sondern auch Kommunalminister. Er sollte schon wissen, was das Konnexitätsprinzip bedeutet. Vereinfacht übersetzt lautet es: Wer anschafft, zahlt. Das gilt aber nur, wenn wir den Kommunen neue Aufgaben aufdrücken.

Was die Rahmensetzung anbelangt, kann nicht mit dem Konnexitätsprinzip argumentiert werden; denn in diesem Fall hätte es keine Umsatzsteuererhöhung geben dürfen. Wir hätten dann auch keine anderen Standards in der Umweltpolitik und vieles mehr setzen können. Ich empfehle Ihnen, das damalige Protokoll nachzulesen. Herr Dr. Beckstein – damals Kommunalminister – hat gesagt, dass er unseren Gesetzentwurf wegen des Konnexitätsprinzips ablehne. Das war eine sehr eigentümliche Interpretation des Konnexitätsprinzips.

Ich bin gespannt, wie sich die Staatsregierung in diesem Fall verhalten wird. Noch einmal: Wir sind nicht kleinkariert. Wir sagen weiterhin, dass unser Gesetzentwurf der bessere, weil dieser der umfassendere ist. Wir freuen uns aber über den Gesetzentwurf der Staatsregierung, der ein Schritt in die richtige Richtung ist. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zustimmen. Ich möchte Sie aber noch einmal herzlich auffordern, unserem Gesetzentwurf zu folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Scharf-Gerlspeck.

Ulrike Scharf-Gerlspeck (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz vom 28. Juni 2000 verpflichtet staatliche Vergabestellen, alle öffentlichen Bauaufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Auftragsabgabe verpflichten, ihre Arbeitnehmer bei der Ausführung dieser Leistung nach den jeweils in Bayern für Tarifvertragsparteien geltenden Lohntarifen zu entlohnen und dies auch bei Nachunternehmen sicherzustellen.

Den Kommunen und weiteren Auftraggebern wird nach Artikel 3 Absatz 2 des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes die Ermächtigung eingeräumt, bei Bauaufträgen im Bereich Hochbau ebenso zu verfahren.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Staatsregierung auf der Drucksache 15/8370 zur Änderung dieses Gesetzes sieht nun vor, die Tariftreueverpflichtung auch auf den Bereich Straßen- und Tiefbau auszuweiten. In diesem Entwurf ist es den Kommunen freigestellt – die Betonung liegt auf „freigestellt“ –, die Tariftreueerklärung bei Bauvergaben zu verlangen, während der Gesetzentwurf der GRÜNEN verpflichtend wirkt.

Meine Damen und Herren, die kommunalen Spitzenverbände sind am Gesetzesänderungsverfahren beteiligt gewesen, begrüßen ausdrücklich diese Freiwilligkeit und wenden sich gegen eine verpflichtende Regelung. Diese Kann-Regelung entspricht der Selbstverwaltung der Kommunen.

Der federführende Ausschuss und die mitberatenden Ausschüsse haben dieser Gesetzesänderung einstimmig zugestimmt. Ich darf Sie hier im Plenum um ein ebensolches Votum bitten.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich Frau Kollegin Dr. Kronawitter das Wort.

Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir hatten bereits zu beiden Gesetzentwürfen im Plenum eine Aussprache. Wir haben auch im federführenden Ausschuss sehr ausführlich darüber diskutiert. Deshalb verweise ich auf diese Aussprachen. Ich verweise auch auf den Gesetzentwurf der SPD zu diesem Thema, den Herr Kollege Schieder vor vier Jahren sehr eingehend begründet hat. In diesem Gesetzentwurf hat sich die SPD zum Vergabewesen klar positioniert. Wir begrüßen es, dass jetzt ein weiterer Schritt zum Vergabewesen im Tiefbau gegangen wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal daran erinnern, wie alle Fraktionen darum gerungen haben, dass im Sommer ein gemeinsamer Antrag zum Vergabewesen zustande kam, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu erwerben. Das war ein zentrales Thema. Die CSU war schließlich bereit, soziale Kriterien im Vergabewesen ausdrücklich anzuerkennen. Ich möchte das hervorheben, weil das ein wichtiger Schritt war. Herr Kollege Dr. Runge, Sie haben Recht: Wir müssen jetzt sehen, wie dieser Schritt umgesetzt wird.

Wir haben durch eine Befragung im Ausschuss erfahren, dass die Bayerische Eisenbahngesellschaft – so wurde es dargestellt – bei den Vergaben der Strecken die Tariftreue berücksichtigen würde. Auch hier ist dieses soziale Kriterium aufgenommen worden, wie ich finde, mit gutem Grund.

Zu den beiden Gesetzentwürfen: Wir stimmen gern dem Gesetzentwurf der GRÜNEN zu, weil wir die Position vertreten, dass nicht nur der Staat, sondern auch die Kom-

munen gebunden werden sollten. Damit wird Einheitlichkeit geschaffen. Viele Kommunen haben signalisiert, dass sie dieses Gesetz gerne umsetzen würden, wenn das in den anderen Kommunen auch der Fall wäre.

Wir werden auch dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zustimmen. Damit wird zumindest die Umsetzung bei staatlichen Auftraggebern sichergestellt. Der weitergehende Gesetzentwurf wäre uns zwar lieber gewesen, wir halten die Berücksichtigung der Tariftreue im Tiefbau und im Hochbau für richtig.

Ich füge noch einmal an: Die gesetzliche Regelung des Rahmens ist das Eine. Leider müssen wir jedoch feststellen, dass es notwendig ist, diese Kontrollen auf den Baustellen auch wirklich durchzuführen.

Die Einhaltung der Vorschriften ist gerade im Baugewerbe ein weiterer notwendiger Schritt. In diesem Sinne werden wir beiden Gesetzentwürfen zustimmen. Wie gesagt, wir müssen auch den nächsten Schritt beobachten, nämlich die Frage, ob die Vorschriften auch wirklich eingehalten werden.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nun darf ich das Wort Herrn Staatsminister Herrmann erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bayerische Bauaufträge-Vergabegesetz vom 28. Juni 2000 verpflichtet die staatlichen Vergabestellen, Bauaufträge nur an solche Unternehmen zu vergeben, die ihre Arbeitnehmer nicht unter den in Bayern geltenden Lohntarifen entlohnen und dies auch bei ihren Nachunternehmen sicherstellen. Dieses Gesetz war damals in der Tat eine für uns in Bayern beachtenswerte Errungenschaft. Wir haben damals mit diesem Gesetz ein Zeichen gesetzt. Das Gesetz hat sich bewährt. Wir können heute feststellen, dass das Gesetz vielen Arbeitsplätzen in Bayern gut getan hat. Es war gut, dass wir das Gesetz genau so geschaffen haben.

Den Kommunen ist das Recht, die Tariftreue zu verlangen, bisher nur für den Hochbau eingeräumt worden. Durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Juli 2006 zu einer Vorlagefrage des Bundesgerichtshofs zum Berliner Vergabegesetz ist es nunmehr möglich, die Kommunen zu ermächtigen, die Tariftreueerklärung auch bei Bauaufträgen für den Tief- und Straßenbau zu verlangen. Das Bundesverfassungsgericht sieht nämlich in der Ausdehnung des Geltungsbereichs der Tariftreueerklärung auf den Tief- und Straßenbau der Kommunen keinen Verstoß gegen höherrangiges Recht aufgrund marktbeherrschender Stellung auf der Nachfrageseite.

Ich will nicht verheimlichen: In dieser Frage ist noch ein Vorabentscheidungsverfahren des Europäischen Gerichtshofs in der Frage anhängig, ob die Tariftreueverpflichtung mit Gemeinschaftsrecht vereinbar ist. Die europäischen Vergaberichtlinien lassen zu, dass öffentliche Auftraggeber zusätzliche ökologische und soziale Bedingungen für die Ausführungen Aufträgen über Bauleistungen vorschreiben. Ich gehe deshalb davon aus, dass der Europäische Gerichtshof die Vereinbarkeit der Tariftreueverpflichtung mit Gemeinschaftsrecht feststellen wird.

Nun hat die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN schon zu Beginn dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes vorgelegt. Die in diesem Gesetzentwurf enthaltene Regelung, dass die Kommunen künftig zur Einholung der Tariftreueerklärung verpflichtet werden sollen, geht unseres Erachtens zu weit. Eine Verpflichtung der Kommunen, von den Unternehmen bei Bauaufträgen die Tariftreueerklärung zu verlangen, würde nämlich das ihnen verfassungsgemäß garantierte Selbstverwaltungsrecht nach Artikel 28 des Grundgesetzes und nach Artikel 11 der Bayerischen Verfassung durch eine einfache gesetzliche Regelung tangieren, vielleicht sogar untergraben. Wir halten deshalb eine solche Verpflichtung der Kommunen nicht für richtig.

Was die Konnexität anbetrifft, die Herr Kollege Dr. Runge angesprochen hat, so sage ich hier ausdrücklich und für mich ganz persönlich, dass ich mir diese Argumentation nicht zu eigen mache. Das Konnexitätsprinzip ist ein kompliziertes Feld. Ich persönlich stehe aber, ganz generell, nicht nur was dieses Gesetz anbetrifft, auf dem Standpunkt, wir sollten möglichst im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern einer allzu üppigen Ausweitung dieses Prinzips entgegentreten. Es wäre nicht im Sinne des Erfinders, wenn man bei jedem Gesetz, selbst wenn es nur indirekt oder um drei Ecken herum die finanziellen Interessen einer Kommune berührt, jede Neuregelung mit dem Ruf:„Konnexitätsprinzip“ abblocken könnte. Wir würden uns in diesem Hohen Hause mit einer solchen Auffassung auch mittel- und langfristig keinen Gefallen tun. Wir würden uns selbst nur unnötig Fesseln anlegen.

Der Ministerrat hat das Innenministerium noch im März beauftragt, im ersten Halbjahr dieses Jahres einen Gesetzentwurf zu einer verfassungskonformen Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes vorzulegen. Dies ist nun gelungen.

Frau Präsidentin, ich glaube, Herr Kollege Dr. Runge will eine Zwischenfrage stellen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, danke, dass Sie mir behilflich sind. Bitte schön, Herr Kollege.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Ich bin nämlich gleich fertig, und dann kann der Herr Kollege keine Zwischenfrage mehr stellen.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Ich habe schon länger auf das Knöpfchen gedrückt, erfreulicherweise ist das Ihnen, Herr Staatsminister, aufgefallen.

Ich möchte Sie bitten, gedanklich drei bis vier Sätze zurückzublättern. Es freut mich unheimlich, dass Sie meiner Auffassung, was die daneben liegende Einschät-

zung des damaligen Innenministers bezüglich des Konnexitätsprinzips betrifft, folgen. Allerdings habe ich eine Frage. Sie haben gesagt, es ginge zu weit, wenn wir auch die Kommunen verpflichten. Ich denke, das ist eine Frage der Einschätzung. Sie haben aber auch rechtliche Bedenken angemeldet und bezweifelt, dass eine einfache gesetzliche Regelung ausreichte, dass eine solche Regelung möglich wäre. Bitte erinnern Sie sich, vor dem Jahr 2002 gab es noch nicht einmal eine einfache gesetzliche Regelung. Damals gab es schlicht eine Bekanntmachung, die kurz nach dem Bayerischen Beschäftigungspakt erlassen wurde. Müsste man die Argumente nicht erst recht danach beurteilen?

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Dr. Runge, ich bin jedenfalls der Auffassung, dass sich diese Regelung für den Freistaat Bayern bewährt hat. Es gibt niemanden bei uns, der diese Regelung für staatliche Bauaufträge sowohl im Hoch- wie auch im Tief- oder im Straßenbau infrage stellen wollte. Ich bin aber genauso nachdrücklich der Meinung, dass die Kommunen dies selbst entscheiden sollten. Wir sollten den Kommunen da keine Vorschriften machen. Die Stadt München, der Landkreis Erding, der Landkreis Rhön-Grabfeld, sie alle sollten selbst entscheiden können, ob sie dieses aus unserer Sicht sinnvolle Instrument, anwenden wollen, oder ob eine Kommune aus welchen Gründen auch immer vor Ort sagt, wir wenden diese Regelung nicht an. Wir wollen nicht immer neue Zwangsregelungen schaffen. Wir nehmen das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen sehr ernst. Ich halte das für sehr wichtig. Deshalb sollten wir den Kommunen die Möglichkeit geben, das Instrument anzuwenden. Sie können dieses Instrument im gleichen Umfang anwenden wie der Freistaat Bayern, wir zwingen sie aber nicht dazu. Ich glaube, das ist ein vernünftiger Schritt im Hinblick auf das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf wird der Handlungsspielraum der Kommunen in diesem Sinne deutlich erweitert. Ihr Selbstverwaltungsrecht wird gestärkt. Wir geben damit nicht nur für die Rechte der Kommunen ein starkes Signal, sondern wir wenden uns auch entschieden gegen Lohndumping. Wenn unterschiedliche Lohnstrukturen aufeinandertreffen, dann wird der Wettbewerb verzerrt. Solche Wettbewerbsverzerrungen werden durch unseren Gesetzentwurf abgebaut. Die Auftragschancen unserer heimischen Bauunternehmen werden dadurch erhöht und Arbeitsplätze in Bayern werden gesichert.

In den damit befassten Ausschüssen wurde dem Gesetzentwurf der Staatsregierung erfreulicherweise einstimmig zugestimmt. Ich bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abzulehnen und dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über Tagesordnungspunkt 5 abstimmen. Der Abstimmung liegt der Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 15/7215 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 15/9257 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer dagegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 6. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 15/8370 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie auf Drucksache 15/9258 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmte bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe, dass § 2 eine neue Fassung erhält. Ich verweise insoweit auf Drucksache 15/9258. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Somit ist der Gesetzentwurf beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist das ganze Haus. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es trägt den Titel: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Bauaufträge-Vergabegesetzes“.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist,

den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Niemand. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Eingabe betreffend die Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaftlichen Geräten (EB.2576.15.B)

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sich mit dieser Eingabe in der Sitzung am 24.10.2007 befasst und beschlossen, sie gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen. Ich eröffne hierzu die Aussprache. Es gilt eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion. Als Erster darf ich Frau Kollegin Scharfenberg das Wort erteilen.

Maria Scharfenberg (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der letzten Plenarsitzung hatten wir Eingaben zum Thema „Villa Trutz“. Heute haben wir es mit einer ebenso pikanten Eingabe zu tun, und zwar mit einer Eingabe aus der Oberpfalz. Die Petition betrifft die Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaftlichen Geräten. Herr Hartwich, ein Petent aus Weiden, errichtete ohne Baugenehmigung mitten im Wald in der Schutzzone „Naturpark Steinwald“, also im Außenbereich, eine Halle mit drei Nebengebäuden, sprich eine Holzlege, einen Schuppen und eine Volière. Herr Hartwich aus Weiden bekommt nach langem Hin und Her nach 15 Jahren eine Beseitigungsanordnung vom Landratsamt, da er noch nie einen Plan eingereicht und damit auch noch nie eine Baugenehmigung erhalten hatte und selbst auch nie privilegierter Landwirt war.

Bis hierher können wir GRÜNE noch folgen und sind der Auffassung: So geht’s nicht. Wie der Herr Landrat verfügte, muss diese Halle samt Nebengebäuden abgerissen werden. Wenn auch das Landratsamt und wir GRÜNE so denken, denkt doch die CSU noch lange nicht so. Im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sie beschlossen, den Vorgang ganz anders zu sehen. Das muss man sich einmal vor Augen halten: Die CSU beschließt hier Baugesetze bzw. sorgt für deren Umsetzung, aber in der nördlichen Oberpfalz sieht das alles ganz anders aus.

Herr Zeitler, beigezogener Oberpfälzer Abgeordneter – Berichterstatterin war Frau Stierstorfer – agierte in der Sitzung des Petitionsausschusses am 24.10., engagierte sich über alle Maßen und brachte die CSU dazu, der folgenden abenteuerlichen Argumentation zuzustimmen: Dem Petenten Hartwich liegt die Beseitigungsanordnung vor; das hat sogar Herr Zeitler gesehen. Jetzt hat sich Herr Hartwich den Landwirt Wopperer gesucht, der die Möglichkeit einer Privilegierung hat, die aber absolut in den Sternen steht. Herr Hartwich sagt, Herr Wopperer nutzt eigentlich die Halle, er sei gar nicht derjenige, der die Halle nutze, sondern Herr Wopperer mit einer eventuellen Privilegierung nutze die Halle.

(Hans Joachim Werner (SPD): So ein Zufall! – Karin Radermacher (SPD): Also Ideen haben die!)

Das Ganze sei nun verpachtet. Herr Zeitler meinte nun, gar nicht schlecht, das könne man doch akzeptieren. Die ganze CSU im Ausschuss hat das dann akzeptiert und hat für Berücksichtigung votiert. Die CSU ist also dafür, dass jemand mitten im Wald ohne Genehmigung eine Halle bauen darf und sie dann auch nicht abreißen muss, obwohl das Landratsamt gemäß dem Gesetz handelt, das Sie, meine Damen und Herren von der CSU, hier beschlossen haben.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Unruhe)

So viel zum Thema Beliebigkeit. Da sage ich: So geht’s nicht. Deshalb wollten ich und auch die SPD Ihnen die Petition noch einmal vorstellen. Sie sind sicherlich nicht der Meinung von Herrn Zeitler.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Thomas Kreuzer (CSU): Da schauen wir mal!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Herr Zeitler wird uns nun aufklären. Lieber Herr Kollege, bitte schön.

Otto Zeitler (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Villa Trutz und ein bisschen Zeitler – und schon hat man eine politische Brühe. Man glaubt, dass man damit ein Süppchen kochen kann, das aber im Petitionsbereich nichts verloren hat. Dann nimmt man noch eine Prise CSU-Gesetze hinzu, aber wenn man sich daran hält, ist es wieder falsch. Dieses Süppchen wollen Sie vor Ort verkaufen.

Frau Kollegin, ich schätze Sie sehr, aber Sie haben da etwas verwechselt. Petent ist nicht Herr Hartwich.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und bei der SPD)

– Der Petent ist Herr Wopperer. Wenn Sie wie ich im Ausschuss gewesen wären, dann wüssten Sie das.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Sie waren da und wissen es trotzdem nicht. Jetzt fällt mir nichts mehr ein.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ist der Petent CSU-Mitglied?)

Zurück zur Sache. Hier geht es um einen Bürger, und wir wollen das nicht politisieren.

(Unruhe)

Der Vater von Herrn Hartwich hat vor 15 Jahren diese Halle oder dieses Schüppchen schwarz hingebaut, keine Frage. Nach 15 Jahren bekommt er eine Abrissverfügung; das ist auch in Ordnung.

(Karin Radermacher (SPD), die Eingabe hochhaltend: Petent ist Herr Hartwich!)

– Hartwich und Wopperer nutzen gemeinsam diese Halle seit Jahren für die Bewirtschaftung von etwa sieben bis acht Hektar Wald. Fünf davon gehören Herrn Hartwich, und zwei gehören Herrn Wopperer. Außerdem betreibt Herr Wopperer noch ein landwirtschaftliches Anwesen, mittlerweile im Nebenerwerb. Er ist aber im Sinne des § 35 der Bayerischen Bauordnung privilegiert, sodass er im Außenbereich bauen kann.

(Unruhe)

Der Abbruch dieser Halle würde Herrn Wopperer schaden.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Anhaltende Unruhe)

Nach Auskunft des Landwirtschaftsamtes und des Bauernverbandes hat er ohnehin zu wenige Unterstellmöglichkeiten.

Nun ist Wopperer auf eine ganz vernünftige Lösung gekommen. Er sagte: Bevor Hartwich die Halle wegreißt und er, Wopperer, sie dann wieder genehmigen lässt und aufbaut, ist es besser, die Halle gleich stehen zu lassen.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN – Dr. Thomas Beyer (SPD): Jawohl, so ist's richtig!)

Er stellt einen Bauantrag, lässt sich das ordnungsgemäß genehmigen, und dann ist die Sache geheilt. Das ist volkswirtschaftlich ganz vernünftig gedacht.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD und bei den GRÜNEN)

– Dass Sie das nicht begreifen, wundert mich nicht.

Ich will Ihnen aber nichts aufdrücken, was Ihnen momentan nicht zu vermitteln ist. Deswegen stelle ich den Antrag, diese Petition in den Eingabenausschuss zurückzuverweisen – dann kann man sich noch einmal damit beschäftigen –, mit der dringlichen Bitte, dass das Ganze in einen Ortstermin mündet. Dann haben Sie die Möglichkeit, sich vor Ort sachkundig zu machen und sich dem Bürger zu stellen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Kollege Zeitler hat den Antrag gestellt, die Eingabe an den Petitionsausschuss zurückzugeben. Gibt es dennoch Wortmeldungen? – Herr Kollege Werner, bitte.

(Engelbert Kupka (CSU): Jetzt lasst doch die Sache beim Petitionsausschuss!)

Hans Joachim Werner (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Zeitler, ich weiß nicht, ob Sie schon einmal Mitglied des Petitionsausschusses waren. Wenn ja, dann muss das schon ungefähr 83 Jahre her sein; denn dieses Verfahren, das Sie vorgeschlagen und selbst schon praktiziert haben, ist bei uns im Petitionsausschuss nicht üblich. Wir achten in erster Linie darauf, dass die Behörden nach Recht und Gesetz vorgehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir achten dabei natürlich darauf, dass der Spielraum für die Bürgerinnen und Bürger so weit wie möglich ausgenutzt wird. Im vorliegenden Fall gibt es diesen Spielraum eben nicht. Wenn einer mitten im Wald eine Halle schwarz errichtet, dann muss er sie eben wieder abreißen. Das Spielchen, der Petent sei nicht Herr Hartwich, sondern Herr Wopperer, sollten Sie sich sparen. Es kann doch niemand auf dem Grund und Boden eines anderen nach Belieben bauen. Schon gar nicht können Sie eine Privilegierung konstruieren.

Sie haben auf die Vernunft abgestellt: Ich bin dafür, auch diesen Fall mit Vernunft zu betrachten. Ich möchte mir deshalb erlauben, aus der Stellungnahme der Bayerischen Staatsregierung zu zitieren, in der eindeutige Feststellungen getroffen werden, zum Beispiel, dass das Vorhaben in der Schutzzone des Naturparks Steinwald liegt. Da macht man so etwas nicht.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Unvorstellbar! – Simone Tolle (GRÜNE): Pfui!)

Auch in Bayern darf nicht schwarz gebaut werden. Der Landtag darf nachträglich ebenso wenig einen Schwarzbau sanktionieren.

Sie sagen, es wäre vernünftig, wenn Herr Wopperer so vorgehe. Ich will Ihnen sagen, was die Staatsregierung dazu sagt:

> Selbst wenn Herr Wopperer privilegiert wäre, würde das Vorhaben an dieser Stelle nicht zustimmungsfähig sein, weil es nämlich seinem Betrieb gar nicht dient.

(Heiterkeit der Abgeordneten Karin Radermacher (SPD))

– Das steht wörtlich so in der Stellungnahme. Es heißt weiter:

> Ein vernünftiger Landwirt

– weil Sie von Vernunft gesprochen haben –

würde landwirtschaftlich genutzte Gebäude im Außenbereich so nicht errichten.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Halle ist nämlich über einen Kilometer von seiner Hofstelle entfernt und eben nicht zentral zu den landwirtschaftlichen Flächen des Herrn Wopperer gelegen.

Die Zufahrt ist im Winter nur eingeschränkt nutzbar,

– Haben Sie schon einmal Holz im Sommer geschlagen? –

was eine landwirtschaftliche Zufahrt erheblich erschwert. Ein vernünftiger Landwirt würde eine Maschinenhalle darüber hinaus nicht, wie im vorliegenden Fall geschehen, in fünf baulich unterschiedlich gestaltete Einzelgebäude aufteilen.

Ich zitiere immer noch aus der Stellungnahme der Staatsregierung. Ich bin sehr dankbar für diese wirklich hervorragende Stellungnahme.

Auch die Holzlege ist über die mangelnde Zuordnung zum Betrieb des Herrn Wopperer wegen des nur schuldrechtlichen Pachtvertrags mit Herrn Hartwich planungsrechtlich nicht zulässig.

Meine Damen und Herren, wenn wir das machen, wie wollen wir dann in Zukunft einem Petenten, der im Außenbereich etwas bauen will, sagen: Tut uns leid, das geht nicht? – Den Grundsatz der Gleichbehandlung müssen wir beachten.

Deswegen weiß ich nicht, was der Ortstermin bringen soll. Sie kennen es schon, Sie sind wild entschlossen, sich durchzusetzen. Ich kann mir zwar eine Halle im Wald nicht vorstellen, aber ich kann mir vorstellen, dass ich es mir nicht anschauen muss, um zu sagen: Im Wald baut man solch eine Halle nicht. Deshalb ist Ihr Vorgehen total daneben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Frau Kollegin Scharfenberg, können wir darüber abstimmen, dass zurück überwiesen wird, oder wollen Sie sich trotzdem zu Wort melden? – Gut, wenn es dann noch sein soll, bitte schön.

Maria Scharfenberg (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Frau Präsidentin, nur ganz kurz noch zur Aufklärung, weil Herr Zeitler meinte, es sei nicht die Eingabe „Hartwich“. Es ist sehr wohl die Eingabe „Hartwich“ hier können Sie es lesen, ich kann es Ihnen gleich nachher geben. Da steht drauf: „Herr Josef Hartwich, Weiden, Errichtung von Gebäuden zur Unterbringung von forst- und landwirtschaftlichen Geräten“. Das ist es, was für mich zählt. Was Sie von einem Herrn Wopperer vorbringen, interessiert mich erst einmal nicht.

Der Landrat des Landkreises Tirschenreuth sagte, falls dem Petitum des Petitionsausschusses entsprochen werden sollte, müsste er, um die Gleichbehandlung sicherzustellen, Antragstellern, deren Bauanträge abgelehnt werden müssten, empfehlen, dagegen vor dem Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags vorzugehen. Er bittet wegen der rechtlich eindeutigen Fakten um Verständnis für seine Position. – Recht hat der Herr Landrat.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegt der Antrag des Kollegen Zeitler für die CSU-Fraktion zugrunde, diese Petition an den Petitionsausschuss zurück zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Keine andere Meinung. Dann ist das so beschlossen. Die Eingabe wird dem Petitionsausschuss zurück überwiesen. Dann werden dort die Beratungen fortgeführt.

Ich darf noch außerhalb der Tagesordnung folgende Umbesetzung gemäß Paragraf 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt geben: Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass anstelle von Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer Herr Kollege Peter Eismann Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sein soll. Das Hohe Haus nimmt hiervon Kenntnis.

Dann darf ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer und anderer und Fraktion (SPD) zur Änderung des Schulfinanzierungsgesetzes, Drucksache 15/8885 – das war Tagesordnungspunkt 2 –, bekannt geben. Mit Ja haben 39 gestimmt, mit Nein 78. damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist die Sitzung für heute geschlossen. Ich bedanke mich bei denen ganz herzlich, die bis zum Schluss dageblieben sind. Ich hoffe, dass die Deutsche Bahn Ihnen zuliebe die Notfahrpläne in ihrem Interesse durchführen kann, damit Sie gut und zu einer angemessenen Zeit nach Hause kommen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 17.27 Uhr)

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

zur 109. Vollsitzung am 15. 11. 2007

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.11.2007 zu Tagesordnungspunkt 2: Gesetzentwurf der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, prof. Dr. Peter Paul Gantzer u. a. und Fraktion SPD; zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (Drucksache 15/8885)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X	
Ackermann Renate	X		
Babel Günther		X	
Bause Margarete	X		
Dr. **Beckstein** Günther			
Dr. **Bernhard** Otmar			
Dr. **Beyer** Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Bocklet Reinhold		X	
Boutter Rainer			
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Christ Manfred		X	
Deml Marianne			
Dodell Renate		X	
Dr. **Döhler** Karl		X	
Donhauser Heinz			
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Dupper Jürgen			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Eismann Peter		X	
Ettengruber Herbert			
Prof. Dr. **Eykmann** Walter		X	
Prof. Dr. **Faltlhauser** Kurt			
Dr. **Fickler** Ingrid		X	
Fischer Herbert		X	
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl		X	
Gabsteiger Günter		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		
Glück Alois			
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika			
Götz Christa		X	
Dr. **Goppel** Thomas			
Gote Ulrike			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Guckert Helmut		X	
Guttenberger Petra			
Haderthauer Christine		X	
Haedke Joachim			
Hallitzky Eike	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans			
Herrmann Joachim		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hoderlein Wolfgang	X		
Hohlmeier Monika		X	
Huber Erwin			
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Hufe Peter	X		
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Dr. **Kaiser** Heinz			
Kamm Christine	X		
Kaul Henning		X	
Kern Anton		X	
Kiesel Robert		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kränzle Bernd		X	
Dr. **Kreidl** Jakob		X	
Kreuzer Thomas		X	
Dr. **Kronawitter** Hildegard	X		
Kupka Engelbert		X	
Kustner Franz			
Leichtle Willi			
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp			
Lochner-Fischer Monica			
Lück Heidi	X		
Prof. **Männle** Ursula		X	
Dr. **Magerl** Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa			
Meißner Christian		X	
Memmel Hermann			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Meyer Franz			
Miller Josef			
Dr. **Müller** Helmut			
Müller Herbert			
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann			
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg			
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp			
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von **Rotenhan** Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. **Runge** Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sailer Martin			
Sauter Alfred		X	
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner	X		
Schindler Franz			
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika			
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob			
Sem Reserl			
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Spitzner Hans		X	
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg			
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa	X		
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. **Stockinger** Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. **Stoiber** Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich			
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. **Vocke** Jürgen			
Vogel Wolfgang			
Volkmann Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weichenrieder Max			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Weinberger Helga			
Dr. **Weiß** Bernd		X	
Dr. **Weiß** Manfred			
Welnhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. **Zimmermann** Thomas		X	
Gesamtsumme	39	78	0

Bayerischer Landtag
15. Wahlperiode

zur 109. Vollsitzung am 15.11.2007

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 8)

Es bedeuten:

(E) **einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH) **Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A) **Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z) **Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

1. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u.a. SPD
Gerecht ist, wenn keiner verloren geht!
Keine Klasse über 25
Drs. 15/8453, 15/9184 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Hans Joachim Werner, Susann Biedefeld u.a. SPD
Betriebsstörungen und Vorfälle im Betriebsablauf der GSB
Drs. 15/8587, 15/9178 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Umwelt und Verbraucherschutz	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sicherheit für Polizeieinsatzkräfte, Rettungsdienste, Ersthelfer und Straßenmeister bei Straßenverkehrsunfalleinsätzen
Drs. 15/8590, 15/9161 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster u.a. SPD
Nebentätigkeiten von Polizeibeamten
Drs. 15/8592, 15/9153 (E) [X]

Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Reinhold Strobl u.a. SPD
Genehmigung von drei zusätzlichen Gymnasien für München
Drs. 15/8593, 15/9185 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Robert Kiesel, Reserl Sem u.a. CSU
Vierjähriger Prüfungsturnus für Kleinkläranlagen bei Einschaltung eines Fachbetriebs
Drs. 15/8759, 15/9179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Umwelt und V erbraucherschutz	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Ludwig Wörner, Stefan Schuster u.a. SPD
Bayern, aber gerechter
Staatsaufträge nur an tariftreue Zustelldienste vergeben - Belange der Beschäftigten bei der Vergabe berücksichtigen
Drs. 15/8768, 15/9186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Vogel, Adelheid Rupp, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Sicherheits-Check für Hochschulgebäude:

Kontrolle und Instandsetzung der Bausicherheit
Drs. 15/8769, 15/9167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	A	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
1. Steigende Studierendenzahlen als Chance nutzen!
Drs. 15/8784, 15/9168 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	A	A

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
2. Gesamtkonzept zur Entwicklung der Universitäten
Drs. 15/8785, 15/9169 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	Z	ENTH

11. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
3. Gesamtkonzept zur Entwicklung der Fachhochschulen
Drs. 15/8786, 15/9170 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	Z	ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
4. Weitere strategische Schwerpunktbildung im Bereich des Ausbaus der Fachhochschulen
Drs. 15/8787, 15/9171 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	Z	ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle, Christine Haderthauer u.a. CSU
Offensive Zukunft Hochschule;
5. Erprobung von Parametern für die Fachhochschulentwicklung in Bayern am Pilotbeispiel der Fachhochschule Ingolstadt
Drs. 15/8788, 15/9172 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Georg Winter, Thomas Kreuzer, Dr. Ingrid Fickler u.a. CSU
Stärkung des historischen und kulturellen Regionalbewusstseins am Beispiel Bayerisch-Schwabens
Drs. 15/8789, 15/9173 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Hochschule, Forschung und Kultur	Z	Z	ENTH

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Abschaffung des Büchergeldes - Erhebung sofort aussetzen
Drs. 15/8904, 15/9202 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann und Fraktion SPD
Bayern, aber gerechter Büchergeld nicht mehr einsammeln
Drs. 15/8937, 15/9203 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Bildung, Jugend und Sport	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Verdächtigungen gegenüber der islamischen Gemeinde in Penzberg
Drs. 15/8974, 15/9162 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für	CSU	SPD	GRÜ
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	Z	Z	Z

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 30.11.2007

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier